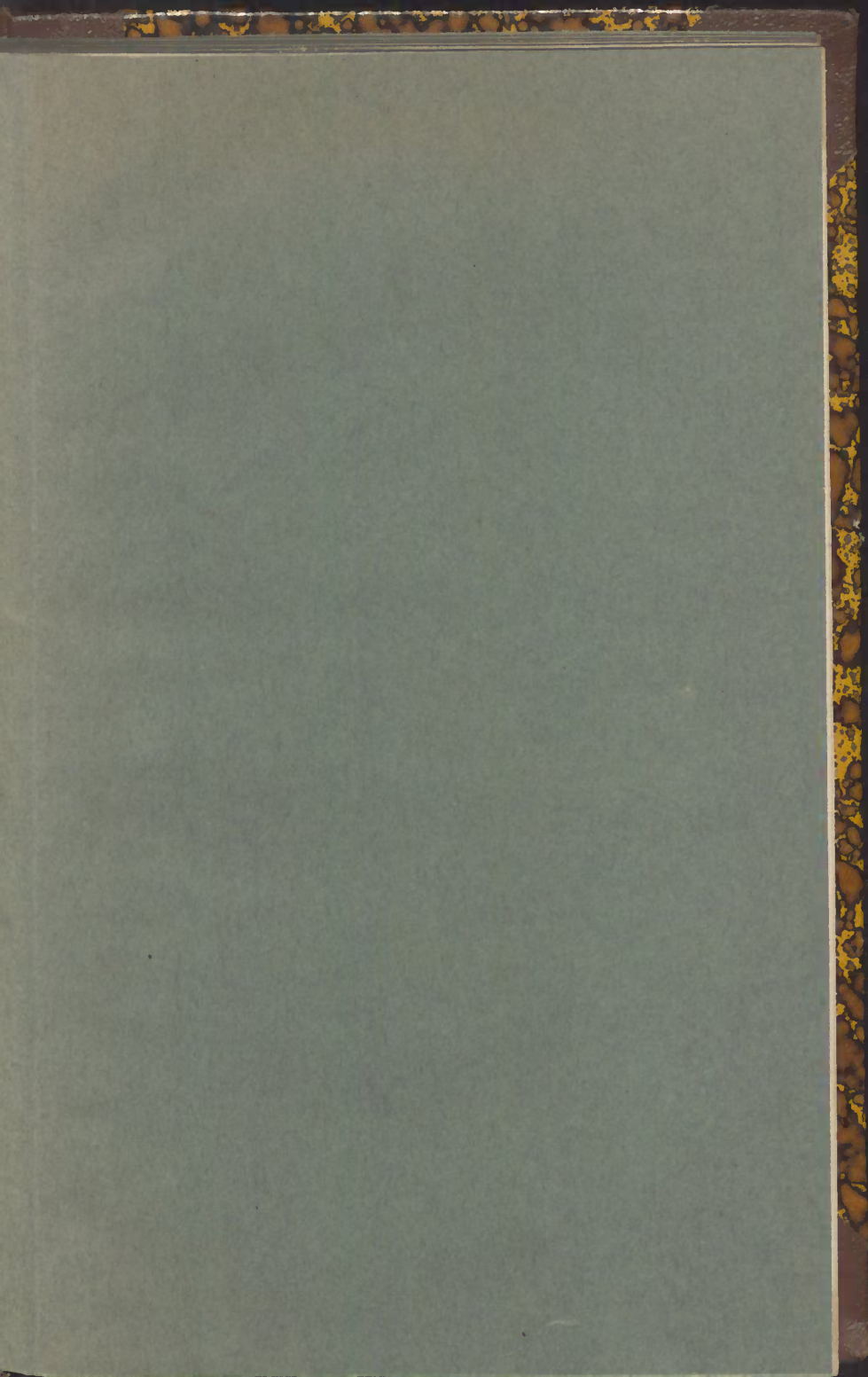
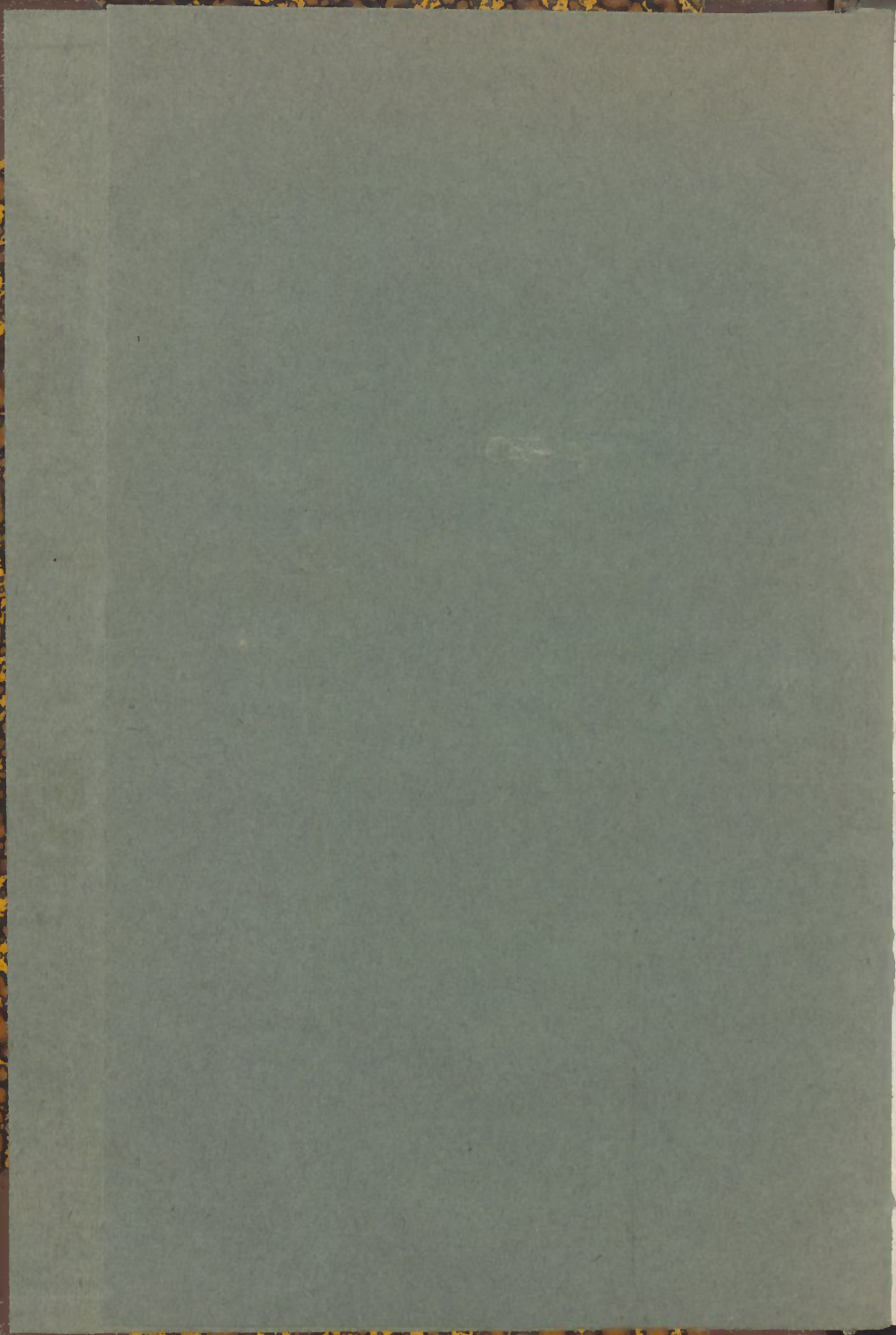


I
19519

EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
BIBLIOTHEK
I19519





B e r i c h t

der eidgenössischen

Expertenkommission in Handelsachen,

über

die Handelsverhältnisse der Schweiz zum
Auslande.



Luzern,

gedruckt in der Meyer'schen Buchdruckerei.

1844.



Zit.!

Die unterzeichnete eidgenössische Expertenkommission in Handelsfachen hat den Auftrag erhalten, nach Maßgabe des am 10. August 1842 durch die hohe Tagsatzung gefaßten Beschlusses, „einen umfassenden Bericht über die Handelsverhältnisse der „Schweiz zum Ausland auszuarbeiten, und allfällige Anträge „zu gemeinschaftlichen Maßnahmen vorzuberathen.“

Die erste Aufgabe, welche sich die Kommission stellen mußte, wenn sie den ihr gewordenen Auftrag mit einiger Gründlichkeit und Einläßlichkeit erfüllen sollte, war diejenige, sich selbst über den dermaligen Stand des schweizerischen Handels durch Beibringung umfassender und zuverlässiger Aufschlüsse aus allen Theilen der Schweiz möglichst aufzuklären.

Der Präsident der unterzeichneten Kommission, Zit. Herr Schultheiß Neuhaus, in Bern, von der Ueberzeugung geleitet, daß die Berathungen der Kommission erst dannzumal fruchtbringend seyn können, wenn auf diese Weise eine zuverlässige Grundlage für dieselben gewonnen seyn werde, hat zu diesem Ende bereits am 24. Wintermonat 1842 eine Reihe von Fragen staatswirthschaftlichen Inhalts zur möglichst einläßlichen Beantwortung an sämtliche schweizerische Kantonsregierungen gelangen lassen, und gleichzeitig hat derselbe an sämtliche Kommissionsmitglieder die Einladung gerichtet, bezügliche Notizen zu sammeln.

Es ist der hohen Tagsatzung bekannt, daß die Beantwortung jener Fragen nicht von allen Seiten mit gleicher Beför-

derung erfolgte und wirklich auch nicht erfolgen konnte, zumal die Aufgabe bei der verschiedenen Gebietsausdehnung der Kantone einerseits, sowie anderseits namentlich auch um deswillen für die einen leichter, für die andern schwieriger war, weil in dem einen Kanton amtliche Kontrollen über gewisse Verkehrsbeziehungen bestehen, während andere Kantone derselben entbehren; — weil in den einen Kantonen überhaupt wenig Handel mit dem Auslande getrieben wird, oder doch ein Handel, welcher annähernd wenigstens zu ermitteln ist, während andere Kantonsregierungen über einen äußerst ausgedehnten und dem Auge der Behörden beinahe ganz verschlossenen Handel zu berichten hatten. Neben den angedeuteten Schwierigkeiten scheint bei einzelnen Kantonsregierungen noch die Besorgniß, es dürfte für den schweizerischen Handel unangenehm oder selbst gefährlich seyn, wenn seine Verhältnisse im Allgemeinen und namentlich seine Absatzwege im Ausland, der öffentlichen Verhandlung anheimfielen, — lähmend oder verzögernd gewirkt zu haben.

Beim Abgang der nöthigen Aufschlüsse aus mehreren Kantonen war es nicht möglich, der Tagsatzung des Jahres 1843 den verlangten Bericht vorzulegen. Die Tagsatzung hat sich sonach veranlaßt gesehen, am 7. August 1843 zu beschließen: „Diejenigen Stände, welche die mit Kreisschreiben vom 24. Wintermonat 1842 durch den Präsidenten der niedergesetzten eidgenössischen Handelserpertenkommission einverlangten statistischen Notizen noch nicht mitgetheilt haben, werden eingeladen, diesem Verlangen mit möglichster Beschleunigung zu entsprechen.“

In Folge dieser wiederholten Einladung sind dann im Laufe des verflossenen und des gegenwärtigen Jahres die noch ausstehenden Antworten der Kantone nach und nach mehr oder weniger vollständig eingelangt und durch den Herrn Präsidenten der Kommission sofort dem Herrn eidgenössischen Staatschreiber, Dr. von Gonzenbach, übersendet worden, welcher

es übernommen hatte, die betreffenden statistischen Notizen übersichtlich zu ordnen.

Als die Kommission gemäß vorörtlicher Einladung am 9. April dieses Jahres in Luzern zusammentrat, konnten ihr in Folge dessen die Antworten von zwanzig Kantonen sammt den daraus bearbeiteten Uebersichten vorgelegt werden und auch Aufschlüsse aus denjenigen beiden Kantonen, welche sich allein noch im Rückstande befanden, sind der Kommission während der Dauer ihrer Versammlung zugekommen, so daß die Kommission bei ihren Berathungen mehr oder weniger vollständige amtliche Mittheilungen aus allen XXII Ständen der Eidgenossenschaft vor Augen hatte.

Bevor die Kommission ihre Berathungen anhub, hat sie es sich zur Pflicht gemacht, von den ihr vorgelegten Mittheilungen der Kantone genaue Kenntniß zu nehmen. Der Umstand, daß die schon erwähnten Uebersichtstabellen jeden Zweig der schweizerischen Agrikultur und Industrie gesondert darstellen, hat das Bekanntwerden mit dem vorliegenden Material wesentlich befördert, indem die einzelnen Tabellen unter sämtliche Kommissionsmitglieder vertheilt und dann unter denselben in Zirkulation gesetzt werden konnten.

In Folge dieser Anordnung war es sämtlichen Kommissionsmitgliedern möglich, sich im Laufe der ersten Woche ihrer Versammlung mit allen von den Kantonen eingesandten Aufschlüssen vertraut zu machen.

Obgleich die eingelangten Antworten der Kantone, wie schon erwähnt, theilweise sehr mangelhaft sind, so enthalten andere hinwieder so viele interessante und neue Aufschlüsse, daß die Kommission, unterstützt durch die auf Privatwegen gesammelten fernern statistischen Notizen, sowie durch die Erfahrungen, welche mehrere ihrer Mitglieder in Handelsangelegenheiten besitzen, dennoch ein ziemlich getreues Bild über die schweizerischen Handels- und Verkehrsverhältnisse im Allgemei-

nen glaubt gewonnen zu haben. Die Kommission anerkennt daher gerne, daß ihre Arbeiten durch die gefälligen Aufschlüsse von Seite der Kantone wesentlich gefördert worden sind. Aufgabe der Kommission ist es nunmehr, der obersten Bundesbehörde durch den gegenwärtigen Bericht jenes Bild, welches sie im Laufe ihrer Berathungen über den schweizerischen Handel mit dem Auslande gewonnen hat, in gedrängten Zügen wiederzugeben.

Wenn es die Kommission dabei unterläßt, viele Zahlen und Summen in ihren Bericht aufzunehmen, so geschieht dieß aus dem doppelten Grunde, einmal, weil Zahlen, wenn sie nicht ganz genau und zuverlässig sind, — und solche konnten bei dem beinahe durchgehenden Abgang von Kontrollen begreiflich nicht beigebracht werden, — eher zu Irrthum als zu Ermittlung der Wahrheit führen, und dann, weil die bei Vielen waltende Besorgniß, als könnte die Veröffentlichung solcher Zahlen, mögen diese nun Arbeitslöhne, Produktions- oder Absatzquantitäten betreffen, dem schweizerischen Produzenten und Handelsmann Nachtheile bringen, ihr einige Rückhaltung zu gebieten schien. Die Kommission hat demnach vorgezogen, ihre Darstellung über die schweizerischen Handels- und Verkehrsverhältnisse etwas allgemeiner zu halten, statt sich in Anführung einzelner Zahlen und Gruppierung derselben einzulassen.

Um aber die H. Tagsatzung in den Stand zu setzen, ihrerseits von denjenigen Zahlen, welche der Kommission bei ihren Berathungen vorgelegen haben, Einsicht zu nehmen, hat die Kommission Zusammenzüge aus den Antworten der sämtlichen Kantone angeordnet, welche seiner Zeit der hohen Tagsatzung vorgelegt werden können, ohne indessen der Oeffentlichkeit anheimzufallen.

Nach dieser Andeutung über die Quellen, aus welchen die Kommission geschöpft, über die Art der Benutzung dieser

Quellen, sowie über den Standpunkt, auf welchen sie sich glaubte stellen zu sollen, erlaubt sich die Kommission nunmehr der obersten Bundesbehörde den ihr abverlangten Bericht über den Zustand des schweizerischen Handels zum Ausland vorzulegen, insoweit derselbe

- a) die Produkte der Viehzucht und des Ackerbau's, nebst den damit in Verbindung stehenden Gewerbsthätigkeiten,
 - b) die Industrieprodukte und Fabrikate im engeren Sinne des Wortes,
 - c) die Produkte des Bergbau's,
 - d) einige andere Industrie- und Handelszweige, und
 - e) den Zwischenhandel und Transit
- beschlägt.

A. Viehzucht, Ackerbau und damit in Verbindung stehende Gewerbsthätigkeiten.

Viehzucht.

Unsere Väter sind ein Hirtenvolk genannt worden; Vorliebe für Viehzucht hat sich, unterstützt durch die Natur des Landes, auch bei den Enkeln erhalten. So hat die Schweiz denn auch heute noch einen äußerst starken, und es darf beigesetzt werden, sehr schönen Viehstand. Er bildet einen der größten Reichthümer des Landes, und der Viehhandel mit dem Auslande nimmt einen bedeutenden Platz in dem Exportationshandel der Schweiz im Allgemeinen ein. Auch wird dieser Handel der Schweiz bleiben.

Es gibt nur wenige Gegenden in der Schweiz, von den hohen Alpen bis in die üppigen Niederungen, welche sich nicht vorzüglich zur Viehzucht eignen. Die Race des schweizerischen

Hornvieh gehört daher zu den ausgezeichnetsten, und unsere Nachbarn alle bedürfen derselben, um durch Kreuzung ihren Viehschlag zu erfrischen.

Im Vergleich zu frühern Zeiten ist eine wesentliche Veränderung des schweizerischen Viehstandes, nicht nur hinsichtlich der Menge, welche außerordentlich angewachsen ist, sondern auch hinsichtlich der Arten, welche gehalten werden, eingetreten.

Die Ziegen und Schafe, vormals wohl zahlreicher als heute, sind durch die Kühe auf die höhern Gegenden verdrängt worden. In den Niederungen der Schweiz und auf den mittlern Bergen und niedern Alpen hat die Hornviehzucht mehr und mehr Ausdehnung gewonnen.

Die künstlichen Futterkräuter, namentlich die Esparsette und Luzerne, haben den Futterertrag des Landes und mittelbar auch den Viehstand außerordentlich vermehrt; die Vertheilung der Allmenden, die Einführung der Stallfütterung halfen ihrerseits nach, und so ist denn der Rindviehstand in der Schweiz stärker als je. (Auf drei Köpfe der Bevölkerung darf beiläufig ein Stück Rindvieh gerechnet werden.)

Der Handel mit schweizerischem Rindvieh ist besonders stark und jährlich zunehmend nach der Lombardie; die Viehpreise sind sehr hoch und vergestalt die Einfuhrzölle, welche überdies größtentheils die fremden Käufer tragen, nicht sehr hemmend.

Unzweifelhaft scheint, daß der Gewinn auf schönem Vieh sicherer und größer ist, als derjenige auf kleinerem Vieh.

Es wäre zu wünschen, daß die schweizerischen Viehzüchter dieß niemals übersähen und daher fortwährend auf Erhaltung und Veredlung der Race Bedacht nähmen.

Auch nach Frankreich ist die Viehausfuhr, der hohen Zölle ungeachtet, beträchtlich.

Während in gewöhnlichen Zeiten Deutschland und Vorarlberg mehr Vieh, namentlich junges, nach der Schweiz einführen, als aus derselben beziehen, hat in neuester Zeit eine

starke und bekanntlich durch keinen Zoll erschwerte Viehausfuhr nach Deutschland statt gefunden. Diese Viehausfuhr ist durch das Bedürfnis bedingt worden, den durch Futtermangel im Jahr 1842 in Süddeutschland stark reduzierten Viehstand wieder zu ergänzen.

Pferdezucht.

Auch die Pferdezucht, obschon bei der Vertheilung der Almenden schwieriger, ist in einzelnen Kantonen immerhin noch blühend.

Wenn die Ausfuhr nach Italien vielleicht etwas weniger stark ist als früher, so liegt ein Grund hiefür darin, daß das leichtere deutsche Pferd in der Lombardie um seiner Schnelligkeit willen unserer schwereren Race anfängt vorgezogen zu werden. Durch gehörige Aufmerksamkeit auf zweckmäßige Züchtung der Race könnte auch der Pferdeausfuhrhandel nach Italien erhalten werden, wie derselbe Frankreich gegenüber, stärkerer Einfuhrzölle ungeachtet, fortbesteht.

Es ist übrigens nicht zu verkennen, daß die Menge der Pferde, welche in der Schweiz selbst gehalten werden, außerordentlich zugenommen hat, was mit der Entwicklung des Ackerbaues, der zur Bearbeitung des Bodens, und mit der Entwicklung des Handels und der Industrie, die als Transportmittel des Pferdes bedürfen, in genauer Verbindung steht.

Schafzucht.

Schafe bezieht die Schweiz in bedeutenden Quantitäten aus dem benachbarten Deutschland, theils für den eigenen Fleischkonsum, theils für den Zwischenhandel nach Frankreich.

Die Schafzucht setzt Landwirthschaft im Großen voraus oder schlechtern Boden, als ihn die Schweiz durchschnittlich besitzt; ein stärkerer Schafstand erscheint daher einzig für die-

jenigen Gegenden wünschenswerth, wo fremde Schafheerden, wie dieß in Graubünden geschieht, für Rindvieh unzugängliche Alpen abäßen.

Schweinzucht.

Auffallend stark ist die Einfuhr von Schweinen in die Schweiz; es werden solche aus Deutschland, Ungarn, aus Italien und aus Frankreich bezogen. Die Konsumation von Schweinefleisch in der Schweiz ist so stark, daß die inländische, immerhin bedeutende Produktion nicht zu genügen scheint. Es dürfte sich der Mühe lohnen, durch aufgeklärte Landwirthe die Frage näher in Ueberlegung ziehen zu lassen, ob es nicht ebenso wünschbar als leicht ausführbar wäre, daß die Schweiz ihrem Konsum an Schweinefleisch durch inländische Produktion genüge?

Käse und Butter.

In nächster Verwandtschaft mit der Viehzucht und durch dieselbe bedingt ist die Käse- und Butterproduktion.

Die Käseproduktion namentlich hat in den letzten zehn Jahren außerordentlich zugenommen, theils in Folge des vermehrten Viehstandes, theils in Folge der Einführung sogenannter Dorfkäsereien.

Das Prinzip der Assoziation hat sich auch hier geltend gemacht; ihm ist es zu danken, wenn durch Zusammentragen der verfügbaren Milch in einem Dorf, dermal in der Ebene bedeutende Kapitalien auf der Käseproduktion gewonnen werden, die vormals ein Monopol der Aelpler war.

Wenn auch die Käse der Ebene weniger fein sind, als die auf den Alpen bereiteten, so ersetzen sie jene für den Konsum im Lande und bedingen dadurch die Möglichkeit einer stärkern Ausfuhr, welche dann auch nach Frankreich, England, selbst nach den vereinigten Staaten Nordamerika's, nach Piemont, Italien, Deutschland und nach Rußland stattfindet.

Während die hohen Zölle, mit welchen Frankreich unsere Käse bei der Einfuhr belegt, den Käsehandel nach jener Seite sehr gedrückt haben, und auch der sardinische Zolltariff einem starken Absatz schweizerischer Käse in jenes Land hemmend in den Weg tritt, hat der ausnahmsweise Begünstigungszoll, welchen die schweizerischen Käse beim Eintritt in die Zollvereinsstaaten genießen, diesen Handel nach Deutschland, und durch dessen Vermittlung nach Rußland, eine früher nicht gekannte Ausdehnung gewinnen lassen.

Es ist diese Berücksichtigung, abgesehen von der Zollfreiheit, welche die Schweiz allen Produkten des Auslands gegenüber festhält, überdies noch aus dem Grunde um so billiger, als für die Produktion der Käse und des sogenannten Schabziegers größtentheils deutsches Salz verwendet wird.

Eine gleiche Berücksichtigung von Seite Frankreichs und Sardinien's wäre sehr erwünscht.

In umgekehrtem Verhältniß zur Käsebereitung steht die Butterproduktion; wo jene wächst, muß diese fallen; die Milch, der Urstoff für beide, kann nicht gleichzeitig beiden Industrien dienen. Es wird zwar wahrscheinlich heutzutage in der Schweiz ebensoviel Butter gemacht als früher, aber die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung haben sich gemehrt, und so genügt denn die schweizerische Produktion dem eigenen Bedarf nicht mehr, sondern es wird viele Butter aus Deutschland und Oesterreich, einige auch aus Savoyen eingeführt.

Wenn die Milch hoch im Preise steht, wird bei der Butterproduktion nichts gewonnen. Das Aufziehen vieler Kälber, die Fabrikation fetter Käse und die Konsumation vieler Milch für die Nahrung der Bevölkerung bedingen aber nothwendig hohe Milchpreise.

Der Umstand, daß die Schweiz in neuerer Zeit fremde Butter bezieht, während sie vormal's solche ausführte, spricht daher, so auffallend derselbe auf den ersten Blick auch er-

scheint, eher für wachsenden Wohlstand. Unzweifelhaft ist, daß unsere Bevölkerung heutzutage weit besser lebt, als vor einigen Dezennien; bei dem Ueberhandnehmen des Genusses von Kaffe mußte auch die Milchkonsumation steigen; hier liegt vielleicht der hauptsächlichste Erklärungsgrund, warum keine Butter mehr ausgeführt wird.

Gerbereien. Handel mit Häuten und Fellen.

Ein Industriezweig, welcher mit der Viehzucht in naher Verbindung steht, weil diese ihm den Rohstoff liefert, ist die Gerberei.

Es ist demnach sehr erklärlich, daß die Schweiz, welche von jeher einen starken Viehstand hatte und viel Fleisch konsumirte, früh anfang, die Häute zu gerben und Leder daraus zu bereiten. Alle Kantone haben auch dermal noch ihre Gerbereien; alle führen Häute und Leder aus und ein.

Es ist indessen nicht zu verkennen, daß dieser Industriezweig durch die uns umgebenden Douanensysteme in seiner natürlichen Entwicklung vielleicht mehr als irgend ein anderer gestört worden ist. Die Schweiz produzierte beinahe durchgängig schwere Häute; unsere Gerbereien beschäftigten sich daher vorzüglich mit der Vereitung von Sohlleder. Dieses wurde ausgeführt nach Frankreich, Italien und Deutschland in großen Quantitäten; dagegen nahm die Schweiz ihren starken Bedarf an Schmalleder dem Ausland ab. An der Messe in Zurich wurde dieser Tauschhandel von Sohlleder gegen Schmalleder, oder von schweren Häuten gegen leichte, in großem Maßstab getrieben; es war dieß ein natürlicher Handel, welcher beiden Theilen zusagte, da jeder dem andern seinen Ueberfluß in der einen Ledergattung gegen Häute oder Lederarten eintauschte, an welchen er Mangel hatte.

Die hohen, einer gänzlichen Prohibition gleichkommenden Zölle, mit welchen in Frankreich und Italien die Einfuhr des Leders belegt worden ist, haben den Lederhandel nach jener Seite längst vernichtet. In neuerer Zeit haben daher hauptsächlich nur noch in den an Deutschland gränzenden Kantonen größere Gerbereien bestanden, die sich mit Vereitung von Sohlleder beschäftigten, das dann in Deutschland seinen Verschleiß fand.

Die Zölle der deutschen Zollunion, wenn auch beiläufig nur halb so hoch wie diejenigen, mit welchen in Frankreich und Sardinien die Einfuhr des Leders erschwert wird, haben auch jenen Lederhandel zu Grunde gerichtet und dadurch mehrfach das Einstellen der Gerbereien bewirkt.

Wie traurig dieser Einfluß war, mag daraus erhellen, daß im Kanton Schaffhausen, wo zu Anfang des Jahrhunderts noch mehr als 100 Gerbergruben bestanden, seit dem Vorrücken des Zollvereins bis auf die Schweizergränze 56 Gerbergruben geleert worden sind.

Ein Aushülfsmittel hätte für die schweizerische Gerberei darin gesucht werden können, statt des Sohlleders, da dieses im Ausland nicht mehr Absatz fand, nun Schmalleder für den innern Bedarf zu gerben, und durch wohlfeilere Preise dem Schmalleder, welches die Schweiz aus Deutschland bezieht, den Markt zu verschließen. Allein dieses Auskunftsmittel kann um deswillen zu dem gewünschten Erfolg nicht führen, weil die Schweiz selbst, wie schon bemerkt, die geeigneten Häute für Schmalleder nicht produziert, und Süddeutschland, wo diese Häute sich vorfinden, deren Ausfuhr mit hohen Zöllen belegt.

Einzelne Gerbereien an der Gränze leiden überdieß noch durch die ungehinderte Ausfuhr von Lohe aus der Schweiz und durch die erschwerte Ausfuhr derselben aus Deutschland. An andern Orten wird indessen für die Lederbereitung die Rinde in ziemlichen Quantitäten aus Deutschland bezogen.

Dergestalt haben die Gerbereien in der Schweiz offenbar Rückschritte gemacht, was neben der künstlichen Verhinderung der Lederausfuhr theilweis auch in dem Wechsel der Mode ihren Grund hat, zumal einerseits städtische Bevölkerungen namentlich bei weitem weniger starkes Sohlleder und auch weniger lohgare Schafleder als früher konsumiren, welche letztern vormals zur Fütterung der Schuhe benutzt, nunmehr aber durch Stoffe verdrängt worden sind, — anderseits aber bei der Landbevölkerung das Tragen von Lederhosen mehr und mehr außer Uebung gekommen ist.

Während dieser Verkümmern der Gerbereien hat der Handel mit Leder, und namentlich mit Häuten, sich entwickelt, und dieser muß in Verbindung mit den Gerbereien aufgefaßt werden.

Die Einfuhr von rohen Häuten und fremdem Leder aller Art in die Schweiz hat sich während der drei letzten Jahre gestaltet, wie folgt:

Es wurden eingeführt		
	Häute und Felle.	Leder und Lederwaaren.
im Jahr 1841	Ztr. 3,436	Ztr. 9,912
„ „ 1842	„ 4,244	„ 10,547
„ „ 1843	„ 7,286	„ 10,954

Was zunächst das Sohlleder und die zu dessen Bereitung geeigneten Häute betrifft, so produciert die Schweiz ihr Sohlleder selbst; einzig sehr leichtes Sohlleder von Wildhäuten für den Bedarf in Städten wird vom Ausland eingeführt. Dagegen werden schwere Ochsenhäute in großen Quantitäten ausgeführt, seitdem das aus denselben bereitete Leder uns nicht mehr abgenommen wird.

Kühhäute, leichtere Ochsen- und Rinderhäute bleiben meist im Lande und werden da verarbeitet.

Schmalleder bezieht die Schweiz größtentheils aus Deutschland; die Häute des schweizerischen Viehes, auch des kleineren

Schlags, sind zu schwer und liefern zu plumpe Leder; die Ausfuhr der rohen Häute aus Deutschland ist bei dem starken Ausfuhrzoll, wie schon bemerkt, beinahe unmöglich, während das Schmalleder uns von jener Seite, im Vergleich zu dem Werth anderer Lederarten, unbegreiflich wohlfeil geliefert wird.

Ausgeführt werden hinwieder schwere Kalbfelle, und zwar auch nach Deutschland, wo dieselben zu Ergänzung der leichtern Sorten nothwendig sind. Kalbleder würde selbst bei einer Zollreduktion schwerlich nach Deutschland in größern Quantitäten ausgeführt werden können, weil dort die Arbeitslöhne billiger sind.

In den schwerern und mittlern Sorten kann die Schweiz in Qualität und Preis mit dem Ausland konkurriren. Die feinem Sorten, als: gewichenes Leder und Cylinderröcke, werden wegen schöner Arbeit und Ausrüstung aus dem Auslande bezogen. Stiefelschäfte und Vorschuhe von Kalb- und Schmalleder, werden aus Deutschland wohlfeiler geliefert, als wir sie zu bereiten vermöchten; die nicht unbeträchtliche Einfuhr von solchen aus Frankreich beruht auf deren gefälliger, die Mode berücksichtigender Form. Schaffelle werden ausgeführt theils geschoren, theils mit der Wolle, weil die Sämmischgerbereien in der Schweiz, wo wenig Lederhosen mehr getragen werden, in Abnahme kommen mußten. Schaffelle aber, welche sich zu Bereitung von feinem, gefärbtem Leder für Sumackgerbereien eignen, kommen wegen der beinahe in allen Kantonen eingetretenen Verbastardirung der Schafe mit spanischen, die schlechtes Leder liefern, in der Schweiz selten vor, können daher auch nicht in großer Menge ausgeführt werden.

Zu Bereitung der feinsten Lederarten, wie sie Luxus und Mode verlangen, und des aus Ziegenfellen bearbeiteten Saftans, bedarf es so kostbarer Einrichtungen, die nur bei einem starken und großen Absatz, wie ihn einzig starkbevölkerte

Städte liefern, möglich werden. Die gefärbten Leder für Buchbinder, Hutmacher und Schuster, welche zwar in neuerer Zeit auch im Kanton Zürich bereitet werden, wurden daher der Wohlfeilheit wegen bisher aus dem Ausland bezogen. Ziegenfelle werden daher in großen Quantitäten nach Frankreich, Belgien, England und Deutschland ausgeführt. Die kleinen Ziegen- (Gizzi-)felle zur Handschuhbereitung, werden, da dermal nur vier Handschuhfabrikanten, und zwar in den Kantonen Bern, Aargau, Waadt und Basel-Landschaft bestehen, ebenfalls in großer Menge, namentlich nach Frankreich und England, ausgeführt.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn dieser Industriezweig in der Schweiz, die den Rohstoff dazu liefert, einheimisch gemacht werden könnte. Das Eingehen mehrerer Handschuhfabriken, welche vormals in Basel, und einer, die in Neuenburg bestanden, ist bei dem vermehrten Gebrauch von Handschuhen vielleicht dadurch zu erklären, daß dieselben den Forderungen der Mode nicht vollkommen genügten, und daß die Bereitung von Handschuhleder mit Schwierigkeiten verbunden ist.

Industriezweige, welche nicht die Vereinigung der Arbeiter in großen Räumen erfordern und demnach keine Störung des häuslichen Lebens veranlassen, scheinen für die Sitten und Gebräuche der Schweiz sehr zweckmäßig zu seyn. Die Handschuhmacherei ist ein solcher. Das Nähen der Handschuhe kann von Frauen und Mädchen am eigenen Heerde geschehen und hindert nicht die Ueberwachung der Erziehung der Kinder durch die Mutter.

Da die Schweiz einerseits viele kleine Ziegenfelle produziert und viele Handschuhe konsumirt, überdieß die Handschuhe trotz der Bölle sich zum Ausfuhrhandel eignen dürften; wenn diese Fabriken gut geleitet würden und nicht hinter der Mode zurückblieben, so darf gehofft werden, es werde die industrielle

Schweiz sich dieser wachsenden Industrie früher oder später zu bemächtigen wissen.

Der Zustand der Gerbereien, um auf dieselben noch einen Rückblick zu werfen, hat im Schooße der Kommission ernste Berathungen hervorgerufen, in Folge deren allseitig die Ueberzeugung gewonnen worden ist, daß es außer dem Bereich der Behörden liege, diesem Industriezweig aufzuhelfen, — der sich nie zur wirklichen größern Industrie zu erheben und der die Fortschritte der Wissenschaft nicht immer gehörig zu benutzen wußte, sondern meist nur als bloßes Handwerk betrieben worden ist, — wenn es anders nicht gelingt, eine Ermäßigung der starken Einfuhrzölle der Nachbarstaaten zu erhalten.

Durch einen Ausfuhrzoll auf unsere rohen Häute würde deswegen nichts gewonnen, weil wir die schweren Häute im Uebermaß besitzen und demnach nicht alle selbst verarbeiten und konsumiren können.

Daß ein Einfuhrzoll auf Schmalleder den schweizerischen Gerbereien nicht aufhelfen würde, erhellt am deutlichsten aus dem Umstand, daß diese früher neben der Einfuhr des Schmalleders aus Deutschland blühten, so lange die Ausfuhr des Sohlleders nicht zu sehr erschwert war. Die Schmallederfabrikation in der Schweiz kann, wie schon bemerkt, deswegen nicht gedeihen, weil dazu der Rohstoff fehlt. Durch Ausfuhrerschwerung der Rinde würde kaum viel gewonnen. Da die Schweiz auch Rinde aus dem Ausland bezieht, so dürfte jedenfalls nicht weiter als bis zur Gleichstellung der beidseitigen Ausgangszölle gegangen werden.

Wollenhandel. Wollenmanufakturen.

Der Wollenhandel ist nicht von großer Bedeutung und die Fabrikation wollener und halbwollener Stoffe reicht bei weitem nicht für den eigenen Bedarf aus.

Was zunächst den Wollenhandel betrifft, so wird nur die allgeröbste Wolle, die in der Schweiz keine Käufer findet, ausgeführt; der übrige Ertrag der Schur schweizerischer Schafe wird im Lande selbst verarbeitet. Die Wolle, welche in einzelnen Gegenden, namentlich in den Kantonen Freiburg und Waadt gewonnen und durch inländische Fabrikation, namentlich des Kantons Neuenburg, verarbeitet wird, soll von sehr guter Qualität seyn.

Theils zur Verarbeitung im Lande, theils für den Zwischhandel wird Wolle in beträchtlichen Quantitäten aus Ungarn, Böhmen, Württemberg, Baden und aus Italien eingeführt.

Wollene und halbwollene Tücher für die Bekleidung des Landvolkes werden verfertigt in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Basel, Graubünden, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg.

Fabrikmäßig wird die Wollenindustrie betrieben:

a) In zwölf Fabriken des Kantons Zürich, welche beiläufig 500 bis 600 Arbeiter beschäftigen, und Tücher und Halbtücher, sogenannte Cassinets, bei welchen der Zettel aus Baumwolle, der Einschlag aus Wolle besteht, und in welchen sich die Wolle zur Baumwolle ungefähr wie 5 zu 3 verhält, im beiläufigen Betrag von einer halben Million Schweizerfranken jährlich produziren.

b) In mehreren Fabriken des Kantons Bern, welche sogenanntes Guttuch, Tuch, Halbleinen, Halbbaumwolle, sogenanntes Frutigutuch und zweischiffiges Landtuch produziren.

c) In drei Etablissements des Kantons Glarus, wo circa 400 bis 500 Zentner Garn und beiläufig 3000 Stück Circassienes und Halbleinen, sowie circa 350 wollene Chassüs und Filztücher verfertigt werden. Diese Industrie beschäftigt im Kanton Glarus gegen 170 Personen.

d) Im Kanton Solothurn beschäftigen drei Fabrikanten beiläufig 180 Weber.

e) In einer Fabrike von Basel werden ebenfalls sogenannte Halbleinentücher verfertigt.

f) In zwei Fabriken des Kantons Aargau werden jährlich beiläufig 10,000 Ellen Tücher gemacht.

g) In einer Fabrike im Kanton Thurgau werden jährlich 6000 Ellen sogenannte Halbtücher von Baumwolle und Wolle verfertigt.

h) Im Kanton Tessin bestehen im Distrikte Locarno sieben kleine Fabriken, welche beiläufig 700 bis 1000 Ellen halbwollene Tücher und Flanelle jährlich liefern; einige noch kleinere Fabriken bestehen in Velenz, im Vivinenthal und in Mendrisio, welche gewöhnliche Wollentücher bereiten.

i) Im Kanton Waadt werden jährlich bei 5000 Ellen Tücher nebst vielen Halbtüchern bereitet.

k) Im Kanton Wallis werden zu Vagnes circa 900 Ellen Tücher und 200 couvertures, dites de Catalogne, jährlich verfertigt.

l) Im Kanton Neuenburg bestehen zwei Wollenspinnereien und eine Tuchfabrik.

Neben diesen näher berührten Tuch- oder Halbtuchfabriken werden in manchen Kantonen, wie schon bemerkt, gröbere Wollenstoffe zum eigenen Gebrauch gewoben.

Es erhellt hieraus, daß die Wollenmanufaktur sich beinahe über die ganze Schweiz verbreitet hat, ohne indessen nur von ferne der eigenen Konsumation von Wollentüchern zu genügen. Vielmehr werden alljährlich für viele Millionen Franken Wollentücher aller Art aus Deutschland, Oesterreich, namentlich Böhmen und Mähren, aus Frankreich, Belgien und England in die Schweiz eingeführt.

Es darf diese auffallend starke Einfuhr von Tuchwaaren, neben der eigenen Produktion, wohl als ein Beweis von Wohlhabenheit des Volkes angesehen werden. Wie stark diese Einfuhr fremder Tuchwaaren ist, mag beispielsweise daraus

erhehlen, daß der Kanton Glarus z. B., welcher selbstfabrizirte Tücher im Betrag von beiläufig 30,000 Schweizerfranken konsumirt, und beiläufig für 13,000 Franken Tücher ausführt, jährlich fremde Tücher im Betrag von 400,000 Franken für sein Bedürfniß beziehen soll.

Im Jahr 1841 sind 24,575 Zentner,

„ „ 1842 „ 26,939 „

„ „ 1843 „ 26,758 „

Tuch- und Wollenwaaren in die Schweiz eingeführt worden.

Neben dieser starken Einfuhr an Tüchern ist auch die Einfuhr von roher Wolle bedeutend.

Im Jahr 1841 wurden eingeführt 12,347 Zentner,

„ „ 1842 „ „ 10,880 „

„ „ 1843 „ „ 13,259 „

Ein großer Theil dieser letztern geht indessen nur transitirend durch die Schweiz.

Warum es der Wollenindustrie nicht gelingen wollte, sich zu derjenigen Höhe zu erheben, welche andere Industrien in der Schweiz in viel kürzerer Zeit erreicht haben, ist schwer zu erklären.

Die Wollenindustrie hat nämlich nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern es wurde dieselbe an manchen Orten wieder aufgegeben, wo sie früher bestanden hatte; so namentlich in Basel, wo früher viele wollene Mützen und Strümpfe, in neuerer Zeit auch Tücher fabrizirt wurden. Auch in Schaffhausen sind früher bestandene Strumpffabriken später wieder eingegangen. Ein Grund, warum diese Strumpf- und Mützenfabrikation sich bei den hohen Zöllen auf allen unsern Gränzen nicht halten konnte, liegt offenbar in der großen Schwere dieses Fabrikates bei geringem innerem Werth; ein anderer in dem Wechsel der Mode, zumal in Italien namentlich die farbigen wollenen Strümpfe, welche vormals dorthin ausgeführt wurden, außer Mode kamen. Ein Haupt-

grund aber, warum die Tuchmanufakturen im Allgemeinen in der Schweiz nicht scheinen gedeihen zu können, liegt wohl in dem Umstand, daß in Deutschland, namentlich in Böhmen, die Arbeitslöhne niedriger stehen, und daß unsere industrielle Bevölkerung vorzieht, sich der Baumwoll-, oder namentlich der Seidenindustrie zuzuwenden, wo dieselbe neben der Wollenmanufaktur vorkommt.

Ob dieser Industrie durch einen Schutz Zoll aufgeholfen werden könnte, scheint demnach sehr zweifelhaft, da dieselbe zu der nämlichen Zeit Rückschritte gemacht hat, in welcher andere Industrien in der Schweiz erst eingeführt worden sind, die sich schnell entwickelt haben.

Die Verpflanzung einer Industrie von einem Land in das andere ist sehr schwierig; jede Industrie muß mit Liebe gepflegt werden, wenn sie gedeihen soll; sie muß dem Volksgeist, so zu sagen, anpassen. Dieß scheint bei der Wollenindustrie im Großen nicht der Fall zu seyn. Es wäre allerdings sehr wünschenswerth, daß diese Industrie in der Schweiz besser gedeihen möchte, und wenigstens die Höhe erreichen würde, um dem großen innern Bedarf zu genügen. Doppelt wichtig würde dieß für den Fall seyn, daß die Baumwollenindustrie, die dermal so viele Hände beschäftigt, sich, wie dieß beinahe zu besorgen steht, bei der Einführung dieses Industriezweiges in denjenigen Ländern, wohin unsere Ausfuhr größtentheils stattfindet, nicht auf der errungenen Höhe erhalten sollte. Bei künstlicher Hebung dieser Industrie würde aber, abgesehen davon, daß eine solche dem bisher befolgten System der Schweiz durchaus zuwider wäre, wohl wenig gewonnen; denn neben der Unsicherheit des Gelingens wäre die sichere Folge eines starken Schutzzolles einerseits die Vertheuerung der Bekleidung der schweizerischen Bevölkerung und das Vergraben von Kapitalien und Kräften in industrielle Unternehmungen, welche nur eine künstliche Existenz hätten und welche

bei der Zurückziehung des Schutzes kaum ferner bestehen könnten. Ueberhaupt aber ist es irrig, anzunehmen, ein Volk müsse alle Zweige der Industrie selbst pflegen. Der Gewinn ist sicherer und größer, einer Industrie ganz Meister zu werden und deren Produkte zu verkaufen, um aus dem Erlös sich die Produkte anderer Industrien zu kaufen, welche andere Völker mit mehr Geschick betreiben, als alle Industrien einigermaßen auszuüben, ohne es dahin zu bringen, wohlfeil und gut zu produziren. Allerdings ist dabei die Möglichkeit des Verkaufes derjenigen Fabrikate vorausgesetzt, welche man wohlfeiler und besser als Andere produziert, und diese Möglichkeit wird durch die uns umgebenden Douanensysteme immer mehr erschwert.

Seifensiedereien. Talgkerzenfabriken.

In Verbindung mit der Viehzucht und der durch dieselbe möglichen Fleischkonsumation stehen die Seifensiedereien und Talgkerzenfabriken.

Seifensiedereien kommen in allen Kantonen, außer in Uri, Waadt und Neuenburg, vor; Talgkerzen werden vollends in allen Kantonen fabrizirt.

Am stärksten ist diese Industrie im Kanton Zürich, wo jährlich für mehr als eine Million Schweizerfranken Seife und Kerzen, — und im Kanton Genf, wo gewöhnliche und geläuterte Kerzen für mehr als 300,000 Schweizerfranken jährlich fabrizirt werden.

Diese Industrie, welche ihren Rohstoff, Talg- und Fettwaaren, noch in bedeutenden Quantitäten aus dem Ausland bezieht, scheint indessen dem eigenen Bedarf an Seife und Kerzen noch nicht vollends zu genügen; es wurden nämlich Talgkerzen eingeführt

im Jahr 1842	Zentner 445, und
„ „ 1843	„ 1,494.

Die Transit- und Eingangszölle in einigen Kantonen der Schweiz scheinen den Absatz inländischer Seife und Kerzen daselbst wesentlich zu erschweren. Die aus dem Ausland eingeführte Seife ist übrigens beinahe ausschließlich Delseife, sogenannte Marseillanerseife, welche in der Schweiz nicht produziert werden kann, während manche Industriezweige derselben nothwendig bedürfen.

Die Seiseneinfuhr hat

im Jahr 1841 betragen Zentner 25,694,

„ „ 1842 „ „ 32,357,

„ „ 1843 „ „ 29,558.

Eine so starke Einfuhr von Seife, nebst der sehr starken eigenen Produktion, darf ebenfalls als ein Beweis für Wohlhabenheit und Gewerbsthätigkeit angenommen werden; arme Völker bedürfen der Seife nicht: sie waschen wenig. Reinlichkeit scheint durch Wohlhabenheit mehr oder weniger bedingt.

Ob schon die schweizerische Seifensiederei und Kerzenfabrikation im Ganzen in natürlichen Verhältnissen zu stehen scheint, so wäre Erleichterung des innern Marktes durch Herabsetzung von allzuhohen Zöllen und Verminderung der Transportkosten für dieselben sehr erwünscht.

Forstkultur.

Die Schweiz besitzt dermal noch einen großen Holzreichtum, und in demselben hat sie in neuerer Zeit das Mittel zu einem sehr wichtigen Handel mit dem Ausland gefunden.

Vor dreißig bis vierzig Jahren war der schweizerische Holzhandel, der damals beinahe ausschließlich mit den Niederlanden getrieben wurde, noch unbedeutend. In neuerer Zeit, und namentlich seit Erbauung des Kanals Monsieur, wird ein sehr bedeutender Holzhandel mit Frankreich und Algier getrieben, wohin jährlich für mehrere Millionen Bauholz ausgeführt wird.

Eine starke Ausfuhr hat auch aus den Kantonen Graubünden und Tessin nach Italien statt.

Bei der sehr vermehrten Konsumation von Holz in der Schweiz selbst, wo industrielle Etablissements, Dampfschiffe und Hüttenwerke große Quantitäten von Holz konsumiren, ist hin und wieder schon die Besorgniß entstanden, die Schweiz verbrauche jährlich mehr Holz, als sie produziere, und es dürften die Holzpreise sich in der Zukunft daher merklich steigern. Man suchte durch Holzausfuhrverbote, welche in einzelnen Kantonen sogar von Gemeinde zu Gemeinde, in andern dem Ausland gegenüber bestehen, oder durch Holzausfuhrzölle zu helfen.

Die Erfahrung, daß durch unzweckmäßige Holzschläge nachtheilige klimatische Veränderungen für einzelne Gegenden entstehen können, daß in andern Vertlichkeiten Lawinengefahr und Erdschlipse dadurch verursacht werden, hat in neuerer Zeit mehrere Kantonsregierungen zu Erlassung von schützenden Forstgesetzen veranlaßt. Immer aber gibt es noch eine Anzahl von Kantonen, wo keine Forstordnungen bestehen und welche daher in dieser Beziehung keiner erfreulichen Zukunft entgegengehen dürften. Da von allen Kulturen die Waldkultur am wenigsten abwirft, so ist die Neigung groß, Waldboden in Ackerland zu verwandeln; da aber anderseits das Holz nicht willkürlich und in kurzer Zeit, wie Getreide oder andere Feldfrüchte, erzeugt werden kann, so haben beinahe alle europäischen Staaten die Pflicht anerkannt, für künftige Geschlechter durch schützende Forstordnungen zu sorgen. Gleiche Vorsicht hat, wie schon bemerkt, nicht allorts in der Schweiz gewaltet; so ist nicht zu läugnen, daß mehrere Kantone in neuester Zeit ihr Forstkapital stark angegriffen und vielleicht zu sehr in Anspruch genommen haben, ohne Vorsorge für den Nachwuchs zu treffen. Die Kommission hält es daher für sehr wünschbar, daß von allen Kantonen dießfalls schützende gesetzgeberische Ver-

fügungen getroffen werden, durch welche der Holzverschwendung im Innern vorgebeugt und der Holznachwuchs für die Zukunft gesichert wird. Sie sieht hierin eine sicherere Gewähr als in Holzausfuhrzöllen, durch welche die Holzpreise zum Nachtheil der Holzbesitzer gedrückt oder der Verschwendung im Innern nicht gesteuert wird. Ein künstliches Herabdrücken der Holzpreise wäre aber um so unbilliger, als es in der Schweiz Gegenden gibt, deren einzige Erwerbsquelle ihr Holzreichthum ist.

Die Erfahrung lehrt, daß jede Waare, die im Werth steigt, auch mehrerer Pflege gewürdigt wird. Die steigenden Holzpreise sind daher sicherlich auch ein Grund, warum der Holzkultur in neuerer Zeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.

Da, wo gesetzliche Holzausfuhrzölle bestehen oder wo solche in Zukunft dem Ausland gegenüber eingeführt werden sollten, wäre es sehr zweckmäßig, wenn der Ertrag dieser Zölle, wie im Kanton Graubünden, zu Hebung der Forstkultur verwendet würde.

Der Holzhandel, welcher dermal von der Schweiz aus getrieben wird, ist größtentheils in den Händen von Fremden, und daher auch in dieser Beziehung nicht ganz befriedigend.

Neben dem Handel mit Bau- und Nutzholz unterhalten einige Kantone der innern Schweiz, wie namentlich Uri und Glarus, einen nicht ganz unbedeutenden Handel mit Maser- und andern feinen Holzarten nach Frankreich, Deutschland und den Niederlanden.

Bei diesem Anlaß verdient auch die Industrie der Holzschnitzerei, welche in den letzten Jahren namentlich im bernerischen Oberlande immer mehr Ausdehnung gewonnen hat, und welche ihre Produkte hauptsächlich an Fremde verkauft oder dieselben sonst im Inland oder Ausland absetzt, der Erwähnung.

Wieswachs.

Die wichtigste Kultur des schweizerischen Ackerbaues ist unstreitig der Wieswachs, wozu, abgesehen von den vielen Alpen, wohl mehr als eine Million Sucharten verwendet wird, die den großen Futterbedarf für den zahlreichen Viehstand liefern.

Da gegenüber dem Ausland weder Einfuhr- noch Ausfuhrhandel von Bedeutung mit Heu getrieben wird, wie dieß schon die Natur dieses Produktes mit sich bringt, zumal daselbe, wo kein Wassertransport stattfindet, sich wegen seinem Volumen und Gewicht nicht zur Versendung in die Ferne eignet, so mag hier die Bemerkung genügen, daß diese wichtige Kultur durch Einführung verschiedener ergiebiger Futterkräuter in neuerer Zeit außerordentlich vervollkommenet worden ist, und, wie schon bemerkt, die wesentliche Vermehrung des schweizerischen Viehstandes bedingt hat.

Getreidebau.

Zu einer kurzen Darstellung der Verhältnisse des schweizerischen Ackerbaues im eigentlichen Sinn des Wortes übergehend, ist zunächst zu erwähnen, daß aus den von den Kantonen dießfalls eingesandten Mittheilungen erhellt, daß nur vier Kantone sich in der glücklichen Lage befinden, ihrem Bedarf an Getreide durch eigene Produktion vollständig zu genügen; es sind dieß nämlich die Kantone Luzern, Freiburg, Solothurn und Schaffhausen; annähernd produziren den eigenen Bedarf auch die Kantone Bern und Aargau, sowie Waadt. Alle übrigen Kantone beziehen Getreide in größern oder kleinern Quantitäten aus dem Ausland. Aus Deutschland werden jährlich über 400,000 Malter Getreide aller Art in die Schweiz eingeführt. Viel Getreide und Reis wird auch aus Italien vorzüglich nach den Kantonen Tessin und Graubünden eingeführt.

Die so starke Getreideeinfuhr aus Deutschland berechtigt allein schon die Schweiz, billige Berücksichtigung ihrer industriellen Verhältnisse von jener Seite zu erwarten. Süddeutschland kann seinen Ueberfluß an Getreide nirgends absetzen als in der Schweiz, es hat daher großes Interesse, diesen reichen Markt zu schonen. Blüht die Industrie in der Schweiz, so ist die Getreidekonsumation stärker, der Markt also reicher; leidet die Industrie, so ist die industrielle Bevölkerung weniger Brod und Süddeutschland kann weniger Getreide in die Schweiz verkaufen. Der starke Getreidebezug aus dem Ausland hat demnach auch seine erfreuliche Seite, indem er dafür spricht, daß die Schweiz Mittel besitzt, diesen Bedarf zu bestreiten, da ihr dieses Getreide nicht geliefert würde, wenn sie dasselbe nicht zu bezahlen im Falle wäre. Allerdings wäre sehr zu wünschen, daß Süddeutschland als Aequivalent für die Millionen, die es jährlich für Getreide aus der Schweiz bezieht, dieser letztern gestatten möchte, dort die Produkte ihrer Industrie abzusetzen. So würden sich die gegenseitigen Verkehrsbeziehungen gestalten, wenn der naturgemäße Weg des Handels nicht durch Zollgesetze gestört würde. Deutschland wäre unsere Kornkammer, weil wir das Getreide von dorthier am wohlfeilsten beziehen, und wir würden der süddeutschen agrikolen Bevölkerung die Stoffe zu ihrer Kleidung liefern, die sie am besten und wohlfeilsten aus der Schweiz beziehen kann. Statt diesen natürlichen, beiden Theilen zusagenden Austausch zu fördern, sucht man durch sogenannte Schutzzölle unter der agrikolen Bevölkerung Süddeutschlands mit aller Mühe die Industrie einheimisch zu machen, und zwingt die Schweizer, mit vielem Schweiß dem theilweis steinigen und unfruchtbaren Boden diejenigen Erzeugnisse abzugewinnen, mit welchen die Natur das nächste Nachbarland überreich gesegnet hat.

So unerfreulich diese unnatürlichen Zustände sind, so soll die Kommission doch erwähnen, daß durch Abschluß des

deutschen Zollvereins keine Erschwerung in dem Getreidehandel zwischen der Schweiz und Süddeutschland eingetreten ist. Vielmehr ist auf der ganzen Gränze Freiheit der Getreideeinfuhr und -Ausfuhr zwischen der Schweiz und den Zollvereinsstaaten zugestanden, während in frühern Zeiten, und bevor es der Schweiz gelungen war, mit Württemberg und Baden besondere Handelsverträge abzuschließen, auf dem Getreide Ausfuhrzölle erhoben worden sind.

Die Aufhebung aller Ausgangszölle auf dem Getreide in Deutschland ist bei dem starken Bedarf von Getreide für die Schweiz nicht ganz unbedeutend. Von weniger Belang ist die Einfuhrfreiheit nach Deutschland, zumal die Einfuhr von Getreide aus der Schweiz nach Deutschland nicht bedeutend ist und nur im Kanton Aargau gegenüber dem getreidearmen Schwarzwald vorkommt.

Die leichten und schnellen Kommunikationsmittel, — diese wichtigste Schöpfung der neuern Zeit, — haben übrigens die Schweiz hinsichtlich ihres Getreidebedarfs bei weitem günstiger gestellt als dieß in frühern Zeiten der Fall war. Während die Schweiz früher großen Werth darauf setzte, von Seite ihrer süddeutschen Nachbarn eine vertragsmäßige Zusicherung zu erhalten, ihr auch in Zeiten von Theuerung ein gewisses Quantum von Getreide zukommen zu lassen, — eine Bestimmung, deren Erfüllung in Zeiten von Noth vielleicht nicht in der Macht der betreffenden Regierungen gelägen hätte, — bezieht die Schweiz dormalen bei etwas gesteigerten Preisen ihr Getreide aus dem Süden von Rußland, aus Ungarn, Italien u. s. w.

Daß durch die neuen Verkehrsmittel bewirkte Verschwinden der Distanzen und die Zuversicht, sich bei eintretendem Bedürfnis seinen Bedarf an Getreide aus der Nähe oder aus der Ferne verschaffen zu können, hat zur Folge gehabt, daß man in der Schweiz vielfach von der Anlegung von Getreide-

vorräthen zurückgekommen ist, so daß nun dem freien Handel und dem Spekulationsgeist überlassen wird, was vormals eine wichtige Sorge der väterlichen Regierungen war.

Ob man daran ganz wohl gethan, obwohl derartige Vorräthe in Zeiten der Noth nie zureichend wären, kann in Frage gestellt werden; wenigstens ist nicht zu verkennen, daß in ganz neuester Zeit in mehreren Gegenden der Schweiz sich Angst vor drohender Theuerung und der damit verbundenen Noth der Bevölkerung bemächtigt hat, welche dann mit dem Eintreffen von bedeutenden Quantitäten Getreide aus der Ferne wieder verschwunden ist, und bei'm Vorhandenseyn von Getreidevorräthen wohl nie entstanden wäre.

Es ist indessen nicht zu übersehen, daß die Vorurtheile der Menge, welche Spekulationen in Getreide häufig als Kornwucher zu bezeichnen pflegt, der Entwicklung des Getreidehandels schädlich sind und daher manchmal die Schuld an hohen Getreidepreisen tragen.

Daß nicht davon die Rede seyn kann, die Freiheit des Getreidehandels zu stören, ist wohl einleuchtend, und so sieht sich denn die Kommission in dieser Beziehung zu keiner fernern Bemerkung veranlaßt; denn die Empfehlung, in der Schweiz selbst mehr Land mit Getreide anzupflanzen, darf bei den schon vielfach gemachten Erfahrungen, daß namentlich in höhern Gegenden der Getreidebau sich gar nicht lohnt, nur mit Vorsicht ausgesprochen werden.

Es ist hier wohl der Ort, des Transits von Reis durch die Schweiz mit einigen Worten zu gedenken, welcher früher bedeutend war, indem piemontesisches Reis durch die Schweiz in die östlichen Departemente von Frankreich geführt wurde. In Folge der aufgestellten Differenz zwischen den französischen Einfuhrzöllen bei der Einfuhr zur See und derjenigen zu Land, hat auch dieser Transit in neuerer Zeit beinahe gänzlich aufgehört. Die Kommission hat daher mit Vergnügen

vernommen, daß der eidgenössische Vorort den Anlaß des Abschlusses des neuesten Handelsvertrages zwischen Frankreich und Sardinien, durch welchen die Zölle für sardinisches Reis über die sardinische Gränze auch bei der Landeinfuhr ermäßigt worden sind, benützt hat, um gleiche Begünstigung für die Einfuhr des Reises über die schweizerische Gränze nach Frankreich anzustreben. — Es ist zu wünschen, daß diese Anregung von Erfolg gekrönt sey, was wohl um so mehr erwartet werden darf, als das durch die Schweiz transitirende Reis durchgängig piemontessischen Ursprungs ist, so daß durch Ausdehnung der durch den Vertrag mit Sardinien stipulirten Zollbegünstigung für die Einfuhr zu Land, jenem Staat kein Eintrag geschieht.

Kartoffelbau.

Wenn oben bemerkt worden ist, daß nur wenige Kantone ihrem Bedarf an Getreide durch eigene Produktion genügen, so hat die Kommission hinwieder mit Vergnügen aus den eingelangten Mittheilungen entnommen, daß mit Ausnahme der Kantone Uri, Unterwalden nid dem Wald, Basel-Stadttheil und Appenzell (beide Rhoden), alle übrigen Kantone für den eigenen Bedarf Kartoffeln in hinlänglicher Quantität produziren, und desnachen rücksichtlich dieses wichtigsten Nahrungsmittels — denn zu dieser hohen Bedeutung hat sich in so kurzer Zeit die Kartoffel erhoben — nicht vom Ausland abhängig sind. Wirklich ist die Produktion an Kartoffeln, die vielfach auch zur Fütterung verwendet werden, außerordentlich stark.

Obstbau.

In ebenso günstiger Lage befindet sich die Obstkultur in der Schweiz, welche vielleicht in keinem Lande Europa's eine

so große Ausdehnung gewonnen hat. Die Schweiz genügt hierin nicht nur ihrem eigenen Bedarf an Obst, sondern es wird ziemlich viel Obst, sey es frisch, sey es gedörret ausgeführt, besonders nach Deutschland und Italien; nach den deutschen Zollvereinsstaaten geht schweizerisches Obst, frisch und gedörret, in Folge besonderer Begünstigung zollfrei ein.

Früher wurde viel getrocknetes Obst nach Frankreich eingeführt, bei der dermaligen französischen Zollgesetzgebung ist dieß aber nicht mehr möglich und ebenso scheint der Handel, welcher vormals mit den Niederlanden mit gedörretem Obst unterhalten wurde, im Abnehmen zu seyn.

Der starke innere Obstbau hat einzelne Vortlichkeiten, wie z. B. die Gemeinde Walchwil im Kanton Zug, in der Anlage von Baumschulen eine Quelle von reichlichem Erwerb finden lassen.

Zu Hebung des Obstbaues bedarf es, da derselbe allorts blühend ist, keiner besondern Vorsehrung; wünschenswerth wäre immerhin eine Herabsetzung der Zölle auf gedörretem Obst in Frankreich.

Weinkultur.

Beinahe alle Kantone der Schweiz, die Bergkantone Uri, Unterwalden und Glarus abgerechnet, wo indessen auch etwelche Reben gepflanzt werden, besitzen Weinbau in größerm oder geringerm Maß. Für mehrere Kantone ist der Weinbau eine ihrer Haupteinnahmequellen.

Im Ganzen mögen zwischen 60,000 bis 70,000 Lucharten mit Reben bepflanzt seyn, welche jährlich gegen 600,000 Saum Wein in vielen Abstufungen des innern Werths produziren. Dieser Wein wird größtentheils in der Schweiz selbst konsumirt.

Aus den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Aargau und Thurgau findet allerdings immer noch etwelche Ausfuhr

nach den deutschen Zollvereinsstaaten statt, wo bekanntlich die sogenannten weißen Bodenseeweine einen Begünstigungszoll von 50 Kreuzer per Zentner genießen, während der Unionszollansatz 13 Gulden 45 Kreuzer per Zentner beträgt. Allein seit dem Beitritt Badens und Württembergs zum deutschen Zollverein hat der Absatz in jene Gegenden dennoch sehr abgenommen, und die Weinhandlungen, in Schaffhausen namentlich, wo früher viel in Wein spekulirt worden ist, liegen in neuerer Zeit beinahe ganz darnieder. Die übrige Ausfuhr von Schweizerweinen, besonders der sogenannten champagne-risirten, ist bei den hohen Zöllen nicht von großer Bedeutung.

Diese Erschwerung der Weinausfuhr nach dem Ausland, verbunden mit den Hemmungen, welche dem Weinverkehr im Innern z. B. durch die hohen Konsumzölle in einigen Kantonen entgegengetreten, hat denn begreiflich auch im Osten und Norden der Schweiz eine bedeutende Entwerthung des Reblandes zur Folge gehabt; dieß gilt besonders vom äußern Amt des Kantons Zürich, und vom Kanton Schaffhausen, wo schon viel Rebland in Ackerland und Wieswachs umgewandelt worden ist, so daß dermal nur noch zirka 3000 Sucharten Rebland sich vorfinden, wo früher 4000 bis 5000 Sucharten waren. Der Werth dieses Reblandes ist dermal im Kanton Schaffhausen bis auf 500 Gulden die Suchart gesunken, während er früher bis auf 2000 Gulden anstieg. Ähnliche Verhältnisse bestehen im Kanton Thurgau und im St. Gallischen Rheinthal, dessen Weinausfuhr nach Vorarlberg ebenfalls durch Zölle verhindert worden ist.

Es ist diese Entwerthung des Reblandes eine höchst bedauerliche Erscheinung, und die Kommission wünscht sehr, daß es gelingen möge, auf dem Weg der Unterhandlung mit den Nachbarstaaten eine mehrere Zollreduktion zu erzielen. Die Eröffnung mehrerer Einfuhrstationen und eine Zollherabsetzung zu Gunsten des neuen Weines sind so billige

Begehren, daß deren Entsprechung von Seite der Zollvereinsstaaten nicht abgeschlagen werden sollte. Daß auch Oesterreich zu Gunsten der St. Gallischen Weine ähnliche Berücksichtigung eintreten ließe, wäre ebenfalls sehr zu wünschen. Um aber solche Zollerleichterungen beim Ausland anstreben zu können, ist es vor Allem erforderlich, daß die innern Zölle, welche auf dieses Erzeugniß in mehreren Kantonen gelegt werden, und die sich theilweis ebenso hoch oder noch höher belaufen als die deutschen Einfuhrzölle, zuerst aufgehoben oder ermäßigt werden.

Die Erzielung einer Herabsetzung der Zölle für die champagnerisirten Neuenburger Weine, — welche bekanntlich im Zollverein eine Begünstigung von $\frac{2}{3}$ des tariffmäßigen Zollsatzes bis auf das Quantum von 40,000 Flaschen genießen, — in Oesterreich, wo dieselben 40 Kreuzer per Bouteille, in Sardinien, wo dieselben 1 französischen Franken, und in Frankreich, wo dieselben 1 Franken 30 Centimes Einfuhrzoll zu entrichten haben, wäre nicht minder empfehlenswerth.

Höchst auffallend ist bei einer so bedeutenden eigenen Weinproduktion und Konsumation die starke Einfuhr von Wein aus dem Ausland, welcher größtentheils in der Schweiz wieder konsumirt wird.

Es ist nämlich eingeführt worden

	Wein in Fäßern.	Wein in Flaschen.
im Jahr 1841	Zentner 484,159	Zentner 3,867,
" " 1842	" 490,563	" 4,138,
" " 1843	" 459,225	" 3,991.

Bei dem augenscheinlichen Leiden der innern Weinproduktion und der unverhältnißmäßig starken Einfuhr von Außen ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht ein mäßiger Einfuhrzoll auf fremde Weine empfohlen werden dürfte. Wenn einerseits nicht zu verkennen ist, daß dadurch die nichtwein-

bauenden Kantone zu Gunsten der weinproduzierenden mit einem Zoll belegt würden, so könnte anderseits zur Rechtfertigung einer solchen Maßregel angeführt werden, daß dadurch einer inländischen Industrie aufgeholfen werden soll, welche mehr oder weniger beinahe alle Kantone beschlägt.

Die immer wachsende Weineinfuhr steht übrigens offenbar in genauer Verbindung mit der Verbesserung der Straßen in der Schweiz und der Erleichterung der Transportmittel im Allgemeinen, wodurch es fremden Weinen möglich wird, bis in Gegenden vorzudringen und dort dem inländischen Produkt Konkurrenz zu machen, von welchen sie vormals durch die großen Transportkosten abgehalten worden sind.

So bedauerlich einerseits die Wahrnehmung des leidenden Zustandes der Weinkultur in mehreren Gegenden der Schweiz ist, so darf anderseits nicht übersehen werden, daß die starke Weineinfuhr aus dem Ausland und die Konsumation dieses Weines in der Schweiz für die Wohlhabenheit des Landes zu sprechen scheint. Das schweizerische Volk hält sich für reich genug, um gut zu leben und vorzügliche Weine aus der Ferne zu beziehen, statt sich mit weniger vorzüglichem eigenem Produkt zu begnügen. Unter veränderten, weniger günstigen Verhältnissen würde diese starke Weineinfuhr aus dem Ausland zuverlässig von selbst abnehmen.

Tabakskultur.

Der Tabakbau kommt nur in den Kantonen Bern, Fribourg, Tessin, Waadt und Wallis in einiger Ausdehnung vor. Die inländische Produktion ist daher bei weitem nicht hinreichend, um der jährlich wachsenden Konsumation von Tabak zu genügen.

Maulbeerbaumkultur.

Im Kanton Tessin und theils in Graubünden, wird auch der Maulbeerbaum mit Erfolg gepflanzt und theils für den Seidenbau im eigenen Lande benutzt, theils werden Blätter und junge Maulbeerbäume in die Lombardie verkauft. Die Kultur des Maulbeerbaums ist in neuerer Zeit auch in andern Kantonen versucht worden. Die Resultate der damit verbundenen Seidenzucht sind indessen noch zu gering, als daß dießfalls auch nur Vermuthungen hinsichtlich der Ausdehnung dieser Kultur ausgesprochen werden dürften.

Industrien und Gewerbe, welche mit den oben in einigen Hauptumrissen berührten agrikolen Produktionen der Schweiz in Verbindung stehen, sind:

- die Branntweinbrennereien,
- die Strohgeflechtfabrikation und
- die Tabakfabrikation.

Branntweinbrennerei.

Wenn es erlaubt ist, die Ausdehnung zu beklagen, welche eine einheimische Industrie gewonnen hat, so ist dieß zuverlässig in Betreff der Branntweinbrennerei der Fall. Diese hat sich nämlich nicht nur über alle Kantone, sondern, es darf wohl behauptet werden, beinahe über alle Gemeinden des Vaterlandes verbreitet. In manchen Kantonen besteht auf jedem großen Bauernhof eine Branntweinbrennerei. Beispielsweise mag angeführt werden, daß in einer Gemeinde des Bezirks Winterthur, welche nicht mehr als 563 Einwohner und 55 Häuser zählt, zwanzig Bauern Branntwein brennen. Neben diesen kleinen Brennereien auf einzelnen Bauernhöfen vertheilen sich gegen anderthalbtausend größere Brennereien auf alle Kantone

der Schweiz. Der Kanton Bern allein zählte deren im Jahr 1843 350, der Kanton Solothurn 183 und der Kanton Thurgau 250. In diesen Branntweinbrennereien werden Obst aller Art, Äpfel, Kirschen, Zwetschen, Trauben, Getreide, Kartoffeln, Enzianwurzeln, Treber, sowie Wein- und Bierhefe in Branntwein verwandelt.

Die jährliche Produktion dieser Branntweinbrennereien beläuft sich auf mehr als 30,000 Saum, welche leider zum bei weitem größten Theil wieder im Land selbst konsumirt werden. Der Kanton Bern allein produziert jährlich über 600,000, der Kanton Thurgau über 500,000 Maß. Wenn auch ein bedeutender Theil dieser eigenen Produktion, sowie der aus dem Ausland bezogenen gebrannten Wasser für die Essigbereitung verwendet werden, so ist nicht zu läugnen, daß ein noch größerer Theil genossen wird.

Die Exportation von Kirschwasser, welche früher nach Baden und Württemberg stattfand, hat in neuerer Zeit durch die Unionszölle abgenommen, obschon Kirschwasser und Extrait d'Absynthe im deutschen Zollverein bekanntlich einen Begünstigungszoll genießen. Andere gebrannte Wasser werden wenig ausgeführt.

Für die nicht unbeträchtliche Fabrikation von Extrait d'Absynthe im Kanton Neuenburg wären einige Zollermäßigungen oder Aufhebung der beim Transit durch Frankreich bestehenden lästigen Formalitäten sehr erwünscht.

Bei der ungeheuern innern Produktion von gebrannten Wassern ist die starke Einfuhr von solchen aus dem Ausland doppelt auffallend.

Es sind nämlich Weingeist, Branntwein und Liqueure in die Schweiz eingeführt worden:

im Jahr 1841	.	.	.	Sentner 62,133
„ „ 1842	.	.	.	„ 59,694
„ „ 1843	.	.	.	„ 55,005.

Am auffallendsten ist die Zunahme der fremden Branntweineinfuhr in den Kanton Bern. Dort betrug im Jahr 1811 die Einfuhr, nach Abzug der Ausfuhr, 623 Saum.

In den Jahren 1814 und 1815 wurde mehr ausgeführt, als eingeführt.

Im Jahr 1817 hob sich dieselbe auf	Saum	1,037
und sank im Jahr 1823 auf	„	323
im Jahr 1831 erreichte sie wieder	„	1,131
im Jahr 1832 wuchs sie auf	„	2,482
im Jahr 1833 auf	„	3,651
im Jahr 1834 auf	„	4,884
und im Jahr 1843 erreichte sie	„	7,793.

Solche Erscheinungen sind ernster Berücksichtigung werth.

Wenn ähnliche Nachweise anderer Kantone nicht mit gleicher Genauigkeit vorliegen, so rührt dieß hauptsächlich nur daher, weil dort keine so genauen Kontrollen über Ein- und Ausfuhr fremder gebrannter Wasser geführt werden; ganz unzweifelhaft aber ist die bedeutende Zunahme des innern Verbrauchs von Branntwein in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren. Es steht diese in genauer Verbindung mit der Gesetzgebung über das Wirthschaftswesen und über den Kleinverkauf von Getränken.

Die Kommission hält sich für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der hohen Tagsatzung und der sämtlichen Kantonsregierungen auf diesen Gegenstand hinzulenken; denn sie erblickt in der Unzahl von Wirths- und Schenkhäusern, wie sie mehrere Kantone aufweisen, sowie in zu großer Erleichterung des Kleinverkaufs und des Hausirens mit geistigen Getränken, eine wesentliche Unterstützung der immer mehr überhand nehmenden Genußsucht, eine Veranlassung zu unnöthigen Ausgaben und Müßigang, eine Quelle der Verarmung, des Lasters und häufig auch des Verbrechens. Tausende sind auf diesem Weg arm und Viele zu Verbrechern geworden.

Die Abgaben, welche Wirths- und Schenkhäuser, sowie Kleinverkäufer geistiger Getränke jährlich auf der schweizerischen Bevölkerung nur für denjenigen Genuß beziehen, der über das Maß des Bedürfnisses und des erlaubten Vergnügens hinausgeht, sind unbezweifelt unendlich viel größer als der Ertrag aller innern Zölle und dürften demnach auf die ökonomische Lage des Volkes bei weitem nachtheiliger wirken als diese. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß allerorts bei Erlassung einschlagender Gesetze die fiskalischen Rücksichten, gleich wie die Scheu, gewissen Volkswünschen entgegenzutreten, vor den Rücksichten auf ökonomische und moralische Wohlfahrt des Volkes in den Hintergrund treten möchten.

Durch hohe Eingangszölle, die überdies in gewissen Fällen die Industrie treffen würden, wäre nach der Ansicht der Kommission dem Branntweinverbrauch kaum zu steuern. Es hätten solche Zölle vielmehr nur die Folge, den Verkauf des inländischen, größtentheils noch schädlicheren Produkts — wie des Kartoffelbranntweines — künstlich zu befördern. Durch Einwirkung auf die Volkssitten, auf dem Wege der Belehrung und Volkserziehung, durch gesetzgeberische Verfügungen über das Wirthschaftswesen und den Kleinverkauf, sowie durch Handhabung einer strengen Wirthschaftspolizei kann dieser Krebs, der an der Nation nagt, wohl allein geheilt werden.

Bierbrauerei.

Eine in der Schweiz sich mehr und mehr entwickelnde Industrie ist diejenige der Bierbrauerei. Der Bedarf an Bier wird alljährlich stärker und so sind denn schon in den meisten Kantonen Bierbrauereien entstanden. Auffallend ist, daß diese Industrie gerade in weinproduzierenden Kantonen, wie z. B.

Zürich und Schaffhausen, in neuester Zeit eine besondere Ausdehnung zu gewinnen scheint.

Im Kanton Zürich bestehen dermalen schon 9 Bierbrauereien, welche jährlich zwischen 15,000 bis 18,000 Saum Bier brauen, und neue derartige Etablissements sind im Bau begriffen.

Im Kanton Schaffhausen bestehen 13 Bierbrauereien, welche jährlich über 6000 Saum Bier liefern.

Im Kanton Waadt sind ebenfalls Bierbrauereien entstanden, und der Kanton Solothurn produziert schon seit längerer Zeit mehr Bier als er selbst bedarf.

Defungeachtet wird noch Bier aus dem Ausland eingeführt. Diese Einfuhr betrug:

im Jahr 1841	Sentner	4,340,
„ „ 1842	„	7,126,
„ „ 1843	„	5,207.

Es ist indessen nicht zu bezweifeln, daß diese Einfuhr fremden Bieres von selbst aufhören wird, sobald die inländischen Brauereien hinsichtlich der Qualität des Bieres den Wünschen der Bevölkerung vollständig zu entsprechen wissen. Ausländische Bierbrauereien können schon wegen der Transportkosten und den übrigen Schwierigkeiten, mit welchen der Transport des Bieres verbunden ist, mit den inländischen Brauereien kaum konkurriren.

Dermalen ist ein großer Theil der Gerste und beinahe aller Hopfen, welchen die inländischen Brauereien verwenden, nicht das Produkt des Inlandes, und es ließe sich daher fragen, ob nicht in manchen Gegenden, wo dermal Weinbau besteht, mit mehr Vortheil Hopfen gepflanzt werden könnte. Die Einfuhr des Hopfens aus dem Ausland hat sich während der drei letzten Jahre gestaltet wie folgt:

Im Jahr 1841 wurden eingeführt Zentner 1,925,
 „ „ 1842 „ „ „ 2,153,
 „ „ 1843 „ „ „ 2,506,
 was deutlich die zunehmende Produktion von Bier im Lande
 selbst nachweist.

Fabrikation von Strohgeflechten.

Eine andere mit dem Ackerbau in enger Verbindung stehende Industrie ist diejenige der Strohgeflechte.

Dieselbe kommt in größerem oder kleinerm Umfang in einzelnen Gegenden der Kantone Zürich, Bern, Luzern, Graubünden und Waadt vor. Auch in den Bergkantonen Uri, Schwyz, Unterwalden und in einer Anstalt des Kantons Glarus werden gröbere Strohgeflechte gemacht. Von größerem Belang ist diese Industrie aber namentlich in den Kantonen Freyburg, Aargau und Tessin. In den Kantonen Neuenburg und Genf werden theils schweizerische, theils fremde Strohgeflechte zu Hüten verarbeitet oder fremde Hüte völlig ausgerüstet.

Am meisten Ausdehnung hat die Fabrikation von Strohwandwaaren in einigen Gemeinden des Kantons Aargau gewonnen, welche jährlich für sehr beträchtliche Summen dergleichen Fabrikate in's Ausland versenden. Das rohe Material ist aber nicht ausschließlich das Erzeugniß des eigenen Grund und Bodens; vielmehr wird dasselbe in bedeutenden Quantitäten theils ganz roh, theils als Halbfabrikat aus Italien und aus dem Kanton Freyburg bezogen.

Die freyburgische und die aargauische Industrie machen sich insofern keine Konkurrenz, als in Freyburg hauptsächlich Weizenstroh, im Aargau hauptsächlich Roggenstroh verarbeitet wird. Zu Ergänzung der gegenseitigen Fabrikation findet dann

ein wechselweiser Austausch, sey es im Rohstoff, sey es in Halbfabrikaten, statt.

Der Betrag der jährlichen Produktion der freyburgischen Industrie von Strohgeflechtem und Strohhüten ist, wenn auch nicht so bedeutend als derjenige der gleichen Industrie im Kanton Aargau, immerhin von Belang.

Im Kanton Tessin werden meistens grobe Strohgeflechte gefertigt.

Diese Industrien alle, sowie die ähnlichen in den Kantonen Neuenburg und Genf, welche sich mit der Verarbeitung von Strohgeflechtem in Hüte beschäftigen, haben sich bereits zum Ausfuhrhandel erhoben. Die aargauischen Strohgeflechte werden in alle uns umgebenden Staaten, sogar in überseeische Länder versandt. Freyburg versandte früher seine Strohgeflechte meist nach Frankreich, wo dieselben veredelt wurden. Durch die hohen französischen Zölle ist dieser Handel in Abnahme gekommen, indessen werden immerhin noch etwelche Strohgeflechte nach Frankreich versendet; andere finden ihren Absatz in Piemont und Italien, oder in den deutschen Zollvereinsstaaten, wo die schweizerischen Strohgeflechte eine Begünstigung des hälftigen Zolles genießen. Die tessinischen Strohgeflechte finden zu $\frac{5}{6}$ in Piemont, der übrige Sechstel findet im Kanton selbst und in der übrigen Schweiz Abnehmer. Auch die Strohhutfabriken in Neuenburg und Genf finden neben dem Absatz in der Schweiz noch Käufer im Ausland.

Es ist diese Fabrikation von Strohgeflechtem in jeder Beziehung eine der empfehlenswerthesten. Der Rohstoff ist äußerst wohlfeil und größtentheils der Schweiz eigen, denn es ist namentlich der feine, in höhern und etwas feuchten Gegenden gewachsene Halm, welcher sich zu diesen Geflechtem eignet. Ueberdies beschäftigt diese Industrie viele Hände theils mit Flechten, Nähen und Weben, und kann als sogenannte häusliche Industrie betrieben werden, bei welcher Kinder und Greise

hülfreich sind. Alles, was zum Gedeihen dieser höchst interessanten Industrie gethan werden kann, darf daher als eine Verwendung für wirkliche Interessen des Landes angesehen werden.

Eines besondern Schutzes scheint diese Industrie, welche im Kanton Aargau namentlich wachsend ist, nicht zu bedürfen, wohl aber müßte für dieselbe die Ermäßigung der Einfuhrzölle in Frankreich und Großbritannien namentlich sehr erwünscht seyn.

Das Gedeihen dieser Industrie ist, mehr noch als bei andern Industrien, an die Redlichkeit der Arbeiter geknüpft. Es können nämlich die Strohgeflechte, welche der Fabrikant aufkaufen läßt, nicht immer nachgemessen werden, und bei unredlicher Maßangabe kommt der Fabrikant daher leicht in Schaden.

Die Kommission glaubt daher bei diesem Anlaß mit einigen Worten darauf aufmerksam machen zu sollen, wie wichtig es ist, daß die schweizerische Industrie im Allgemeinen den Ruf strenger Redlichkeit, welcher eine der ersten Tugenden der schweizerischen Nation zu allen Zeiten war, zu bewahren wisse. Es könnte leicht nachgewiesen werden, daß der Grund, warum auf manchen ausländischen, auch überseeischen Märkten bei gleichen Preisen dem schweizerischen Produkt vor demjenigen anderer Staaten häufig der Vorzug gegeben wird, in dem größern Vertrauen auf die Richtigkeit des Maßes und durchgängige Gleichförmigkeit des Fabrikates beruht. In frühern Zeiten glaubten Regierungen oder industrielle Korporationen sich für Erhaltung des guten Rufes einer Industrie verwenden zu sollen; man pflegte durch einen Timbre oder auf andere Weise, sey es das Maas der Waare, sey es deren Ursprung und gute Qualität, so zusagen zu garantiren. In neuerer Zeit sind diese vorsorglichen Bestimmungen wegen der damit verbundenen Hemmungen und Verzögerungen für Han-

del und Verkehr aufgegeben worden; da aber durch den Leichtsinne oder die wirkliche Schuld einzelner Fabrikanten die Waaren ganzer Gegenden zum größten Nachtheil derselben auf fremden Märkten diskreditirt werden können, so wird dermal in manchen Staaten an Wiedereinfuhr dießfälliger schützender Bestimmungen gedacht. Ohne für einmal dergleichen ihrerseits empfehlen zu wollen, glaubt die Kommission, mit allem Nachdruck im Interesse der schweizerischen Industrie die strengste Redlichkeit in jeder Beziehung empfehlen zu sollen. Der alte Ruf schweizerischer Treue soll durch unsere Industrie keine Macel erhalten. Wenn die Industrie bei allen ihren Unternehmungen strenge Redlichkeit zur Grundlage nimmt, wird sie dem schweizerischen Namen auch in den fernsten Gegenden den wohlervorbenen Ruf, sich selbst aber die Aussicht auf Gedeihen am sichersten erhalten.

Tabaksfabrikation.

In Verbindung mit dem Bau der Tabakspflanze in einzelnen Gegenden der Schweiz steht die Industrie der Tabaksfabrikation. Es wird nämlich Tabak fabrizirt in den Kantonen Freyburg, Basel, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg, in letzterem Kanton jedoch nur in sehr geringem Betrag.

Diese schweizerische Fabrikation beschäftigt sich aber nicht etwa bloß mit der Verarbeitung schweizerischer Tabaksblätter; vielmehr werden auch ausländische, und in neuerer Zeit selbst amerikanische Pflanzen verarbeitet. Bei weitem am stärksten ist diese Fabrikation in Basel, wo jährlich beiläufig 8,000 bis 10,000 Zentner Tabak fabrizirt werden.

Regelmäßige Ausfuhr von Tabaksfabrikaten findet keine statt, da in Frankreich und Italien der Tabakverkauf Regale ist, Deutschland aber uns große Quantitäten Tabak liefert.

Die Gesamteinfuhr fremden Tabaks hat sich
im Jahr 1841 belaufen auf 47,954 Zentner,

„ „ 1842 „ „ 44,727 „

„ „ 1843 „ „ 49,134 „

Wenn auch ein kleiner Theil dieser starken Einfuhr als Transit erscheint und ein anderer Theil auf dem Wege des Schmuggels ausgeführt wird, so wird unbestreitbar bei weitem der größte Theil im Lande selbst konsumiert, und es werden für Befriedigung dieses immer allgemeiner werdenden Bedürfnisses jährlich Millionen an das Ausland bezahlt.

Auch dieser starke Tabakkonsum kann als Beweis für die Wohlhabenheit der Bevölkerung des Landes angesehen werden, indem eine arme Bevölkerung offenbar nicht im Stande wäre, so große Summen, die sich bei der Zunahme der Cigarrenkonsumation und der verhältnißmäßigen Abnahme des Konsums von Rauchtabak überdies jährlich steigern, für die Befriedigung eines wahren Luxusbedürfnisses auszugeben; allein es kann auch die Frage aufgeworfen werden, ob diese starke Tabakkonsumation nicht insofern zu beklagen ist, als sie zu einer unnöthigen und sehr starken Ausgabe Veranlassung gibt, welche kaum mit den Einnahmen der Schweiz im Verhältniß steht.

Als Beweis dafür, daß Handel und Industrie sich dermal nicht in günstigen Verhältnissen befinden, wird häufig die erschreckende Zunahme von Fallimenten und Geldstagen angeführt; anderseits darf jedoch auch nicht übersehen werden, daß Fallimente ein Uebel sind, das dem Handel und Verkehr als unzertrennlicher Begleiter überall folgt. Wo kein Handel und kein Verkehr ist, da kommen auch Geldstage äußerst selten vor. Je lebhafter und ausgedehnter der Verkehr, je häufiger die Fallimente. Wird nun die Zahl der gegenwärtig jährlich vorkommenden Fallimente mit der Zahl der gegenwärtig Geschäftstreibenden verglichen, so dürfte die erstere Zahl zur letztern kaum in einem ungünstigern Verhältniß stehen,

als die Zahl der vormalig in denselben Gegenden vorgekommenen Auffälle zur Zahl der zu jener Zeit Handeltreibenden. Die Menge der Wirthe und der kleinen Krämer, unter welchen beiden Klassen am meisten Geldstage vorkommen, hat in neuerer Zeit ganz unglaublich zugenommen. Jeder, welchem Stand er ursprünglich angehört haben mag, glaubt sich für diese beiden Gewerbe befähigt, und der ökonomische Ruin seiner Vorgänger schreckt ihn um so weniger ab, als er sich einerseits gewöhnlich zutraut, dem Gewerbe besser vorzustehen, als jene, und als er anderseits meistens wenig eigenes Vermögen einsetzt, sondern vom Kredit lebt, — der heutzutage so äußerst leicht gefunden wird, — folglich auch im schlimmsten Fall nicht viel verlieren kann. Wird auf den wirklichen Grund der meisten Fallimente gesehen, so zeigt es sich, daß derselbe nur höchst selten in der Erschwerung des Absatzes, viel häufiger aber in der Unfähigkeit oder in der Immoralität und Genußsucht der betreffenden Gewerbetreibenden, oder in wirklichen Schwindeleien liegt. Die Fälle, wo arbeitsame und ihres Gewerbes kundige Leute wegen Mangel an Absatz in Konkurs gerathen, sind unter allen Konkursfällen zuverlässig die seltensten.

Konsum von Kolonialwaaren.

Zu ähnlichen Betrachtungen, wie die Konsumation von Tabak, kann die sehr starke Konsumation von Kolonialwaaren, namentlich von Kaffe und Zucker, Veranlassung geben.

Es wurden nämlich in die Schweiz eingeführt:

	Kaffe.	Zucker.
im Jahr 1841	111,881 Sontner,	153,201 Sontner,
„ „ 1842	126,991 „	152,344 „
„ „ 1843	114,684 „	135,644 „

Daß diese Einfuhr an Zucker und Kaffe nicht gänzlich in der Schweiz konsumirt, sondern daß ein nicht unbedeutender Theil auf regelmäßigem oder unregelmäßigem Weg wieder in's Ausland exportirt wird, darf als zuverlässig angenommen werden; unter gewissen Konstellationen kann selbst der Zwischenhandel im Großen von der Schweiz aus, der hohen Zölle ungeachtet, nach den deutschen Zollvereinsstaaten gemacht werden. Ebenso darf die große Zahl von Fremden, welche jährlich die Schweiz bereisen, sowohl bei den Berechnungen über die Tabakskonsumation, als bei derjenigen von Kolonialwaaren nicht außer Acht gelassen werden. Der Haupterklärungsgrund für den starken Verbrauch von Zucker und Kaffe liegt aber offenbar in dem Umstand, daß sich dieselben zum Rang der nothwendigern Lebensbedürfnisse erhoben haben und eines der hauptsächlichsten Nahrungsmittel der Bevölkerung geworden sind. Die arbeitende Bevölkerung namentlich scheint dem Kaffe in neuerer Zeit vor allen andern Lebensmitteln den Vorzug gegeben zu haben, daher sie in manchen Gegenden der Schweiz Morgens, Mittags und Abends Kaffe genießt, was wohl mit dem starken Preisabschlag, welchen Kaffe und Zucker in den letzten Dezzennien erfahren haben, in genauer Verbindung steht.

Eine starke Belegung dieser Erzeugnisse bei ihrer Einfuhr in die Schweiz wäre daher doppelt ungerecht, indem dadurch einerseits der Preis eines zum wirklichen Bedürfnis gewordenen Nahrungsmittels erhöht, und anderseits das Produkt derjenigen Länder belegt würde, welche bald allein noch die Abnehmer unserer Industrieerzeugnisse sind; denn der Zucker und der Kaffe, den wir konsumiren, stammt weder aus den französischen noch aus den englischen Kolonien, deren Produkte bekanntlich in den respektiven Mutterländern Begünstigungszölle genießen und daher dort konsumirt werden.

Nach dieser kurzen, durch die Tabaksfabrikation veranlaßten Abschweifung über den Verbrauch der Schweiz an Kolonialwaaren, bleibt uns noch der Seiden-, Glachs- und Hanf- oder Leinenindustrie zu erwähnen, welche in einiger Verbindung mit dem schweizerischen Ackerbau stehen.

Diese beiden Industrien bilden mit der Baumwollindustrie und der Uhrenmacherei die hauptsächlichsten Industriezweige der Schweiz, daher wir dieselben hier im Zusammenhang darzustellen beabsichtigen.

B. Industrie.

Seidenindustrie.

Die Seidenindustrie ist ihrem Rang nach die zweite der großen für den Exporthandel insbesondere beschäftigten Landesindustrien, welche, verbunden mit dem daran sich knüpfenden Zwischenhandel in roher Seide, den Seidenzwirnerereien und Floretspinnereien, sowie mit der Seidenproduktion im Kanton Tessin, eine bedeutende Anzahl Menschen und Kapitalien in Arbeit und Bewegung setzt.

Um mit der letztern zu beginnen, so hat sich der Seidenbau im Kanton Tessin, wie überall in Italien, bedeutend gehoben. Die Produktion mag gegenwärtig jährlich auf nahe an 50,000 Pfund Schweizergewicht ansteigen.

Die Einfuhr von roher Seide, Seiden- und Halbseidenwaaren in die Schweiz hat sich in den drei letzten Jahren gestaltet, wie folgt:

Es wurden eingeführt im Jahr:

	1841.	1842.	1843.
Seidenabgang, Floret, roh (Strazza et Struza) . . .	Str. 2,859	8,298	5,463
Seide und Seidenwaaren und Halbseidenwaaren aller Art	„ 28,013	—	—
Seide, roh, gedreht u. gefärbt. Seidenwaaren, Halbseiden- waaren	„ —	27,536	28,943
Seidenstoffe aller Art . . .	„ —	781	884

Die Ausfuhr des Produkts, meist als Rohseide (greze) und nur zum kleinern Theil als gearbeitete (ouvrée), findet nach England, nach der Schweiz und selbst nach der Lombardie statt, ohne besondere Hindernisse anzutreffen, da der Einfuhr der Rohstoffe überall die Thore geöffnet sind.

Die Seidenstoff- und Bandfabrikation beschäftigt vorzüglich die Kantone Zürich und Basel (beide Landestheile), in minderm Grade die Kantone Bern, Solothurn, Aargau und Thurgau. Auch der Kanton Zug und die angrenzenden Gegenden im Kanton Schwyz werden durch die Züricherindustrie in dieser Beziehung in einige Thätigkeit versetzt, sowie hinwieder ein Theil der Webstühle im bernerischen Amt Delsperg und im Solothurnischen für Baselerfabriken arbeiten. Man kann die Zahl der mit dieser Gesamtindustrie beschäftigten Personen auf zirka 40,000 anschlagen.

Die Seidenfabrikation überhaupt hat sich seit dem Weltfrieden von 1815 und der von da an beginnenden Industrieperiode sehr erweitert, theils in Folge des allgemeinen, den Frieden begleitenden Aufschwungs der Betriebsamkeit, theils aber und besonders als Rückwirkung der amerikanischen Entwicklungen und der dort gesteigerten Baumwollenproduktion. Sie hat in der Schweiz, hauptsächlich durch diesen hinzuge-

kommenen amerikanischen Markt, bis dahin gleiche Fortschritte gemacht, wie überall, wo dieser Industriezweig zu Hause ist und feste Wurzeln geschlagen hat. Ihre zwei Hauptzweige, die Seidenstoff- und Bandfabrikation, mögen sich bei uns ungefähr die Wage in Beziehung auf Ausdehnung und Kapitaleinsatz halten; die erstere verarbeitet vorzüglich glatte Seidenstoffe von dem schwersten Schirmtaffet, Gros de Berlin und de Naples bis zu den leichtesten Florences und Futterstoffen hinunter. Ferner werden viele Kravatten, Mouchoirs u. s. w., nebst verschiedenen andern Artikeln, worunter noch Bologner Crêpe und einige Gazengewebe, fabrizirt, je nach der Mode und dem jeweiligen Bedarf der Konsumplätze. Seit einiger Zeit hat sich auch die Jacquardfabrikation einigermaßen die Bahn gebrochen, muß aber mit großen Schwierigkeiten kämpfen, und scheint nur bei starkem Besuch, wo Lyon, welches hierin den Ton angibt, nicht genug liefern kann, sich bedeutender, fester Aufträge zu erfreuen zu haben, während für die glatten, namentlich die leichtern Stoffe, unsere Fabriken überall mit den Lyonern konkurriren, wo die Fülle es gestatten. Die Webstühle sind, mit Ausnahme der erwähnten beiläufigen acht Jacquardfabriken, einzeln in den Wohnungen der Landleute verbreitet und derselben Eigenthum, und diese einzelne Weberei ist es, welche der zürcherischen Seidenstofffabrikation ihre Eigenthümlichkeit gegeben und derselben ihre Wohlfeilheit und ihren europäischen Ruf erworben hat.

Ein nicht unbedeutlicher Theil unserer Seidenwaaren wird nach Deutschland, besonders nach Leipzig und Hamburg, als Stapelplätze für den Osten und Norden, ausgeführt; für den innern Konsum von Deutschland hat seit Errichtung des Zollvereins die schweizerische Ausfuhr sehr abgenommen, und wird, sowie auch der Absatz nach Belgien und Holland, in raschsteigendem Maße durch die Elberfelder und Bresfelder Fabriken verdrängt. Fernere Absatzmärkte sind die italienischen

Herzogthümer, sowie Triest als Stapelplatz für die Levante, wohin auch direkt versendet wird; ferner Rußland; allein die weitaus größere Hälfte der Gesamtproduktion ging in den letzten Jahren und geht auch dermalen nach Nordamerika, und in kleinerem Maße nach Südamerika, wobei die bedauerliche Erscheinung in progressivem Verhältniß wahrgenommen wird, daß diese Exportationen weniger auf feste Bestellung, als für eigene Rechnung geschehen, was bei den unsichern Verhältnissen jenes Welttheiles viele Gefahren und Verluste, sowie langes Ausbleiben der Kapitalien zur unvermeidlichen Folge hat. Mehrere Versuche einer Ausfuhr nach Indien haben unbefriedigende Resultate gegeben, indem die Lyonerstoffe dort vorgezogen wurden. Der Verkauf im Lande selbst hat seit einiger Zeit etwas zugenommen, kann aber nicht als bedeutend anerkannt werden.

In Folge dieser allmählig herangebildeten Absatzverhältnisse ist es begreiflich, daß die Nachricht vom Abschluß eines Handelsstraktats zwischen dem deutschen Zollverein und Nordamerika, mit Differentialzöllen zu Gunsten der deutschen Seidenstoffe, große Besorgnisse in diesem Industriezweig erweckt hat, da das Auffinden neuer Märkte für ein Binnenland wie die Schweiz kaum mehr von bedeutendem Erfolg seyn dürfte.

Die Bandfabrikation wird, wie die Stofffabrikation, größtentheils auf Stühlen, welche in den Wohnungen der Arbeiter stehen und theils Eigenthum von diesen, theils von den Fabrikherren sind, betrieben; nur beiläufig ein Achtel sämtlicher Bandstühle befinden sich in Fabrikgebäuden, meist für faconirte Bänder, deren Verfertiung in neuerer Zeit bedeutend zugenommen hat und die in Basel bereits einen Fünftel der Gesamtproduktion umfaßt.

Der Absatz dieser Erzeugnisse ist weniger beschränkt, als derjenige der Stoffe; er findet, wie jene, in großem Maße nach Amerika statt und wird durch die Verhältnisse jenes

Marktes gleichfalls wesentlich bedingt. Auf dem europäischen Kontinent gestattet die Natur dieses Fabrikates sowie einige Zollverhältnisse noch bessern Absatz, obschon derselbe namentlich in den angrenzenden deutschen Staaten sehr verkümmert worden ist und bereits mehrere Etablissements zu theilweiser Uebersiedlung in dieselben sich veranlaßt gesehen haben. Der Grad von Fertigkeit, welchen die schweizerischen Bandfabriken bereits erreicht haben und die verhältnißmäßig noch geringe Ausdehnung ähnlicher Fabriken in den Rheinprovinzen, verbunden mit einem überaus gesteigerten Konsum von Bändern, hat bisanhin dem Absatz der Bänder auch in Beziehung auf feste Bestellungen noch eine bessere Haltung gegeben, als dies bei den Stoffen der Fall ist; allein wie bei diesen, so erfordert auch die Exportation der Bänder dennoch die größte Sorgfalt in Ueberwachung unserer Abzugsquellen und schnelles Benutzen des Augenblicks, wenn irgend welche Zugeständnisse für erleichterten Absatz hie oder da möglich werden sollten.

Nicht unbedeutend ist der durch diese inländische Fabrikation sowie durch die deutschen Fabriken in Preußen und Sachsen hauptsächlich genährte Zwischenhandel mit roher Seide, der hauptsächlich in Zürich blüht und mit zahlreichen schweizerischen Etablissements in der Lombardie in naher Beziehung steht. Damit verbunden sind auch die Seidenzwirnerereien, unter welchen in jüngster Zeit einige die Nähseidefabrikation besonders in's Auge gefaßt haben. Diese Versuche werden aber durch die besonders in Frankreich und Italien hoch angestiegene Entwicklung dieser Industrie und durch die hohen Eingangszölle auf allen Gränzen an ihrem Aufkommen gehindert, während der Handel mit roher Seide im Allgemeinen, der sich mit einem Rohprodukt (*matière première*) befaßt, durch den bestehenden Zollkrieg nicht wesentlich betheiligt wird.

Die mit der Seidenindustrie im Allgemeinen nahe verwandten Floretspinnereien ersetzen einigermaßen, wenn

auch nur in beschränktem Grade, die früher in den gebirgigten Theilen des Kantons Zürich, im Gaster- und Glarnerland sowie in dem Kanton Schwyz sehr verbreitet gewesene Handspinnerei von Floretgarnen, welche nach und nach gänzlich außer Konsum kommen und durch das Maschinengarn verdrängt werden.

Es existiren ungefähr sechs solcher Spinnereien in den Kantonen Zürich, Basel, Schwyz und Unterwalden, welche zugleich, besonders in den beiden letzten Kantonen, viele Leute mit Vorarbeiten (Seidenkämmeln) beschäftigen. Es darf namentlich die erst in neuerer Zeit erfolgte Verpflanzung dieses Industriezweiges von Basel aus in das Engelbergerthal als eine wirkliche Wohlthat für jene arme Gebirgsgegend bezeichnet werden. Die Natur dieses Nebenzweigs der Seidenindustrie gestattet derselben übrigens keine große Ausdehnung, da deren Produkte größtentheils der Modefabrikation angehören und oft lange Zeit keine Verwendung haben.

Die Floretgarne werden meistens nach Frankreich und Deutschland, sowie auch in kleinerem Maße nach Rußland, halbverarbeitete Stoffe (Stammi) besonders nach England ausgeführt, da dieselben als Material für die Fabriken angesehen und demgemäß in den Zollansätzen behandelt werden.

Leinenindustrie.

Von weniger Umfang, aber immer noch wichtig, ist die Leinenindustrie. Sie ist eine der ältesten in der Schweiz; der Rohstoff, den sie verarbeitet, ist größtentheils Produkt des schweizerischen Bodens.

Am meisten Flachsbau ist in den Kantonen Bern und Aargau; der Hanf wird allerorts in der Schweiz gepflanzt.

Gleich andern durch die Maschinen beeinträchtigten Industrien hat auch dieser an die häuslichen Einrichtungen sich

anlehrende, in frühern Jahren in unserm Vaterland so blühende Gewerbszweig, in der Neuzeit bedeutende Veränderungen erfahren. Während früher von den Haushaltungen der Glashs selbst gebaut und theils zu eigenem Verbrauche, theils zum Verkaufe versponnen worden ist, liefern jetzt die mechanischen Glashsspinnereien, und zwar eben meistens jene des Auslandes, einen bedeutenden Theil des dießfälligen Bedarfs. Das Maschinengarn, schöner und wohlfeiler als das auf dem Weg der Handspinnerei gewonnene, macht diesem letztern eine immer gefährlicher werdende Konkurrenz.

Die Glashsspinnerei und Weberei ist dermalen bloß noch in den Kantonen Bern, Luzern und Aargau von einiger Bedeutung und besteht zumeist, auf den innern Bedarf beschränkt, einen schweren Kampf mit dem fremden Erzeugnisse. Schon die Einfuhr des rohen Garnes stellt sich mit zirka 10,000 Zentnern als ein sehr mißliches Verhältniß dar, wobei wieder die englische Konkurrenz die Hauptziffern bildet. Mindere Quantitäten von Garn werden aus Belgien bezogen, sowie aus Italien und Frankreich. Auch aus der deutschen Zollunion findet etwelche Einfuhr statt; die letztere besteht, etwa zu einem achten Theil der gesammten Garneinfuhr in die Schweiz, aus Pachtuchgarn und Faden.

Folgendes ist die Uebersicht der Einfuhr von Leinengarn und Leinenwaaren in die Schweiz während der letzten drei Jahre:

	1841.	1842.	1843.
Leinwand, Zwillich, Packleinen	3tr. 14,157	12,044	9,711
Faden, Zwirn, Pachtuchgarn,			
Hanf- und Reistengarn . „	1,233	2,556	4,391

Die Ausfuhr von Leinwand aus der Schweiz erstreckt sich zwar noch immer über einige Staaten, wie namentlich Deutschland, Italien, Spanien, Nordamerika, und trotz selbst dem bedeutenden französischen Leinenzoll; allein dessen ungeachtet

wird der Absatz in fremde Länder immer schwieriger, besonders da, wo zu Gunsten der Leinenindustrie eines andern Landes Differentialzölle bestehen. Es ist nicht zu läugnen, daß dieser Zweig der schweizerischen Industrie in neuerer Zeit zu verkümmern scheint. In den Kantonen St. Gallen und Appenzell, welche in frühern Jahrhunderten einen so lebhaften Handel mit Leinenwaaren getrieben haben, hat die Leinwandfabrikation immer mehr abgenommen und der dortige Leinwandhandel, der ohnehin schon von weit geringerem Umfang ist als früher, scheint durch den zwischen Belgien und Spanien unter dem Regimente Espartero's zu Stande gekommenen Handelsvertrag einen neuen Stoß erlitten zu haben.

Wenn die schweizerische Leinenindustrie die neuern Erfindungen in diesem Fabrikationszweig sich zu Nutzen macht, so ist doch zu hoffen, daß auch sie sich in der Schweiz wieder heben werde. Es mag in dieser Hinsicht zu einiger Beruhigung dienen, daß es bereits den Anstrengungen der Deutschen und Belgier gelungen ist, mit dem mächtigen England in Konkurrenz zu treten, das durch die Vollkommenheit seiner Maschinen und durch die eine Million übersteigende Zahl seiner Flachsspindeln den Aufschwung der schweizerischen Flachsspinnerei am meisten verhindert. Es darf übrigens nicht übersehen werden, daß sich mit dem Aufkommen der Baumwollindustrie viele Hände, zumal in den Kantonen Glarus, St. Gallen und Schaffhausen der Leinwandfabrikation entzogen haben, die sich unter andern Verhältnissen dieser letztern wieder zuwenden dürften; wirklich scheint auch die Fabrikation von Leinwand in letzter Zeit, besonders im Kanton Aargau, neue Wurzeln geschlagen zu haben.

Die mechanische Flachsspinnerei in der Schweiz ist überhaupt noch neu und es bestehen dermal erst drei mechanische Flachsspinnereien, eine kleinere in Höngg, Kantons Zürich, und zwei größere in Burgdorf und bei St. Gallen, unter

welchen zweien diejenige zu Burgdorf bereits jährlich 1,600 Zentner Garn liefert.

Ob schon die Herstellungskosten der Flachsspinnereien sich viel höher belaufen, als diejenigen der Baumwollspinnereien, so ist doch zu hoffen, daß auch die mechanische Flachsspinnerei nach Ueberwindung der großen Schwierigkeiten, mit welchen jeder Anfang verbunden ist, sich mehr und mehr entwickeln und daß in deren Gefolge auch die Leinwandproduktion einen neuen Aufschwung nehmen werde.

Baumwollindustrie.

Von allen Industrien der Schweiz hat die Baumwollindustrie um deswillen die größte Bedeutung, weil sie sich in der einen oder andern Form über die meisten Kantone verbreitet hat und die meisten Hände beschäftigt.

Es hat sich diese Industrie in der Schweiz äußerst schnell einheimisch gemacht und die in andern Industriezweigen, wie z. B. der Leinen- und Wollentuchindustrie, beschäftigten Hände sich so sehr zuzuwenden gewußt, daß diese letztern beiden Industriezweige in den Gegenden, wo die Baumwollindustrie eindrang, nach und nach abstarben.

Vormals wurden die Baumwollstoffe bekanntlich aus Ostindien bezogen und erst im vorigen Jahrhundert wurde deren Produktion zuerst von den Engländern und bald darauf auch in der Schweiz versucht.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde in England das erste mechanische Garn gesponnen. Dieses mechanische Garn verdrängte allmählig das Handgespinnst. Die Lage der Handspinner war zu Anfang des Jahrhunderts, als auch in der Schweiz mechanische Spinnereien errichtet wurden, wohl sehr ähnlich derjenigen, in welcher sich dermalen die Handweber befinden, welche mit den in der Zwischenzeit erfun-

denen mechanischen Webereien kaum mehr konkurriren können. Die ersten Baumwollspinnereien sind in der Schweiz zur Zeit des Kontinentalsystems errichtet worden.

In Folge der Ausschließung der schweizerischen Baumwollfabrikate durch das Prohibitivsystem, welches Frankreich seit Anfang des Jahrhunderts immer mehr ausbildete und auch auf Italien ausdehnte, wurde die Lage auch des schweizerischen Handels äußerst schwierig. Wenn einerseits der Rohstoff nur mühsam und oft auf weiten Umwegen gewonnen werden konnte, so war auch der Absatz, der in der Nähe auf regelmäßigem Wege nicht mehr gefunden wurde, mit nicht geringen Gefahren verbunden, zumal bei der Unsicherheit der Meere. Durch die Nothwendigkeit gezwungen, mußte der schweizerische Handel weite Märkte suchen, und dergestalt hat ihm eine feindselige Maßregel wesentlich zu einer Ausdehnung verholfen, welche er unter andern Verhältnissen kaum je gewonnen hätte.

Noch schwieriger aber wurde die Lage der schweizerischen Baumwollindustrie nach Abschluß des allgemeinen Friedens vom Jahr 1815. Zu jener Zeit wurden bei der Oeffnung des Kontinents alle Staaten mit englischen Waaren und namentlich mit Baumwollstoffen so sehr überschwemmt, daß der Werth derselben plötzlich auf einen Drittheil des frühern Werthes herabsank; die billigere Berücksichtigung von Seite Frankreichs, auf welche man in der Schweiz allgemein gehofft hatte, trat nicht ein. Auf allen Märkten hatte man die mächtige englische Konkurrenz zu bekämpfen; England mußte trachten, den Betrag der den Kontinentalmächten geleisteten Subsidien durch seine Industrie wieder zu gewinnen. Der einzige Vortheil für den schweizerischen Handel nach Abschluß des Friedens bestand in der größern Sicherheit, mit welcher nunmehr überseeische Märkte besucht werden konnten.

Am schwierigsten war damals wohl die Lage der kaum erst entstandenen Baumwollspinnereien, deren Untergang neben der englischen Konkurrenz, welche zu äußerst niedrigen Preisen Massen von Baumwollgarn in das Land warf, gewiß schien; denn England konnte nicht nur wegen der Wohlfeilheit seines Produktes überall vortheilhaft konkurriren, sondern der Ruf der Vortrefflichkeit, welcher seinen Produkten in der öffentlichen Meinung aller Länder voranging, ließ auch bei gleichen Preisen dem englischen Fabrikat den Vorzug geben.

In diesem gefährlichen Kampf, weit entfernt unterzugehen, erstarkte die schweizerische Baumwollindustrie. Anfänglich beschränkte sie sich auf Lieferung der niedrigeren Garnnummern, da England die feinem Sorten besser und wohlfeiler lieferte; nach und nach versuchte man sich — bei Vervollkommen der Maschinen — auch in den feinem Gespinnsten und gegenwärtig wird, ohne daß die schweizerischen Baumwollspinnereien je des geringsten Schutzes genossen hätten, nicht nur der ganze innere Bedarf an Baumwollgarn selbst gesponnen, sondern es können die schweizerischen Baumwollengarne auf fremden Märkten mit Glück neben den englischen Garnen konkurriren. Es darf diese Thatsache als ein wirklicher industrieller Triumph bezeichnet werden. Die schweizerische Baumwollindustrie hat sich dadurch nämlich nicht nur von der englischen emanzipirt und der Gefahr entwunden, jederzeit durch die Krisen, welche in den englischen Garnpreisen periodisch zu entstehen pflegen, mitbetroffen zu werden, sondern es liegt überdies in diesem Erfolg ein Ruhm, welchen die gleichartige Industrie keines einzigen andern europäischen Landes ansprechen kann. Die Spinnereien anderer Staaten haben Mühe, trotz des Schutzes neben der englischen Einfuhr sich zu behaupten, und in keinem Staat könnte wohl bei gänzlicher Freiheit die inländische Garnproduktion mit der englischen konkurriren. Es darf daher die Entwicklung der schweizerischen Baumwollspinnerei als ein

schöner Beweis für schweizerische Energie, Thätigkeit und für den industriellen Sinn der Nation wohl rühmend angeführt werden.

Wirklich hat sich denn auch die Baumwollspinnerei, aller Prohibitiv- und Schutzmaßregeln zum Trotz, welche rings um die Schweiz herum nach und nach entstanden, reißend schnell entwickelt; ja die größten Etablissements dieser Art sind erst seit Abschluß des deutschen Zollvereins erbaut worden. Es ist indessen nicht zu verkennen, daß in neuerer Zeit die Baumwollspinnereien bei der starken innern Konkurrenz und der Schwierigkeit des Absatzes ihres Fabrikats im Ausland, sich nur mit Mühe auf der bereits erreichten Höhe erhalten. Mehrere kleinere Baumwollspinnereien, welche, wie dieß bei allen derartigen Unternehmungen immer der Fall ist, theurer produzierten als die größern, haben ihre Arbeiten bereits eingestellt, und es ist nicht zu verkennen, daß auch größere Baumwollspinnereien es hart empfinden müßten, wenn die deutsche Zollunion ihre Zölle auf dem Garn erhöhen würde, worauf in einer süddeutschen Kammer schon wiederholt ange- tragen worden ist.

Dermal bestehen in der Schweiz 131 größere oder kleinere Baumwollspinnereien, und zwar sind deren:

im Kanton	Zürich	70
„	„	Bern 1
„	„	Luzern 1
„	„	Schwyz 2
„	„	Glarus 10
„	„	Zug 1
„	„	Basel-Landschaft	4
„	„	Schaffhausen	1
„	„	St. Gallen	. . 15
„	„	Aargau 20

im Kanton Thurgau 4

„ „ Waadt 2

In diesen 131 Baumwollspinnereien wird an mehr als 660,000 Spindeln Baumwollgarn von beinahe allen Nummern, durchschnittlich aber am meisten von den Nummern 38 und 40 gesponnen. Das jährliche Produkt beläuft sich auf mehr als 160,000 Zentner, und in diesen sämtlichen Baumwollspinnereien werden über 10,000 Menschen beschäftigt. Bei weitem der größte Theil dieses Garnes wird im Lande selbst konsumirt; ein Theil desselben hauptsächlich nach den Zollvereinsstaaten ausgeführt.

Die Einfuhr von roher Baumwolle betrug

im Jahr 1841 Zentner 184,594,

„ „ 1842 „ 228,139,

„ „ 1843 „ 198,028.

Die Einfuhr an Baumwollgarn ist sehr unbedeutend und beschlägt so zu sagen nur noch die feinsten Nummern für Sticksarn.

Mechanische Baumwollwebereien bestehen dermal:

im Kanton Zürich 2

„ „ Bern 1

„ „ Schwyz 1

„ „ Glarus 3

„ „ Basel-Landschaft 1

„ „ St. Gallen . . 3

„ „ Aargau 6

„ „ Thurgau 1

zusammen 18,

welche jährlich beiläufig 100,000 Stück Baumwolltücher je zu 32 Stäben liefern und gegen 1000 Menschen beschäftigen dürften.

Das Produkt dieser Webereien ist größtentheils für die inländischen Druckereien bestimmt und dem Bedarf derselben

nicht genügend, daher denn noch mechanischgewebene glatte Baumwolltücher, sey es aus Frankreich, sey es aus England, eingeführt werden.

Die Hauptproduktion an Baumwollwaaren findet jedoch immer noch durch die Handweberei statt.

Solche Handwebstühle, auf welchen Baumwollstoffe aller Art gewoben werden, als: rohe Baumwolltücher für den Druck, glatte Mousselin, theilweis ebenfalls für den Druck, aller Art Cottonaden, wie Kölsch, Cottonnes, gefärbte Schnupf- und Halstücher, Printannières und andere gefärbte Stoffe, Jacquards, Varchet, Futter- und Hemdenzeuge, — bestehen in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Glarus, Solothurn, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen und Thurgau an 90,000, wenn nicht mehr, welche jährlich einige Millionen Stücke Baumwollstoffe aller Art liefern. Im Kanton Zürich allein werden 18,000 bis 20,000 Handweber gezählt, welche gegen eine Million Stücke aller Art produziren.

Die Lage dieser Handweber, welche nur glatte Waaren liefern, ist in Folge der Konkurrenz der inländischen und ausländischen mechanischen Webereien eine äußerst schwierige geworden. Ihr wöchentlicher Verdienst beträgt dermalen nicht mehr als 16 Bagen, und es ist vorauszu sehen, daß auch dieser geringe Verdienst bei der Ausdehnung der mechanischen Weberei, welche viel schönere und gleichmäßigere Stoffe liefert, die sich namentlich zum Bedrucken viel besser eignen, jener Klasse von Handwebern früher oder später entgehen wird. Das einzige Rettungsmittel für jene Weber scheint darin zu liegen, sich der Weberei von fagonnirten Stoffen, welche mehr Handarbeit erfordern und daher von den Maschinen im Großen nicht leicht produziert werden können, zuzuwenden. Dieß scheinen die Weber einzelner Gegenden bereits eingesehen zu haben und

so bestehen dormalen schon in den Kantonen St. Gallen und Appenzell namentlich viele Jacquardstühle.

Bekanntlich wird in diesen Kantonen auch die Stickerei mit der Baumwollindustrie verbunden und es werden daselbst gestickte Mousselinen geliefert, welche den geschmackvollsten und schönsten Pariserstickereien an die Seite gestellt werden dürfen.

Im Gefolge der Seiden-, Leinen- und Baumwollindustrie sind zum Zweck weiterer Veredlung des Fabrikats Bleichen, Appreturen, Färbereien und Kattundruckereien entstanden.

Was zunächst die Bleichereien betrifft, so bestehen deren beiläufig hundert in der Schweiz, welche sich auf beinahe alle Kantone, mit einziger Ausnahme der Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Graubünden, Tessin, Wallis und Genf, vertheilen.

Am meisten Bleichereien kommen vor
im Kanton Bern, wo 20,

„ „ Appenzell-Außer rhoden, wo 14,

„ „ St. Gallen, wo 15, und

„ „ Aargau, wo deren 17

bestehen.

Appreturen, welche die produzierten Fabrikate aller Art gehörig zurüsten und zum Verkauf und zur Versendung herrichten, mögen beiläufig sechzig in der Schweiz bestehen. In diesen Bleichereien und Appreturen wird abermals eine bedeutende Anzahl von Arbeitern beschäftigt.

Färbereien aller Art und von sehr verschiedener Ausdehnung, darunter viele Rothfärbereien für Garne und Waaren, bestehen in der Schweiz über zwei und ein halbes Hundert, von welchen viele indessen nicht der großen Industrie angehören; dieselben vertheilen sich auf alle Kantone, mit Ausnahme der Kantone Uri und Zug.

Zürich hat 14 Rothfärbereien.

Bern besitzt 60, indessen meist kleinere, welche blau, schwarz und grün färben und zwar leinene und baumwollene Garne und Tücher.

Luzern besitzt eine Rothfärberei.

Glarus besitzt 21 Färbereien und Druckereien.

Basel-Stadttheil 3 Wollen-, Halbleinen- und Baumwollfärbereien.

Appenzell-Außerrhoden 8 Baumwoll- und Garnfärbereien.

St. Gallen 4 Färbereien für türkischrothe Tücher,

6 Färbereien für türkischrothe Garne,

7 für Carfenets, d. h. Baumwollstücke in allerlei Farben,

25 bis 30 für Baumwollgarne zur Fabrikation gefärbter Stoffe, wie Madras, Cottonets, Printannieres u. s. w.

Thurgau 32 Blaufärbereien und 5 Rothfärbereien.

Tessin 9 Blaufärbereien.

Rattundruckereien bestehen nahe an hundert in den Kantonen Zürich, Bern, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin und Neuenburg; am meisten in den Kantonen Glarus, Zürich, St. Gallen und Aargau.

Auch diese beiden Industriezweige, welche das durch die Spinnereien und Webereien gewonnene Fabrikat noch mehr veredeln, beschäftigen einige Tausend Arbeiter.

Im Kanton Zürich sollen jährlich 130,000 Stück von 22 bis 40 Stäben gedruckt werden; im Kanton Glarus 380,000 Stück von 16 bis 20 Stäben Länge.

Sowohl die Färbereien als namentlich die Rattundruckereien scheinen in neuerer Zeit nicht unter günstigen Verhältnissen gearbeitet zu haben. Weit entfernt, daß die jährliche

Zunahme dieses Fabrikzweiges, die bis zum Jahr 1837 hauptsächlich in Folge des starken Ausfuhrhandels mit bedruckten Waaren in überseeische Länder bemerkbar war, sich erhalten hätte, hat seither die Produktion bedruckter Waaren eher abgenommen.

Bei allen diesen verschiedenen Zweigen der Baumwollindustrie dürften eher mehr als 50,000 Menschen beschäftigt seyn, deren jährliche Arbeitslöhne sich wohl wenigstens auf 5 Millionen Franken belaufen sollten.

Was nun den Absatz dieser Baumwollwaaren aller Art betrifft, welche jährlich in der Schweiz produziert werden, so findet derselbe nach allen Staaten und Ländern statt, deren Zollgesetze die Einfuhr nicht unmöglich machen. Wenig mehr als ein Viertel dürfte indessen in Europa abgesetzt werden. Am meisten vernachlässigt wurde bisher der eigene innere Markt; indessen ist in neuester Zeit demselben mehr Beachtung geschenkt worden. Es wurde stets angenommen, man könne dem Ausland theurer verkaufen als dem Inland, und so ist es denn gekommen, daß mancherlei fremde Baumwollstoffe zum innern Verbrauch in die Schweiz jährlich eingeführt werden.

In Europa sind es namentlich Sardinien, die italienischen Herzogthümer, Toskana, der Kirchenstaat, Neapel und die italienischen Freihäfen, welche uns noch einige Baumwollwaaren abnehmen. In Neapel, wo in neuerer Zeit die Baumwollindustrie theilweis auch durch Schweizer eingeführt worden ist, bestehen indessen so hohe Zölle, daß der Handel dorthin jährlich abnimmt. Auch nach den deutschen Zollvereinsstaaten können noch etwelche feinere Baumwollwaaren ausgeführt werden; die Messen von Frankfurt und Leipzig haben als Vermittler für weitem Absatz nach dem Norden immer noch einige Bedeutung. Auch nach den Hansestädten Lübek und Hamburg werden schweizerische Baumwollwaaren ausgeführt und von dort nach Dänemark, Schweden und Norwegen.

Die Niederlande und Belgien sind diesem Ausfuhrhandel ebenfalls noch nicht ganz verschlossen.

Unsere Hauptabnehmer sind aber dermalen die Levante, Egypten, die Barbareskenstaaten, Süd- und Nordamerika, die spanischen, brittischen und holländischen Kolonien, sowie Ostindien.

Wenn es sich einerseits nicht verkennen läßt, daß der schweizerische Handel dadurch, daß er sich eben zum Welt-handel erhoben, eine Unabhängigkeit erworben hat, die er früher entbehrte, als er von dem Absatz in ein paar Nachbarländer, wie Frankreich, Spanien und Italien, abhing, so lassen sich anderseits die großen Schwierigkeiten und Gefahren nicht übersehen, welche mit einem Handel in so ungeheueren Distanzen verbunden sind, der nicht nur größere Kapitalien, sondern auch weit mehr Umsicht und ein schnelles und richtiges Auffassen des Geschmacks und der Bedürfnisse so verschiedenartiger Völker und Staaten erfordert.

Man darf es sich nicht verhehlen, daß namentlich die Baumwollindustrie für die Schweiz kaum mehr eine ganz naturgemäße ist. Oder sollte es naturgemäß seyn, daß der rohe Stoff aus der Levante, aus Nord- oder Südamerika bezogen wird, viele tausend Stunden weit in ein bergiges Binnenland reist, um dort verarbeitet zu werden und dann in diesem veredelten Zustand den Rückweg in diejenigen Gegenden anzutreten, von welchen er ausgegangen ist?

Alle maritimen Staaten, welche den Urstoff wohlfeiler beziehen, als die im Binnenland liegende Schweiz, und deren Fabrikate unbeschwert von Frachtkosten in die Seehäfen gelangen, können dieser schweizerischen Industrie mit Vortheil die Konkurrenz machen. Der schweizerische Fabrikant ist genöthigt, durch angestrengte Arbeit und kleine Arbeitslöhne den Vorsprung wieder auszugleichen, den die Fabrikanten anderer Staaten durch ihre Lage haben. Die Existenz der schweizeri-

schen Baumwollindustrie ist daher an die beiden Bedingungen geknüpft, daß sie viel und wohlfeil produziere. Von dieser Ueberzeugung geleitet haben denn auch Schweizer in manchen Staaten, welche bisher der Schweiz ihre Fabrikate abnahmen, Baumwollfabriken angelegt, den eigenen Vortheil mehr bedenkend — wie dieß in der Natur des Handels liegt — als den Nachtheil, welchen sie ihrer Heimath dadurch bereiten.

Dieses Verpflanzen schweizerischer Industrien durch Schweizer in solche fremde Staaten, welche vormals unsere Abnehmer waren, hat seine sehr bedauerliche Seite.

Bei der raschen Entwicklung, welche die Industrie im Allgemeinen und ganz besonders die Baumwollindustrie namentlich in den Vereinigten Staaten Nordamerika's nimmt, und bei der Neigung aller Staaten, ihrem Bedarf wenn immer möglich durch eigene Produktion zu genügen, ist die Besorgniß nicht ganz unbegründet, daß, falls nicht neue Absatzwege gefunden werden, die Baumwollindustrie in der Schweiz sich nicht fortwährend auf ihrer gegenwärtigen Höhe und ihrem dermaligen Umfang wird erhalten können. Am meisten Aussicht auf Absatz werden immer diejenigen Stoffe und Fabrikate haben, welche viele Handarbeit erfordern, wie Stickereien und fagonnirte Waaren; diese können nicht von einer erst im Entstehen begriffenen Industrie produziert werden, wie diejenigen Waaren, welche durch die Maschinenindustrie geliefert werden, denn sie setzen industrielles Geschick und lange industrielle Erfahrung voraus.

Es wäre demnach sehr zu wünschen, daß man sich mehr und mehr in der Schweiz der Fabrikation dieser künstlichen Stoffe zuwenden möchte, und ebenso dürfte in ernste Ueberlegung genommen werden, ob es nicht besser wäre, wenn man sich in manchen Gegenden wieder der Leinen- und Wollindustrie zuwenden würde, wo diese Industrien verlassen worden sind, so lange die Baumwollindustrie mehr Gewinn

zu bieten schien. — Der Umstand, daß im Kanton Appenzell=Außerrhoden die Löhne für Stickerien jährlich über Frkn. 500,000 betragen sollen, beweist, daß die Fabrikanten ihren Vortheil eher in Produktion von künstlichen Stoffen zu finden glauben.

Bei so starker Produktion von Baumwollwaaren in der Schweiz ist es auffallend, durch unsere Gränzzollregister eine nicht unbedeutende Einfuhr an Baumwollwaaren konstatirt zu sehen.

Es sind nämlich in die Schweiz eingeführt worden:
 im Jahr 1841 Baumwollgarne und Tücher, roh und ungefärbt
 Str. 32,015, bedruckte Waaren Str. 7,142;
 „ „ 1842 Baumwollgarne u. Baumwolltücher „ 8,969,
 rohe u. bedruckte Baumwollwaaren „ 20,815;
 „ „ 1843 Baumwollgarne u. Baumwolltücher „ 12,417,
 rohe u. gedruckte Baumwollwaaren „ 11,283.

Zur Erklärung dieser Zahlen ist indessen zu bemerken, daß ein großer Theil dieser Einfuhr Waaren beschlägt, die nur durch die Schweiz transitiren, namentlich aus Süddeutschland nach Italien; andere werden durch den Zwischenhandel weiter versandt und sind Tücher, die in Süddeutschland und Vorarlberg auf schweizerische Bestellung gewoben oder gestickt worden sind. Ein unbedeutender Theil dieser Einfuhr beschlägt englische Garne, meist der feinsten Nummern; ein Theil rohe Calicots, welche in die Schweiz zur Veredlung kommen und bedruckt wieder ausgeführt werden. Ein anderer Theil endlich besteht allerdings in bedruckten Waaren, namentlich in Indiennes, die aus Frankreich eingeführt werden, und in englischen Stoffen, wie Piquets, welche zum innern Verbrauch eingeführt werden.

Wollte daher die Einfuhr dieser Stoffe durch Zölle gehemmt oder erschwert werden, so würde dadurch die schweizerische Industrie oder der schweizerische Handel mehr noch

beeinträchtigt, als die schweizerischen Konsumenten, welche nur einen sehr geringen Theil dieser Einfuhr konsumiren.

Daß durch Zölle der schweizerischen Baumwollindustrie in keiner Weise aufgeholfen werden kann, ist überhaupt einleuchtend. Für eine Industrie, welche bereits so große Dimensionen erreicht hat, wie die schweizerische Baumwollindustrie, ist der innere Markt eines kleinen Landes von zwei Millionen Menschen nicht zureichend, und doch ist es zunächst der innere Markt, welcher anderwärts durch Zölle der Landesindustrie zur möglichst ausschließlichen Benutzung gesichert werden soll.

Nach der Ansicht der Kommission hängt die Zukunft der Baumwollindustrie hauptsächlich davon ab, daß sie Einsicht genug besitzt, um zeitig genug die Fabrikation der einfachen Stoffe, in welchen sie mit der Maschinenindustrie nicht wetteifern kann, aufzugeben, um zu derjenigen der künstlichen Fabrikate überzugehen.

Fabrikation von Spizen.

In Verbindung mit der vorstehenden Industrie steht diejenige der Spizen. Dieselbe wird in den Kantonen Bern, Schwyz, Thurgau, Waadt und Neuenburg betrieben. Im Kanton Bern scheint sich diese Industrie, in der Fabrikation von Rosshaarspizen, Blonden oder Seidenspizen bestehend, auf den eigenen Verbrauch zu beschränken; so auch im Kanton Schwyz. Im Kanton Thurgau ist sie Gegenstand eines Handelszweiges. Im waadtländischen Bezirk St. Croix, sowie auch in einigen Bezirken des Kantons Neuenburg, findet eine Ausfuhr dieses Artikels im Großen statt. Im Kanton Neuenburg beschäftigt diese Fabrikation an 3500 Frauen und Mädchen, welche die eigentlichen Spizen in Faden, Baumwolle, weißer und schwarzer Seide, sowie auch Gegenstände des Putzes,

als: Frauenkleider, Shawls, Schleier u. s. w. verfertigen. Es halten die Spitzen des Surra in Hinsicht der Qualität und der Preise die Mitte zwischen denjenigen von Flandern und Brabant, welche als die vorzüglichern gelten, und zwischen denjenigen von Lothringen, Sachsen und Böhmen, welche geringerer Qualität und wohlfeiler sind. Die in Oesterreich bestehende Prohibition, die hohen Patentgebühren, welchen die Handelsreisenden in den deutschen Zollvereinsstaaten unterworfen sind, der Einfuhrzoll von 15 %, welchen Frankreich von den Seiden-
 spitzen bezieht, und welcher daher beinahe einer Ausschließung gleichkommt, ferner der Uebelstand des Umpackens, welchem in diesem Lande die Waaren beim bloßen Transit unterworfen sind, was bei einer Waare von so zarter Natur besonders unangenehm ist, — dieses alles sind Hindernisse, welche den Spitzenhandel hemmen müssen. — Es leidet aber diese Industrie hauptsächlich durch die Konkurrenz der mechanisch gewobenen einfachen und faconnirten Zolls. Obschon einige Jahre hindurch beinahe vernichtet, hat sich dieselbe indessen theils durch die Anstrengungen der Fabrikanten und durch den Erfindungsgeist, welcher Stichen und Zeichnungen von schwererer Nachahmung für die Maschine Eingang verschafft hat, theils auch durch den Luxus der reichern Klassen, welche feinere und theurere Waare der wohlfeilern vorziehen, wieder gehoben. Allein wenn auch die Konkurrenz der Maschinen die Fabrikation nicht verhindert, so drückt sie wenigstens doch die Preise; der Erwerb der Arbeiterinnen ist auf das geringste Verhältniß herabgesetzt. Diese Industrie, welche die weibliche Bevölkerung der armen Klasse in von der Natur wenig begünstigten Gegenden beschäftigt, ist aller Aufmerksamkeit würdig. Anlässe, welche die Verminderung der den Spitzenhandel hemmenden Hindernisse hoffen lassen sollten, dürfen nicht vernachlässigt werden, allein die auf diese Weise zu erhaltende Abhülfe wird nur in geringem Maße auf das Loos

der Arbeiterinnen zurückwirken; dieses zu verbessern, müßte eine Ausdehnung des Verbrauches stattfinden, welche die Nachfrage um ein Bedeutendes vermehren und demnach auch die Preise dieses Artikels erhöhen würde. Es kann jedoch dieses allein durch den Wechsel der Mode und des Geschmacks bewirkt werden, was begreiflich außerhalb des Bereiches derjenigen Maßregeln liegt, welche durch Regierungen getroffen werden können.

U h r m a c h e r e i.

Die Uhrmacherei ist von den drei großen Industriezweigen der Schweiz der letzte; sie findet ihren Platz nach der Baumwoll- und Seidenindustrie. Es ist dieselbe um so interessanter, weil sie die Intelligenz in hohem Grade in Anspruch nimmt und also die Maschinenarbeit dabei nur in beschränktem Maße und als Nebensache in Betracht kommen kann; dann auch, weil der Werth ihrer Produkte weit mehr in der Arbeit als im Stoffe liegt, und derselbe auch in geringem Umfang und Gewicht enthalten ist, so daß sich diese Produkte ganz besonders für den Verkehr und für die Ausfuhr eignen. Mit der Uhrmacherei verhält es sich nicht wie mit irgend einer andern Industrie, welche das Erzeugniß des einheimischen Bodens verarbeitet, und eben dadurch in dem Lande, wo sie ihren Sitz hat, eingewurzelt ist. Dessenungeachtet jedoch ist sie in den Bergen der westlichen Schweiz, deren Bewohner bei dem rauhen Klima und den wenigen Reizen der äußern Natur zu fleißiger und ruhiger Arbeit, und bei der Lebhaftigkeit ihres Geistes zugleich zu intelligenter Arbeit geneigt sind, ganz einheimisch geworden. Eine solche, mehrere Generationen hindurch beständig genährte und vervollkommnete Fabrikation hat übrigen die bei einer derartigen Industrie vorausgesetzten Kenntnisse und Gewohnheiten unter allen Klassen und Altern so sehr

verbreitet (dieß gilt speziell von den neuenburgischen Bergen), daß die Bevölkerung alle Bedingungen darzubieten scheint, welche eine Industrie zu befestigen und deren Fortdauer zu sichern vermögen. — Es ist übrigens eine bemerkenswerthe Erscheinung, daß keine der drei großen Industrien der Schweiz mit Produkten des schweizerischen Bodens getrieben wird, denn die Seidenproduktion im Kanton Tessin steht in keinem Verhältniß zur Fabrikation in den Kantonen Zürich, Basel und Aargau. — Die neuenburgischen Berge sind gegenwärtig der Hauptsitz der eigentlichen Uhrmacherei. Es wurde dieselbe in der zweiten Hälfte des 17ten Jahrhunderts durch den zufälligen Umstand dort eingeführt, daß ein Durchreisender seine beschädigte Uhr durch einen intelligenten jungen Mann herstellen ließ, bei welcher Gelegenheit dieser die ersten Begriffe der Uhrmacherkunst auffaßte, dieselben weiter entwickelte und um sich her verbreitete. Die genferische Fabrikation, welche ihrer Bedeutung wegen zunächst folgt, verdient den Vorzug in der Verfertigung der äußern Theile der Uhr, sowie derjenigen, welche mehr oder weniger die Mitwirkung der schönen Künste erfordern. Der bernerische Jura liefert eine beträchtliche Anzahl Uhren von geringer Qualität. Der waadtländische Jura produziert in den Thälern von S^{te} Croix und des Lac de Joux bessere Qualitäten, jedoch in viel kleinerer Anzahl. Das Hauptprodukt der neuenburgischen Fabrikation besteht in goldenen und silbernen Taschenuhren mit Uhrwerken à échappement.

Der Preis der in diesen Gegenden verfertigten Uhren ist sehr verschieden. Es werden Uhren verfertigt, welche gehen und nur 4 französische Franken kosten und Uhren, welche mehr als 2000 Franken kosten und deren Werth hauptsächlich in großer Genauigkeit besteht.

Eine kleine Zahl von Künstlern beschäftigt sich mit der Verfertigung von Chronometern und Uhren für die Marine, deren Fabrikation im Großen hauptsächlich den Marinestaaten

zukömmt. Die Verfertigung von Werken größeren Umfanges, wie z. B. Wanduhren, mußte der einträglicheren Taschenuhrenfabrikation weichen. Die Industriellen des französischen Jura haben sich die erstere zugeeignet. Die im bernerischen Jura verfertigten gewöhnlichen Uhren von Silber und weniger köstlichem Metall gehen theils in den neuenburgischen Handel über, theils werden sie direkt ausgeführt. Die Uhren aus dem waadtländischen Jura sind zu drei Viertheilen goldene und zu einem Viertel silberne Uhren; der Kanton Waadt führt deren direkt aus und liefert auch Arbeit für Neuenburg und Genf. Zwischen Genf und Neuenburg besteht ein Austausch der Produkte. Bei den Uhren, welche in Genf verkauft oder von da aus expedirt werden, sind drei Kathegorien zu unterscheiden: a) Uhren, deren Uhrwerk und Gehäuse in Genf verfertigt werden; b) solche, deren Uhrwerk fremder, das Gehäuse aber genferischer Fabrikation ist; c) solche, welche in allen Theilen außerhalb des Kantons verfertigt werden. Die Uhren der ersten Kathegorie sind meist goldene, mit Uhrwerk à échappement versehene Uhren. Diejenigen der zweiten Kathegorie sind ebenfalls goldene Uhren; deren Werke von weniger Vollendung aus dem neuenburgischen Jura, wo um geringern Preis als in Genf gearbeitet wird, bezogen werden. Die Uhren der dritten Kathegorie sind größtentheils aus Silber. — Wenn die neuenburger Berge Uhrwerke an Genf liefern, so liefert letzteres hinwieder an die ersteren eine beträchtliche Anzahl goldener Gehäuse; auf diese Weise können sich zwei wetteifernde Fabrikationen gegenseitig unterstützen. — Der Werth des allein im Kanton Neuenburg zu Uhrgehäusen verarbeiteten geprägten Goldes und Silbers beläuft sich jährlich auf mehr als 1 1/2 Millionen Franken.

Ein Gewerbszweig, welcher sich vermöge der Aehnlichkeit der Bearbeitung, und weil dessen Produkte zugleich mit den Uhren ausgeführt werden, an die Uhrmacherei anschließt, ist

derjenige der Musikdosen, welcher eine Anzahl Arbeiter in Genf, besonders aber im waadtländischen Distrikt St. Croix beschäftigt.

Da die schweizerische Uhrmacherei ihre Produkte nach allen Märkten der Welt ausführt, und es ihr gelingt, dieselben sogar in Ländern, welche diesen Industriezweig selbst betreiben, wie z. B. Frankreich und England, abzusetzen, so verlangt sie keine Schutzmaßregeln. Die Entwicklung ihrer Industrie wird von den neuenburgischen Fabrikanten hauptsächlich den freisinnigen Institutionen ihres Landes, den geringen Abgaben und der gänzlichen Freiheit, welche der Handel daselbst genießt, zugeschrieben. Diese Umstände haben der neuenburgischen Bergbevölkerung diejenige Freiheit der Bewegung und Thätigkeit gegeben, welche eine der Bedingungen ist, an welche sich der Erfolg der Industrie knüpft, indem es dadurch möglich wird, für möglichst niedrige Preise zu arbeiten. Die nämlichen Fabrikanten äußern daher den größten Widerwillen gegen jede Maßregel, welche die Freiheit des Handels hemmen, die Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs vertheuern würde, und welche die geringste Aehnlichkeit hätte mit der Aufstellung einer Douanenlinie in der Gegend, welche der Sitz ihrer Industrie ist. Die, im Ganzen betrachtet, günstige Lage, in welcher sich der Uhrenhandel befindet, verhindert jedoch nicht, daß derselbe theilweis durch die Prohibitivmaßregeln und hohen Zölle einiger Staaten gehemmt wird. So werden in Oesterreich, im Interesse einer nur scheinbar bestehenden Fabrikation, die Fabrikate der schweizerischen Uhrmacherei, deren es doch bedarf, ausgeschlossen. Die Vorschriften, betreffend die Kontrolle und die Förmlichkeiten, denen der Transit in Frankreich unterworfen ist, lasten ebenfalls schwer auf den Uhrmachereivaaren, die in dieses Land eingeführt werden oder behufs der Durchfuhr den französischen Boden benutzen. Bevor wir unsere Darstellung dieser Industrie schließen, haben wir noch zu bemerken, daß dieselbe

ihre größte Entwicklung und ihren sicheren Fortgang erst von dem Zeitpunkt an gewonnen hat, seitdem der Uhrenhandel über die Gränzen der Nachbarländer hinausgetreten ist, um sich über alle Welttheile zu verbreiten, so daß derselbe immer irgend einen Markt findet, wo er allfällig auf andern Punkten erlittene Verluste ausgleichen kann.

Uhrenbestandtheile und Uhrmacherwerkzeuge.

Dieser Industrie- und Handelszweig, dessen Belang verglichen mit demjenigen der Uhrenfabrikation und des Uhrenhandels nur unbedeutend ist, ist nichtsdestoweniger interessant, weil die Handarbeit beinahe den ganzen Werth der Artikel ausmacht, welche sie produziert und ausführt. Er umfaßt die Werkzeuge und Maschinen, welche zur Verfertigung und zur Ausbesserung der Uhren dienen, und die einzelnen Stücke, aus welchen die Uhr zusammengesetzt wird. Dieser Handel geht mit demjenigen der Uhrmacherei Hand in Hand und folgt im Allgemeinen dessen Loos, jedoch mit den aus der Verschiedenheit der Douanengesetze der einzelnen Staaten in Betreff der Uhren und Uhrenbestandtheile oder Uhrmacherwerkzeuge bedingten Modifikationen. So läßt Oesterreich, welches die Uhren ausschließt, die Uhrenbestandtheile und Uhrmacherwerkzeuge vermittelt mäßiger Zölle zu, während in Frankreich gewisse Theile derselben durch die Höhe der Tariffansätze beinahe ausgeschlossen sind.

Bijouterie.

Die eigentliche sogenannte Bijouterie besteht im Großen nur in Genf, wo sie seit dem Jahr 1814 eine bedeutende Entwicklung gewonnen hat. Diese Industrie findet, da die Fremden herkommen, um ihre Einkäufe zu besorgen, ihren Absatz auf

dem Plaze selbst und in den Ländern, wo das Gold zu 18 Karat den Juwelen von geringerer Art vorgezogen wird. Was wir über das Gedeihen der genferischen Industrie in Betreff derjenigen Theile der Uhrmacherei, welche die Hülfen der schönen Künste erfordern, bemerkt haben, gilt nicht minder auch für die Bijouterie. Ein, durch den Luxus und die Eleganz einer großen Stadt entwickelter und durch die Pflege der schönen Künste ausgebildeter Geschmack ist die Hauptbedingung des Gedeihens dieser Industrie, welche das Erbtheil der Genfer zu seyn scheint und in Betreff welcher kein spezieller Wunsch an die Kommission gelangt ist.

C. Bergbau, Minen- und Hüttenwerke.

Es bleibt uns noch übrig, einer sehr interessanten Industrie zu erwähnen; wir wollen vom Bergbau, den Hochöfen und Hüttenwerken sprechen.

Die Schweiz ist kein metallreiches Land und wenn sich auch noch hie und da Erze finden, so sind die Tagelöhne zu hoch, als daß dieselben mit Vortheil gewonnen werden könnten. Wirklich sind denn verschiedene Minen oder Erzgruben unbenutzt, welche vormals betrieben wurden. Im Kanton Zürich findet man z. B. an der Lägern und dann wieder namentlich in der Gemeinde Flurligen, Bohnenerz, das vor zwanzig Jahren gewaschen und in die Eisenhütten nach Laufen verkauft wurde, während dermal dieses Erz unbenutzt bleibt. Im Kanton Luzern wurde früher in der Emme und der Luthern Gold gewaschen; der Ertrag deckt aber nicht mehr die erhöhten Arbeitslöhne und das Gewerbe wurde aufgegeben. Gleiches Schicksal hatten Eisen-, Kupfer-, Blei- und Silberminen im Kanton Uri, die bereits seit Jahrhunderten verlassen sind. Goldwaschereien und ein Eisenbergwerk, die im

Kanton Aargau bestanden, sind wegen geringer Ertragsfähigkeit in neuerer Zeit ebenfalls aufgegeben worden, und ebenso Erz- und Goldminen im Val Marobbio und bei Astano im Kanton Tessin, wo die Betriebskosten auch nicht gedeckt wurden. Auch eine Gold- und eine Kupfermine im Kanton Wallis werden dermalen nicht betrieben.

Dermal wird nur noch Metall gewonnen in den Kantonen Bern, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden und Wallis.

Im bernerischen Jura werden jährlich ungefähr 150,000 Zentner Eisen und Kupfer, und in einer Grube auch Suppert gewonnen, und in dreizehn Eisen- und Kupferwerken verarbeitet.

Im Kanton Solothurn werden beiläufig 38,000 Zentner Eisen produziert und in zwei Hochöfen verarbeitet, und dann als Guß-, Walz- und Schmiedeeisen zum Verkauf gebracht.

Die Eisenwerke in Laufen, Kantons Schaffhausen, produzieren jährlich 22,000 bis 25,000 Zentner Eisen.

Weniger bedeutend ist die Eisenproduktion in drei Etablissements des Kantons St. Gallen und die Produktion von Eisen, Blei und Zink im Kanton Graubünden.

Ein Eisenbergwerk im Kanton Wallis liefert jährlich beiläufig 9,000 Zentner verarbeitetes Eisen.

Die Gesamtproduktion beläuft sich daher wenig über 200,000 Zentner, welche zumeist im eigenen Lande verkauft werden. Nur ein unbedeutender Theil kann in's Ausland und zwar namentlich nach Italien abgesetzt werden, da die französischen Zölle die Einfuhr unmöglich machen.

Bei allen diesen Hüttenwerken mögen etwas über 2,000 Menschen beschäftigt seyn.

Eisen- und Kupferhämmer, die aus andern Kantonen oder aus dem Ausland bezogenes Metall verarbeiten, vertheilen sich ungefähr folgendermaßen über die Schweiz:

Im Kanton Zürich bestehen zwei Kupferhämmer, deren Betrieb indessen nicht sehr lebhaft zu seyn scheint.

Im Kanton Luzern bestehen drei Eisenhammerwerke und ein Kupferhammer und Walzwerk.

Im Kanton Schwyz sind drei Eisenhammerwerke und ein solches im Kanton Zug.

Im Kanton Schaffhausen bestehen neben den schon erwähnten Eisenwerken noch eine interessante Schmelztiegel-, Feilen- und Gußstahlfabrik, in welcher auch s. g. Brescianer-
stahl gemacht wird, und welche einen Theil ihrer Produkte ins Ausland absetzen kann.

Im Kanton Thurgau besteht eine Metallfabrik, welche in's Schlosser-, Schmied- und Gürtlerfach einschlagende Artikel liefert.

Drei Eisenhämmer bestehen in Vallorbes, Kantons Waadt.

Neuenburg fabrizirt, wie schon bemerkt, im Großen Uhrmacherwerkzeuge.

In Genf bestehen zirka 50 gute Schlosserwerkstätten.

Diese Gewerbe alle haben keinen oder nur höchst unbedeutenden Absatz im Ausland.

Aus dieser gedrängten Uebersicht ist schon erklärlich, daß weder die eigene Produktion von Metall, noch die Produktion von Metallwaaren dem sehr starken jährlichen Bedarf von Metallwaaren aller Art genügen kann. Wirklich ist denn auch die Einfuhr an Metall und Metallwaaren aus dem Ausland außerordentlich stark.

Eisen und Eisenblech, sowie Gußwaaren werden viele aus England, aus dem Großherzogthum Baden, aus Belgien und Schweden bezogen; Stahl aus England und Frankreich; Blech, Zinn, Streck-, Stab- und Bandeisen; Blei, Messing und

Messingdraht ebenfalls aus Frankreich; Zinnblech, Pfannen, Sensen, Sicheln u. s. w. aus Tyrol, Bayern und Rheinpreußen; verarbeitete Werkzeuge aus den Niederlanden, aus Belgien, von Elberfeld und Iserlohn, aus dem Badischen, aus Oesterreich, England und Frankreich; Messer und dergleichen Artikel von Tuttlingen und Langres; Nägel aus Schmalkalden, England und Baden; Gußstahl aus England und Steyermark; Kupfer in Platten aus Deutschland und Rußland, Ungarn und Schweden; Blei und Zink aus Spanien und Deutschland.

Die Einfuhr von Metallen und Metallwaaren hat sich während der letzten drei Jahre gestaltet, wie folgt.

Es wurden eingeführt im Jahr

	1841.	1842.	1843.
Blech aller Art Str.	20,752	—	—
Blech, unverarbeitetes „	—	18,617	18,399
Blechwaaren „	—	659	810
Blei und Schrot, Zink, Zinn „	6,762	—	—
Blei „	—	10,685	8,463
Blei- und Zinnwaaren „	1,430	—	—
Bleiwaaren „	—	2,686	2,229
Eisen, Stahl u. derlei Waaren „	166,796	—	—
Eisen, Guß- und Masseisen „	—	156,033	163,290
Eisenwaaren, als: Sensen, Sicheln u. „	—	43,423	44,837
Eiserne Gefäße u. Gußwaaren „	—	908	222
Erz und Glätte „	6,219	—	—
Erz „	—	66	168
Kupfer und Messing „	4,926	—	—
Kupfer, rohes „	—	2,444	3,587
Kupfer-, Erz- und Messing- waaren „	725	—	—
Kupferwaaren „	—	845	744
Messing, rohes „	—	1,777	1,319

	1841.	1842.	1843.
Messingwaaren 3tr.	—	686	814
Stahl und Stahlwaaren,			
z. B. Klingen, Sägen &c. „	—	7,277	8,310
Zinn „	—	1,161	1,091
Zinnwaaren „	—	85	152
Zink „	—	603	723

Daß neben einer so starken Einfuhr von Roheisen aus dem Ausland die inländischen Eisenwerke leiden müssen, ist leicht begreiflich, und ebenso, daß bei der sich jährlich mehrenden Einfuhr von Metallwaaren alle einschlagenden Handwerke, wie: Schlosser, Gürtler, Blecharbeiter und Messerschmiede verkümmern müssen.

Es ist diese letztere Erscheinung ein neuer Beweis, daß das Handwerk dem Fabrikbetrieb in der Regel weichen muß; die Menge zieht wohlfeile Waaren den guten vor.

Den Eisenwerken ist namentlich die englische Einfuhr gefährlich, zumal das Eisen dort in neuester Zeit wegen zu starker Produktion selbst unter dem Produktionspreis verkauft worden ist. Dieselbe Konkurrenz des englischen Eisens drückt auch auf die deutschen Eisenwerke. — Die wohlfeile Produktion des Eisens ist durch die Nähe der Steinkohlengruben bedingt, und diese fehlen bekanntlich der Schweiz.

Es hat der Kommission eine sehr interessante Denkschrift der schweizerischen Hüttenwerksbesitzer vorgelegen, aus welcher sich ergibt, daß dieselben einerseits einen sehr starken Schutz Zoll für nöthig erachten, um neben der fremden Konkurrenz bestehen zu können, und daß sie anderseits großen Werth auf die Bewilligung der Einfuhr von drei Millionen Kilogramm Eisen nach Frankreich setzen. So billig auch dieses letztere Begehren ist, so berechtigt das Ergebnis aller bisherigen dießfälligen Verwendungen nur zu geringen Erwartungen. Durch Belegung des fremden Roheisens mit einem starken Zoll aber

würde eine Menge anderer inländischer Industrien gedrückt, welche für ihr Gewerbe das wohlfeilere und harte englische dem weichen und für manche Arbeit vorzüglichen, aber auch theuern Eisen des Jura vorziehen. So wären namentlich die Werkstätten, welche Maschinen konstruiren, durch einen solchen Zoll wohl genöthigt, ihre Arbeiten sofort einzustellen.

Es verhehlt die Kommission nicht, daß sie den gedrückten Zustand der Eisenwerke mit Leidwesen wahrgenommen hat und daß es von dem größten Interesse wäre, diese wichtige Industrie, die überdieß noch ein so ausgezeichnetes Produkt liefert, dem Lande zu erhalten. Soweit dieß durch Mittel erreicht werden kann, welche auf das Allgemeine nicht nachtheilig einwirken, sollte daher nichts versäumt werden. Es ist der Kommission bekannt geworden, daß die Eisenhüttenbesitzer im Jura namentlich Werth darauf setzen, daß die Erz- und die Holzausfuhr verboten werden. Die Kommission ist daher der Ansicht, es seyen diese Wünsche durch die Regierung des Kantons Bern, in deren Befugniß die Entsprechung liegt, in ernste Ueberlegung zu nehmen. Ein allgemeines Erzausfuhrverbot kann die Kommission um so weniger empfehlen, als anderwärts, wie namentlich im Kanton Schaffhausen, Werth auf die Erzausfuhr gelegt wird.

Da sich bekanntlich das im Jura gewonnene Eisen ganz vorzüglich zur Bereitung von Flintenläufen eignet und daher während der Regierung Napoleons für die Waffen seiner Garde verwendet wurde, so ist früherhin versucht worden, eine Waffenfabrik mit den dortigen Eisenwerken in Verbindung zu bringen, die sich aber leider neben den ausländischen Fabriken, welche den Kantonen ihre Waffen wohlfeiler lieferten, nicht halten konnte. Wenn irgend Aussicht vorhanden wäre, einer Waffenfabrik ihr Auskommen zu sichern, indem sich die Kantone verpflichteten, ihre Waffen bei derselben zu beziehen, so wäre ein

derartiges Etablissement in mehrfacher Beziehung wohl äußerst wünschenswerth.

Werkstätten für Erbauung mechanischer Maschinen.

In genauer Verbindung mit den Eisenwerken, theils dieselben unterstützend, theils denselben wegen ihres starken Bezugs von ausländischem Roheisen feindlich, sind die Fabriken zur Verfertigung von Maschinen. Derartige Werkstätten bestehen in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn, Basel, St. Gallen, Aargau und Thurgau. Von großer Bedeutung ist namentlich die in Zürich bestehende Werkstätte, wo Maschinen aller Art verfertigt werden, und welche über 600 Menschen beschäftigt. Aus dieser Werkstätte sind nebst den Maschinen für Baumwollspinnereien mehrere theils für die Schweiz, theils für das Ausland bestimmte Dampfboote, sowie die Einrichtungen für in- und ausländische Flachsspinnereien u. hervorgegangen. Diese Fabrik bezieht jährlich gegen 15,000 Zentner fremdes Roheisen und produziert Maschinen — im Betrag von mehr als einer Million — welche theils in die Schweiz, theils in Folge von Zollbegünstigung in die deutschen Zollvereinsstaaten oder in die österreichischen Staaten und nach Italien verkauft werden.

So wichtig und interessant diese Industrie ist und so sehr sie der Schweiz Ehre macht, indem sie den Beweis liefert, daß auch auf dem Gebiet der Maschinenkonstruktion Schweizer den Kampf mit den alten Meistern in dieser Kunst aufzunehmen wagen, so ist doch sehr zu besorgen, daß jene Fabriken Mühe hätte, erfolgreich fortzuarbeiten, wenn ihr früher oder später diejenigen Zollbegünstigungen entzogen werden sollten, welche sie dermal, aber wohl nur für so lange genießt, als diejenigen Staaten, wohin sie ihre Produkte ausführt, ein

Bedürfniß nach Maschinen haben. Daß einem so großartigen Etablissement der innere Bedarf allein nicht genügen kann, ist einleuchtend; umso mehr, wenn es sich in denselben mit andern ähnlichen, wenn auch nicht so großen Werkstätten theilen soll.

Nun bestehen aber noch zwei mechanische Werkstätten, die eine in Zürich, die andere in Winterthur, welche zusammen auch beiläufig 120 Menschen beschäftigen und jährlich Maschinen im Werth von 160,000 Franken liefern mögen.

Die acht ähnlichen Werkstätten im Kanton Bern sind von geringem Belang, obschon auch sie einen Theil ihrer Fabrikate nach Frankreich und Oesterreich ausführen.

Auch die zwei ähnlichen Werkstätten im Kanton Solothurn sind nicht von großer Bedeutung und verkaufen ihre Fabrikate nicht in's Ausland. Wichtiger scheinen zwei ähnliche Werkstätten im Kanton Aargau zu seyn, deren Fabrikate zum Theil in's Ausland gehen.

Eine früher in großer Ausdehnung im Kanton St. Gallen bestandene mechanische Werkstätte konnte sich nicht halten. Hingegen führen eine Werkstätte in Wengi, Kantons Thurgau, die indessen auch nicht sehr zu blühen scheint, und eine Türrinnenfabrik in Frauenfeld, welche zusammen beiläufig siebenzig Arbeiter beschäftigen, einen Theil ihrer Fabrikate aus.

Noch ist hier zu erwähnen, daß neben den im Kanton Basel-Stadttheil existirenden kleinern Werkstätten für mechanische Arbeiten namentlich auch eine beträchtliche Anzahl Wandstuhlmacher besteht; auch im Kanton Basel-Landschaft kommen neben drei Maschinenfabriken, welche ihre Maschinen theilweis in's Ausland verkaufen, ungefähr 50 Posamentstuhlmacher vor.

Daß im Kanton Neuenburg die Werkzeuge für die Uhrmacherei theils für den eigenen Bedarf, theils für die Ausfuhr in alle Länder gefertigt werden, ist bereits erwähnt worden.

Salzproduktion.

Ein neues und sehr wichtiges Ergebnis des Bergbaues für die Schweiz war die endliche Auffindung großer Salzlager, nach welchen so viele Jahre vergeblich geforscht worden war.

Dermal wird nämlich Salz gewonnen:

- a) Im Kanton Basel-Landschaft, in der Saline von Schweizerhall, jährlich beiläufig 165,000 Zentner, und
- b) im Kanton Waadt, zu Ber, jährlich 34,000 Zentner.
- c) Die Produktion von Salz im Kanton Aargau ist nicht angegeben worden.

Die Schweiz hat bekanntlich wegen ihres starken Viehstandes einen großen Bedarf an Salz, von welchem sie jährlich gegen 600,000 Zentner konsumiert. Dieses Salz wurde bisher aus Frankreich, aus Piemont, aus der Lombardei und Oesterreich, aus Bayern, Württemberg und Baden bezogen, und es wurden daher alljährlich bedeutende Summen für Salz an das Ausland bezahlt.

In frühern Jahrhunderten war die Schweiz in dieser Beziehung von Frankreich sehr abhängig und suchte sich durch Verträge einer gewissen Quantität Salz zu versichern. Dieses Verhältniß hat sich in neuerer Zeit ganz geändert.

Die Bearbeitung verschiedener, unweit der schweizerischen Gränze sich befindender Salzlager in Bayern, Württemberg und Baden, in Oesterreich, der Lombardei und Piemont haben zuerst eine bedeutende Reduktion der Salzpreise veranlaßt, und während die Schweiz vormals sich angelegen verwenden mußte, um sich ihren Salzbedarf zu sichern, ist ihr in neuerer Zeit das Salz von allen Seiten angetragen worden.

Die erste merkliche Reduktion der Salzpreise in der Schweiz, welche Preise früher Frankreich so zu sagen bestimmte, ist namentlich der Konkurrenz der württembergischen Salinen zu danken. In ganz neuester Zeit sind die Salzpreise durch

die glückliche Auffindung eigener Salzlager abermals herabgedrückt worden. Es kann demnach diese Auffindung von Salz in der Schweiz in doppelter Beziehung als ein sehr erfreuliches Ereigniß gepriesen werden; einmal weil dadurch die Schweiz vom Ausland auch rücksichtlich ihres Salzbedarfs unabhängig geworden ist, und sodann weil dadurch bedeutende Summen, die bisher für den Bedarf an Salz in's Ausland gingen, in Zukunft im Lande selbst verwendet werden können.

Die Wohlfeilheit der Salzproduktion hängt größtentheils von den Preisen des Brennmaterials ab und in dieser Beziehung sind die schweizerischen Salinen nicht sehr günstig gelegen. Von beinahe ebensovogroßem Einfluß auf die Salzpreise sind aber auch die Transportkosten. Diese letztern für die schweizerische Salzproduktion möglichst zu erleichtern, sollte in dem Willen aller Regierungen liegen; die Kommission erlaubt sich daher den Wunsch auszusprechen, daß das schweizerische Salz in allen Kantonen von den Transitzöllen befreit werden möchte. Es dürfte eine derartige Rücksicht wohl um so eher eintreten, als das Salz in der Schweiz nirgends dem freien Handel überlassen wird, und die Regierungen demnach nicht abgeneigt seyn sollten, die Salzpreise, ohne ihrem Regale Eintrag zu thun, durch möglichste Erleichterung des Transports zu ermäßigen.

Schiefer, Gyps, Asphalt &c.

Mit dem eigentlichen Bergbau verwandte Betriebe sind:

Die Schieferbergwerke im Kanton Glarus, welche ihr Erzeugniß, sowohl Dachschiefer, als namentlich die bekannten Schieferschreibtafeln, nicht nur in der Schweiz, sondern theilweis auch im Ausland absetzen.

Die Steingruben im Kanton Solothurn, wo der schöne Jura-Marmor und -Kalk verarbeitet wird; — auch

die Erzeugnisse dieses Betriebs sind nicht ausschließlich auf den Absatz in der Schweiz beschränkt.

Im Kanton Solothurn und Aargau wird ebenfalls Gyps, Cement und hydraulischer Kalk bereitet.

Auch im Kanton Schaffhausen ist die Gypsproduktion sehr beträchtlich. Es verdient hier noch der Asphalt erwähnt zu werden, welcher im Kanton Neuenburg gewonnen wird und der früher wegen seiner vorzüglichen Eigenschaften namentlich nach Frankreich ausgeführt wurde.

D. Einige andere Handels- und Industriezweige.

Wir berühren hier in kurzen Zügen noch einige besondere Industriezweige, welche in der Schweiz betrieben werden, ohne daß dieselben weder mit der Landwirtschaft, noch mit den schweizerischen Hauptindustrien, noch mit dem Bergbau in näherer Verbindung stehen; dahin gehören die Fabrikation von Glas- und Töpferwaaren, die Bereitung von chemischen Produkten, die Papier- und Tapetenfabrikation, der Buchhandel &c.

Fabrikation von Glas und Glaswaaren.

Was zunächst die Fabrikation von Glas betrifft, so bestehen dermalen in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden mit dem Wald, Freyburg, Solothurn, St. Gallen, Graubünden und Wallis 14 Glashütten, in welchen theils Hohlglas, theils Fensterglas verfertigt wird. In der Glashütte zu Sempales im Kanton Freyburg werden jährlich über 700,000 Flaschen verfertigt. Diese Glashütten reichen aber bei weitem nicht aus, um dem jährlichen

Bedarf an Glas zu genügen. Die Schweiz konsumirt bekanntlich außerordentlich viel Glas; die Einfuhr ist daher neben der inländischen Produktion sehr bedeutend.

Im Jahr 1841 sind eingeführt worden 17,286 Zentner geringes Glas und 4,658 Zentner feines Glas,

„ „ 1842 Glas und Glaswaaren Zentner 23,843,

„ „ 1843 „ „ „ „ 21,292.

Diese starke Einfuhr von Außen erklärt sich theils durch die Wohlfeilheit, theils durch die ausgezeichnete Qualität der betreffenden Glaswaaren. Die Wohlfeilheit ist namentlich durch die Holzpreise bedingt; der holzreiche Schwarzwald kann daher den nördlichen Kantonen das Glas wohlfeiler liefern, als sie es selbst zu produziren im Stande sind.

Das gemeine Glas wird größtentheils aus dem Badischen, in die Kantone Tessin und Genf auch aus Savoyen und der Lombardei eingeführt; feinere Glaswaaren werden aus Frankreich, Bayern und namentlich aus Böhmen bezogen. Die böhmische Glasfabrikation hat einen so hohen Grad von Ausbildung und Vollendung gewonnen, daß die Schweiz wohl ebensowenig dazu gelangen wird, die feineren Glasarten, welche sie aus Böhmen und auch aus Bayern bezieht, und die sogar trotz des Einfuhrverbots nach Frankreich eingeführt werden, hervorzubringen, als es den nördlichen Kantonen gelingen wird, mit dem benachbarten Schwarzwald zu konkurriren.

Töpferwaaren.

Auch die Fabrikation von Töpferwaaren ist nicht ohne Bedeutung; beinahe alle Kantone kennen diesen Industriezweig in größerem oder geringerem Umfang; in den meisten werden jedoch nur Töpferwaaren für den eigenen Bedarf gemacht.

Zur Ausfuhr theils in andere Kantone, theils in's Ausland, erhebt sich diese Fabrikation nur im Kanton Zürich,

wo drei Fayencefabriken bestehen, im Kanton Bern, wo bekanntlich in den Aemtern Konolfingen, Thun und Pruntrut viel Küchengeschirr und Eßgeschirr, Teller, Töpfe u. s. w. gefertigt werden, und in Schaffhausen, wo ein sehr interessantes Etablissement besteht, in welchem irdene Deichel, Urnen und allerlei architektonische Verzierungen gefertigt werden, welche letztere theilweis Absatz in Oesterreich und Bayern finden. Auch aus den Kantonen Aargau und Waadt werden Töpferwaaren ausgeführt. In Genf besteht eine Fabrik von feinen Porzellanwaaren.

Die inländische Fabrikation genügt übrigens dem Bedarf an Töpferwaaren bei weitem nicht; es werden vielmehr solche in beträchtlichen Quantitäten eingeführt.

Im Jahr 1841 sind eingeführt worden:

geringe Töpferwaaren: Zentner 2,129, feine: Zentner 6,083,
im Jahr 1842:

geringe Töpferwaaren: „ 2,797, feine „ 6,818,
im Jahr 1843:

geringe Töpferwaaren „ 3,939, feine „ 6,974.

Bei dieser Industrie ist eine gewisse Fertigkeit im Zeichnen durchaus erforderlich, wenn dieselbe mit Erfolg betrieben werden soll.

Da sich in manchen Gegenden der Schweiz Erdarten vorfinden, welche sich für Töpferarbeiten vorzüglich eignen, so dürfte es um so angemessener seyn, dieser Industrie einige Aufmerksamkeit zuzuwenden, als der starken Einfuhr von Steingut aus Deutschland und von Porzellan aus Frankreich und England größtentheils ausgewichen werden könnte, wenn sich die inländische Industrie größerer Sorgfalt zu erfreuen hätte. Es ist dieß eine derjenigen Industrien, welche wegen der Schwere des Fabrikats durch hohe Transitzölle im Innern besonders leidet, und es ist nicht zu läugnen, daß die hohen Zollgebühren einzelner Kantone den Absatz der Töpferwaaren

im Innern der Schweiz erschweren oder gänzlich verhindern, so daß dießfalls von Seite mehrerer Regierungen wirklich abhelfende Verfügungen getroffen werden sollten.

Chemische Produkte.

Die einheimische Bereitung von chemischen Artikeln ist nicht sehr bedeutend. Eigentliche Etablissements bestehen bloß in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn und Basel-Landschaft, kleinere auch in Glarus und Aargau.

Die betreffenden Fabriken im Kanton Zürich bereiten rohe Soda, kristallisirte Soda, Sodasalz, Glaubersalz, Zinn-
salz, Doppelsalz, Salzfuchen, schwefelsaures und salpetersaures Eisen, Eisenvitriol, Chlorzinn, Chlorkalk u. s. w. In den Fabriken im Kanton Bern wird Pottasche, Bleizucker, Metalls-
farbe, Bleiweiß, Schweinfurtergrün, Englischroth u. s. w. bereitet; im Kanton Solothurn wird Holzsäure in beträchtlicher Quantität bereitet.

Bei dieser unverhältnißmäßig geringen innern Produktion und bei dem sehr starken Konsum chemischer Produkte durch die vielen Färbereien, Rattundruckereien, Seifensiedereien, Glashütten u. s. w. ist die sehr starke jährliche Einfuhr von chemischen Produkten leicht erklärlich.

Im Jahr 1841 wurden nämlich eingeführt:	Str.	49,743,
„ „ 1842	„	59,148,
„ „ 1843	„	55,849.

Da diese fremde Einfuhr ein wirkliches Bedürfnis unserer inländischen hauptsächlichsten Industriezweige ist, so würden diese durch jede Erschwerung dieser Einfuhr leiden.

Papierfabriken.

Eine Industrie, welche in neuerer Zeit in einigen Kantonen eine bedeutende Entwicklung gewonnen, in andern Ort-

lichkeiten eher sich vermindert hat, ist diejenige der Papierfabrikation. Es bestehen nämlich in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden nid dem Wald, Glarus, Freyburg, Solothurn, Basel (beide Landestheile), Appenzell-Außerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf beiläufig 50 größere oder kleinere Papier- und Pappdeckelfabriken.

In den Kantonen Zürich, Unterwalden, Solothurn, Aargau, Waadt, Neuenburg und Genf wird mechanisches Papier fabrizirt. Die mechanischen Fabriken in Zürich allein liefern jährlich beiläufig 10,000 Zentner Papier; die Papierfabriken des Kantons Waadt produziren jährlich beiläufig 4,000 Zentner und diejenigen von Genf beiläufig 4,500 Zentner; stärker als in diesen beiden letztern Kantonen ist die jährliche Papierproduktion im Kanton Neuenburg. In Basel dagegen, wo vormals sechs Papierfabriken bestanden, die vorzüglich gutes Papier lieferten, ist diese Industrie theils wegen der Schwierigkeit die Hädern zu erhalten, theils wegen der hohen Zölle der Nachbarstaaten einigermaßen in Verfall gerathen.

Wenn die inländische Produktion dem durch die Vervollkommenung der Schulen sowohl, als durch die Vermehrung und den größern Verbrauch der Kanzleien jährlich wachsenden Papierbedarf noch nicht vollständig zu genügen scheint, in dem sowohl feines Postpapier und Zeichnungspapier aus Frankreich, Deutschland, Holland und England, als auch ganz grobes Packpapier und Druckpapier und geringere Sorten Schreibpapier aus Deutschland, Tyrol und der Lombardei bezogen wird, so ist die Schweiz anderseits im Fall, trotz der hohen Zölle einiges Papier in die Zollvereinsstaaten und in verschiedene Seehäfen auszuführen, von wo dasselbe theilweise selbst nach Amerika versendet wird.

Tapetenfabrikation.

Mit der Papierfabrikation ist diejenige der Tapeten nahe verwandt. Dieser Industriezweig ist aber bisher in der Schweiz wenig gepflegt worden; alle feinem und schönern Tapeten werden vom Ausland, hauptsächlich von Frankreich, bezogen. Tapetenfabriken bestehen nur in den Kantonen Zürich, Basel-Stadttheil, Waadt und Genf, deren Produktion aber nicht von großem Belang ist, daher denn Tapeten aus Deutschland und besonders auch von Mülhausen und Paris bezogen werden.

Die schweizerischen Gränzzollregister weisen folgende Einfuhr von Papier und Tapeten nach, wobei zu bemerken ist, daß dieselbe größtentheils die Einfuhr von Tapeten beschlägt, nämlich

im Jahr 1841 Zentner 1,988,

„ „ 1842 „ 4,077,

„ „ 1843 „ 4,079.

Diese Industrie, welche große Fertigkeit im Zeichnen erfordert und deren Gedeihen größtentheils durch schnelles Auf- fassen der Mode bedingt wird, scheint kaum bestimmt zu seyn, in der Schweiz einen großen Grad von Vollendung zu er- halten.

Buchhandel.

Die Kommission will es um so weniger versuchen, eine Darstellung des schweizerischen Buchhandels in ihren Bericht niederzulegen, als die ihr dießfalls zugekommenen Aufschlüsse äußerst dürftig waren.

Die Einfuhrzollregister weisen folgende Einfuhr an Bü- chern und Musikalien nach:

im Jahr 1841 Zentner 7,810,

„ „ 1842 „ 4,748,

„ „ 1843 „ 5,823.

Zwischen der Schweiz und Deutschland namentlich besteht ein sehr lebhafter Buchhändlerverkehr, und die Verlags-handlungen, die in den Kantonen Zürich, Basel, Aargau, Schaffhausen, St. Gallen u. s. w. bestehen, finden einen nicht unwesentlichen Absatz in Deutschland. Weniger günstig ist das Verhältniß der Buchdruckereien und des Buchhandels im Westen der Schweiz der französischen Zollgesetzgebung gegenüber.

Wenn bei irgend einem Handelszweig möglichste Freiheit zu wünschen ist, so ist dieß zuverlässig in Betreff des Buchhandels der Fall, zumal geistige Produkte nicht durch Schutz-zölle hervorgerufen werden können. Ähnliche Bewandniß hat es mit den Kunsthandlungen; auch diese könnten unter jeder Erschwerung ihrer Verbindung mit dem Ausland nur leiden.

Daß in neuerer Zeit in den schweizerischen Buchhandel wieder mehr Regsamkeit gekommen und daß namentlich mehrere größere wissenschaftliche Werke von schweizerischen Autoren in der Schweiz verlegt wurden, dessen kann man sich nur freuen. Aber auch der starke Bezug von Büchern und Kunstgegenständen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und England ist ein erfreuliches Zeichen des geistigen Lebens der schweizerischen Bevölkerung.

E. Zwischenhandel und Transit.

Wenige Kantone ausgenommen, waren über keinen Zweig schweizerischer Gewerbsthätigkeit die Mittheilungen der Stände dürftiger, als über den eigentlichen Handel, obschon keiner so viele Köpfe und Kapitalien beschäftigt, als gerade dieser. Allerdings ist es bei uns schwieriger als in manchen andern Ländern, die Verrichtungen der unter den Begriff des Handels fallenden Thätigkeit genau von andern Erwerbszweigen zu

trennen, insofern man unter Handelsleuten nur solche verstehen will, die selbst kein Produkt erzeugen, noch veredeln, sondern ausschließlich als Vermittler des Austausches aller Waaren zwischen dem In- und Auslande, oder zwischen dem Produzenten und Konsumenten auftreten. Zwar ist diese eigentliche Klasse von Kaufleuten sehr zahlreich in der Schweiz, dennoch wäre sie unschwer zu ermitteln, wenn dabei etwas erzielt würde; allein es vereint sich der Handel in so vielen Fällen mit andern Industrien, daß dessen genaue Ausscheidung, der vielen Ausnahmen wegen, nur ein sehr unbefriedigendes Ergebniß liefern würde, — gibt es doch nur wenige Klassen von Bewohnern, welche nie — weder mit Geldern, noch mit Produkten — irgend eine Art von Handelsgeschäft verrichteten.

Die meisten unserer größern Fabrikanten z. B., treiben zugleich den Handel mit ihren Erzeugnissen, indem sie solche an auswärtige Zwischenhändler verkaufen, oder für eigene Rechnung oft in weite Ferne zum Verkauf senden; nur wenige Artikel werden zu diesem Behuf von inländischen Handelsleuten gekauft, weshalb auch die kleinern Fabrikanten von entfernten Märkten ausgeschlossen sind, weil es ihnen am erforderlichen Kapital gebricht, um ihre Gelder jahrelang missen zu können. Diese werfen sich also nebst den Handwerkern mehr auf den innern Bedarf, fügen oft den eigenen Produkten noch erkaufte bei, und verhandeln solche in andere Kantone oder detailliren sie zu Hause.

Vieh, Räs, Häute, Felle u. s. w. werden meist durch Händler zusammengekauft und entweder durch diese selbst, oder durch Handelshäuser dem Ausland zugeführt. Für Weine bestehen neben zahlreichen Weinhandlungen eine Menge Privatleute und Küfer, welche den Verkehr damit beleben, gleichwie letztere neben vielen Landwirthen Branntwein brennen und verhandeln. Es läuft hier Handel mit Gewerbe so bunt durch einander, daß an keine Ausscheidung zu denken ist.

Noch weniger ist es möglich, alle beim Handel nicht selbstständig mitwirkenden Personen zu berechnen, denn neben den eigentlich angestellten Kommiss, Lehrlingen, Packern u. a. m., helfen in vielen Fällen die ganze Familie, Dienstboten und andere Leute das Geschäft besorgen.

Gewöhnlich betrachtet man daher unter dem Namen Handelsleute Diejenigen, welche mit fremden Waaren verkehren, und allerdings bilden dieselben gegenwärtig den wichtigsten Zweig des eigentlichen Handels, der unsern Fabriken die meisten Rohstoffe oder Halbfabrikate liefert, und nebst Kolonialwaaren, Droguerien u. a., aus entlegenen Gegenden auch Manufakturen herbeischafft, — ein um so wichtigeres und unentbehrlicheres Glied in der Kette aller Industrien, weil der Handel jedem Bedürfnisse der Gewerbe meist wohlfeiler begegnet, als es sich der Fabrikant selbst verschaffen könnte, vorzüglich aber, weil er mit seinen beträchtlichen Kapitalien die Industrie mittelst längerem Kredite wesentlich unterstützt und somit ihre Thätigkeit beleben hilft. Hieher gehören denn auch die Wechselhäuser oder Bankiers, welche in Ermangelung öffentlicher Institute den Geldumlauf vermitteln und eine Menge Hindernisse beseitigen, welche sonst der Industrie öftere Störungen bringen müßten.

Vom Großhandel abwärts in mancherlei Abstufungen entwickelt sich endlich das Gewerbe der Detaillanten und der Krämer, eine gewiß sehr nützliche Industrie für Städter und Landleute, welche sich dadurch ihren täglichen Bedarf in kleinen Abtheilungen ohne Zeitverlust verschaffen können. Allein wenn sich irgendwo neben dem Guten viel Mißbrauch einstellte, so ist es gewiß bei diesem Gewerbe der Fall. In Dörfern, wo noch vor wenig Jahrzehnten kein Krämer zu finden war, sind vier oder mehrere und in den meisten Städten wird bald jedes Erdgeschoß zum Kaufladen benutzt. Wer in irgend einem Beruf verunglückt, Bürger oder Bauer, öffnet eine Schenke

oder einen Krämerladen, oft nur aus Arbeitsfurcht, und weiß sich bei der Unzahl Handelsreisender etwelchen Kredit zu verschaffen. Daß nun aber neben Leuten, welche oft nicht rechnen können, oft nicht rechnen wollen, um nur zu verkaufen, der redliche Mitbewerber schweren Stand hat, ist unverkennbar, und daß diese außer allem Verhältniß zum Verbrauch und zu dem möglichen Gewinn stehende Unzahl von Krämläden und Krämern eine außerordentliche Summe von Konkursen darbieten muß, liegt in der Sache selbst, und zwar noch häufiger in der Unfähigkeit, Mittellosigkeit und dem Leichtsinne der Leute, als in wirklichen unverschuldeten Verlusten.

Zudem werden die Beschwerden immer lauter über den Unfug des Hausirens, das ehemals beim Mangel an Krämern abgelegenen Orten und Weilern wohl zu statten kam, nun aber beinahe zur Landplage geworden ist, seitdem hausirende Reisende in alle Privathäuser dringen, oder wandernde Buden von Dorf zu Dorf fahren und ihren Gewinn oft im Betrug suchen.

Zum eigentlichen Handel zurückkehrend, den unsere Stellung im Herzen Europa's ganz besonders begünstigen sollte, fehlen uns zwar speziellere Nachweisungen; indessen können wir nicht verhehlen, daß auch ihm durch die Mauthen unserer Nachbarn mancher herbe Stoß versetzt worden ist; schloß doch Frankreich seine Landgränze ganz für gewisse Waaren, welche nur zur See eingehen dürfen, und ist der Zwischenhandel in Manufakturen auf offenen Wegen fast überall gehemmt. Immerhin bleibt uns noch ein beträchtlicher Handel in Seide, roher Baumwolle, Farbstoffen, Droguerien und etwas Kolonialwaaren mit Deutschland und theilweise auch mit andern Gegenden.

Hingegen hat unser System des freien Handels, welches aus der ganzen Schweiz eine Art Freihafen bildete, wo jede Waare unbeschwert aus- und eingehen darf, einen Markt

eröffnet, den gerade die uns umgebenden Douanen beleben. Der wohlfeilere Preis aller Handelsgegenstände lockt überall Käufer herbei, welche Mittel finden, selbst dreifache Sperren zu umgehen und daher in nachbarlichen Zollübersichten nicht erscheinen. Ueber den Umfang dieser Auswege fehlen auch hierselbst nähere Angaben, allein dieselben sind ohne Zweifel gar nicht so unbedeutend, als Manche zu vermuthen scheinen, welche sich über gewisse sehr große Einfuhren verwundern, weil sie vorerwähnten Abzug nicht berücksichtigen. Wir führen ihn auch mehr in dieser Absicht an, als daß wir hierin Ersatz für so viele Verluste erblicken möchten.

Zur Hebung des Handels mit fremden Staaten, insofern er mit ausländischen Erzeugnissen getrieben wird, läßt sich von schweizerischen Maßnahmen wenig erwarten; der Exporthandel mit inländischen Produkten ist bei den verschiedenen Industrien bereits berücksichtigt, gleichwie der Verkehr im Innern von Kanton zu Kanton, welcher ohne Bewilligung der Bundesbehörde nie mit Eingangszöllen beladen werden sollte. Letztere aber inner den mäßigsten Schranken zu erhalten, liegt offenbar im Interesse aller Stände.

In Bezug auf Transithandel sind die erhaltenen Aufschlüsse ebenfalls ungenügend, doch scheint die Durchfuhr seit etlichen Jahren im Allgemeinen eher gestiegen als gesunken zu seyn, was aber nicht von allen Strassenzügen gesagt werden kann. Inzwischen dürfen wir nicht verhehlen, daß die in Nachbarländern vorhandenen Kanäle und die im Bau begriffenen Eisenbahnen, wenn sie auch den Verkehr mit der Schweiz erleichtern helfen, den Transit aus dem Norden nach dem Mittelmeer vollends unserm Lande für immer zu entziehen drohen, weil anderwärts auf dieser Hauptrichtung kein Alpenübergang stattfindet. Diesem von der Natur gestatteten Vorzug vermögen wir nie vorzubeugen, selbst wenn alle Zölle abgeschafft würden. Um so sorgfamer sollten wir also die Transitstraßen

behandeln, welche weniger leicht umgangen werden können und einestheils Süddeutschland mit Oberitalien, anderseits den Westen mit dem Osten der Schweiz verbinden. Hier ist noch ein weites Feld für Ermäßigung der Bölle und anderer auf dem Transit haftender Lasten, und gewiß liegt es im wohlverstandenen Interesse aller dabei theiligten Kantone, den bereits bethätigten Eifer nicht erkalten zu lassen, sondern mit allem Nachdruck fortzufahren, sowohl den Transit durch die Schweiz, als den Verkehr im Innern von Kanton zu Kanton, soviel möglich zu erleichtern. Höchst wünschenswerth wäre es, wenn sich die Stände, welche an einem Straßenzuge Theil nehmen, über eine gemeinschaftliche Straßenpolizei vereinigen könnten, weil die Erfahrung zeigt, daß besondere Maßnahmen eines Kantons den sehr wichtigen Transit der Schweiz entziehen und wie absichtlich dem ausländischen Nachbar zuwenden können.

Trachten wir, nachdem wir die hauptsächlichsten einzelnen Industriezweige in allgemeinen Zügen dargestellt haben, uns daraus ein Bild über den schweizerischen Handel und Verkehr im Allgemeinen und somit über den wirthschaftlichen und finanziellen Zustand des Landes abzuziehen, so stoßen wir zunächst auf die erfreuliche Erscheinung, daß Ackerbau und Viehzucht im Allgemeinen in einem erfreulichen und offenbar aufblühenden Zustand sind.

Der Werth von Grund und Boden hat in den letzten vierzig Jahren durchschnittlich zuverlässig um einen Drittheil im Werth zugenommen; die Produktionsfähigkeit des Landes in Folge besserer Wirthschaft sich vermehrt; der Viehstand sich in manchen Kantonen beinahe verdoppelt; die Race des Viehes ist vielfach veredelt und der innere Werth desselben, sowie dessen Verkaufspreis auf in- und ausländischen Märkten

gehoben worden. Die Produkte der Viehzucht, wie namentlich die Käse, sind von Jahr zu Jahr reichlicher gewonnen worden, haben früher nicht gekannte Preise erreicht und finden immer noch Absatz im Ausland, zum Theil in Folge besonderer Begünstigungszölle.

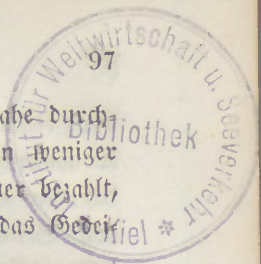
Die Erzeugnisse des Bodens haben, der Fülle ungeachtet, in welcher sie uns eine Reihe von gesegneten Erndten brachten, jederzeit Abnehmer gefunden, denn die Bevölkerung wuchs in starkem Verhältniß und Tausende von Fremden besuchten jährlich unser Land und verbesserten den Markt für die Produkte des schweizerischen Ackerbaues.

Die Arbeitslöhne, die der Ackerbau denen zu bieten vermochte, die sich ihm zuwenden, sind im Vergleich zu frühern Epochen hoch.

Die Wohnungen des Landmanns haben nicht nur an zweckmäßiger Einrichtung, sondern auch an äußerer Gefälligkeit gewonnen; Reinlichkeit und Ordnung, diese treuen Begleiterinnen des Wohlstandes, sind in tausend und tausend Häusern und Hütten in der Schweiz eingezogen, wo man sie vormals nicht kannte.

Die Kleidung der ackerbautreibenden Klasse ist durchschnittlich gut und verräth Wohlstand; ihre Nahrung reichlich und gesund.

Bei solcher Lage der Viehzucht und des Ackerbau's im Allgemeinen ist es begreiflich, daß sich die Kantone, welche sich ihnen hauptsächlich zuwenden, in einem blühenden Zustand befinden. Dieß gilt namentlich vom Westen und dem Centrum der Schweiz, wo die Kantone Waadt, Bern, Freyburg, Solothurn, Luzern, Aargau, Zug, Unterwalden und Schwyz dem sie Besuchenden so zu sagen bei jedem Schritte, den er macht, neue Bilder zunehmenden Wohlstandes zeigen.



In diesen Kantonen ist der Güterwerth beinahe durchgängig hoch; der Grund und Boden in manchen weniger verschuldet als vormals; die Gültbriefe werden theuer bezahlt, ein deutlicher Beweis für das Vertrauen, das in das Gedeihen des Ackerbaues gelegt wird.

Weniger erfreulich ist die Lage des Landwirths im Osten und Norden der Schweiz. So finden wir, daß im Kanton Schaffhausen und auch in den der deutschen Gränze nahe liegenden Gegenden der Kantone Zürich, Thurgau und St. Gallen der Werth des Nebgeländes theilweis merklich gesunken ist.

Sene Gegenden verkauften vormals ihren Wein hauptsächlich nach Baden und Württemberg, das St. Gallische Rheinthale nach Vorarlberg. Durch die österreichischen Zölle ist die Lage des weinbauenden Rheinthales sehr verschlimmert worden, während der Abschluß des deutschen Zollvereins den Absatz zürcherischer, schaffhauserischer, aargauerischer und thurgauerischer Weine in jene Gegenden verringerte, obschon dieselben bei ihrer Einfuhr einen Begünstigungszoll von 50 Kreuzern per Zentner statt des allgemeinen Unionszolls, der 13 Gulden 45 Kreuzer beträgt, genießen, und dieser Zoll selbst niedriger ist, als frühere Zölle, welche zu Anfang des Jahrhunderts namentlich in Württemberg und Bayern erhoben worden waren.

Die Aufhebung der innern Zolllinien hat einen großen Weinverkehr vereinsländischer Weine inner den Gränzen der deutschen Zollunion veranlaßt, und so den Bezug aus dem Ausland, der überdieß an wenige Einfuhrstationen gebunden worden ist, verringert.

So befindet sich denn dermal die ackerbauende Klasse in einem Theil des Ostens der Schweiz in Folge eines fremden Zollsystems in einer Lage, welche derjenigen nicht unähnlich ist, in welcher die Viehzüchter im Westen der Schweiz

vor beiläufig zwanzig Jahren gegenüber dem französischen Douanensystem sich befunden haben; nichts ist natürlicher, als daß wir nun dort dieselben Ideen hinsichtlich eines Schutzes von Seite des Staates austauschen sehen, welche in jener frühern Epoche das sogenannte Retorsionskonfordat in's Leben riefen.

Der Weinbau im Osten der Schweiz hat aber nicht nur die Hölle der Zollunion zu fürchten, sondern ihm ist im Innern der Schweiz selbst ein noch gefährlicherer Feind erwachsen: wir wollen von den Bierbrauereien reden, welche von Jahr zu Jahr größere Ausdehnung gewinnen, und welche merkwürdigerweise in Mitte der weinproduzirenden Gegenden — in Zürich und Schaffhausen — besonders zu blühen scheinen. Die immer allgemeiner werdende Mode, Bier statt Wein zu trinken, muß natürlich auf den Weinbau schädlich wirken und dürfte früher oder später eine Veränderung der Landeskultur, theilweis wenigstens, zur Folge haben, zumal die klimatischen Verhältnisse den Anbau des Hopfens wohl gestatten sollten, während dermal große Summen für Hopfen in's Ausland gehen.

Ob auch sogenannte Konsumzölle in einigen Kantonen der Schweiz auf den Weinbau im Osten schädlich wirken, darüber können verschiedene Ansichten walten, zumal die schweizerischen Weine bei ihren geringen Preisen die Kosten eines weiten Landtransportes bei der Konkurrenz des näherliegenden inländischen Produktes und dem vorzüglicheren des Auslands kaum zu bestreiten vermöchten; immerhin aber ist soviel gewiß, daß durch möglichste Erleichterung des Verkehrs im Innern der Weinbau zunächst gewinnt, indem durch die Verminderung der Transportkosten der Kreis seines Marktes ausgedehnt wird.

Die wie es scheint wachsende Verschuldung von Grund und Boden, namentlich im Osten der Schweiz, spricht, wenn

dieselbe auch sehr zu beklagen ist, nach der Ansicht der Kommission doch nicht sowohl für eine Verarmung des Landes im Allgemeinen, als vielmehr dafür, daß in jenen Gegenden die Industrie mehr abwirft als der Ackerbau, und daß die Kapitalien aus den Händen der Ackerbauer in diejenigen der Industriellen oder der sogenannten Kapitalisten übergehen.

Wenn nicht geläugnet werden kann, daß ein großer Theil des schweizerischen Bodens verschuldet ist, — und in welchem Lande bestehen nicht ähnliche Verhältnisse, — so liegt anderseits einiger Trost darin, daß die Schweiz nur sich selbst schuldet.

Weder der Staat noch Privaten schulden — ganz unbedeutende Ausnahmen abgerechnet — an das Ausland; so lange aber dieses Verhältniß besteht, spricht die Zunahme der Liegenschaftsverpfändungen zunächst für Hebung des Credits, welcher in einem Handelsstaat so äußerst wichtig ist, und für Wechsel, nicht aber für Abnahme des Vermögens. Die Kommission verkennt dabei keineswegs, daß die Verschuldung von Grund und Boden für die ackerbauende Klasse in der Regel sehr bedauerlich ist, zumal der Bebauer eines stark verschuldeten Gutes, alles Fleißes ungeachtet, nur mit Mühe darauf bestehen kann.

Immerhin darf aber die Lage des schweizerischen Ackerbaues im Allgemeinen, einzelne ungünstige Verhältnisse abgerechnet, eine befriedigende genannt werden. Ein gleiches Urtheil darf nicht mit derselben Allgemeinheit über die Lage der schweizerischen Industrie gefällt werden.

Wollte man nur die Produktionskraft in's Auge fassen, so ist zwar eine beinahe unbegreifliche Zunahme derselben nicht zu läugnen. Handel und Industrie der Schweiz im Allgemeinen haben sich während der letzten vierzig Jahre ganz außerordentlich gehoben.

Während am Schlusse des vorigen Jahrhunderts sich der schweizerische Handel beinahe nur auf Frankreich, Spanien,

Italien und einige deutsche Messen beschränkte und nur durch die Vermittlung der beiden ersten Länder mit deren Kolonien Geschäfte machte, steht die Schweiz jetzt mit Süd- und Nordamerika, mit der Levante und Ostindien in direkter Verbindung.

Während vor einem halben Jahrhundert der ersten Entwicklung des französischen Zollsystems mit allgemeinem Schrecken zugesehen wurde, und die Besorgniß, dem schweizerischen Handel seinen wichtigsten Markt verschlossen zu sehen, alle Geister in der Schweiz beschäftigte, wurde der Abschluß der deutschen Zollunion vor beiläufig zehn Jahren mit großem Gleichmuth, ja die Kommission möchte hinzufügen, mit allzu großem Gleichmuth hingenommen; der erklärende Grund hiefür liegt größtentheils darin, daß in der Zwischenzeit der schweizerische Handel sich zum Welthandel erhoben, — sich von den Launen der Zollgesetzgebung der Nachbarstaaten emanzipirt hatte.

Ein anderer Erklärungsgrund liegt allerdings auch in dem reichen Markt, den die schweizerische Industrie während der ersten Hälfte der 1830er Jahre in den vereinigten Staaten von Nordamerika gefunden hatte.

Die Kommission ist weit davon entfernt, die großen Nachteile verkennen zu wollen, welche die Zollsysteme aller unserer Nachbarn der schweizerischen Industrie zufügen, oder die Unbilligkeit zu übersehen, welche darin liegt, daß Staaten, deren wichtigster Markt die Schweiz ist, derselben keinerlei Begünstigungen als etwelche Kompensation für die Freiheit des Handels, welche sie in der Schweiz genießen, zukommen lassen; aber tröstlich war für die Kommission die Wahrnehmung, daß es bisher der schweizerischen Thätigkeit und Energie, in Verbindung mit dem erfinderischen Geist und dem industriellen Geschick, das der Nation inne wohnt, gelungen zu seyn scheint, alle jene Störungen einer naturgemäßen Entwicklung des Handels durch verdoppelte Anstrengung mehr oder weniger zu überwinden.

Als Beleg hiefür gilt der Kommission der Umstand, daß trotz der Ausbildung aller uns umgebenden Zollsysteme, ja erst seit Abschluß derselben, die schweizerische Industrie sich vol-
lends entwickelt und die großen Proportionen erreicht hat, in
welchen sie uns heute gegenübertritt.

Das Prohibitivsystem in Frankreich bestand schon, als die ersten Baumwollspinnereien in der Schweiz entstanden; die Einführung eines ähnlichen Systems auf der österreichi-
schen Gränze und hohe Zölle in Sardinien vermochten die aufkeimende Industrie nicht zu ersticken.

Vierzig Jahre haben genügt, um das Land mit Baum-
wollspinnereien zu bedecken, welche weit mehr Garn produ-
ziren als die Schweiz jährlich konsumirt.

Bei der Baumwollindustrie allein werden, der großen
Hülfe, welche die Maschinen bei dieser Fabrikation leisten, un-
geachtet, wohl beinahe ebensoviele Hände verwendet, als vor
einem halben Jahrhundert die hauptsächlichsten Industrien ver-
eint beschäftigten.

Wenn aber auch die Schweiz jährlich mehr produziert,
so ist damit nicht gesagt, daß die Lage der industriellen Be-
völkerung jährlich eine bessere wird. Es scheint das Gedeihen
der Maschinenindustrie im Gegentheil an Geseze geknüpft zu
seyn, welche denjenigen, die sich ihr zuwenden, früher nicht
gekannte Entbehrungen und Drangsale aufbürden. Die Wohl-
feilheit des Produkts ist an die Quantität der Produktion ge-
knüpft; daher die großen Etablissements, die wir hier und
dort entstehen sehen; daher das Tag- und Nachtarbeiten,
ohne welches manche Fabriken nicht mehr bestehen könnten;
daher die Verwendung der Kinder, welche geringere Arbeits-
löhne erhalten.

Die Lage des Fabrikarbeiters ist sehr verschieden von der
Lage jener, welche im eigenen Hause arbeiten können, und für
die Schweiz namentlich ist die Verbindung von Ackerbau und

Industrie, wie sie bis in die neuere Zeit bestand, wo jeder Handspinner, jeder Handweber sein eigenes Stück Land selbst bearbeitet, der Anhäufung einer bloß industriellen Bevölkerung in der Nähe von Fabriken, wie wir sie dermalen schon hier und dort in der Schweiz wahrnehmen, unendlich vorzuziehen; allein die freie Wahl ist hier nicht gestattet; die Erfahrung lehrt, daß überall, wo Maschinen die Konkurrenz aufnehmen mit der Handarbeit, letztere nothwendig unterliegt, weil erstere wohlfeiler und besser produziren.

So zerstört eine Industrie die andere, und das Geschick besteht darin, sich je der aufblühenden zuzuwenden und die unhaltbare zu verlassen. Ein solcher Uebergang ist begreiflich oft schwierig und mit vielen Störungen verbunden. So lastet gegenwärtig die mechanische Maschinenweberei schwer auf den armen Handwerkern, deren Wochenlohn sie bereits schon auf 16 Bazen im Kanton Zürich herabgedrückt hat.

Das Unbehagen, das sich der betreffenden Bevölkerung bemächtigt, ist daher ebenso erklärlich, als die Hülfe schwierig.

Daß durch Bölle hier nicht geholfen werden kann, ergibt sich schon daraus, daß ähnliche Industrien in andern Staaten, welche Bölle besitzen, wie z. B. in Schlesien, sich in noch weit drückenderen Verhältnissen befinden.

Wenn die Lage des Industriellen sich dergestalt in soweit verschlimmert hat, daß er nur auf dem Wege angestrengter Arbeit und mancher Entbehrungen den Lebensunterhalt erwirbt, den er vormals bei weniger Anstrengung fand, — so ist auch die Lage des Handels eine weit schwierigere geworden.

An der Stelle des sichern Absatzes in der Nähe, welcher die Berechnungen des Handels so leicht machte und der die Rückzahlung des ausgelegten Kapitals in kurzen Terminen zu leisten pflegte, müssen heut zu Tage die entfernten Märkte gesucht werden. Alle Berechnungen — durch hundert Zufälle durchkreuzt, welche zwischen dem Zeitpunkt

der Versendung der Waare und demjenigen ihres Eintreffens auf dem Markt eintreten können — werden schwieriger und unsicherer. Der Handel selbst erfordert in so große Ferne weit mehr Kapitalien und benutzt in Ermangelung von solchen, oft über die Maßen den Kredit, den er bei Fabrikanten nur zu leicht findet, welche für ihre Waare keine Abnehmer wissen. Die Hoffnung auf größern Gewinn läßt Leichtgläubige und Leichtfertige häufig sogar unsichere Geschäfte den sichern, welche nur wenig Gewinn versprechen, vorziehen.

Die großen Gewinnste, welche Einzelne in neuerer Zeit in verschiedenen Theilen Amerika's gemacht, haben den schweizerischen Handel eine Zeitlang jenen Markt allen andern vorziehen lassen, bis neuere bittere Erfahrungen von irrthümlicher Ueberschätzung jenes Marktes wieder abgebracht haben. Leider scheinen aber Viele, welche mit jenen Gegenden im Verkehr gestanden, von denjenigen Ansichten, welche in Beziehung auf den Handel und die Schulden, die sie kontrahirt, dort gäng und gäbe sind, angesteckt worden zu seyn. Bekanntlich haben in der öffentlichen Meinung in Amerika Fallimente eine ganz andere und viel geringere Bedeutung, als dieß in der Schweiz vormals der Fall war. Der Sinn jenes Volkes geht vor Allem nach Gewinn und Gelderwerb. Der Kontakt mit dem amerikanischen Handel hat auch in einigen Gegenden der östlichen Schweiz, welche in lebhaften Geschäftsverbindungen mit Amerika stehen, ähnliche Ansichten erzeugt, und ein verderblicher Geist von Schwinderei hat hie und da den schweizerischen Handel ergriffen, der sich früher durch Vorsicht, strenge Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit auszeichnete.

Es sind dieß die Schattenseiten des Gemäldes und beschlagen hauptsächlich nur den Baumwollhandel im Osten der Schweiz, welcher als eine kaum mehr ganz natürliche Industrie in einzelnen Gegenden zu allen Mitteln zu greifen scheint, wie dieß häufig zu geschehen pflegt, wo sich ein

Leiden zu erkennen gibt, ohne daß man weiß, wo Hülfe zu suchen.

Wenn nicht in Abrede gestellt werden kann, daß die Baumwollindustrie, der sich jährlich mehrenden Produktion ungeachtet, sich in dem gegenwärtigen Augenblick nicht in ganz befriedigendem Zustand befindet, und daß nur diejenigen Handwerker, welche façonnirte Stoffe weben, sowie die Fabrikanten, welche den Zweig der Stickereien pflegen, mit Zuversicht der Zukunft entgegensehen dürfen, so ist anderseits die Hülfe schwierig. Die Erfahrung, daß die schweizerische Industrie sich schon aus schwierigeren Verhältnissen zu ziehen wußte, mit der Aussicht, daß die Märkte im Orient, wo die schweizerischen Baumwollstoffe, hauptsächlich auch die gedruckten Waaren wegen ihrer guten Färbung geschätzt sind, sich immer mehr ausdehnen werden, läßt die Kommission doch noch hoffen, daß die Baumwollindustrie in der Schweiz auch dermal die Krisis bestehen werde. Ernster Ueberlegung ist es mindestens immerhin werth, zu untersuchen, ob nicht ein Theil der Hände, welche zur Baumwollindustrie verwendet werden, weit zweckmäßiger der Wollindustrie zugewendet werden.

Neben der gegenwärtig etwas leidenden Baumwollindustrie befindet sich die Seidenindustrie namentlich in den Kantonen Zürich, Basel und Aargau, und die Uhrmacherei in den Bergen des Jura, in Neuenburg, Bern und Waadt, sowie die Industrie der Bijouterie in Genf offenbar in weit günstigeren Verhältnissen.

Es ist zwar nicht zu verkennen, daß der Abschluß des deutschen Zollvereines auch der schweizerischen Seidenindustrie einen harten Schlag versetzt hat, indem sie den Absatz von Seidenbändern und Stoffen, welche einen Theil der Landestracht in den benachbarten deutschen Gegenden bilden, erschwert hat; allein nichts destoweniger ist diese lebenskräftige Industrie noch eine blühende.

Das Gedeihen der Uhrmacherei, einer bisher beinahe ausschließlich schweizerischen Industrie ist an so viele Bedingungen, namentlich an intellektuelle Fähigkeiten und mechanische Fertigkeiten geknüpft, daß nicht zu besorgen steht, es werde diese Industrie durch Uebersiedlung der Schweiz entzogen werden, eine Gefahr, welche mehrere andere Industrien bedroht.

Die Leinenindustrie, dieser schöne und alte vaterländische Industriezweig, eine Zeitlang vom Ausland — das wohlfeiler und schöner produzierte — überflügelt, dürfte wieder einer bessern Zukunft entgegengehen, nachdem sie in neuerer Zeit die Hülfe der Maschinen in Anspruch genommen hat.

So glaubt denn die Kommission, daß auch die Lage der wichtigsten Industrien in der Schweiz nicht so hoffnungslos ist, als dieselbe hie und da geschildert wird; namentlich aber ist sie der Ueberzeugung, daß an dem Leiden, das hie und da sich vorfindet, das von der Schweiz befolgte Handelssystem die geringste Schuld trägt. — Die große Entwicklung unserer Industrie im Verhältniß zum Ackerbau fällt dem beobachteten Handelssystem allerdings zum Theil zur Last, indem bei Hinderung des freien Kaufs und folgeweiser Erhöhung der Arbeitslöhne die schweizerische Industrie niemals diejenige Ausdehnung hätte erlangen können, welche sie wirklich gewonnen hat. Ueber diese starke Entwicklung der Industrie zu klagen, ziemt aber wohl um so weniger, als andere Staaten durch ihre Zollsysteme eben dasselbe Resultat zu erzielen streben.

Mehr als das von der Schweiz befolgte Handelssystem dürften einzelne Gesetze über den innern Staatshaushalt, durch welche die, industriellen Bevölkerungen eigene Genußsucht theilweis gefördert wird, störend auf das Gedeihen von Handel und Industrie eingewirkt haben. So ist in den industriellen östlichen Kantonen die Unzahl der Wirths- und Schenkhäuser auffallend und in keinem Verhältniß zum Westen und Centrum der Schweiz, die doch von Fremden weit mehr besucht werden,

und daher dem Gewerbe des Gastwirths mehr Aussicht auf Gewinn bieten sollten.

Der Ackerbauer ist in der Regel bei weitem genügsamer als der Industrielle, der in glücklichen Zeiten selten daran denkt, einen Sparpfennig für schlimme Tage bei Seite zu legen, obschon auch hier als eines höchst erfreulichen Fortschritts der immer mehr Umfang gewinnenden Ersparnißkassen erwähnt werden darf, die Tausenden in Zeiten der Noth Linderung gewähren. Die Sitten der ackerbautreibenden Kantone sind im Allgemeinen weit schlichter und einfacher als diejenigen der industriellen Kantone. Die Kosten der Haushaltung eines wohlhabenden Bauers im Kanton Bern sind zuverlässig weit geringer als diejenigen eines in gleichen ökonomischen Verhältnissen lebenden Industriellen des Kantons Zürich. Luxus und Genußsucht sind allwärts im Gefolge der Industrie so lange es ihr gut geht, während die Bevölkerung, die sich dem Ackerbau widmet, in der Regel häuslich und genügsam ist. — Mißwachs und schlechte Erndte pflegt der Ackerbauer geduldig hinzunehmen; sie kommen ihm aus derselben Hand Gottes, die ihm andere Male reichen Segen gesendet. Handel und Industrie dagegen wissen das Unglück selten ruhig und gelassen zu ertragen; sie sind gewohnt sich ihr Schicksal selbst zu machen und klagen laut, sobald nicht alles nach Wunsch geht. — Klagen von dieser Seite sind daher mit Vorsicht aufzunehmen. Wir wissen keinen sprechenden Beweis hiefür anzuführen, als daß alle Verhandlungen eidgenössischer Behörden über die schweizerischen Handelsverhältnisse, vom Jahr 1815 an bis auf die neueste Zeit, der Klagen voll sind, daß alljährlich Ruin und Untergang von Handel und Industrie in Aussicht gestellt wurden, während der Erfolg solche übertriebene Besorgnisse Lügen strafte.

Die Kommission ist weit entfernt, wirkliche Leiden einzelner Industriezweige beschönigen zu wollen; sie hält es aber

für ihre Pflicht, allzuschwarzen Bildern das Licht der Wahrheit entgegen zu halten.

Wenn einerseits der leidende Zustand der Gerbereien und namentlich derjenige der Eisenproduktion nicht in Abrede gestellt werden kann, so ist eben so gewiß, daß den Gerbereien nur dadurch zu helfen ist, wenn ihnen der Absatz in's Ausland wieder eröffnet werden kann, da sie den innern Markt für dasjenige Produkt, das sie zu liefern im Stande sind, vollständig und von Niemanden bestritten, besitzen.

Schwieriger noch ist die Lage der Eisenminen, namentlich derjenigen im Jura, welche neben der ausländischen, hauptsächlich englischen Konkurrenz nicht bestehen können, und für welche bei der bekannten Stimmung der französischen Kammern wohl wenig Aussicht auf Absatz nach dem Ausland vorhanden ist. Ein Schutz aber, welcher denselben gestattet werden wollte, würde drückend lasten auf allen übrigen Gewerben, auf dem Ackerbau wie auf der Industrie, da das Eisen für alle unentbehrlich ist.

Sehr leidend ist ferner ein großer Theil des schweizerischen Handwerksstandes, es kann dieß nicht geläugnet werden; aber auch daran ist das von der Schweiz befolgte Handelssystem kaum schuldig.

Frühere Zeiten hatten zum Schutze des Handwerkers das Innungs- und Zunftwesen erfunden; die Zünfte hemmten die Entwicklung des Talents, auf daß es den weniger Befähigten nicht erdrücke. Alle sollten ihr Auskommen finden, keiner dem andern seinen Erwerb verringern. Daher die Beschränkung der Zahl der Gesellen für die einzelnen Meister, das Verbot Handwerksartikel zu liefern, die einem andern Gewerbe zukommen u. s. w.

Die vielen freien Bürger von mäßigem aber sicherem Auskommen, welche unter dem Schutze dieser Gesetze ihre Familien gründeten und erhielten, haben die Stärke der Städte

im Mittelalter gebildet. Die neuere Zeit war der Ansicht, die Allgemeinheit gewinne mehr dabei, wenn man kein Talent unterdrücke, jedes frei und ohne Beschränkung sich entwickeln lasse.

Die Zünftigkeit der Handwerke und Alles, was daran sich knüpfte, wurde aufgehoben; das Prinzip der Freiheit siegte auch hier über dasjenige künstlichen Schutzes. — Leicht begreiflich ist es, daß die Handwerker sich in die neuen Zustände noch nicht recht gefunden haben.

Es ist der Kommission nicht der Auftrag erteilt worden, über die Verhältnisse des Handwerksstandes nähere Untersuchungen anzustellen, auch fehlen ihr hierüber alle Aufschlüsse von Seite der Kantone. Sie beschränkt sich daher auf die Andeutung, daß die Gesetze über das Niederlassungswesen, das Marktwesen, das Hausiren, über den Schuldtrieb und das Konkursverfahren in enger Verbindung mit dem Gedeihen des Handwerksstandes sind. Die direkte oder indirekte Bevorzugung Fremder den Einheimischen gegenüber, was namentlich in der Gesetzgebung über den Schuldtrieb und in Konkursfachen unwillkürlich dadurch geschieht, daß diese Gesetze den Fremden, welcher weiter zieht, kaum zu erreichen vermögen, während sie den eigenen Angehörigen erdrücken, dessen Auskommen durch die Konkurrenz des Fremden, der, auf den Kredit allein und nicht auf eigenes Vermögen sich stützend, neben ihm arbeitet, schon außerordentlich erschwert worden ist, — scheint uns eine der hauptsächlichsten Quellen des Leidens zu seyn, das den schweizerischen Handwerksstand heimgesucht hat.

Diese unerfreulichen Erscheinungen werden aber durch andere befriedigendere wieder angemessen kompensirt. Als solche dürfen doch wohl bezeichnet werden der ungeheuere Mehrwerth des Kapitals an Holz, die durch Aufzucht verschiedener Salzquellen erlangte Möglichkeit, hunderttausende von Franken für die Gewinnung dieses Produktes dem eigenen Lande zuzuwenden, statt in's Ausland zu schicken, ganz abgesehen von der weit unabhängigeren staatlichen Stellung, welche die Schweiz

dadurch gewonnen hat. Die Errichtung verschiedener Banken, welche den Geldverkehr erleichtern und namhafte Summen ersparen lassen, welche früher für den Bezug des Geldes aus dem Ausland ausgegeben werden mußten; das Gedeihen mehrerer in neuester Zeit erst errichteter mechanischer Werkstätten; endlich die Zunahme des geistigen Kapitals der Nation durch die Gründung neuer und die Ausdehnung früher schon bestandener Hochschulen und Akademien und überhaupt schon die große Entwicklung und allgemeine Verbreitung, welche die Volksbildung in neuester Zeit gewonnen hat.

Diese Betrachtungen alle haben bei der Kommission die Ueberzeugung begründet, daß die Handels- und Verkehrsverhältnisse der Schweiz im Allgemeinen nicht so gedrückt seyn können, als dieß häufig behauptet wird.

Eine Bestätigung dieser Ansicht hat die Kommission in einem Blick auf die öffentlichen Zustände der Schweiz gefunden.

Die Schweiz als Gesamtstaat hat keine Schulden; unter den einzelnen Kantonen sind nur wenige, welche Staatsschulden haben, und diese größtentheils nur gegen sich selbst. Die jährlich wachsenden Ausgaben, welche beinahe alle Kantone im Interesse eines bessern Haushalts, für das Unterrichtswesen, für Künste und Wissenschaften, für Ausbildung des Wehrwesens, für bessere Kommunikationsmittel und öffentliche Bauten sich erlauben dürfen, ohne die Lasten des Volkes zu erhöhen, das seinerseits noch Mittel genug besitzt, um an Festen aller Art sich zu erfreuen und zu erfrischen, bestätigen alle die Ueberzeugung, daß die Schweiz sich nicht in einer im Vergleich zu frühern Zuständen ungünstigen Lage befinde.

Ein großer Theil der Klagen, welche gegenwärtig vernommen werden, sind zuverlässig auf Rechnung der Schwindeleien zu bringen, welche leider bei einigen Zweigen unserer Industrie vorkommen; ein anderer Theil wird durch die in Folge der leztjährigen weniger reichen Erndte eingetretene Vertheuerung der Lebensmittel veranlaßt und noch ein Theil

findet seinen Grund in der Ueberproduktion gewisser Artikel und in der gegenwärtigen finanziellen Noth Nordamerika's.

Indem die Kommission hiemit ihren Bericht über den Zustand des schweizerischen Handels und der Industrie im Allgemeinen schließt und denselben einer wohlwollenden und nachsichtigen Beurtheilung empfiehlt, deren der vorliegende Bericht schon um der Kürze der Zeit willen, welche für diese umfassende Arbeit zugemessen war, in hohem Grade bedarf, bleibt uns noch übrig, der hohen Bundesbehörde anzuzeigen, daß in Betreff des zweiten Theils des ihr gewordenen Auftrags, nämlich der Vorberathung allfälliger gemeinsamer Maßregeln, die Kommission zu keinen gemeinschaftlichen Anträgen hat gelangen können, daher der H. Tagsatzung in dieser Beziehung Majoritäts- und Minoritätsanträge werden vorgelegt werden.

Schließlich benützt die Kommission diesen Anlaß, Euer Erzellenz, und Ihnen, hochwohlgeborene, hochgeachtete Herren! die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung darzubringen.

Luzern, den 7. Mai 1844.

Die eidgenössische Expertenkommission
in Handelsfachen:

G. J. Sidler, eidgenössischer Zollrevisor.

Von der Mühl-Burckhardt.

Calame, Conseiller d'Etat.

M. Noblet, Intend. général des postes.

Dr. Gonzenbach, eidg. Staatschreiber,
Berichterstatte.

St. Franseini, Staatsrath.

C. Pestalozzi-Dirzel.

Ferd. v. Waldfirch, Regierungsrath.

C. Crivelli.

Fr. Hünerwadel, Oberst.

B e r i c h t

der Mehrheit der Kommission

ü b e r

allfällig zu ergreifende gemeinsame Maßregeln.

Nach der so umfassenden und gründlichen Prüfung des Sachverhalts jedes einzelnen schweizerischen Industriezweiges, als solche bei der Unvollständigkeit und Mangelhaftigkeit der vorhandenen Akten möglich war; nachdem sich sämtliche Mitglieder der Kommission einhellig erklärt hatten, daß das Prinzip der Handelsfreiheit das richtigste und wünschbarste sey, und daß bei dessen Anwendung die Industrie des Vaterlandes, wie dessen Wohlstand im Allgemeinen, ungeachtet aller uns umgebenden Zolllinien einen höheren Aufschwung genommen habe, als je zuvor in den Zeiten, wo unsere Nachbarn noch wenig oder keine Mauthen hatten; — nachdem allseitig anerkannt wurde, daß hohe Schutzzölle für unsere Verhältnisse nicht passen und verderblich auf die Gewerthätigkeit selbst zurückwirken müßten; daß ferner die meisten und wichtigsten unserer agrikolen und Fabrikindustrien der Schutzzölle entweder nicht bedürfen, oder daß sie ihnen wenig zu nützen vermöchten, und daß endlich manche Produktionen nicht geschützt werden können, ohne den Ruin anderer gleichberechtigter

Gewerbe nach sich zu ziehen oder sonstige überwiegende Nachtheile zu erzeugen; nach allen diesen einhellig genehmigten Vordersätzen schien die Frage größtentheils entschieden: ob es unter den sorgfältig ermittelten Umständen räthlich sey, auf die bisher befolgten Grundsätze in Bezug auf Industrie und Zollwesen zu verzichten und in ein neues System überzugehen, dessen Folgen jedenfalls problematisch wären? Oder, ob nicht das Bestehende, welches so schöne Früchte getragen hat, beizubehalten und bloß dahin zu trachten wäre, dessen Mängel auf dem Wege fortschreitender Verbesserungen allmählig zu beseitigen?

Allein es konnten sich die Meinungen der Kommissionsmitglieder über die zur Abhülfe mancher Uebelstände vorzuschlagenden Mittel nicht vereinigen, wodurch die Minderheit veranlaßt wurde, ihre Vorschläge in einem abgesonderten Berichte zu begründen, indessen sich die übrigen Mitglieder die Ehre geben, Ew. Zit. nachfolgend diejenigen Ansichten näher zu entwickeln, welche den Mehrheitsantrag motiviren sollen.

Gedrängt durch die beschränkte Zeit, wenn unsere Berichte den meisten Großen Räten noch vor ihrer Versammlung zukommen sollen, müssen wir die Nachsicht Ew. Zit. umsomehr in Anspruch nehmen, je tiefer unsere Ueberzeugung von der hohen Wichtigkeit dieser Angelegenheit für das gesammte Vaterland ist, und je nöthiger es daher gewesen wäre, den so vielseitigen Gegenstand mit erforderlicher Muße umfassend zu beleuchten; Niemand fühlt wohl die Mangelhaftigkeit seiner Arbeit besser, als der Berichterstatter, welcher sich nur durch die früher angedeuteten Gründe hat entschließen können, eine seine Kräfte übersteigende Arbeit zu unterfangen.

Die Mehrheit der Kommission verhehlte sich zwar keineswegs den leidenden Zustand vieler interessanter Gewerbe, wie solcher in dem übersichtlichen Bericht herausgestellt wird; allein

sie glaubt, daß, im Ganzen genommen, der Nationalreichtum nicht so übel bestellt sey, als von andern Seiten gefürchtet wird. Ohne tiefer in die Einzelheiten eintreten zu wollen, welche nur wiederholen würden, was im allgemeinen Bericht enthalten ist, auf den sich alle unsere Betrachtungen stützen, deuten wir bloß an, daß gegenüber der Schwächung des Forstkapitals in manchen Gegenden und der Werthabnahme des Nebgeländes in den nordöstlichen Kantonen, in den meisten übrigen Landestheilen eine steigende Erhöhung des Bodenwerths, eine bessere Kultur, höherer Ertrag der Produkte und des Viehstandes unverkennbar eingetreten sind. Ebenso hat sich im Gegensatz zum kranken Zustand der Eisenwerke das mineralische Nationalkapital durch neue Salzquellen bedeutend bereichert. Entgegen der Abnahme der Gerberei und Leinenweberei, dem gedrückten Stand vieler Baumwollweber und Kattundrucker, erhielt mancher Zweig der Baumwollindustrie, die Seidenstoff- und Bänderfabrikation, endlich die Uhrmacherei eine vorher nie gekannte Ausdehnung, selbst dann noch, als wir auf der letzten Seite mit einer Mauth umgeben wurden.

Allerdings hat der Zwischenhandel manche Einbuße erlitten, obgleich solcher, rücksichtlich der Wege, die er jetzt einzuschlagen genöthigt ist, immer noch viel bedeutender ist, als man gewöhnlich anzunehmen pflegt; außerdem ist der Handel mit Rohseide immer noch sehr ausgedehnt.

Dem Transit durch die Schweiz sind durch Kanäle und neue Straßen in Nachbarländern Wunden geschlagen, die wir uns zu lindern bemühen sollen, ohne Hoffnung, sie je heilen zu können, zumal wenn vollends Eisenbahnen, mit der Wohlfeilheit auch die Schnelligkeit verbindend, uns noch leichter umgehen.

Aus dieser Zusammenstellung möchten wir keineswegs den Schluß ziehen, daß über den blühenden Industrien der

Nothstand anderer unberücksichtigt bleiben sollte, denn wir wissen wohl, daß das Gedeihen der einen die Leiden anderer nicht zu trösten vermag, und suchten bloß zu zeigen, daß das Gesamtbild der schweizerischen Gewerbsthätigkeit so düster nicht sey, als es zuweilen ausgemalt wird.

Diesen Satz bestätigt die ungemein große Einfuhr von Lebensmitteln und vieler anderer Gegenstände, welche nicht zu den nothwendigsten Bedürfnissen gehören, der steigende Verbrauch aller Rohstoffe zum Behuf unserer Fabriken und die Einwanderung einer nicht unbeträchtlichen Anzahl fremder Arbeiter.

Ein Volk aber, das so vieles verbraucht, so vieles verarbeitet, was in allen Theilen der Welt Absatz findet, und zwar in merklich steigendem Verhältniß gegen das vorhergehende Jahrzehend, kann in industrieller Beziehung nicht im Rückschreiten begriffen seyn, denn alle diese Gegenstände müssen bezahlt werden, und zwar bei der weit größten Menge aus dem täglichen Verdienst, wobei wir jedoch keineswegs behaupten möchten, daß dieser Maßstab eine Regel ohne Ausnahme bilde. Großes Mißverhältniß zwischen den Einnahmen und Ausgaben, in Beziehung auf das Ausland, müßte indessen schon seit längerer Zeit eine sehr fühlbare Verschuldung der Schweiz zu Gunsten anderer Länder zur unabweislichen Folge gehabt haben; allein hiefür mangelt durchaus jeder stichhaltige Beweis, denn es ist bekannt, daß wenig Fremde (die sich nicht bleibend niedergelassen haben) Eigenthum oder Pfandbriefe auf inländische Liegenschaften besitzen; wenn sich also in manchen Gegenden des Landes die Schuldbriefe vermehren, so geschieht es meist zu Gunsten anderer Inländer, folglich kann dieses eher als Handänderung und nicht als Abnahme des Nationalreichthums angesehen werden.

Wir glauben, daß aus ähnlichen Beobachtungen viel zuverlässigere Schlüsse gezogen werden können, als aus officiellen

Ein- und Ausfuhrtabellen, weil diese nie die Gattungen der Waaren genau unterscheiden und in Bezug auf Werthangabe durchaus unzuverlässig sind. Uebrigens besitzen wir gar keine Kontrolle über unsere Ausfuhr, und was aus den Berichten des Auslandes gezogen wird, theilt uns nur die Angaben einiger Nachbarländer, keineswegs aber aller, zumal nicht der entferntern mit. Alle enthalten nichts über den Schleichhandel, welcher bei unsern Exporten auch ohne Mitwirkung schweizerischer Kaufleute eine bedeutende Rolle spielt. Selbst die Handelsleute können die Ausfuhr und die endliche Bestimmung ihrer Sendungen oft nicht genau angeben, weil sie häufig durch sehr viele Hände gehen, ehe sie den Konsumenten erreichen.

Uebersieht man das offizielle Verzeichniß unserer Einfuhren, so zeigt sich, daß zwei Drittheile derselben aus Gegenständen zu 1 Bogen, also aus Lebensbedürfnissen, Del, Metallen und Rohstoffen für unsere Fabriken bestehen. Unter denen zu 2 Bogen sind Zucker, Kasse, Cichorien, Tabak, Seife, gebrannte Wasser u. s. w. für zwei Neuntheile und eigentliche Manufakturwaaren für einen Neuntheil des Ganzen begriffen. Unter letztern sind manche, welche, wie z. B. Garne und Baumwolltücher für Kattundruck, in der Schweiz veredelt werden, andere, welche in der Schweiz nicht gemacht und kaum mit Vortheil erzeugt werden könnten; endlich vieles, was auf Nebenwegen wieder exportirt wird und theilweise die starke Einfuhr erklärt.

Wenn die Schweiz vieles an Manufakturwaaren vom Ausland bezieht, während sie weit mehr Fabrikate anderer Art ausführt, anstatt selbst zu versuchen, diejenigen zu verfertigen, welche ihr mangeln, so mögen hiezu mancherlei Ursachen beitragen, deren wir nur einige berühren wollen.

Die Produktionskraft jedes Volkes ist immer durch gewisse Schranken begrenzt; die Landwirthschaft durch den Raum des kulturfähigen Bodens, die Industrie, zwar viel weniger

als jene, immerhin aber an einen Theil der Bevölkerung gewiesen. Findet ein Gewerbe irgendwo günstigen Boden, oder entwickelt es sich (oft durch zufällige Umstände) in ausgedehnterem Maße, so verdrängt es andere Industrien, welche weniger Verdienst abwerfen oder den Bewohnern weniger zusagen, wie in den Gebirgen Neuenburg's alle Handwerker Fremde sind, weil die Einwohner nur Uhrmacherei erlernen, — wie anderwärts die Linnen- und Wollenindustrie durch die Baumwolle verdrängt wurde, und diese wiederum der Seide an manchen Orten den Platz räumen mußte; wie endlich die vortheilhaftere Hornviehzucht, die Pferde- und Schafzucht beschränkte u. s. w.

Ueberdies entwickelt sich da, wo ein Erzeugniß in großer Menge angefertigt wird, eine Kraft der Verbesserung und Vervollkommnung, welche selten bei vereinzeltten Industrien gefunden wird. Der Wettseifer gebiert Wunder, und nirgends wohl geschah dieß in höherem Grade als in der Schweiz, deren Hauptfabrikate in Qualität und Preis auf allen freien Märkten mit denen der geschicktesten Nebenbuhler siegreich kämpfen. Es läßt sich also wohl begreifen, warum gewisse Fabrikate bei uns zurückblieben, während sich andere vielleicht nur zu rasch entwickelten, besonders da, wo jeder Industrie freier Spielraum gewährt wurde.

Gestehen wir ferner, daß sich keine Gewerbsthätigkeit eines ununterbrochenen Gedeihens je erfreuen wird. Wie sich im Rebbau oft mehrere Jahre Mißwachses folgen, so auch in der Fabrikation, zumal wenn sie durch Maschinen erleichtert, in wenig erfolgreichen Jahren bedeutend ausgedehnt werden kann. Aufschwung und Stockung folgen sich abwechselnd. Der gegenwärtige Druck ist theilweise das Ergebnis der Ueberproduktion von 1833 bis 1837, daher es nöthig wird bei solcher Berechnung einen Durchschnitt vieler Jahre anzunehmen und ebensowenig für allfällige andauernde Maßnahmen

die Zustände des größten Schwungs, als diejenigen einer Stockung, zum Grund zu legen.

Gar mancherlei Umstände beeinträchtigen gewisse Industrien in hohem Grad, ohne daß es in menschlicher Macht stünde, solches zu verhindern. Veränderungen des Geschmacks und selbst der Bedürfnisse, neue Erfindungen aller Art, Verbesserung der Verbindungen u. s. w. wirken häufig sehr nachtheilig auf viele Gewerbe. So verdrängen heute leichte Wollenstoffe das Baumwollzeug, wie letzteres früher Leinwand und Wolle beeinträchtigte. Unser Sohlleder und andere Ledergattungen sind dem gestiegenen Luxus zu schwer geworden und müssen dem leichtern und geschmeidigern weichen. Maschinengarn tödtet die Handspinnerei, mechanische Baumwolltücher die Handweberei. Hier thut dem Wein Abbruch. Die Kanäle unserer Nachbarn bedrohen unsern Transit und erleichtern die Zufuhr der wohlfeilen fremden Weine zum Schaden der geringen inländischen Gattungen, welche weiteren Transport nicht ertragen, folglich deren Kultur sich vermindern und vielleicht dem Hopfen weichen muß. So schadet eine Industrie der andern unaufhörlich, wie z. B. unsere Maschinenfabriken eine Menge neuer Manufakturen in der Nachbarschaft errichten halfen, welche den unsrigen jetzt feindlich entgegentreten. Sollte man deshalb den Maschinenbau oder die Ausfuhr der Maschinen verbieten? oder welche Mittel besäßen die Regierungen, so mannigfaltigen Veränderungen entgegenzuwirken?

Zu den erwähnten Ursachen andauernder Benachtheiligung vieler Gewerbe gesellen sich dann noch viele zufällige, welche ebenfalls außer der Macht öffentlicher Gewalt liegen. Der Brand von Uster hielt von weiterer Ausdehnung der mechanischen Webereien ab; falschfarbige Kattune bringen die guten in Mißcredit u. a. m. Vorzüglich aber ist es der Gang des Welthandels, in dessen Strudel wir unausweichlich hineingezogen werden mußten, wenn nicht ein großer Theil der Be-

völkerung verhungern sollte, welcher im Guten wie im Schlimmen nothwendig auf uns zurückwirkt. Die unerhörte Krisis in Nordamerika, wo Staaten wie Privaten ihre Schulden repudirten; die Vertheuerung der Lebensmittel, welche besonders nachtheilig auf England drückte, aber auch bei uns sehr lebhaft empfunden wurde; der Krieg im Orient und Besorgnisse eines europäischen Zusammenstoßes trugen gewiß vieles dazu bei, die lange Stockung und die Leiden unserer Industrie, wie die überaus großen Verluste, welche unser Vaterland deshalb betroffen haben, zu erklären; denn in allen Ländern, wo Industrie blühte, äußerten sich die nämlichen Symptome, meist noch in höherem Maße und zwar namentlich viel drückender auf die arbeitenden Klassen, wo Lebensbedürfnisse wegen künstlichem Schutze bleibend viel theurer sind als bei uns. Daß aber auch Deutschland durch den Zollverein von diesem allgemeinen Uebel nicht verschont blieb, zeigen die östlichen Blätter, welche mit dem Nothschrei beinahe aller Industrien angefüllt sind und sogar für die unglücklichen Weber des Erzgebirgs eine allgemeine deutsche Kollekte anstellen wollten!

Wir sind indessen weit entfernt, die unverkennbar sehr gewichtigen Nachtheile verkleinern zu wollen, welche uns die Zollunion zugefügt hat. Zwar erregte sie im Moment ihres Abschlusses nicht die Besorgnisse, denen man sich heute hingibt, weil damals Amerika günstigen Ersatz darbot. Allein es bleibt unwidersprechlich, daß eben deshalb, weil sich früher viele Auswege nach Deutschland Bahn gebrochen hatten, nachdem andere Staaten mit Prohibitionen unserer Fabrikate vorangegangen waren, der Schlag um so empfindlicher wirken mußte, als Nordamerika bald nachher ebenfalls für manche Waaren verloren ging.

Besonders schwer fanden sich dabei viele kleinere Gewerbe und der Weinbau der nordöstlichen Kantone verlegt, weil

diese zum Theil ausschließlich auf den Bedarf benachbarter deutscher Gränzländer berechnet waren und für ihre Erzeugnisse keinen weit entlegenen Markt suchen können.

Sollte aber nicht zu hoffen seyn, gerade für solche dem Verein minder wichtige Gegenstände weitere Erleichterungen von einem stammverwandten Volk zu erhalten, von dem wir so viele Landes- und Industrieerzeugnisse zollfrei empfangen und dessen Wohlstand deshalb so innig mit dem unsrigen verwoben ist?

Wir kennen die zahllosen Nachtheile und Einbußen, welche uns durch nahe und ferne Mauthen zugefügt worden sind, in ihrem ganzen höchst bedauerlichen Umfang. Wir empfinden es tief, daß die unseligen Abschließungssysteme ganz Europa in eine falsche, kritische Lage versetzt haben, in einen permanenten Kriegszustand gegen den natürlichen Austausch und den so wohlthätigen Völkerverkehr, bei welchem jeder Theilnehmende gewinnt, weil er seinen Ueberfluß gegen das tauscht, was ihm mangelt. Die künstliche Vermehrung der Fabrikarbeiter und Manufakturen, die beabsichtigte Hebung des Ackerbaues durch hohe Schutzzölle, erzwang eine Menge unnatürlicher Verhältnisse, vertheuerte hier den Lebensbedarf und entwerthete ihn anderwärts maßlos; kurz, es scheint uns klar erwiesen, daß ein großer Theil der krankhaften Zustände unseres Welttheils nur der unheilvollen Störung des naturgemäßen Völkerverkehrs zuzuschreiben seyen. Allein bei der vollen Kenntniß des Uebels fragen wir, was die Schweiz hätte thun können, um Europa zu verhindern, diese unselige Richtung einzuschlagen? Wenn aber das Unglück vielseitiger Absperzung unabweislich war, so blieb uns durchaus kein anderes Hülfsmittel, als eben zu trachten, unserer Industrie eine andere Richtung zu geben, andere Auswege zu suchen, und dieses hat sie mit dem sichern, scharfen Blick, den nur die Freiheit gewährte, schon lange gethan, ohne daß ihnen durch Behörden der Weg hiezu vorgezeichnet worden wäre, denn

die eiserne Nothwendigkeit und das eigene wohlverstandene Interesse sind hiesfür die besten Lehrer. In dem Verhältniß wie uns die nähern Auswege verschlossen wurden, vermehrte sich die Fabrikation derjenigen Gegenstände, welche feiner und künstlicher in Qualität, leichter in's Gewicht fielen, und geeigneter waren, sich auf entfernten Märkten neue Bahnen zu brechen. Denn es gibt wenige Völker, welche in höherem Grade die Eigenschaften verbinden, wodurch nachhaltige Erfolge im Fach der Industrie und des Handels erzielt werden: Intelligenz, Ausdauer, Thätigkeit, Fleiß und Mäßigkeit.

In unsern Bergen wurden frühe schon die aus Indien gekommenen Baumwollzeuge nachgeahmt; in ihnen entwickelte sich das früher einzeln stehende Uhrmachergewerbe zu einer der großartigsten Industrien. Wo sich Schweizer mit Nachdruck einem Zweig der Gewerbsthätigkeit widmeten, übertrafen oder erreichten sie die Meister jeden Faches und wetteiferten mit Erfolg in allen Theilen der Welt gegen jeden Nebenbuhler. Die Uhren, die Mousseline, manche Gattungen von Kattun, rothgefärbte und andere künstliche Baumwollzeuge, Seidenstoffe und Bänder, sowohl glatte als faconnirte, sogar noch einige Leinwandsorten, Strohgeflechte &c. besiegen alle Hindernisse und bekämpfen jede Konkurrenz. Selbst für Baumwollgarn sind Schweizer die Einzigen, welche im Ausland unter gleichen Umständen den Wettstreit mit England aufzunehmen wagten. Und alles dieses entwickelte sich ohne irgend einen Schutz, vieles erst vor wenigen Jahren, ungeachtet andere Völker in mehreren dieser Artikel weit vorangeeilt waren und anderwärts für unerreicht gehalten wurden. Warum sollte nun heute die Schnelkraft nicht mehr vorhanden seyn, welche unsere Industrie lehrte alle Hindernisse zu überwinden, sich allen Erfordernissen der Zeit, der Moden, Bedürfnissen, Eigenthümlichkeiten anderer Völker anzuschmiegen? Ist es nicht eben die freie Entwicklung aller Fabrikationszweige,

welche besser als Reglemente vor manchen Abirrungen bewahrte und in gehöriger Zeit zu andern Gewerben überzugehen lehrte, wenn eines den veränderten Bedürfnissen nicht mehr entsprach?

Warum sollte es künftig des Schutzes hoher Hölle bedürfen, um neue Industrien in der Schweiz einzuführen, oder vernachlässigte ältere Gewerbe zu heben, geschah dieses doch bisher ohne allen Vorschub, ohne Einwirkung der Regierungen in hinreichendem Maße.

Oder glaubt man, der schon so lange anhaltende Druck, den gleichzeitig alle ähnlichen Industrien anderer Völker mitempanden, werde immer dauern? Wir erinnern uns noch der herben Zeit, wo die ganze Thätigkeit der Baumwollfabrikation ausschließlich auf Frankreich und Italien berechnet war und der Verzweiflung, welche auf die dort erfolgten Prohibitionen eintrat; wir verweisen auf den Sturz des Kontinentalsystems und auf das Entsetzen, welches der Ueberfluthung mit englischen Waaren folgte. Wer hätte damals gewagt vorher zuzagen: die Industrie unseres Vaterlandes werde diese Wunden verschmerzen und glänzender als je aus der Feuerprobe emporsteigen? Wer hätte träumen dürfen, daß sich bald nachher das Land mit Spinnereien bedecken und seinen Ueberfluß an Garnen selbst im Ausland neben englischem Produkt absetzen könne?

Aus welchen Gründen sollten wir nicht mehr aus den Lehren der Vergangenheit auf die Zukunft schließen, mithin ähnliche Wiederbelebung hoffen dürfen? Hat unsere Industrie nicht an innerer Kraft dadurch gewonnen, daß sie, anstatt in ihrem Absatz von einem einzigen Lande ausschließlich abzuhängen, sich über die ganze Erde verbreitet hat?

Endlich sind wir innigst überzeugt, daß eben nur die Industrie sich einer gesunden, dauerhaften, fortschreitenden Entwicklung zu erfreuen habe, welche in der Atmosphäre der Freiheit geboren, aus eigenem innerm Antriebe sich ausdehnte,

unter keinem andern Schutze als demjenigen, nicht durch unpassende Maßnahmen beengt zu werden. Alle Künsteleien, welche bisher in der Schweiz versucht wurden, haben sich in Bezug auf Fabriken durchaus nachtheilig erwiesen. Basel verdankt z. B. seine wichtigen Seidenmanufakturen dem Umstand, daß schon frühe die mechanischen Stühle über die zünftigen Posamenter, welche nur ein Band auf jedem Stuhl woben, siegten. In Solothurn, wo man die Einzelbandweber gegen die neuen Maschinen schützen wollte, ging dieses Gewerbe bald unter und die Fabrikation blieb ebenfalls weg. Auch in Zürich schreibt man das Zurückbleiben mancher Industriezweige ältern unglücklichen Versuchen zu, solche gegen neue verbesserte Methoden oder fabrikmäßige Ausdehnung haben schützen zu wollen. Wer weiß, ob nicht der Mangel an Wollentuchfabriken, den man so lebhaft zu beklagen scheint, ebenfalls von den Hindernissen einer frühern Gesetzgebung herrührt?

Neben den vielerlei Nachtheilen, welche unsere Industrie zu bekämpfen hatte und die wir bisher beleuchteten, darf unsere große Entfernung vom Meer, die daraus entstehenden bedeutenden Kosten und Zeitverluste nicht übergangen werden; ein Hinderniß, das nur in geringem Maße durch Erleichterungen im Innern der Schweiz vermindert werden kann.

Ebenso wenig können wir dem Mangel an Lebensmitteln, vielen Metallen, Steinkohlen, Del &c. abhelfen, noch verhindern, daß anderwärts der Unterhalt und Arbeitslohn häufig noch geringer ist, als in den Mittelpunkten unserer Industrien. Die einzigen, aber auch höchst wichtigen Vortheile zu Gunsten der Schweiz bestehen, — außer den schon bezeichneten Eigenschaften des Volks und dem durch Sparsamkeit geäußerten Kapital und daherigen niedrigen Zinsfuß, — in den mäßigen Abgaben und der Freiheit des Handels, welche uns gestattet, alle Bedürfnisse der Nation da

einzu kaufen, wo sie am besten und wohlfeilsten zu erhalten sind. Ohne diese letztern Vortheile wären wir längst unter der Last aller bereits angeführten Hindernisse erlegen und es bedarf gewiß nichts anderes, als die Einführung eines Schutzollsystems, um alle rechtmäßigen Hoffnungen einer weitem naturgemäßen Hebung unserer Industrie niederzuschlagen, zuerst aber gerade derjenigen, welche sich bisher zur höchsten Blüthe hinaufgeschwungen haben. Allerdings besitzen wir den freien Absatz in die nähern Länder, als den einen Theil der Handelsfreiheit, leider nicht mehr, aber gerade deswegen sollte uns der andere Theil, der freie Kauf, um so werthvoller und wichtiger seyn, weil wir, im vortheilhaften raschern Absatz gehemmt, folglich im Verdienst geschwächt, desto nöthiger haben, die Bedürfnisse wo möglich noch wohlfeiler als bisher uns zu verschaffen, während offenbar eine Vertheuerung derselben oder Erhöhung der Abgaben, dem einen unabweisbaren Uebel noch ein anderes selbsterschaffenes und weit nachtheiligeres beifügt. Wir haben gesehen, wie unsere Manufakturisten durch Verbesserung und Veredlung ihrer Erzeugnisse entweder selbst die Mauthen überwandten, oder sich entfernte Auswege zu verschaffen wußten; hingegen sind die Vermehrung der Steuern oder künstliche Steigerungen des Lebensunterhaltes bleibende Lasten, denen sich Niemand anders als durch Auswanderung entziehen kann, folglich beständig, in guten wie in schlechten Zeiten, auf dem heimischen Erwerb lasten.

Man glaubt gewisse Sölle damit rechtfertigen zu können, indem sie dem überhandnehmenden Luxus steuern, das Entbehrliche dem Volke weniger zugänglich machen sollen. Wir zweifeln an der Wirksamkeit wie an der Ausführbarkeit solcher wohlgemeinten Absichten. Auch wir bedauern den Leichtsin, der in guten Tagen vergift, daß schlechtere folgen müssen, allein wir glauben, daß bessere Gesinnungen und vernünftiger

Lebensweise nur durch moralische Mittel, nie durch Zwang erreichbar sind. Die so außerordentlich erleichterten Verbindungen haben Vieles zu der, auch seine Schattenseite darbietenden Beweglichkeit des Volks beigetragen, welche der Häuslichkeit und Sparsamkeit nachtheilig ist; und Luxusmandate streiten zu sehr gegen den Zeitgeist, um von daher irgend eine Verbesserung zu erwarten; wir glauben daher kaum, daß die Mehrzahl der Bevölkerung eine väterliche Absicht darin erkennen würde, wenn man ihr Wein, Bier, Tabak, Kasse, Zucker, Kleidungsstücke u. s. w. vertheuerte, um sie auf diesem Wege zur Enthaltbarkeit zu nöthigen.

Mit allen diesen Betrachtungen wollen wir keineswegs behaupten, es wäre eben von Seite der hohen Bundesbehörde oder Kantonalregierungen nichts vorzunehmen, um die Interessen des schweizerischen Ackerbau's, der Industrie und des Handels zu wahren.

Dem Bund sowohl als den Ständen, jedem in seinem Wirkungskreis, liegt die Pflicht ob, auch das materielle Wohl ihrer Angehörigen zu befördern, mithin, wo es möglich ist, die leidenden Zweige zu unterstützen und selbst denjenigen, welche in befriedigendem Zustand sind, alle weiteren Vortheile zu verschaffen. Die Frage ist aber, zu wissen: worin bestehen die Maßnahmen, welche getroffen werden sollen?

Zuerst wird uns von mehreren Seiten ein so geheißenes Nationalsystem empfohlen, welches damit beginnen will, eine der schätzbarsten Freiheiten des Volkes, den freien Kauf zu beschränken, und die Gesamtsumme der Abgaben zu erhöhen! National ist wahrlich nur das, was dem ganzen Volke dient. Maßnahmen, welche alle XXII Kantone umfassen sollen, sind deshalb nicht volksthümlich; nur wenn sie gut sind, verdienen sie diese Benennung. Hier ist übrigens nur von Interessen die Rede, welche gegenseitig erwogen werden sollen, und wovon keines berechtigt ist, sich mit prunkenden Titeln

über die andern zu erheben, am wenigsten wenn sie ganz neue vom Ausland entlehnte Grundsätze über alte in den Sitten und Gebräuchen des Volkes festgewurzelte Rechtszustände setzen möchten.

Ein jedes, die bestehende Gesetzgebung über den Haufen stoßendes System setzt uns jeweilen der Gefahr bloß, wesentliche Vortheile einzubüßen, ohne der Gesamtheit irgend genügenden Ersatz zu gewähren. Nur allzuleicht können einzelne Gebrechen am gegenwärtigen Bestand gerügt werden, während man dessen Vorzüge übersieht, weil man sie gewohnt ist, und umgekehrt können neue Vorschläge durch einzelne Vorzüge bestechen, indessen ihre vielerlei Nachtheile, weil noch nicht empfunden, leichter entgehen. Ganz besonders ist dieses in vorliegender wichtigen Angelegenheit der Fall, wo offenbar auf Kosten der zahlreichen, den überwiegend größern Theil der Bevölkerung und des Nationalreichthums umfassenden Gewerbe, gefährliche Versuche gemacht werden wollen, die wir im Einzelnen näher zu beleuchten beauftragt sind.

Anstatt „Nationalsysteme“ möchten wir also eidgenössische Maßnahmen empfehlen, welche weder dem bisher befolgten Grundsatz des freien Handels, noch bundesmäßig gewährleisteten Rechten zu nahe treten.

Wie die Verzichtleistung auf das Prinzip der Freiheit positive äußerst wichtige Nachtheile erzeugen müßte, haben wir allbereits zu beweisen versucht und werden noch etliche speziellere Nachweisungen beifügen, um darzuthun, daß die Vortheile des neuen Systems meistens auf Täuschung beruhen.

Man gibt zu, daß dasselbe im Ganzen eine nicht unwesentliche Erhöhung der Gesamtzölle, also eine Vermehrung der gegenwärtigen Steuern, zur Folge haben müßte, weil man die wenig Zölle besitzenden Kantone durch den Ueberschuß des Gesamtetrags der neuen Ansätze gegen den Reinertrag der alten entschädigen möchte. Ueber das Maß dieser

Vermehrung ist man aber durchaus nicht im Klaren, weil die Kosten der neuen Einrichtung nicht einmal annähernd ermittelt sind und das Verhältniß der Schadloshaltung vielfacher Ausdehnung fähig ist.

Immerhin ist eine Erhöhung der indirekten Abgaben Folge des neuen Systems, also eine Vertheuerung des Lebensunterhalts, welche unausweichlich in weit höherem Maß die unbemittelte Volksklasse treffen muß als die wohlhabende, weil jene in allen Ländern die große Mehrheit der Konsumenten bildet, und jede Verbrauchssteuer Luxusgegenstände weniger berührt, als der in's Große gehende Bedarf des gemeinen Mannes, welcher nicht so leicht eingeschwärzt werden kann. Da uns kein Tarif vorgelegt wurde, der vielleicht manche vor der obschwebenden Gefahr gewarnt hätte, so können wir das Maß und die Art der Belastung nicht ermitteln, denn wie die verschiedenen einzelnen Artikel der Kategorien a, b, c, d des Minderheitsantrages in die Zollscala von 2 bis 50 Bazen vom Zentner eingereiht werden sollen, wissen wir noch nicht *). Indessen werden nach vorläufigen Angaben dem Wein, Tabak, Zucker, Kaffee, Eichorien, den Zeugen für Kleidungsstücke u. die Hauptlasten zugedacht, so daß diejenigen, welche für die meisten dieser Artikel bisher nur ganz unbedeutende Zölle entrichteten, zukünftig zehn bis fünfzig Bazen vom Zentner bezahlen müssen, — der übrigen Gegenstände nicht zu erwähnen.

Wenn nun in Betracht gezogen wird, daß bloß im Kanton Zürich 18,000 bis 20,000 Baumwollweber wöchentlich nur kaum 16 Bazen verdienen, so möchten wir fragen: ob eine Vermehrung der Ausgaben von nur wenigen Kreuzern nicht für eine ungemein große Anzahl Familienväter bereits sehr empfindlich ist, weil ihr Lohn — wie dieses überall faktisch sich

*) Erst nach Abfassung dieses Berichtes wurden im Minderheitsbericht etwelche weitere Andeutungen mitgetheilt.

herausstellt — in der Regel nicht erhöht wird. Daraus erfolgt, daß der arme Mann über seine Kräfte die Arbeitszeit verlängern muß, um nur leben zu können, und sich alles versagen soll, was man leicht hin unter die entbehrlichen Dinge versetzt, welche aber bei so vielen die einzige Labung nach vielen Mühseligkeiten ausmacht.

Zugegeben, daß die Schutzzölle, wie sie heute vorgeschlagen werden, als solche niedrig seien, lehrt aber die Erfahrung aller Zeiten und aller Länder, daß es nie dabei bleibt, und daß sie fort und fort gesteigert werden bis zum gänzlichen Verbot, also bis zur völligen Vernichtung der Freiheit. Wir vermögen diese Gefahr nicht kräftig genug darzustellen, weil wir kein Land kennen, in dem sie nicht in hohem Grad sich verwirklicht hätte, wo nur immer diese schlüpfrige Bahn betreten wurde, zumal weil sich leicht noch Finanzspeculationen beimischen, welche das Uebel noch unheilbarer und verderblicher machen. Rückschritte sind vollends unmöglich. Der Geschützte gewöhnt sich, seinen Verdienst nicht mehr allein in seiner Geschicklichkeit und Thätigkeit zu suchen; nie genügt ihm daher der gewährte Schutz; nie wird darauf verzichtet, selbst wenn er sich dem Gemeinwohl als äußerst schädlich erwiesen hätte; nur Revolutionen vermögen diese modernen Privilegien abzuschaffen. Steigt die Summe der Zölle von mäßigen Anfängen allmählig auf eine gewisse Höhe, so drückt sie den Arbeiter immer tiefer, oder die Arbeitslöhne müssen erhöht, folglich unsere Erzeugnisse vertheuert und unser Absatz in's Ausland vermindert werden, also ist hiemit die Art an die Wurzel alles Wohlstandes gelegt.

Wir können uns nicht überzeugen, daß diese Gefahr in Republiken geringer wäre als in andern Ländern, und erinnern bloß an die Vereinigten Staaten Nordamerikas, wo eine Tarifrage die Trennung der Union beinahe zur Folge gehabt hätte. Auch wird fast überall wahrgenommen, daß die Volks-

repräsentanten in konstitutionellen Ländern aus persönlichen Interessen weit illiberaler sind als die Regierungen, wenn es sich um Schutzzölle handelt.

Ferner erzeugt jeder höhere Zoll entweder heimliche Einfuhr oder Bestechung und Unterschlagung. Unser gegenwärtiges System niedriger Ansätze von wenigen Kreuzern vom Zentner, die an verschiedenen Orten bezogen werden, vermeidet diese Uebel beinahe gänzlich. Aber wo sie von 2 bis 50 Baggen steigen, da sind sie nicht anders als mit reich besoldeten Beamten und mit einer ziemlich starken Gränzwache zu verhüten, was eine viel stärkere Ausgabe erfordert als man bedenkt. Ein Schutz Zoll, der nicht kräftig gehandhabt wird, ist das Schlimmste von allem; denn er hilft dem zu Schützenden nichts, zerstört den offenen redlichen Handel, trägt dem Alerar nichts ein und fließt nur in die Tasche der Schmuggler.

Sedenfalls untergraben solche Zölle die Sittlichkeit der Gränzgegenden auf eine Weise, welche die bedauernswerthesten Folgen haben müßte. Bekanntlich gehören alle Schleichhändler in der Regel den Ländern an, wohin geschmuggelt wird; also würde die Schweiz ihren Angehörigen diese Pest erst mit Herstellung eines eigenen Schutzsystems einimpfen. Den ungemein großen, zu wenig berücksichtigten Nachtheilen der Gränzkantone, welche, von fast allem offenen Verkehr mit ausländischen Nachbarn ausgeschlossen, so viele Verluste deswegen schon erlitten haben, und so manchen Unannehmlichkeiten bloß gestellt sind, würde man also zum Uebermaß noch den unberechenbaren Nachtheil zufügen: auf ihrem eigenen Boden noch die wenigen Ueberbleibsel gegenseitigen Austausches zu verkümmern, und überdies die betäubendste Demoralisation unter ihre Bewohner zu bringen.

Wenn die vorgeschlagenen Schutzzölle nur darum so mäßig gestellt wurden, um den erwarteten begründeten Widerstand zu schwächen, so können wir die Ansätze begreifen, — denn

daß dieselben den meisten Industrien durchaus keinen wirksamen Schutz gegen das Ausland gewähren, darf sich niemand verhehlen. In der That, was ein solcher den Seidenfabriken, der Uhrmacherei, den in großem Ueberfluß für die Ausfuhr fabrizirten Baumwollgarnen und Tüchern, der Viehzucht, den Käsen, den Strohgeflechten u. s. w. helfen sollte, ist uns nicht nachgewiesen worden, und von Schutz für Getreide, Hülsenfrüchten, Hanf, Obst, Del u. s. w. kann ohnehin keine Rede seyn. Ein Zoll von 50 Batzen per Zentner auf Wollwaaren wird keinen Ballen abhalten in die Schweiz zu kommen, mithin bleibt er als Schutz ganz kraftlos, indessen er alle gerügten Nachtheile als Zoll behält. Bei andern Erzeugnissen, die man weniger hoch belasten will, treten meistens ähnliche Ergebnisse hervor, es wäre denn, daß man, gegen die Absicht des Vorschlags der Minderheit, geringe Artikel mit den höhern Ansätzen belegen wollte.

Ein Hauptzweck des neuen Systems: den schweizerischen Markt vor ausländischer Konkurrenz zu sichern, würde demnach durchaus nicht erreicht, und weil die Zölle nach dem Gewicht erhoben werden, so treffen sie bei jeder Waare gerade die gröbern Gattungen für den Gebrauch des Unbemittelten am härtesten, während die feineren, als leichter, kaum dadurch berührt würden.

Höhere Zölle, die wirksamern Schutz gewähren könnten, verbinden aber neben den vorerwähnten Uebelständen noch den sehr großen, daß sie dahin streben, die Fabrikation in der Schweiz auf künstliche Weise zu vermehren und in noch größeres Mißverhältniß mit der agrikolen Beschäftigung zu bringen. Wie traurig das Loos der Fabrikarbeiter bei plötzlichen ungünstigen Wendungen der Industrie wird, wissen wir Alle; mithin ist es so unklug als gefährlich, ihre Zahl durch künstliche Anreizungen zu vergrößern, ohne zu wissen, wie man ihnen Lebensunterhalt verschaffen soll, wenn Störungen

eintreten; besonders bedenklich aber sind derartige Verhältnisse in Republiken, welche die militärisch-polizeilichen Mittel nicht besitzen, oder nicht anwenden könnten, um gestörte Ordnung rasch wieder herzustellen und größerem Unglück vorzubeugen.

Betrachten wir endlich das neu vorgelegte Zollsystem im Vergleich mit dem jetzt bestehenden, so konnten wir nicht recht ausmitteln, in was denn die großen Vorzüge des Minderheitsantrages bestehen, die uns zu einer Totalreform alles Bestehenden bewegen könnten? und warum sich das Wünschbare nicht ebensowohl und zwar weit sicherer auf bisher betretenen, gewährleistete Rechte schonenden Wegen erreichen lasse? — Augenscheinlich würde nichts anderes durch Annahme der neuen Vorschläge erzielt, als eine Erhöhung und Uebertragung der bisherigen Lasten von einer Schulter auf die andere, von gewissen Industrien auf die Massen des Volkes.

Offenbar liegt eine völlige Unkenntniß des eidgenössischen Zollwesens zum Grunde, wenn man so oft von steigendem Wirrwarr, von wachsender Hemmung des Verkehrs und immer weiterer Absonderung der Kantone durch innere Douanen reden hört, als ob wirklich fast jedes Jahr neue Beschränkungen eintreten und wir uns in einem Zustand gegenseitiger Uebervortheilung befänden, dem eben durch ein Radikalmittel schleunigst abgeholfen werden müßte.

Für ähnliche Vorwürfe, die im Schoße der Kommission gefallen sind, wurde aber nicht ein Beweis angeführt, oder vielmehr das einzig vorgebrachte Beispiel einer vermuthlich eingetretenen Zollerhöhung in Bern ermangelt jeder Stütze, weil die Ergebnisse des neuen Zollgesetzes noch nicht ermessen werden können. Gerade jetzt soll mit Sammlung der schweizerischen Tariffe durch die eidgenössische Zollkommission die letzte Hand an die Regulirung aller Kantonalzölle gelegt werden, und erst dann wird es möglich, mit voller Sachkenntniß weitere Verathungen vorzunehmen. Billig hätte man

also hoffen dürfen, daß mit durchgreifenden Abänderungsvorschlägen abgewartet würde, bis das Ergebniß jener dem Ende so nahen Arbeit vorläge, wenn anders der Gegenstand mit erforderlicher Umsicht behandelt werden will, wo sich alsdann sehr wahrscheinlich herausstellen möchte, daß die bestehenden Zölle, so manches auch noch aufzuräumen ist, für die meisten schweizerischen Industrien lange nicht so nachtheilig sind, als man es mit Uebertreibung des wahren Sachverhalts voraussetzte.

Einstweilen behaupten wir, gestützt auf eine nicht ganz oberflächliche Kenntniß des Gegenstandes, daß das Zollwesen der Schweiz in den letzten Jahren mehr Fortschritte in Verbesserungen gemacht habe, als früher in Jahrhunderten, und zwar rein nur aus freiem innern Antrieb der Kantone, weil sich die Ansicht (welche auch wir vollkommen theilen) immer mehr Geltung verschafft, daß Erleichterungen des Verkehrs im eigenen wohlverstandenen Interesse der Kantone liegen.

Alle neuen Zollgesetze, welche seit 1836 einer scharfen Prüfung unterworfen wurden, enthalten eine Menge wesentlicher Vereinfachungen im Bezug der Zölle, durchschnittlich Erleichterungen in den Ansätzen und Aufhebung sehr vieler Gemeinde- und Korporationsgefälle, was für weitere Ermäßigungen den Weg bahnt. Andere Kantone, ohne ihre Gesetze ganz umzuarbeiten, verminderten ihre Zölle und Gebühren um die Hälfte, oft um zwei Drittheile, so daß nur wenige Stände, wo ohnehin kein lebhafter Durchpaß statt findet, ohne beträchtliche Verbesserungen in Zollsachen geblieben sind. Vorzüglich aber wurde der Transit so begünstigt, daß inner den letzten zehn Jahren alle größern Straßenzüge sehr bedeutend, und in vielen Fällen um die Hälfte der frühern Lasten erleichtert worden sind. Wenn der ruhige natürliche Weg besserer Einsicht und billigerer Behandlung zu solch' erfreulichen Ergebnissen führte, welche überwiegende Gründe

müssen wohl vorhanden seyn, um denselben zu verlassen und plötzlich alle weiteren Fortschritte durch Ueberstürzung zu lähmen?

Es ist uns bekannt, daß mehrere Kantone eben jetzt weitere Herabsetzung ihrer Transitzölle vorberiethen, welche vielleicht aus keiner andern Ursache unterbleiben, als weil man, zwar entgegen der Ansicht unserer Minderheit, dasjenige zu erzwingen sucht, was andere sich nicht abnöthigen lassen wollen, oder weil dafür blendender Ersatz in Aussicht gestellt wird. Wenn demnach künftigen Verbesserungen irgend welche unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt werden wollten, so könnte man nicht konsequenter verfahren, als daß man allmähliche, solide Fortschritte zum Bessern durch Beunruhigung thatsächlich hemmt und somit Jeden nöthigt, seine Rechtsame um so hartnäckiger festzuhalten. Nur eine fest ausgesprochene Abweisung derartiger Projekte könnte also die begonnene Entwicklung neuer Zollermäßigung, wie auch wir solche sehnlichst wünschen, wieder neu beleben.

Der Minderheitsvorschlag, indem er die Zölle, Weg- und Brückengelder, welche ausdrücklich vom Bund gewährleistet worden sind, mit wenig Ausnahmen abschaffen will, läßt gerade die nicht garantirten Konsumsteuern außer dem Bereich seiner positiven Anträge und weicht von der Majorität darin ab, bloß ihre Ermäßigung zu wünschen, wenn ihnen — insofern sie schweizerische Erzeugnisse beschlagen — der Charakter von Zöllen benommen wird. Die Mehrheit wollte den bundesmäßigen Befugnissen und Hülfsmitteln der Stände nicht zunahetreten, aber den Geist des Bundes in Betreff dessen was wirklich Zoll ist, gehandhabt wissen. Die Minderheit aber, welche die Zölle zentralisiren, hingegen die Konsumsteuern theilweise den Kantonen überlassen will, drängt nothwendig letztere dahin, sich für allfällige Ausfälle in den Zolleinnahmen durch neue Verbrauchssteuern Ersatz zu verschaffen.

Demnach würden die Klagen, welche seit Jahren über mancherlei den freien Verkehr hemmende Maßnahmen in Bezug auf Konsumabgaben gehört werden, keineswegs beseitigt, vielmehr die Gefahr vermehrt, ihnen neue Nahrung zu verschaffen; auch hätte ein Vorschlag zur totalen Abänderung des Zollwesens vorerst erörtern sollen, was er eigentlich unter dem Namen Zoll versteht, weil hierüber die Ansichten sehr verschieden sind und manche Kantone nicht recht wissen werden, welche von ihren Gefällen beschlagen werden sollen oder nicht.

Die Abschaffung der Weg- und Brückengelder möchte allerdings jedem dadurch Betroffenen wünschbar seyn, wie überhaupt alle Abgaben nicht angenehm, sondern nothwendig sind. Nun möchten wir aber behaupten, daß wenige Steuern ihren Zweck so augenscheinlich an der Stirne tragen, wie gerade diese. Wer ist am meisten bei guten Straßen und Brücken betheiligt, als die, welche sie am häufigsten benutzen? Sind aber die trefflichen Straßen, welche unser Land in allen Richtungen durchschneiden und so viele Berge gleichsam ver ebeneten, dem Verkehr nicht unendlich vortheilhafter, als ihn die Weggelder benachtheiligen? Wo vorher nur Saumrosse mühsam herumklettern konnten, fahren jetztzüge von Güterwagen um den Drittheil der Fracht ungeachtet der Weggelder. In der Ebene sogar, ja in bergigen Kantonen wo noch nicht lange her die Pferdladung zu 15 Zentner angenommen wurde, ladet man jetzt 25, so daß die Fracht von Basel bis Zürich, welche vor etlichen 20 Jahren noch 22 bis 24 Wagen vom Zentner betrug, jetzt nur noch 10 bis 11 Wagen kostet und an andern Orten in gleichem Verhältniß gesunken ist. Wer kann glauben, daß alle kostbaren Straßenbauten ohne Weggelder entstanden wären? Wer muß nicht befürchten, daß zukünftige Verbesserungen meistens unterbleiben, wenn man die speziellen Intraden dafür aufhebt, welche bisher viele dem Ganzen so vortheilhafte großartige Werke hervorgerufen haben?

Sa sogar die Unterhaltung bestehender Straßen würde große Gefahr arger Vernachlässigung laufen, wenn die Kantone hiedurch keinen direkten Ausfall in ihren Gefällen zu besorgen haben. Wir wissen wohl, daß in einigen Kantonen herrliche Straßen ohne Weggelder vorhanden sind, weil ihre Erhebung den Volksgewohnheiten widerstrebt. Dort bestehen dann aber andere Steuern und Lasten, welche in den übrigen Kantonen auf Widerwillen stoßen, so daß durch Aufdringung einer ungewohnten Abgabe gegen eine längst übliche gewiß nur Unzufriedenheit erregt würde.

Wenn aber vollends nach §. E ausnahmsweise örtliche Bezüge beibehalten oder neue bewilligt werden sollen, so fragen wir, wohin dergleichen führen muß und ob auf diesem Wege nicht endlich wieder die Ausnahmen zur Regel werden könnten? Jedenfalls würden derartige Ungleichheiten endlose Zwiste herbeiführen.

Ebenso bedenklich lauten die Bestimmungen Litt. D über Transitzölle für Waaren, die vom Ausland kommen und wieder in's Ausland gehen; Zölle, welche nicht nach allgemeinen Grundsätzen, sondern nach der allfälligen Nothwendigkeit ihrer Herabsetzung in Beziehung auf konkurrirende Straßen der Nachbarländer bestimmt werden sollen! Auf eine derartige Einnahme für die Zollkasse wird kaum gerechnet werden dürfen, denn welche große Hauptstraße durchzieht die Schweiz, welche keine gefährliche Konkurrenz im Ausland hätte? Oder sollten nur einzelne Straßenzüge privilegiert, andere belastet bleiben? Benimmt man nicht durch solche Maßnahmen den bei einem Straßenzug beteiligten Ständen das natürlichere Mittel, von sich aus abzuhelpen, wo und wie sie es für nöthig halten?

Ueber die Ausgangszölle Litt. C erlauben wir uns bloß die Bemerkung, daß hiedurch die Frage entschieden werden will, daß jene höhern Zölle, welche meist Naturerzeugnisse beschlagen, in die gemeinschaftliche Zollkasse fließen,

keineswegs aber den erzeugenden Kantonen, wie etwa zu Verbesserung ihres Forstwesens, zufallen sollen; ein Bedenken, welches wir den hohen Ständen zur Beurtheilung überlassen möchten *).

Was nun endlich die Hauptsätze der Minderheitsanträge, die Aufhebung der bestehenden Zölle, ihre Verlegung an die Gränzen und Vertheilung des Ertrags (Nr. 1 und 2, Litt. A, B und E) anbetrifft, so bleibt uns noch zu beweisen, nachdem wir die übrigen zum Grunde liegenden Ansichten bereits widerlegt haben, 1) daß ähnliche Veränderungen bundesmäßiger Bestimmungen nur durch einhellige Einwilligung aller zweiundzwanzig Stände beschloffen werden können; 2) daß die vorgeschlagene Erhebung und Vertheilung der Zölle höchst ungerecht wäre.

In Bezug auf den ersten Punkt schweigen die Anträge der Minderheit, wir wissen bloß, daß sie ihre Vorschläge der freien Bestimmung der Stände empfehlen will, und die Frage: ob ein Tagsatzungsbeschuß dieselben in allen Kantonen obligatorisch einführen könnte, unerörtert lassen. Ein Zweifel in diesem Punkt scheint uns aber zu wichtig, um ihn unberührt zu lassen, weil in einer so praktischen Angelegenheit, wie die vorliegende, nichts gethan wäre, wenn man sich nur an Grundsätze hielte, ohne ihre Ausführbarkeit zu berücksichtigen. Zwar könnten wir, als bloß mit Begutachtung der Handelsfrage beauftragt, uns streng an diese halten und die vorliegenden Anträge nur in ihren Beziehungen auf Handel und Gewerbe prüfen, den Kantonalbehörden und der hohen Tagsatzung die Untersuchung der Rechtsfrage überlassend. Allein die Ausführbarkeit ist so genau mit der grundsätzlichen Behandlung verbunden, sie ist übrigens von so hoher Wichtigkeit

*) Diese Stelle war vor Anhörung des Minderheitsberichtes abgefaßt, welcher wesentlich von dem Sinne abweicht, den wir dessen Schlußnahmen heilegen zu müssen glaubten.

für die Eidgenossenschaft, daß wir fürchten müßten, eine ernste Pflicht zu versäumen, wenn wir sie nicht wenigstens übersichtlich zu beleuchten suchten.

Die Meinung, welche für die hohe Tagsatzung das Recht anspricht, durch einfachen Beschluß ein Schutzzollsystem gegen das Ausland einzuführen, oder, um die Worte des Antrags zu gebrauchen, die von den Kantonen bezogenen Zölle zu Gunsten der Gesamtheit zu zentralisiren und solche auf die Gränzen zu verlegen, stützt sich einerseits auf den Artikel VIII des Bundes, welcher bestimmt, daß Handelsverträge mit dem Ausland durch die Tagsatzung geschlossen werden, anderseits auf die Befugnisse, welche der Artikel XI in Zollsachen der Bundesbehörde überträgt.

Untersuchen wir also beide Artikel, um den wahren Sinn und die Ausdehnung derselben festzuhalten.

Der Artikel VIII bestimmt die Rechte der hohen Tagsatzung als Stellvertreterin der Kantone in ihrem Nationalverbande. Die Handelsverträge sind nach den Kriegserklärungen, Friedensschlüssen und Bündnissen angeführt, vor den ökonomischen oder polizeilichen Uebereinkünften, welche die Stände mit auswärtigen Staaten abschließen können. Es handelt sich also bloß von den Rechten der Tagsatzung in Bezug auf internationale und diplomatische Verhältnisse, nicht aber von einem besondern Wirkungskreise, der ihr in Handelsfachen angewiesen werden sollte. Diese Betrachtung sollte schon Behutsamkeit in der Anwendung des angeführten Satzes empfehlen. Diejenigen, welche sich an denselben halten, um der Tagsatzung das Recht einzuräumen, neue Gränzzölle in der Schweiz einzuführen, behaupten ungefähr folgendes: Die Tagsatzung ist befugt, Handelsverträge abzuschließen; ein Handelsvertrag kann Einfuhrverbote oder höhere Einfuhrzölle gegen einen dritten Staat einbedingen, folglich ist die Bundesbehörde ermächtigt, den Eingang solcher Gegenstände zu beschweren oder zu verbieten.

Diese Schlussfolgerungen enthalten mehr als einen Irrthum. Sehen wir einstweilen voraus, die Tagsatzung könne bei Anlaß eines Handelsvertrags gewisse ausländische Erzeugnisse belasten, so folgt daraus keineswegs, daß sie es ohne diese Veranlassung thun dürfe. Aber wir geben selbst das Vorausgesetzte nicht zu. Der Bund überträgt der Tagsatzung, mit Ausschließung der Stände, das Recht, Handelsverträge abzuschließen, nicht aber dasjenige, in diesen Verträgen jede Bedingung aufzunehmen. Die Rechte der Tagsatzung können nicht weiter ausgedehnt werden, als auf Gegenstände, welche ihr ausdrücklich durch den Bund zugewiesen sind, denn die Befugnisse der Tagsatzung sind ein Abfluß der Souverainetät der Kantone, die vor dem Bundesvertrage bestanden haben, es verhält sich also damit, wie mit Beschränkungen, die nicht vermuthet werden dürfen, sondern ausdrücklich bestimmt seyn müssen. Niemand wird wohl behaupten, daß bei Anlaß eines Handelsvertrags die Tagsatzung ermächtigt wäre, einen Theil des schweizerischen Gebiets an eine ausländische Macht abzutreten, obwohl eine solche Bedingung sich auch denken läßt. Im Jahr 1817 machte Frankreich zur Bedingung allfälliger Handelsbegünstigungen, daß ihm das Dappenthal abgetreten würde. Das Gebiet der Kantone ist zwar durch den Bund förmlich gewährleistet, aber auch ohne diese spezielle Garantie wäre die Tagsatzung doch nicht befugt gewesen, über einen Gegenstand zu verfügen, den der Bundesvertrag nicht berührt, denn auf einen solchen Gegenstand ist ihr kein Recht verstattet. Weil also der Bund der Tagsatzung nirgends das Recht eingeräumt hat, Abgaben einzuführen, und jeder Eingangszoll eine Abgabe ist, so folgt nothwendig daraus, daß die Bundesbehörde sowenig bei Anlaß eines Handelsvertrags als bei andern Gelegenheiten befugt wäre, mit Stimmenmehrheit Eingangszölle aufzustellen. Dieses ist so wahr, daß der eidgenössische Zoll nur mit Einhellig-

keit der Stände hat beibehalten werden können, wie es die Kantone auf vier nacheinanderfolgenden Tagsatzungen, von 1840 bis 1843, feierlichst anerkannt haben.

Vergeblich würde man dagegen einwenden, daß die Zentralisation der Zölle keinen neuen Zoll aufstelle, sondern nur die bestehenden dadurch verlegt werden. Abgesehen von der Vermehrung, welche der Minderheitsantrag selbst andeutet, würden jedenfalls neue Lasten den Gränzkantonen auferlegt.

Die Tagsatzung kann Handelsverträge abschließen, ja, aber auf die gleiche Weise, wie sie früher einige, nämlich mit dem Großherzogthum Baden und den Königreichen Württemberg und der Niederlande, abgeschlossen hat, nämlich ohne den Rechten der Stände zunahe zu treten. Sie kann sich verpflichten zu dem, wozu sie befugt ist, nämlich keine neuen Zölle zu bewilligen, die bestehenden nicht erhöhen zu lassen, oder deren Bewilligung nicht mehr zu erneuern.

Wir haben in dem letzten Satze die Befugniß der Tagsatzung in Zollangelegenheiten bezeichnet. Sie kann verweigern, keineswegs darf sie erschaffen. Der Bundesvertrag sagt im Artikel XI: es können ohne Genehmigung der Tagsatzung weder neue Zölle errichtet, noch die bestehenden erhöht, noch ihr Bezug, wenn er auf bestimmte Jahre beschränkt ist, verlängert werden. Die Tagsatzung schreitet also ein, um zu verhindern, daß der Handel nicht übermäßig mit Zöllen belastet werde. Von diesem Rechte bis zu demjenigen, selbst neue Lasten für den Handel erschaffen zu dürfen, ist ein ungeheurer Abstand, oder vielmehr hieße dieß von einem Gegensatz zum andern überspringen. Wir bemerken nochmals, daß in dem Projekt einer Zollzentralisation, wie es die Minderheit vorschlägt, eine Vermehrung der Zölle beabsichtigt wird, um daraus die in Aussicht gestellten Entschädigungen zu bestreiten, und wenn auch diese Vermehrung zurückgezogen würde, immer noch aus dem Zusammenzug der innern Zölle

und deren Verlegung auf die Gränzen, eine neue Last für die Gränzkantone erwachsen müßte, so daß wir mit vollem Grund behaupten können, laut diesem Vorschlage würden durch die Tagsatzung neue Lasten erschaffen werden.

Offenbar hat endlich die Tagsatzung keine Befugniß, förmlich gewährleistete Rechte aufzuheben und die von den Kantonen in den Bund gebrachten und ihnen ausdrücklich garantierten Zölle, Weg- und Brückengelder zu Handen der Zentralkasse einzuziehen, wenn auch für zehn Jahre ein Aequivalent dafür als Entschädigung bewilligt werden will. Hier spricht Geist und Buchstabe des Bundesvertrags zu deutlich, als daß Kantone, ohne ihre Einwilligung, um so feierlich zugesagte Berechtigungen verkürzt werden könnten, oder daß wir nöthig hätten, weitläufiger darüber uns auszulassen.

Die Meinungen, welche solche Maßnahmen vorbringen, stützen sich wohl nicht auf den Text selbst des XI. Bundesartikels, sondern auf das Recht der allgemeinen Revision, welches sich die Tagsatzung bei allen ihren Bewilligungen vorbehielt. Wir bemerken hier bloß, daß bei den gewährleisteten Zöllen keine Bewilligung der Tagsatzung statt fand, mithin mögen nur diejenigen Gefälle einer Revision unterliegen, welche von der Bundesbehörde nach Abschluß des Bundesvertrags zugestanden worden sind, ohne uns übrigens in diese unsern Auftrag nicht näher berührende Verhältnisse weiter einzulassen. Wir beschränken uns bloß noch darauf hinzudeuten, daß das Revisionsrecht keinesfalls weiter gehen darf als die Befugniß, welche der Artikel XI der Tagsatzung einräumt. Da aber diese Befugniß, die zwar nur in gewissen Fällen Anwendung findet, einzig ermäßigend oder doch genehmigend eintreten kann, so ist gewiß noch niemanden eingefallen, das Recht daraus ableiten zu wollen, man könne einen Stand zwingen, für sich und andere Kantone Zölle zu erheben, welche er nicht mag.

Nur noch eine Bemerkung aus dem Standpunkte des eidgenössischen Rechtes. Im gegenwärtigen Zustand des Zollwesens dürfen die Kantone ohne Bewilligung der Bundesbehörde ihre Zölle nicht erhöhen, allein sie können sie vermindern oder aufheben, und das offenkundige Bestreben der Kantone ist seit längeren Jahren dahin gerichtet, in Erleichterungen aller Art vorzuschreiten, sey es durch Ermäßigung der Zölle oder Vereinfachung des Bezugs. Sind aber einmal die Zölle in den Händen der Tagsatzung gemäß dem Minderheitsvorschlag zentralisirt, und hört das Recht der einzelnen Stände auf, so ist es ihnen nicht mehr gestattet einen Bezug herabzusetzen, der ihre Angehörigen schädigt; die Tagsatzung allein hätte darüber zu entscheiden, es würde also nur eines Beschlusses derselben bedürfen, um die Kantone eines so wichtigen Rechtes zu berauben, und wir fragen: ob in einem System, wo alle Kantone solidarisch wären, es leicht oder auch nur möglich sey, irgend eine Herabsetzung ausnahmsweise zu erhalten?

Für uns sind wir innigst überzeugt, daß ein aus dem Gedanken des Zollschatzes entsprungenes System niemals Früchte im Sinne der Freiheit tragen werde. Daß zu dem Plan der Zollvereinigung auch Zollbehörden und viele Beamte, Strafgesetze und Zentralgerichte aufgestellt würden, welche den Bürger seinem verfassungsmäßigen natürlichen Richter zu entziehen drohen, wäre nur die Folgerung des neuen Systems. Wir behaupten endlich, daß das vorgeschlagene System der Minderheit in seinen Folgen durchaus ungerecht sey, — nicht als ob wir die Mitglieder der Minderheit der Kommission beschuldigen möchten, eine Ungerechtigkeit zu wollen, aber sie können nicht verhindern, daß nicht diese Ungerechtigkeit in der Ausführung ihrer Vorschläge hervortrete.

Der neue eidgenössische Tarif soll auf die Grundlage aller jetzt bestehenden Kantonalzölle gestützt werden, woraus folgt,

daß derselbe um so höher werden muß, je beträchtlicher diese Zölle, um so niedriger, je geringer die Kantonalgefälle sind. Oder mit andern Worten, der eidgenössische Tariff wird einen Durchschnitt der Kantonalzölle bilden, hiemit wird die Bevölkerung der Kantone, wo die Zölle dermalen schwach sind, mehr bezahlen; diejenige der Kantone aber, wo die Zölle hoch sind, weniger entrichten als bisher, insofern im letztern Fall diese Gefälle mehr auf dem Verbrauch als auf dem Transit lasteten. Ein Theil dieser Last, welche bisher die höher besteuerten Kantone getragen haben, würde also auf die bisher weniger belasteten gewälzt. Dieß nennen wir ein Unrecht. Schön ist es zwar Unglücksfälle aus Bruderliebe gemeinschaftlich zu tragen. Hier ist aber von keinen Unglücksfällen die Rede, sondern einzig von fiskalischen Maßnahmen, auf welchen gewisse Kantone beharrten, während andere davon abgestanden sind, folglich um eine Last, wofür kein Grund vorhanden ist andere in die Mitleidenschaft zu ziehen. Die Ungerechtigkeit würde besonders solche Gränzkantone hart treffen, deren Zölle unbedeutend sind, und welche fortan ihren Bedarf an Verbrauchsgegenständen nur mit den Zöllen der ganzen Eidgenossenschaft belastet erhalten könnten.

Aber noch mehr, der Ertrag des neuen eidgenössischen Zolles soll unter die Kantone nach Maßgabe des Reinertrags ihrer gegenwärtigen Zölle vertheilt werden. Die Entschädigung für die einzelnen Kantone wird also um so stärker ausfallen, als solche bisher höhere Zölle bezogen haben, und um so schwächer, je weniger sie Zölle besaßen oder je mehr sie dieselben herabgesetzt haben. Dieß nennen wir abermals eine Ungerechtigkeit, weil in diesem Prinzip eine weitere Prämie zu Gunsten der Kantone liegt, welche, aus Gründen, die vielleicht sehr gewichtig seyn mögen, weniger zur Erleichterung des Handels geleistet haben. Die Entschädigung, welcher im Minoritätsantrag gerufen wird, und wonach jeder Kanton min-

destens 4 Bazen für jeden Kopf der Bevölkerung erhalten soll, ist aber zu ungenügend, um diese Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Daß eine solche Verrechnung durchaus unhaltbar wäre, hat endlich die Minderheit selbst empfunden, und deswegen später ihrem Antrag beigefügt, daß obiger Vertheilungsmaßstab nur für zehn Jahre gelte, wo dann ein billigeres Verhältniß nach der Kopfszahl eintreten solle, jedoch mit besonderer Berücksichtigung der Bergstraßen und der Gränzverhältnisse.

Ob sich nun die Kantone, welche wegen ihrer Lage oder unerläßlichen Bedürfnissen im Verhältniß stärkere Gefälle als andere beziehen, mit schwankenden Zusagen allfälliger billiger Rücksichten beruhigen werden, dürfen wir bezweifeln, zumal so lange die Frage nicht entschieden ist, daß sie in keinem Fall dazu gezwungen werden dürfen. Immerhin klingt es sonderbar, daß der Bund für seine Bedürfnisse, wenn sie von den Ständen getragen werden sollen, eine Scala aufstellt, welche nicht bloß nach der Volkszahl berechnet ist, während für die Vertheilung von gemeinschaftlichen Einnahmen ganz einfach die Kopfszahl zum Grund gelegt werden will, obgleich die Kantone, welche laut der Geldscala höher belegt sind, gewiß auch für Verbrauchsgegenstände weit mehr in die Bolkasse liefern würden.

Daß die Stände, welche einmal dem System des Minderheitsvorschlages beigetreten sind, für immer auf die gewährleisteten Zölle Verzicht leisten müßten, versteht sich wohl von selbst, ebenso daß viele andere, welche nicht in der günstigen Lage mehrerer Kantone sind, die aus dem Staatsvermögen die Hälfte ihrer gewöhnlichen Ausgaben bestreiten können, oder vollends anstatt Domainen oder Kapitalien zu besitzen, große Schulden zu verzinsen haben, — ihre durch den Bund gesicherten Einnahmen so leicht nicht verschmerzen können, ist gleichfalls begreiflich. Ueberdies hat jeder Kanton seine eigenthümlichen Bedürfnisse, welche durch Lage, Sitten, Industrie und Zivilisation bedingt werden, und weil nun einmal der Bund jedem

souverainen Stand überlassen hat, inner den Schranken des Vertrags seinen ökonomischen Haushalt selbst zu ordnen, so sind auch jede Eingriffe in denselben, welche versucht werden wollen, bedenkliche Erscheinungen, zumal wenn augenscheinlich den einen viel mehr Lasten als den andern aufgebürdet werden möchten.

Von keiner Seite ist widersprochen, daß besonders viele Gränzkantone bei dem neuen System der Minderheit übel wegkommen würden. Sie, die bereits (namentlich die Gränzstädte) zu außerordentlich großen Opfern für die Sicherheitspolizei genöthigt sind und die inneren Kantone hierin erleichtern; sie, denen der offene Verkehr mit den nächsten Nachbarn ganz unter sagt, also am unmittelbarsten gestört ist, sie sollen noch eine ausgedehntere Hemmung durch schweizerische Mauthen obendrein erleiden und zusehen, wie das schreckliche Uebel der Demoralisation durch Schleichhandel auch auf unsere diesseitigen Gränzen verpflanzt wird; sie sollten einestheils ihre bisherigen Intradan opfern und andernteils durch Kumulation aller Zölle der ganzen Schweiz und ihre Verlegung an die Gränzen höhere Abgaben als bisher bezahlen! Zudem verlangt die Mehrzahl der Gränzstände durchaus keine Schutzzölle, weil sie ihnen nichts helfen, sie sollen aber zu Gunsten der Minderheit die Last derselben tragen!

Letzteres findet ebenfalls auf die innern Stände seine Anwendung, welche meistens Ackerbau und Viehzucht treiben, daher keinerlei Schutz erhalten, aber die Kosten desselben nicht minder zu bezahlen hätten.

zieht man also die Nachtheile zusammen, welche der überwiegend großen Mehrheit der Nation zugefügt werden wollen, und erwägt dagegen die entweder sehr problematischen oder jedenfalls nicht sehr gewichtigen Vortheile, die aus dem Minderheitsprojekt für einen verhältnißmäßig kleinen Theil der Bevölkerung erwachsen dürften, so bedarf unser Antrag: von

einer neuen Zollgesetzgebung gegenüber dem Auslande zu abstrahiren, keiner weiteren Entwicklung, und so können wir durchaus nicht erfassen, wie die Minderheitsvorschläge die Einigkeit der Schweiz fördern, das Nationalgefühl erheben, die innige Verbrüderung unter den Bewohnern aller Kantone begünstigen sollten. Gegentheils befürchten wir ernstlich, daß der Versuch, die bisher von einer industriellen Minderheit getragenen Lasten auf Andere und zwar (nach unsern Ansichten) in höherm Maße auf die arbeitenden Klassen zu wälzen, neben den vielen bereits ausführlich erwähnten Nachtheilen, die dem Volke überbürdet würden, einen neuen unheilswangern Ulpfel der Zwietracht unter die Eidgenossenschaft schleudere, welcher in seinen unausweichlichen Folgen das Vaterland an den Rand des Abgrundes führen, wo nicht verschlingen könnte.

Unsere Feder ist zu schwach, diese wichtigste Betrachtung allen Eidgenossen, besonders aber Ihnen Zit. ! mit der erforderlichen eindringlichen Beredsamkeit an's Herz zu legen. Es bedarf aber keiner prunkenden Worte, um die Aufmerksamkeit Aller auf diese gefahrdrohende hochwichtige Angelegenheit zu lenken um dieselbe im Sinne der Gerechtigkeit und Freiheit zum dauerhaften Wohl des ganzen Volks zu erledigen.

Aus sämtlichen früher entwickelten Beweggründen mußte die Mehrheit der Kommission die Ueberzeugung schöpfen, daß der Minderheitsvorschlag keinem Uebel Abhülfe bringt, die nicht auf andern sicherern Wegen erstrebt werden könnte, insofern die vorhandenen Hülfsmittel sorgfältig gepflegt und der ebenfalls vielfach erprobte gute Wille der Stände, zu allen Verbesserungen Hand zu bieten, ermuntert, nicht aber durch gefährliche Versuche von vornherein gelähmt, ja ganz vernichtet wird.

In Betrachtung der schönen Ergebnisse, welche namentlich in dem letzten Jahrzehnd in diesen Beziehungen verwirklicht worden sind, dürfen wir hoffen, daß eidgenössischer Sinn, in Verbindung mit wohlverstandenen Kantonalinteresse und kluger Benützung allfällig eintretender günstiger Umstände, auf der Bahn gemäßigten aber ununterbrochenen Fortschrittes in nicht ferner Zukunft manche allerdings nothwendig gewordene Verbesserung und Vortheile erreichen werden, die wir in folgenden drei Abtheilungen dem bessern Ermessen Euer Zit. und den h. Ständen zu unterlegen die Ehre haben:

- A. Maßnahmen zu Vervollkommenung der Industrien.
- B. Erleichterung der Lasten auf dem Handel und den Gewerben.
- C. Versuche, um den schweizerischen Erzeugnissen regelmäßige Abzugskanäle zu sichern oder zu eröffnen.

A. Die nothwendigen, ja die einzigen Bedingnisse jeden Erfolges soll die Industrie in sich selber finden, in ihrer eigenen innern Entwicklung, mit andern Worten: es ist die industrielle Kraft eines Volkes, welche die Blüthe seiner Gewerbe sichert. Diese Kraft setzt das Volk in den Stand, eine Menge Erzeugnisse mit den mindesten Unkosten und in vorzüglicher Güte hervorzubringen. Durch sie vervollkommnet eine Nation ihre Gewerbe fortwährend, eignet sich fremde Erfindungen an, folgt jeder Veränderung im Verbrauche und geht mit Leichtigkeit von einer Industrie, die ihren Lauf vollendet hat, zu einer andern über, welche ihr neue Erfolge verspricht. Diese produktive Kraft ist in der Schweiz und zwar in hohem Grade vorhanden; Belgien vielleicht ausgenommen gibt es kein anderes Land in Europa, welches mehr erzeugt als die Schweiz. Es ist also keineswegs der Fall, hier diese Kraft durch erkünstelte Mittel erst zu erschaffen, und es wäre übel gethan,

solche durch Reizmittel übertreiben zu wollen, es soll jede Kraft in ihren natürlichen Schranken verbleiben. Unsere Aufgabe besteht darin, ihre allmähliche Entwicklung zu befördern. Augenscheinlich liegt aber die produktive Kraft in der Anwendung der geistigen Fähigkeiten auf die Industrie. Mithin sollte die Volkserziehung ihrer Entwicklung in dieser besondern Richtung zu Hülfe kommen. Wir sprechen nicht vom Elementarunterricht, der bei uns auf befriedigender Stufe steht; meinen auch keineswegs, daß unsere Wünsche auf alle Kantone anwendbar seyen, zumal nicht auf die, wo keine Industrie ist, weil die öffentliche Erziehung den allgemeinen Bedürfnissen eines jeden Volkes entsprechen muß. Hingegen möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen, wie unentbehrlich es den gewerbreichern Kantonen sey, allgemeine und spezielle Kenntnisse immer mehr zu verbreiten, welche das heranwachsende Geschlecht befähigen sollen, den täglich schwierigern Wettkampf mit andern Nationen in Vervollkommenung der Industrie zu bestehen.

Daher erlauben wir uns, den h. Ständesregierungen die Errichtung folgender Anstalten zu empfehlen: 1) Industrieschulen, wo der Elementarunterricht fortgesetzt und vollendet und ganz besonders die Kenntnisse der Mathematik, Physik und andere, allen Gewerben nöthigen Vorbereitungen erworben werden sollen. 2) Spezialschulen zum gründlichen Unterricht irgend eines besondern Industriezweiges. 3) Hülfschulen, namentlich für's Zeichnen. Zur weitem Ausbildung geistiger Anlagen der aus diesen Schulen tretenden Zöglinge kann der Staat mittelst öffentlicher populärer Bibliotheken, Sammlungen von Werkzeugen, Modellen, Maschinen u. s. w. wesentlich beitragen. Endlich kann der Staat durch öffentliche Ausstellungen, Prämien und ähnliche Mittel die erworbenen Fortschritte der Industrie weiter fördern.

Indem auf diese Weise die industrielle Kraft in ihrem wahren Elemente, der Entwicklung ihrer Fähigkeiten, erhalten,

der Arbeiter dem Schlendrian entzogen und befähigt wird, seine Erzeugnisse und sein Verfahren zu verbessern und so den beiden Grundbedingungen des wohlfeilen Preises und der guten Qualität immer mehr nachzukommen, gibt man einer ganzen Industrie den Antrieb, vollkommenere Gegenstände hervorzubringen, worin die Konkurrenz seltener ist und die schwierigere Arbeit weniger durch Maschinen ersetzt werden kann, — und verschafft ferner dem Volk die Eigenschaften, mehr als eine Industrie betreiben und von einer leichter auf die andere, wenn es die Umstände erfordern, übergehen zu können.

Wir haben oben gesagt, daß die produktive Kraft in der Schweiz in hohem Grade vorhanden sey, es handelt sich also nicht darum, solche erst zu erschaffen, noch weniger sie zu überreichen, allein sie zu erhalten und ihre allmählichen Fortschritte zu befördern. Wir fügen bei, daß Schutzzölle, die in gewissen Fällen einen künstlichen Aufschwung der Industrie bewirken können, sicherer noch das Gegentheil hervorbringen. Der Fabrikant, der sich angewöhnt, außer sich selbst die Mittel seines Fortkommens zu suchen, wird schlaffer und wiegt sich in falscher Sicherheit, weshalb auch selten Erzeugnisse, die im Schatten der Schutzzölle gewachsen sind, auf neutralen Märkten mit denjenigen kämpfen können, welche der gesunden Luft der Freiheit entsprossen sind.

B. Die Erleichterungen, welche wir für den Handel und die Industrie wünschen, bedürfen keiner langen Entwicklung und bestehen wesentlich in folgenden Punkten:

- 1) Ermäßigung der Kantonalzölle.
- 2) Abschaffung der Konsumsteuern, welche schweizerische Erzeugnisse treffen, ohne die in den Kantonen selbst hervorgebrachten gleichmäßig zu beschlagen.
- 3) Die Verständigung der sich auf einer Handelsstraße befindlichen Kantone über die Mittel, den Transit auf alle Weise zu befördern.

- 4) Möglichste Verbesserung der Verbindungsstraßen zu Wasser oder zu Lande; endlich
- 5) Im Postwesen mehrere Beschleunigung der Brieffschaften, — Verhütung längerer Aufenthalte derselben an einem Ort und Ermäßigung der allfällig zu hohen Taxen.

Die meisten dieser Desiderien sind in den Ständen bereits angebahnt und bedürfen vorzüglich nur der Ermunterung, wie eines gegenseitig freundnachbarlichen Benehmens zur Erweckung des Vertrauens und Beförderung gemeinschaftlicher Anstrengungen zum Zweck des öffentlichen Wohles, welches stets auf die Einzelnen günstig zurückwirkt. In spezielle Erörterungen über das Zollwesen einzutreten, halten wir nicht für unsers Amtes, weil eine besondere eidgenössische Behörde hiefür aufgestellt und damit bereits beschäftigt ist.

In Bezug auf Konsumabgaben von schweizerischen Produkten müssen wir darauf dringen, daß sämtliche h. Stände aufhören möchten, dieselben als Zölle zu behandeln, weil in diesem Fall nicht sowohl der Verbrauch, sondern der Eingang belastet ist und die in dem Kanton selbst erzeugten ähnlichen Produkte der Abgabe entgehen, mithin wirkt sie wie ein Schutz-zoll gegen die andern Eidgenossen.

Der Wunsch, daß zu Beförderung des Transits, da wo großer Verkehr ist, auch öffentliche Niederlagen errichtet werden möchten, scheint uns wohlbegründet.

In Postsachen wurde von einigen Seiten gerügt, daß in gewissen Lokalitäten die Brieffschaften zum großen Nachtheil des Handels übermäßig lange aufgehalten werden, weshalb auch diese Angelegenheit der Aufmerksamkeit Euer Zit. und der h. Stände ehreverbietig empfohlen wird.

C. Den Erleichterungen, welche im Inland für den Handel und die Industrie verlangt werden, schließen sich noch Wünsche für Erleichterungen im Auslande an; sey es um

gewisse Auswege zu sichern oder neue zu eröffnen, denn der Aufschluß eines neuen Kanals ist nur eine Beseitigung oder Verminderung der Hindernisse, welche sich dem Abfluß der schweizerischen Produkte nach andern Staaten widersetzen.

Häufig stößt man auf die Meinung, welche auch von der Minderheit unserer Kommission getheilt wird, daß Eingangs- zölle eine nützliche, ja unentbehrliche Waffe seyen, um von fremden Staaten Zugeständnisse zu erhalten, entweder durch die Drohung einer Zollerhöhung, oder durch Gestattung et- welcher Erleichterung als Gegenleistung. Aber die Erfahrung bestätigt diese Ansicht nicht; wir sehen im Gegentheil, daß die Privatinteressen, welche im Innern eines Landes durch Zoll- systeme entstanden oder begünstigt worden sind, fast immer über die besten Gründe gesiegt haben, welche die Staaten hätten bewegen sollen, ihrem eigenen allgemeinen Interesse zu lieb sich gegenseitige Zugeständnisse in Handelsfachen zu machen. Es ist dieses besonders in Repräsentativstaaten der Fall, wie in England und Frankreich, wo die in den Kam- mern vertretenen Interessen den guten Willen der Regierun- gen in dieser Beziehung so häufig lähmen. Auch fragen wir, worin denn die Erleichterungen bestehen, welche sich die großen Staaten gegeneinander bewilligt hätten, seitdem sie ihre Grän- zen hinter Tariffen und Prohibitionen verschanzten? Was die Verträge anbetrifft, welche Frankreich in letzter Zeit mit Staa- ten zweiten Ranges, als: Holland, Belgien und Sardinien abgeschlossen hat, so sind dieses weit mehr Schiffahrts- als Handelstraktate. Wenn also selbst die großen Mächte trotz der Höhe ihrer Zollsätze und der Ausdehnung des Marktes, den sie gegenseitig darbieten, durch den Austausch von Zugeständ- nissen wenig von einander erhalten haben, was könnte ein klei- nes Land wie die Schweiz gewärtigen mit Zöllen, welche die Minderheit selbst nicht hoch haben will und die in der That vergleichungsweise nicht hoch zu nennen wären? Die Schutz-

redner des Systems, welches wir bekämpfen, sollten sich besser des Ausgangs erinnern, den das so mühsam vorbereitete Restorationskonfordat von 1822 gehabt hat und das zwei Jahre hernach wieder aufgegeben wurde. Vorausgesetzt, daß wir uns irren und daß mittelst dem vorgeschlagenen Tariff einige Konzessionen von den uns umgebenden Staaten erhalten würden, so muß zugegeben werden, daß jede derselben breite Lücken in unser System öffnen, die bald nichts mehr davon übrig lassen würden, und daß wir in Kurzem wieder auf dem Punkte stünden, von dem wir ausgegangen sind, mit ein paar Erleichterungen mehr, welche aller Wahrscheinlichkeit nach den Kostpreis nicht werth wären, möglicher ärgerlicher Verwicklungen nicht zu gedenken. Wir glauben übrigens, daß die Aufstellung eines Zollsystems, welches mehr oder weniger einer Demonstration gegen unsere Nachbarn gliche, solche eher gegen unsere Industrie mißstimmen würde und uns vielleicht gewisse Vorzüge, deren einige schweizerische Erzeugnisse noch genießen, oder etliche mäßige Ansätze auf anderer Seite entziehen dürften.

Im Herzen des Festlandes gelegen, durch ihre Lage zum Stapelplatz bestimmt für die Erzeugnisse des Nordens und des Südens, des Ostens und des Westens, die Einfuhr aller Nationen zulassend, ohne selbst etwas dagegen zu erhalten, Allen mit einem gleichen seiner neutralen Politik angemessenen Wohlwollen einen vollkommen freien und nicht unwichtigen Markt anbietend, — scheint uns die Schweiz in der besten physischen und moralischen Stellung zu seyn, um von andern Staaten Zugeständnisse zu erhalten, deren fortgesetzte Verweigerung dem wohlverstandenen Interesse dieser Staaten eben so sehr, als der natürlichsten Rechtlichkeit widerstrebt.

Wir glauben also, daß alle Mittel angewendet werden sollen, um die Berechtigungen geltend zu machen, die für die Schweiz aus dieser Stellung erwachsen und wo möglich durch förmliche Verträge, die widerruflichen Versprechen vorzuziehen

sind, deren Anerkennung zu sichern. Zu diesem Ende wünschen wir, daß der hohe eidgenössische Vorort eingeladen werde, mit dem Auslande Unterhandlungen anzuknüpfen. Wir wünschen, daß dieselben der Gegenstand einer ernstern, nachhaltigen Aufmerksamkeit würden, und daß man nicht erst zufällige Anlässe, noch weniger die Anregungen von fremden Mächten abwarte. Weil aber vorerst die Wahl des günstigen Augenblicks den Erfolg einer Unterhandlung nothwendig bedingt, so drücken wir den Wunsch aus, daß sich der hohe Vorort durch Vermittlung seiner diplomatischen und Konsularagenten von allen Umständen wohl unterrichten lassen möchte, welche fruchtbar Versuche anbahnen könnten. Wir setzen übrigens voraus, daß, um alle Einseitigkeit in diesen Schritten zu vermeiden und um solche auf vollständige Kenntniß der erreichbaren Wünsche des schweizerischen Handels zu gründen, alle betheiligten Kantone vorher einzuvernehmen wären.

Man wendet vielleicht dagegen ein, daß schon manche Unterhandlungen ohne Erfolg unternommen worden seyen, und daß die Beispiele, die wir selbst von dem angeführt haben, was zwischen den großen Staaten vorgehe, wenig ermunternde Aussichten gewähren. Wir antworten, daß wir entfernt sind, übertriebene Hoffnungen auf dieses Mittel zu setzen, der Erfolg hängt nicht immer von den Menschen ab; nichtsdestoweniger sind sie dafür verantwortlich, die dargebotenen Mittel nicht zu versäumen. Die — jetzt freilich erloschenen — Handelsverträge, die es der Eidgenossenschaft gelungen ist, seit 1815 mit dem Großherzogthum Baden und den Königreichen Württemberg und der Niederlande abzuschließen, und die Erleichterungen, welche sie von andern Staaten, namentlich vom deutschen Zollverein erlangt hat, erlauben uns zu hoffen, daß noch Früchte auf dem Weg der Unterhandlung zu erwarten sind, vorzüglich wenn dieselben mit dem Nachdruck geführt werden, welchen sie verdienen, und wenn man, wie wir es

verstehen, nicht vor den Unkosten zurückschreckt, die sie veranlassen werden.

Nachdem wir nun die wichtigern Gesichtspunkte des erhaltenen Auftrags soweit erörtert zu haben glauben, als es die Kürze der Zeit gestattete, uns der Behandlung rein politischer Streitfragen enthaltend, haben wir die Ehre, das Ergebniß unserer gewissenhaften Berathungen folgendermaßen zusammenzuziehen.

S c h l u ß.

Ueberzeugt, in Folge der sorgfältigen Untersuchung aller uns vorgelegten Aktenstücke, daß der Zustand des Ackerbau's, der Industrie und des Handels der Schweiz keine hinlängliche Begründung darbiete, um das bisher befolgte System der Handelsfreiheit, unter welchem das Vaterland einen hohen Grad der Blüthe erreicht hat, aufzugeben, trägt die Mehrheit der Kommission darauf an: daß von einer neuen Zollgesetzgebung gegenüber dem Ausland abstrahirt werde.

In Betrachtung ferner, daß die Grundbedingungen jedes Fortkommens der Industrie und des Handels in der guten Qualität und im wohlfeilern Preis der Erzeugnisse liegen, ist die Mehrheit der Kommission der Ansicht, daß jede der Gewerbsthätigkeit wirklich nützliche Maßregel zum Zweck haben müsse:

entweder die Vervollkommnung der Industrie zu befördern, oder die Lasten zu erleichtern, welche auf ihr sowie auf dem Handel ruhen.

Bezüglich auf den ersten Punkt drückt die Mehrheit der Kommission den Wunsch aus, daß sich die Aufmerksamkeit der Regierungen sämmtlicher hohen Stände vorzüglich folgenden Gegenständen zuwenden möge, welche ganz besonders geeignet sind, die Vervollkommnung der Industrie zu fördern:

- 1) Die Errichtung von Spezialschulen, theils als Vorbereitung zu jeder industriellen Laufbahn, theils zum gründlichen Unterricht irgend eines Industriefaches oder zu Ausbildung gewisser spezieller Fertigkeiten, wie z. B. der Zeichnungskunst.
- 2) Die Bildung von Modellsammlungen und von Bibliotheken.
- 3) Austheilung von Prämien, Errichtung öffentlicher Ausstellungen u. s. w.

In Bezug auf die Verminderung der Lasten, welche auf der Gewerbsthätigkeit und auf dem Handel ruhen, wünscht die Mehrheit der Kommission Folgendes:

- 1) Daß die Kantonalzölle, zur Erleichterung des Verkehrs zwischen den verschiedenen Kantonen, im Interesse des Handels mehr und mehr ermäßigt werden möchten.
- 2) Daß die Konsumsteuern, welche in etlichen Kantonen die Erzeugnisse ihrer Mitstände beschlagen, ohne gleichmäßig von denjenigen des eigenen Kantons erhoben zu werden, abgeschafft werden.
- 3) Daß die Stände, deren Gebiet von einer Handelsstraße durchschnitten wird, sich über die Mittel verständigen, den Transit auf alle mögliche Weise zu erleichtern und gemeinsame Maßnahmen für die Straßenpolizei verabreden möchten, und daß für Transitgüter Niederlagen (entrepôts) errichtet werden, wo deren jetzt keine bestehen.
- 4) Daß die Verbindungsstraßen, sowohl zu Wasser als zu Land, alle möglichen Verbesserungen erhalten.
- 5) Daß der Postdienst, da wo es erforderlich ist, auf eine Weise verbessert werde, der den schädlichen Aufenthalt der Brieffschaften vermindere und beschleunigter Transport zu möglichst billigen Taxen erreicht werde.
- 6) Daß durch alle geeigneten Mittel, und wenn immer möglich durch förmliche Verträge, getrachtet werde, daß

die Schweiz von auswärtigen Staaten als die meistbegünstigste Nation anerkannt und behandelt werde, indem kein Volk größere Kompensationen gewähren kann, als vollkommen freie Einfuhr.

- 7) Daß der h. Vorort ersucht werde, jede Gelegenheit zu ergreifen, um durch Unterhandlungen dem schweizerischen Handel Erleichterung zu verschaffen, und zu diesem Ende die schweizerischen Geschäftsträger und Handelskonsuln angewiesen werden, von allen vorkommenden Veränderungen im Zollwesen oder internationalen Handelsverhältnissen des Auslandes sich möglichst genaue Kenntniß zu verschaffen, um die schweizerischen Interessen zu wahren.

Vor Beginn einer Unterhandlung sollte der h. Vorort die Stände auffordern, ihm ihre Wünsche über erreichbare Erleichterungen des Handels beförderlich einzugeben.

- 8) Daß sämtliche Regierungen der h. Stände möchten aufgefordert werden, dem h. Vorort jeweilen alle Nachrichten mitzutheilen, welche irgendwie geeignet seyn könnten, obenerwähnte Zwecke zu fördern.

Wir haben die Ehre u. u.

Luzern, am 4. Mai 1844.

Von der Mühl-Burckhardt, Berichterstatter.
Calame.

A. Noblet.

Dr. Gonzenbach, unter Vorbehalt der in einem besondern Gutachten entwickelten abweichenden Ansichten.

St. Franscini.

C. Crivelli.

Bericht

einer Minderheit der Kommission

über

allfällig zu ergreifende gemeinsame Maßregeln.

Auch die nachstehend unterzeichnete Minorität der Kommission bekennt sich zum Grundsatz der Handelsfreiheit, sie huldigt ihm aufrichtig mit vollendeter Ueberzeugung und hält es für eine würdige Aufgabe, wirken zu helfen, daß demselben eine möglichst baldige und möglichst verbreitete Anerkennung und Geltung zu Theil werde. Dahin geht ihr Ziel, dahin geht ihr endschäftliches Streben. Aber eben deswegen glaubt sie, sowohl im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse im Innern der Eidgenossenschaft von Kanton zu Kanton, als auf jene, die dem Auslande gegenüber bestehen, die rechte Art dieser Huldigung nicht darin zu finden, daß man sich die gegenwärtigen Zustände des Handels und der Industrie oder vielmehr die vorhandenen Hemmungen derselben geradezu gefallen lasse und solche, dem Geschieße und Zufall ergeben, ohne irgend eine Gegenmaßnahme duldend und leidend hinnehme.

Mag immerhin der Wohlstand der Schweiz im Ganzen als eine erfreuliche Erscheinung dastehen. Wir verkennen denselben nicht und betrachten ihn als ein Produkt verschiedener

Faktoren, woran die geistige und körperliche Tüchtigkeit, Thätigkeit und Rührigkeit unseres Volkes, das Vorhandenseyn einer großen, anregenden Natur und freisinniger, der Entfaltung des menschlichen Geistes günstiger Institutionen, die Abwesenheit eines stehenden Heeres und kostspieliger Staatseinrichtungen keinen geringen Antheil haben. Bezüglich der Handels- und Industrieverhältnisse müssen wir jedoch die Ursache des Wohlstandes mehr in den Zuständen der Vergangenheit, als in jenen der Gegenwart finden. Wir dürfen die Blüthen einzelner Industriezweige nicht bloß nach ihrer hochgetriebenen Ausdehnung schätzen, da diese letztere allen industriellen Staaten gemeinsam ist.

Bei aller Anerkennung der Lichtseite unseres Vaterlandes bleibt es nicht weniger wahr, daß ein zahlreicher Theil seiner Bevölkerung, zumal in einigen weinbauenden Gegenden der nordöstlichen Schweiz und bei den dem Handel, der Industrie und den Handwerken zugewandten Klassen, sich in einer leidenden, gedrückten Lage befindet und nur mit Beklemmung einer Zukunft entgegenieht, die noch schlimmer zu werden droht.

Durch hohe Zölle, Prohibitionen und Mauthen abgehalten, finden viele schweizerische Naturprodukte und besonders die Erzeugnisse der schweizerischen Industrie im Auslande, nur noch einen verkümmerten Absatz, für manche der letztern ist derselbe mit Ausnahme der Versendungen in überseeische Weltgegenden beinahe unmöglich gemacht. Einerseits erschwert oder verschließt das Ausland den schweizerischen Produkten seine Märkte, und anderseits überschwemmt es mit der Fluth seiner Fabrikate die Schweiz zum empfindlichen Nachtheil des Handels, der Industrie, der Gewerbe und Handwerke im Innern.

Ein großer, nationalökonomischer Weltkampf der Völker entwickelt sich vor unsern Augen; wir sehen die zivilisirten Staaten überall mit äußerster Anstrengung in ökonomischer,

staatswirthschaftlicher Beziehung nach nationaler Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ringen; ein jedes Land will sich selbst durch eigene Produktion genügen, sucht nach Außen nur Produkte abzusetzen und keine von dort zu beziehen. Dadurch und durch die für die Absperrungen erforderlichen Maßregeln entsteht unter den Völkern eine neue Art des Krieges, ein Krieg, der aber, obwohl seine Verwerflichkeit nicht zu läugnen ist, um so weniger entmuthigen soll, als er im Vergleich mit verschwundenen Zeiten laut für den Fortschritt der Menschheit zeugt; er hat eine weit mildere, humanere Natur als jene Barbarei der Schilderhebung für gegenseitige Unterwerfung und Eroberung. Indessen geht er aus einem nationalegoistischen Prinzip hervor und begründet einen unnatürlichen, hoffentlich vorübergehenden, Besseres vorbereitenden Zustand.

Die Völker sind wie einzelne Individuen verschieden begabt; die einen besitzen in diesem, die andern in jenem Punkt einen Vorzug; sie alle sind, gleich einzelnen Individuen, von der Vorsehung dazu bestimmt, einander zu ergänzen, einander durch Austausch und Verwendung ihrer Gaben, Vorzüge und Kräfte das Mangelnde zu ersetzen und in freier, ungehinderter, freundschaftlicher Wechselwirkung die Gesamtheit zu einem höhern Grad von Beglückung und Vervollkommenung zu fördern.

So lange aber diese Wahrheit bloß theoretisch anerkannt ist und auf das thatsächliche gegenseitige Verhalten der Staaten nicht bestimmend einfließt, so lange solche vielmehr in einem egoistischen, feindlichen Geiste gegen einander und gegen uns handeln, so darf das faktische Benehmen derselben von uns nicht unbeachtet bleiben. Wenn die Schweiz im nationalökonomischen Kampfe der Völker, welcher, ungeachtet sie sich leidend verhält, nichtsdestoweniger zugleich gegen sie gerichtet wird, sich nicht zu einer kommerziellen Einheit erhebt; wenn sie ihre Sonderinteressen als Staat den andern Staaten gegenüber nicht wahrnimmt und sichert, wenn sich ihre Produk-

tivität aus Mangel an Absatz in das Ausland mindert, hingegen der Bezug äußerer Produkte gleich fortbauert oder gar sich mehrt, so muß nothwendigerweise ihr Wohlstand nach und nach schwinden. Dem Verschwinden desselben zu rechter Zeit und ehe die Spuren davon überall sichtbar werden, nach Kräften zu wehren, ist Pflicht derjenigen, welchen es obliegt, die Entwicklung der Gegenwart mit Hinsicht auf die Zukunft zu prüfen und zu würdigen.

Die nachstehend unterzeichneten Kommissionsmitglieder wissen zwar wohl, daß wir keine Mittel besitzen, die Oeffnung äußerer Märkte zu erzwingen. Sie sind auch weit davon entfernt, auf den Gedanken zu kommen, durch hohe Schutzzölle das Eindringen nicht benöthigter ausländischer Produkte hindern zu wollen, wohl erkennend, daß das Uebel, welches sich an die Errichtung hinlänglich wirksamer Mauthen knüpfen würde, ein größeres Unglück wäre als jenes, dem man abzuwehren sucht. Aber durch ein Zollsystem in kommerzieller Beziehung ein Volk darstellend, würden wir sowie an Kraft und Haltung im Innern, an Achtung gegen das Ausland gewinnen. Dasselbe müßte wahrnehmen, daß, wenn es uns auf's Aeußerste triebe, wir einer Gegenwehr fähig wären und die Abnahme seiner Produkte zu beschränken vermöchten. Dadurch kämen wir bei Unterhandlungen, deren besonders die Mehrheit der Kommission öfterer gedenkt und Manches davon erwartet, in eine weit vortheilhaftere Stellung; denn die Schweiz hat bei ihrer Wohlhabenheit eine reiche Konsumation, die den auswärtigen Staaten nicht gleichgültig ist, und das Selbstgefühl, nicht ganz wehrlos zu seyn, könnte auf uns selbst nicht anders als wohlthätig und nationalerhebend wirken. Unsere Drohungen, gegen ihre Sperren etwas zu thun, wären nicht mehr lächerliche Worte.

Im großen Rathe der sich nationalökonomisch bekämpfenden Völker hat freilich die Schweiz ein kleines Gewicht, aber

das kleinste Gewicht ist doch ein Gewicht und nicht ganz Null. Die geringste Kraft soll nie kleinmüthig und zaghaft sich selbst aufgeben, sich selbst verachten, sie soll sich freuen eine Kraft zu seyn, wo es um etwas Gutes gilt, denn dann ist es etwas Herrliches um das Gefühl und das Bewußtseyn der Kraft. Sie darf sich freudig regen und geltend machen, wenn es darum zu thun ist, für Wahres und Gerechtes zu kämpfen, zu wirken. Man kämpft und wirkt aber unter den obwaltenden Verhältnissen für Wahres und Gerechtes, wenn man seinen Staatshaushalt so einrichtet und sich so benimmt, daß die national egoistischen Tendenzen der Staaten den beabsichtigten Zweck der Beförderung ihrer Sonderinteressen weniger erreichen, weniger auf Kosten Anderer sich allein bereichern können, um daß desto schneller und allgemeiner eingesehen wird, daß die unnatürlichen gegenseitigen Absperrungen zuletzt Allen Nachtheil bringen. In diesem Sinne — nebst der Absicht, den Markt im Innern der Schweiz freier zu machen — sagten wir im Eingange dieser unserer Schlußbetrachtungen, daß wir es für eine würdige Aufgabe halten, für möglichst baldige und möglichst allgemeine Anerkennung und Geltendmachung der Handelsfreiheit wirken zu helfen.

Wir können uns übrigens von dem Gedanken nicht trennen, daß gemäßigte Zölle an den Gränzen der Schweiz, die bei ihrer Niedrigkeit der mit Recht so sehr gefürchteten, kräftigen Mauthanstalten nicht bedürfen, rathsam und ersprießlich wären, obgleich zahlreiche Bedenken und Einwendungen dagegen erhoben werden. Es verbänden sich damit Vortheile, die nach unserm Dafürhalten unverkennbar sind. Unter diesen Vortheilen stellen wir oben an die Erzielung eines freien Verkehrs im Innern der Eidgenossenschaft.

Die Last sehr gehäufter Zölle und Weggelder zwischen den Kantonen und in den Kantonen wird allgemein gefühlt. Zwar ist seit einer Reihe von Jahren durch die oberste Bundes-

behörde, durch Experte und Kommissionen die Verringerung derselben nicht ohne Erfolg angestrebt worden. Manche partielle Zollherabsetzung hatte statt. Die neuen von der Tagsatzung genehmigten, vorerst durch lange Prüfungen und Verhandlungen modifizirten Zollgesetze mehrerer Kantone gewähren im Vergleich der alten Zustände nachweisbare Erleichterungen, zunächst für den Transit. Einige Kantone nahmen Zollherabsetzungen von sich aus vor, theils vereinzelt auf ihrem Gebiete, theils konfordsweise in Verbindung mit andern Ständen.

Allein ungeachtet solcher Verbesserungen der Zollverhältnisse, denen hinwieder für Straßen- und Brückenbauten und Korrekturen derselben eine Menge neuer, vermehrter Bezugsbewilligungen zur Seite geht, hindert und erschwert die bunte, wirre, kaum übersichtbare Gesamtmasse der innern Zölle und Weggelder ungemein den Verkehr. Wir sprechen dieses mit Ueberzeugung aus und glauben deswegen den Vorwurf der Unkenntniß des schweizerischen Zollwesens nicht zu verdienen. Wer unsern Ausdruck und unsere Behauptung zu stark, zu übertrieben finden sollte, den bitten wir, einen Blick auf die amtlichen, lithographirten, den Ständen mitgetheilten und dieß Jahr endschafftlich ergänzt werdenden revidirten Uebersichten der Zollbezüge in den Kantonen zu werfen. Er wird sich bald überzeugen, daß da kleine Remeduren nicht zu helfen vermögen.

Durch die Errichtung von Gränzzöllen in wenig beschwerendem Maße wäre hingegen eine Summe zu gewinnen, durch welche die Kantone für ihre bisherigen zollartigen Bezüge entschädigt würden, und so könnte die drückende Last der Zölle und Weggelder vom Verkehr im Innern mit einem Schlage abgewälzt werden. Ausnahmen, die eigenthümliche Verhältnisse erheischen, hätten eine geringe Bedeutung.

Einen nicht unwichtigen Vortheil erblicken wir in der Verlegung der Zölle an die Gränzen für den Transit. Bis dahin

haben vereinzelte kantonale Interessen mehrfachen nachtheiligen Einfluß auf denselben geübt, und es ist wohl unbestritten, daß unsere Frachtkosten weitaus die theuersten sind. Selbst solche Waaren umgehen die Schweiz, welche nicht durch die Vortheile der auswärtigen Kanalisation dazu veranlaßt werden. In dieser Beziehung theilt der Transit mit der Erschwerung des innern Marktes für eine Menge Landesprodukte und Industrieerzeugnisse von geringem Werthe das gleiche Schicksal, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß die gleiche Waare, vom Ausland bezogen, oft nur die halbe Fracht derjenigen kostet, welche auf gleiche Distanz aus dem Innern der Schweiz bezahlt wird. Die Stände in ihrer Verbindung lassen hoffen, sie werden den Transit aus einem allgemeineren höhern Gesichtspunkte als nur aus dem vereinzelte kantonalen betrachten. Uebrigens kann über die nothwendig werdende Reduktion der Zölle im Hinblick konkurrierender Straßen des Auslandes nicht leicht ein getheiltes Interesse der Kantone gegeneinander entstehen, weil dem Auslande gegenüber ein gemeinschaftliches schweizerisches Interesse vorliegt. Die darüber in der Kommission gehörten Besorgnisse mögen eine Hauptquelle darin finden, daß in den Abänderungsvorschlägen ohnehin überall Gefahren erblickt werden.

Ein weiterer Vortheil, den wir in der Verlegung der innern Zölle und Weggelder an die Gränzen der Schweiz bezeichnen, besteht darin, daß der beabsichtigten Mäßigung der Zollansätze ungeachtet denn doch etwelche Begünstigung mehrerer schweizerischen Natur-, Industrie- und Handwerksprodukte vor jenen des Auslandes erzielt und dadurch immerhin einiger Schutz gegen die auswärtige Konkurrenz im Innern der Eidgenossenschaft gewährt würde. Man soll die kleinsten Vortheile nicht verschmähen, wo man keine größern zu erreichen vermag. Es ist schon ein nicht zu verachtender Gewinn,

wenn, anstatt durch innere Zölle und Weggelder indirekte Abgaben auf unsern Produkten zu erheben, wir diese Abgaben auf die einzuführenden Produkte des Auslandes werfen; es ist schon ein Gewinn, wenn die übermäßige Einfuhr fremder Weine und besonders der Luxusweine und verschiedenartiger im Inland leicht zu verfertigender Handwerksartikel nur einigermaßen vermindert wird.

Mancher kleinen Industrie und manchem Gewerbe mag jede geringe begünstigende Nachhülfe zur Ermunterung und zum bessern Gedeihen dienen.

Wir lassen uns hiebei durch einen oft gehörten Einwurf: „Hohe Schutzzölle führen in's Verderben in ihrem Gefolge, geringe verfehlen den Zweck und nützen nichts“, nicht irre machen.

So allgemein ausgesprochene Sätze, die der Präzision entbehren, haben keine Beweiskraft, wir weisen solche mit Entschiedenheit zurück. Zwischen hohen Schutzzöllen und gar keinen Zöllen, die einigen Schutz gewähren, liegt ein ungeheurer Abstand. Daß wir keine hohe Schutzzölle wollen, haben wir bereits gesagt, halten aber dafür, daß mäßige Zölle an den Gränzen nicht ohne ersprießliche Wirkung seyn werden.

Die Befürchtung, daß bei einmal eingeführter Zollzentralisation den mäßigen Zöllen bald hohe auf dem Fuß nachfolgen, können wir eben so wenig theilen. Dagegen schützen unsere republikanischen Formen; die Großen Räte der Kantone der Schweiz, Repräsentationen des Volks, die mit demselben auf's engste verbunden, so zu sagen verschmolzen sind, werden sicherlich nie sich und das Volk schwer belasten weder wollen noch können. Wären derlei Besorgnisse gegründet, so hätten nicht einmal die Gränzgebühren zu Gunsten der Kriegskasse zugegeben werden sollen. Wir ehren Umsicht und Vorsicht, aber Umsicht und Vorsicht können zu weit gehen und zur Mengst-

lichkeit ausarten, die nie ein guter Rathgeber ist, zumal in großen, wichtigen Momenten.

Der Vorwurf, als würde die Zollcentralisation gegen einige Stände zur Ungerechtigkeit führen, hat keinen Grund. Wir beabsichtigen kein Werk der Uebereilung und Ueberstürzung. Wir wollen eine sorgfältige Abwägung und Beachtung der Interessen aller Kantone und aller Berufsarten. Es lassen sich bei vielseitiger Besprechung und Ergründung derselben zuverlässig Kompensationen ausfindig machen, die jeder billigen Anforderung zu genügen geeignet sind. Zudem sollte man einen höhern eidgenössischen Sinn nicht unwirksam glauben, einen Sinn, der erforderlichen Falls zum Wohl des Gesamt-vaterlandes selbst einiger Opfer fähig wäre.

Die hier unterzeichneten Mitglieder der Kommission setzen mit Zuversicht einen solchen eidgenössischen Sinn voraus, sie bauen und vertrauen auf ihn und ermuthigen sich, den am Fuße folgenden Antrag für einen Gränzzollbezug zu Händen der hohen Tagsatzung zu stellen. Selbe brauchen mit Bedacht das Wort: „ermuthigen“; denn wahrlich die vielen Einwendungen und Bedenken, die bereits im Schooße der Kommission dagegen vorgebracht wurden, wären geeignet gewesen, sie davon zurückzuschrecken, hätte sie nicht das Bewußtsein gestärkt, rein ohne Nebenabsicht Ersprießliches für das gemeinsame Vaterland zu wollen, hätte sie nicht der Glaube an die Idee gehoben, es müsse zu einer wahrhaften, reellern Verbrüderung unter den Eidgenossen auch eine Zusammenhaltung und nähere Vereinigung der zersplitterten, auseinandergehenden, materiellen Interessen Hand bieten.

Diese Idee hat für selbe eine unwiderlegbare Wahrheit, sie trauen ihr eine Zukunft und früher oder später den Sieg zu.

Wir müssen es für einmal dulden, obwohl es uns schmerzt, wenn unser Vorschlag von mancher Seite in der Kommission und in weitern Kreisen für die Eidgenossenschaft als gefährlich

und verderblich, als etwas, das man kaum schnell genug zurückweisen und abwenden kann, angesehen wird, wenn man uns betrachtet, als rüttelten wir unbesonnen an den Grundfesten der Eidgenossenschaft. Wir müssen es dulden, aber wir verwahren uns gegen eine solche Auffassung. Wir wollen der Eidgenossenschaft keine Gefahr bringen, aber wir wollen ihre zeitgemäße Entwicklung und den durch alle ihre Umgebungen gebotenen, nothwendig gewordenen Fortschritt derselben. Wir führen über das Vaterland kein Ungewitter herbei, aber wenn je eines heranrücken sollte, so gebe Gott, daß es kein verheerendes Gewitter werde, sondern ein sich nur wohlthätig und fruchtbar entladendes, welches die durstig gewordene, trockene Flur des vaterländischen Bodens neu erfrische und erquickte!

Werfen wir einen Blick auf den wesentlichen Inhalt unseres Antrages. Durch denselben wird für die aufzuhebenden kantonalen Zollgesetze ein einfaches, eidgenössisches Zollsystem mit Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszöllen an den Grenzen der Schweiz festgesetzt. Sein Ertrag soll den dermaligen Gränzzoll, sowie die bisherigen kantonalen zollartigen Bezüge nebst einiger Höherstellung derjenigen Kantone, welche vergleichungsweise mit andern außer allem Maß wenig bezogen, zu decken bestimmt seyn. Die Eingangszölle machen den wichtigsten, einträglichsten Bestandtheil des Systems aus; bei den Durchgangszöllen wird zur Anziehung des Transits die möglichste Mäßigung beabsichtigt; die Ausgangszölle sind unbedeutend, wesentlich nur zu Kontrollirung des Verkehrs, mit Ausnahme etwelcher Höherbelegung weniger Artikel, zu Begünstigung einiger agrikolen Industrien und zur Schonung von Waldungen, wobei, insofern die auszumittelnde Kompensation schwierig würde, der dießfällige Ertrag zu Gunsten der ausführenden Kantone und zur Sicherung ihrer

dießfälligen oft zu sehr vernachlässigten Interessen verwendet werden dürfte.

Die Eingangszölle werden nach folgenden vier Kategorien bezogen:

A. Nothwendige Lebensmittel, Urstoffe zur Bethätigung unserer Industrie und Halbfabrikate zu weiterer Verarbeitung und Veredlung.

Diese würden mit 2 à 5 Baken per Zentner belegt, den bisherigen eidgenössischen Eingangszoll einbegriffen, welches bei dem Wegfallen der Kantonalzölle und der Mehrzahl der Weg- und Brückengelder die Folge hätte, eine Erleichterung zu Gunsten unserer Industrie und Gewerbe im Allgemeinen zu erzielen.

B. Verbrauchsgegenstände ohne oder mit geringer innerer Konkurrenz.

Der eine Theil der hieher gehörigen Artikel würde wie Litt. A behandelt. Für Kaffee würde $12\frac{1}{2}$ Bk per Zentner, für Zucker und verarbeiteten Tabak 20 Bk. angesetzt. Die Rechtfertigung dieser Ansätze findet sich theils schon bei Litt. A, indem die innere Erleichterung von dem Zolle abzuziehen ist, theils existiren in vielen Kantonen ähnliche und selbst höhere Ansätze. Gegen den Zoll auf Zucker und Tabak wird überdieß Niemand einen gerechten Einwurf zu machen im Falle seyn, und der Zoll auf den Kaffee findet in den nothwendig zu befriedigenden Bedürfnissen des Staates seinen Anhaltspunkt, zu dem bei Licht betrachtet er keine erhebliche Last für den Armen ist, wenn man nicht absichtlich eine solche herausfinden will, um die ganze Einrichtung in der öffentlichen Meinung zu verpönen. Nach dem Vorschlag würde das Pfund Kaffee an der Gränze um $1\frac{1}{2}$ Rappen, in den von der Gränze ent-

legenden Gegenden wegen Aufhebung der innern Zölle und Weggelder noch um weniger vertheuert.

C. Verbrauchsgegenstände mit inländischer Konkurrenz.

Die Ansätze dürften nach unserer Meinung in ungefähr folgendem Verhältnisse statt finden: Bier 5 Baken per Zentner, Käse und Weine 10 Baken, Branntwein und Weingeist 20 Baken, Wein in Flaschen 25 Baken per Zentner; andere Artikel im Verhältniß.

Das bereits Gesagte findet auch hier seine Anwendung. Ein Land, das so bedeutenden Weinbau und eine so große Käseproduktion hat, darf wohl solche Produkte dem Ausland mäßig besteuern, ohne sich eines Verstoßes gegen die Nationalwirthschaft, noch gegen den freien Verkehr schuldig zu machen.

D. Fabrikate und Handwerksartikel.

Hier dürften die Ansätze verschiedenartig nach dem Werth sowohl als nach der Berücksichtigung anzusetzen seyn, welche die kleinern Gewerbe und Handwerke durchaus erfordern. Dieß bedarf einer vorherigen umsichtigen Prüfung, um jeweilen das richtige Maß zu finden. Vorläufig dachte man sich die Ansätze von 5, 10 und 20 Baken, je nach den Artikeln, die Baumwollenwaare 25 Baken, Meubel 30 Baken, neue Kleider, Seidenstoffe und feinere Wollenzeuge 50 Baken per Zentner, welches letztere, ohne daß man es als einen künstlichen Reiz betrachten könnte, eine etwelche Begünstigung für die mühsam sich emporarbeitende Wollfabrikation wäre.

Die beantragenden Mitglieder sind übrigens weit entfernt, diese Zollansätze als ein vollendetes, in allen Theilen geprüftes, folgerechtes System hinstellen zu wollen, sie sind am meisten überzeugt, daß es noch großer Untersuchungen, Vorarbeiten

und der Rücksprache mit den einzelnen Kantonen bedarf, ehe das wirklich Zweckmäßige und Ausführbare aufgefunden, eine genügende Berechnung, ein förmliches Projekt aufgestellt werden kann. So müssen z. B. die Gränzverhältnisse besonders in's Auge gefaßt werden, obschon es nicht zu verkennen ist, daß die Haupt=Ein= und Ausgangspunkte neben vielem Lästigen von der großen Thätigkeit und Konsumation der innern Schweiz namhafte Vorthelle ziehen, was zu Würdigung daheriger Klagen nicht übersehen werden darf. Die Schlufsanträge sprechen so bestimmt eine schonende Behandlung aller dieser Verhältnisse aus, daß jedes Verwerfungsurtheil über dieselben zum wenigsten als voreilig erscheinen dürfte. Die Ansätze sind so gestellt, daß bei gutem Willen und treuer Pflichterfüllung der Gränzkantone, welche allerdings vorausgesetzt werden müssen, keine kostspielige Gränzbewachung erforderlich ist und auch nicht die Uebel daraus hervorgehen werden, welche mit so schwarzen Farben von der andern Seite hingemalt sind, zudem viele Artikel, wie z. B. die Kolonialwaaren, weit höher in allen Nachbarländern besteuert sind und eine allfällige Schmuggelerei nur unter der nicht anzunehmenden Voraussetzung möglich wäre, daß selbe von den Behörden selbst veranlaßt würde. Das Beispiel der amerikanischen Staaten dürfte so wenig auf uns anzuwenden seyn, als dasjenige der übrigen großen Mauthsysteme; eine kleine Besteuerung, deren offenkundiger Zweck, deren Verwendung vor Jedermanns Augen liegt, ist der Freiheit so wenig entgegen, als hundert andere Beschränkungen, die ein wohlverstandenes Interesse des Staates funktionieren.

Weit entfernt, daß die Industrie durch diese Einrichtung mehr belästigt würde, soll dieselbe, wie schon gesagt, durch das Aufhören hemmender Kantonalzölle und durch billigere Frachten eher gewinnen, der etwelchen Angewöhnung an vaterländische Erzeugnisse, welche wenigstens von uns als

wünschbar erachtet wird, nicht einmal zu erwähnen. Noch weniger kann von Vertheuerung des Lebensunterhalts die Rede seyn; solche Anschuldigungen tragen durch ihre Uebertreibung ihr Urtheil in sich selbst. Wer die Regel des Detailhandels kennt, wird leicht einsehen, daß dergleichen Zollansätze keine wesentlichen Veränderungen im Preise hervorrufen; sieht man ja in Staaten, wo weit höhere Zölle bestehen, viele Waaren, namentlich für die Bekleidung, wohlfeiler als bei uns, so daß es gewiß irrig ist, auch in dieser Beziehung sich einer Beängstigung hinzugeben. Freilich, wenn von vornherein die Zweckmäßigkeit jeder Annäherung und Verschmelzung unserer materiellen Interessen geläugnet, ja als verderblich und unheilbringend geschildert wird, wenn aus den gegenwärtigen Erörterungen hervorgehen sollte, daß wirklich jeder Kanton in dem großen industriellen und nationalwirtschaftlichen Kampfe der Völker allein dastehen und sich eben helfen soll wie er kann und mag, wenn man nicht einsehen will, daß die industrielle Produktionskraft aller Staaten eine ganz andere als früher ist und daß es mit dem Hinweisen auf immer weitere transatlantische Märkte denn doch sein Ziel haben dürfte, wenn der einzelne Kanton auch nicht das allermindeste, das allerunbedeutendste Opfer bringen kann, noch will, zu Gunsten einer übereinstimmenden, harmonischen Einrichtung des Gesamthaushaltes, wenn man zwischen unsern Bundeseinrichtungen in Bezug auf das Wehrwesen und denjenigen unserer Verkehrsverhältnisse einen so großen Unterschied macht und diesen letztern keine Nationalität zugestehen will — dann allerdings müssen die Unterzeichneten offenen Angesichts erklären, daß ihre Vorschläge keinen Werth, keine praktische Bedeutung haben, weil in dieser Voraussetzung die Grundlage ihrer ganzen Auffassungsweise wegfällt; dann dürften aber mit gleichem Recht und mit mehr innerer Wahrheit, als wenn unsere Vorschläge eine Verletzung der Gerech-

tigkeit und der Freiheit genannt werden, die immer größere Trennung der Schweiz, die immer weiter gehende Ausbildung der Einzelinteressen und die damit verbundene Isolirung und gegenseitige Entfremdung der Kantone mit Allem, was sich Zersehendes und Auflösendes daran reiht, in traurige Aussicht gestellt werden! Und diese Gefahren mitten in einer ernstern, umgestaltenden Zeit, bei unserer wachsenden Bevölkerung, wahrlich, sie lassen sich nicht geringe anschlagen, sie verdienen eine ernste Berücksichtigung bei Prüfung und Würdigung unserer Anträge!

Als Vertheilungsmaßstab schlagen wir für die ersten zehn Jahre das Verhältniß der bisherigen Bezüge vor, mit einiger Höherstellung mehrerer in zu auffallendem Nachtheil stehender Kantone; für späterhin ein annäherndes Verhältniß zur Kopfszahl, jedoch mit Berücksichtigung kostspieliger Bergstraßen und der Gränzkantone. Die Billigkeit und Natürlichkeit des Verhältnisses der Kopfszahl, modifizirt nach so eben bemerkten Rücksichten, ist unverkennbar.

Das erstere Verhältniß, wesentlich auf die bisherigen Bezüge basirt und nur für eine Uebergangsperiode vorgeschlagen, haben wir einerseits aus Schonung für das Bestehende, um anfänglich durch schroffe Entfernung von demselben nicht zu sehr zu stoßen, anderseits aus dem Grunde nicht verwerfen zu sollen geglaubt, weil die beim ersten Blick in die Augen springenden großen Bevortheilungen der einen Stände vor den andern sich bei näherer Untersuchung bedeutend vermindern, indem mehrere der dabei begünstigten Kantone, wie Tessin, Graubünden, Basel, theils wegen ihren Bergstraßen, theils wegen der Gränzlage auf besondere erhöhte Vergütung Anspruch hätten. Auch ist der gegen diesen Maßstab so sehr geltend gemachte Einwurf, daß dabei die Konsumabgaben in Rechnung kommen, nicht gegründet. Gebühren, die von der Tagsatzung keine Genehmigung erhalten haben, sollen nach

unserer Ansicht in keinen Anschlag gebracht werden. Die bedeutenden Konsumgebühren der Kantone Bern, Luzern, Graubünden entbehren einer tagsätzlichen Genehmigung. Außer im Tessin werden wenige Konsumzölle anerkannt seyn. Wo aber solche anerkannt sind, da ist leicht zu helfen; der Ertrag derselben wird aus der Summe entfernt, die zum Maßstab der Vertheilung zu dienen hat. Sollte es indessen besser gefallen, wie eine zweite Minderheit unserer Kommission vorschlägt, gleich Anfangs vom Bisherigen abweichender aufzutreten und die Kopfzahl als Hauptbasis der Vertheilung anzunehmen, so hätten wir, insofern dadurch nicht größerer Widerstand veranlaßt wird, für uns dagegen kein Bedenken.

Weniger gerne würden wir der zweiten Minorität über einen andern Punkt, nämlich über fernere Beibehaltung der Weggelder beipflichten; denn wir setzen einen großen Werth darauf, daß der innere Verkehr möglichst erleichtert werde und die zollartigen Abgaben möglichst alle von den Produkten des Landes abgewälzt und an den Gränzen der Schweiz auf die einzuführenden Produkte des Auslandes gelegt werden. Dies ist ein Hauptgedanke, den wir bei allen Theilen unseres Vorschlages im Auge behalten möchten. Wir fürchten nicht, daß deswegen der Straßenbau in Verfall komme, wenn Unterstützung für denselben von der Gränze herfließt. Wir dürfen glauben, daß die Regierungen und selbst die Gemeinden in der Schweiz die Ueberzeugung hinlänglich gewonnen haben, daß gute Straßen zum Wohl des Landes dienen, ohne überall durch Sperr- und Schlagbäume an die Pflicht der Straßenunterhaltung gemahnt werden zu müssen.

Viele Weggelder haben ganz den Charakter von Transitzöllen, sind bleibend und werden an der Kantonsgränze bezogen, wie im Kanton Zürich. Warum sollten solche nicht lieber an die Gränze der Schweiz verlegt werden?

Wo aber ohne Nachhülfe von Weggeldern eine Strafe oder eine Brücke kaum herzustellen wäre, oder wo andere eigenthümliche Verhältnisse dafür sprächen, wollen auch wir eine temporäre Fortdauer bestehender Weggelder und selbst neue, sparsame, zeitbeschränkte Bewilligungen nicht hindern und geben daher in unserm Vorschlage die erforderlichen Ausnahmen von der Regel zu.

Wir bedauern übrigens, daß der Herr Verfasser des zweiten Minoritätsgutachtens dasselbe erst in den letzten Tagen vorgelegt hat. Vielleicht wäre bei früherer Mittheilung über manchen Punkt eine gegenseitige Annäherung möglich geworden.

Indessen hat es in einer so wichtigen Sache auch sein Gutes, wenn entgegenstehende Ansichten zu einer gründlichen, tiefern Untersuchung führen.

Wir haben jetzt vom Projekt einer zweiten Minorität gesprochen und würden uns, stünden wir nicht am Ende unserer Berathungen, noch gerne weiter damit beschäftigen, weil dasselbe doch Etwas gethan wissen will, eine Basis zur Verbindung der materiellen Interessen der Kantone legt und solche Elemente entwickelt, mit denen wir uns gerne vereinigen hätten.

Ueber das Gutachten der Majorität haben wir weniger zu äußern. Wir anerkennen und ehren die Einsichten und die Kenntnisse, welche die Trager und Verfasser desselben mit ihrer verdankenswerthen, umfassenden, einen gehaltreichen Detail einschließenden Arbeit in einem hohen Grade an den Tag legen. Aber ihre Grundansicht und die Schlüsse, auf die sie kommen, können wir der gegenwärtigen Lage der Eidgenossenschaft in staatswirthschaftlicher Beziehung nicht angemessen erachten. Man wird aus unserer Auffassungsweise und dem Inhalt unseres Berichtes und unserer Anträge sehen, daß wir die Herstellung einer kommerziellen Einheit der Schweiz, dem ihr seine Märkte verschließenden Auslande gegen-

über, für rathsam, nothwendig und unerläßlich halten, und die Majorität der Kommission will dem beliebten Gehelassen, unter den obwaltenden Umständen nicht sowohl der Freiheit des Handels, als dem leidenden Hinnehmen aller Hemmnisse desselben, fernerhin huldigen und sich auf eine Anzahl wenig wirksamer Wünsche beschränken. Zwar auf Wünsche, deren Erfüllung auch uns am Herzen liegt; aber wir wollen Mehreres, uns belebt und drängt die Ueberzeugung, daß die Zeit und ihre mächtigen Erscheinungen einen lauten Ruf zum Handeln und nicht nur zum Wünschen hören lassen.

Den Gegenstand der Konsumgebühren auf schweizerischen Produkten haben wir noch nicht berührt. Es thut Noth, daß auch diesem alten, wunden Fleck der Eidgenossenschaft Heilung werde. Unser Vorschlag geht nicht auf gänzliche Aufhebung, sondern nur auf Ermäßigung der Konsumgebühren und Einrichtung ihrer Bezugsweise, daß sie die Natur von Zöllen verliere. Wir scheuen uns die Forderung höher zu stellen, weil wir lieber Etwas, als vielleicht gar Nichts erhältlich machen wollen. Aber daß so viel geschehe, ist dringlich. Wir blicken hauptsächlich auf den Wein. Der Wein, in bescheidenem Maße genossen, wirkt auf die arbeitende, in harten körperlichen Anstrengungen sich erschöpfende Klasse äußerst wohlthätig; den Genuß der gemeinern inländischen Weine durch Verwohlfeilung ihr zu erleichtern, wird um so mehr Aufgabe wahrer Humanität, als dadurch dem Ueberhandnehmen des Geist und Körper zerstörenden Branntweinverbrauches leichter zu wehren ist. Wir haben übrigens im gemeinschaftlichen Verichte über die faktischen Zustände mehrere weinbauende Gegenden in schwer leidendem Zustande gesehen, welchen die Verringerung oder Aufhebung der Konsumzölle zum Besten gereichen würde.

Möge hierin ein verständiger, nationalökonomischer Sinn dem Vorherrschenden der Sonderinteressen der Kantone wirksam entgegen treten!

Ueber die Zweckmäßigkeit der Aufstellung einer eidgenössischen Handelskammer nach dem Antrag von Glarus bedürfen wir hier keiner Auseinandersetzung, weil dießfalls ein besonderer Kommissionsbericht vorliegt; wir haben aber den Vorschlag dieses Kommissionsberichtes in unsern Antrag aufgenommen, weil er zum Ganzen gehört.

Endschafflich müssen wir aber noch zu einer höchst wichtigen Frage schreiten, zur Frage über die Befugniß oder Nichtbefugniß der Tagsatzung, ein Zollsystem zu dekretiren und durch eine Mehrheit dasselbe auch auf solche Kantone auszu dehnen, welche ihm den freiwilligen Beitritt verweigern würden. Diese Frage hat bereits im Kreise der Kommission zu den ernsthaftesten Betrachtungen Anlaß gegeben. Im Artikel VIII des Bundesvertrages ist für die Tagsatzung ein Recht enthalten, wobei es schwierig und selbst bedenklich werden dürfte, über dessen Umfang und Folgen die Grenzen genau ausmitteln und durch einen erklärenden Beschluß näher bestimmen zu wollen. Es wird der Tagsatzung das Recht eingeräumt: „Handelsverträge mit auswärtigen Staaten zu schließen.“ Wenn dieser Artikel keine oder nur eine sehr beschränkte Befugniß zu Zollregulirungen in sich schließt, so wird er beinahe illusorisch, weil gerade die Zölle in den Handelsverträgen die Hauptrolle spielen. Da die Gegenstände kommerzieller Natur das Objekt der Handelsverträge, nämlich das Objekt, worüber unterhandelt und abgeschlossen wird, bilden, so läßt sich fragen, inwieweit Zolleinrichtungen, Zollbegünstigungen, Zollbefreiungen in das Gebiet der kommerziellen Verhältnisse gehören und welche Rechte hinwieder über diese Verhältnisse der Souveränität der Kantone zukommen?

Darüber kann sich ein weites, noch wenig übersehenes und wenig betretenes Feld der Diskussion öffnen. Wegen der Wichtigkeit der Sache und um zu zeigen, wie leicht darüber verschiedene Auffassungen möglich sind, und um gegen einen voreiligen Entscheid über eine Bundesfrage zu warnen, können wir uns nicht enthalten, eine dießfällige Stelle aus einer den hohen schweizerischen Kantonsregierungen vor einigen Jahren gewidmeten Druckschrift in Erinnerung zu bringen, sie lautet:

„Ueber die Befugnisse der Tagsatzung, ein Schutzollsystem zu dekretiren, kann kein Zweifel walten. Der Artikel VIII des Bundesvertrages räumt nämlich der Tagsatzung das Recht ein, mit einer absoluten Mehrheit von Ständesstimmen Handelsverträge mit auswärtigen Staaten zu schließen. Es steht somit derselben das Recht zu, mit zwölf Ständesstimmen den Anschluß der Schweiz an ein fremdes Zollsystem auszusprechen, und es muß ihr daher nach Analogie nothwendig auch dasjenige zustehen, mit derselben Anzahl von Ständesstimmen die Aufstellung eines eigenen schweizerischen Zollsystems zu beschließen.“

Eine solche Ansicht wird von der Mehrheit der Kommission aus erheblichen Gründen und mit vielem Talent und Nachdruck bestritten. Die nachstehend unterzeichnete Minderheit der Kommission sieht eine darauf bezügliche theoretische Erörterung und eine bundesbehördliche Entscheidung dormalen weder für nothwendig noch für rathsam an. Sie glaubt eine genügende, befriedigende, allgemeine Lösung dieser Frage bleibe, wenn sie je nöthig wird, besser einer spätern Zukunft vorbehalten. Wir erklären, keinen Entscheid darüber von uns aus hervorzurufen, wir wollen keine neue Fackel der Zwietracht auf den uns allen heiligen Boden des Vaterlandes werfen; wir begnügen und bescheiden uns, unsern Antrag für ein Gränzzollsystem als ein Konkordat für die freiwillig beitretenden Stände vorzulegen, ohne einen für die Nichtbeitretenden

verbindlichen Tagesfahungsbeschluß anzusprechen. Wäre auch das Recht dazu ausgemittelt, wir würden von dessen Anwendung unter den gegenwärtigen gespannten Verhältnissen keinen ersprießlichen Erfolg hoffen.

Wir empfehlen mit dieser Erklärung unsern Vorschlag sämmtlichen hohen eidgenössischen Ständen und der obersten Bundesbehörde zu geneigter Würdigung und geben uns die Ehre, u. s. w.

Luzern, den 5. Mai 1844.

Eine Minorität der Handelsexpertenkommission:

G. J. Sidler, eidg. Zollrevisor, Bericht-
erstatter.

C. Pestalozzi-Sirzel.

Ferd. von Waldkirch, Regierungsrath.

Fr. Hünerwadel, Oberst.

A n t r a g.

1. Aufhebung der innern, zwischen den Kantonen bestehenden Zölle und Verlegung derselben an die Grenzen der Schweiz.
2. Gleichförmige Bestimmung über den Transit und Erleichterung desselben mittelst Ermäßigung oder, insoweit es thunlich ist, mittelst Aufhebung der Weg- und Brückengelder und Verlegung derselben in obgedachtem Sinne.
3. Verringerung der Konsumgebühren auf schweizerischen Produkten und Einrichtung ihrer Bezugsweise in der Art, daß sie die Natur von Zöllen verlieren.

Zur Verwirklichung dieser Vorschläge bedarf es einer genauen Prüfung aller kantonalen Zolleinrichtungen, ihrer Wirkungen, ihrer Lokalverhältnisse, sowie der Verhältnisse der einzelnen Kantone zum Transit im Allgemeinen und Speziellen, zu den Hauptstraßenzügen, zu der Gewerbsthätigkeit der Nachbarkantone u., und es kann die Ausarbeitung des Projektes zu einem auf diese Prinzipien gegründeten allgemeinen Zollsystem nicht ohne bedeutende Vorarbeiten, welche von der hohen Tagsatzung anzuordnen wären, vorgenommen werden. Die beantragenden Kommissionsmitglieder erachten es aber in ihrer Pflicht, unverholen auszusprechen, wie sie glauben, daß die Ausführung möglich gemacht werden könnte, und ihre Ansichten unvorgreiflich als leitende Ideen mitzutheilen, in der Absicht, allfällige Zweifel über die Ausführbarkeit einer Zollvereinigung zu beseitigen.

A. Es wird ein einfaches eidgenössisches Zollsystem an die Stelle der jetzigen kantonalen Zollgesetze und dahin einschlagenden Einrichtungen gesetzt, mit Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszöllen. Der Gesamtnetto-

ertrag dieser Zölle soll der Summe des eidgenössischen Gränz-
zolles, derjenigen der bisherigen innern Zölle, Weg- und Bräu-
kessel der und der Summe gleichkommen, welche nach Litt. F
zu annähernder Gleichstellung der Zollentschädigung einzelner
Kantone erforderlich ist.

Als Basis für sämtliche Berechnungen und Entschädi-
gungen wird der Durchschnitt des Reinertrags der letzten fünf
Jahre angenommen.

Die Festsetzung der Zolltariffe soll inner diesen Gränzen
statthaben.

B. Die Eingangszölle werden nach dem Bruttoge-
wicht per Zentner und nach folgenden Kategorien bezogen ;

- a) Nothwendige Lebensmittel, Urstoffe zur Vethätigung un-
serer Industrie und Halbfabrikate zur weitem Verarbeitung
und Veredlung.
- b) Verbrauchsgegenstände ohne oder mit geringer innerer
Konkurrenz.
- c) Verbrauchsgegenstände mit inländischer Konkurrenz.
- d) Fabrikate und Handwerksartikel.

Die Zollansätze sind von 2 Baken per Zentner bis auf
5 Franken per Zentner zu berechnen, in progressivem Ver-
hältniß nach obigen Kategorien und nach dem Werth der
Waare. Ueberdies wird eine Kontrollgebühr von $2\frac{1}{2}$ bis
5 Rappen per Zentner von Gegenständen, welche den eidge-
nössischen Zoll nicht bezahlen, erhoben.

Der eidgenössische Eingangszoll soll in den aufzustellen-
den Zollansätzen inbegriffen seyn; der Betrag desselben fällt
auf die in Litt. F näher bezeichnete Weise der eidgenössischen
Kassa anheim.

Die Rückerstattung des Eingangszolles bei regelmäßiger
Ausfuhr ist auf alle Artikel, welche mehr als 2 Baken per
Zentner Eingangszoll bezahlen, unter Abzug dieser 2 Baken
per Zentner, gewährleistet.

C. Ausgangszoll. Zum Zweck der Kontrollirung des Verkehrs wird eine Kontrollgebühr eingeführt, welche für Landesprodukte $2\frac{1}{2}$ Rappen nicht übersteigen soll. Zu allfälliger Begünstigung einiger einheimischer, namentlich agrarischer Industrien soll ein mäßiger Ausgangszoll bezogen werden, wie z. B. von Brennholz, Rinde, Häuten, Papiermaterial u. s. w., dessen Festsetzung erst bei genauer Untersuchung der Gränzverhältnisse und Entwerfung eines Gesamttariffs statt finden wird.

D. Durchgangszölle. Diese werden nach den Straßenzügen, nach der mehr oder weniger durch Konkurrenz bedingten Nothwendigkeit ihrer Reduktion und einzig mit Hinsicht auf allgemein schweizerische Verhältnisse und Bedürfnisse regulirt und gleich wie die Ein- und Ausgangszölle für eidgenössische Rechnung an den Gränzen bezogen.

E. Die Weg- und Brückengelder fallen unter dieser Benennung in der Regel als örtlicher Bezug im Innern der Schweiz weg und werden an der Gränze als Transitgebühr in Rechnung gebracht. Einzelne können zwar ausnahmsweise wegen eigenthümlichen Verhältnissen beibehalten und füröhin bewilliget werden.

F. Die eidgenössische Kassa, sowie jeder Kanton, sind auf die Basis der bisherigen Einnahmen an Zöllen, Weg- und Brückengeldern nach dem Durchschnitt des Reinertrags der letzten fünf Jahre zu entschädigen und denjenigen Kantonen, deren Nettoeinnahmen den Betrag von 40 Rappen per Kopf ihrer Bevölkerung nach der eidgenössischen Skala nicht erreicht haben, ist die Vergütung auf diesen Fuß gewährleistet. Eine allfällige Mindereinnahme wird im Verhältniß dieser Berechtigungsansprachen getragen. Ueber eine allfällige Mehreinnahme verfügt die Tagsatzung im Interesse der weitem Entwicklung des freien innern Verkehrs.

Der Vertheilungsmaßstab, zunächst an das Bestehende anschließend, gilt nur für die nächsten zehn Jahre als Uebergangsperiode, dann soll ein billigeres, der Kopfzahl annäherndes Vertheilungsverhältniß eintreten, jedoch immer mit besonderer Berücksichtigung kostspieliger Bergstraßen und der Gränzverhältnisse.

G. Zur Ausführung und Ueberwachung dieser Einrichtungen, sowie zu weitem allfällig im Interesse des allgemeinen Verkehrs dienlich erachteten Maßregeln, wird eine eidgenössische Zoll- und Handelskommission errichtet, deren Verhältnisse und Attribute ein Reglement festsetzt. Ihr liegt die Verpflichtung ob, ein wachsames Auge auf auswärtige Handelsverhältnisse behufs der Unterhandlung mit fremden Staaten zu halten und dem Vorort zu Handen der Tagsatzung die geeigneten Vorschläge für alle zweckdienlichen Verbesserungen und Entwicklungen in unseren Verkehrsverhältnissen zu machen.

Unter der Aufsicht dieser Kommission werden die Gränzkantone mit dem Bezug der Zölle, unter angemessener Provisionsvergütung, beauftragt.

Besonderes Gutachten

eines

Mitgliedes der Majorität der Kommission

über

allfällig zu ergreifende gemeinsame Maßregeln.

Ein Mitglied der Majorität ist der Ansicht, und hat dieselbe im Schooße der Kommission wiederholt ausgesprochen, daß, nachdem die Kommission darüber vollkommen einverstanden war, es solle an dem System des freien Handels, als an dem für die Schweiz passendsten, festgehalten und namentlich kein System von eigentlichen Schutzzöllen eingeführt werden, — alle übrigen Fragen über die Regulirung der Zölle im Innern nicht in den Bereich der gegenwärtigen Kommissionsalberathungen hätten fallen, sondern der Zollexpertenkommission um so gewisser zum Entscheid überlassen werden sollen, als diese Kommission einerseits den Bestand der innern Zölle genau kennt und anderseits wohl längst Ansichten über Art und Umfang der allgemeinen Zollrevision bei sich festgestellt hat. In dieser Ansicht ist das unterzeichnete Kommissionsmitglied noch bestärkt worden durch den vom 4. April 1844 datirten fünften nachträglichen Bericht der eidgenössischen Zollexpertenkommission, in welchem dieselbe, in Uebereinstimmung mit dem eidgenössischen Vorort, ihre Ueberzeugung dahin ausspricht, „daß, ehe die „Uebersichten der Zollbezüge in allen Kantonen ohne irgend

„welche Ausnahme durch die Tagsatzung anerkannt seyn werden, „ jeder weitere Schritt für Vornahme einer allgemeinen Revision übereilt wäre.“

Da eine Minorität der Kommission diese Ansichten aber nicht getheilt, sondern vielmehr darauf bestanden hat, der Tagsatzung ein Projekt zu Verlegung aller innern Zölle an die Gränze vorzulegen, so glaubt das unterzeichnete Kommissionsmitglied von demselben Recht Gebrauch machen zu sollen. Dabei erklärt der Unterzeichnete indessen ausdrücklich, daß er nicht annehmen darf, es werde durch seinen Antrag oder andere ähnliche dem schweizerischen Handel und der schweizerischen Industrie wesentlich aufgeholfen werden. Es sind, wie dies schon mehrfach bemerkt worden ist, nicht die innern Zölle, welche den Handel hindern; deren Aufhebung oder deren Verlegung an die Gränze — was ein Mehreres nicht ist als eine andere Bezugsweise — werden Handel und Industrie daher auch nicht wesentlich erleichtern.

Die unseligen Prohibitivsysteme, welche auf der Gränze gegen Frankreich und Italien, und die Schutzzölle, welche auf der deutschen Gränze dem schweizerischen Handel hemmend in den Weg treten, sind es einerseits, welche störend auf denselben einwirken; in noch höherem Grade ist es aber wohl das Mißverhältniß, welches zwischen der Produktion und der Konsumation gewisser Manufakturartikel eingetreten ist, die in Verbindung mit dem hohen Preis der Lebensmittel das Unbehagen hervorgerufen haben, das die schweizerische industrielle Bevölkerung gegenwärtig quält.

Daß die Zollsysteme an unserer Gränze nicht die einzige Ursache dieses Unbehagens sind, erhellt, wie schon bemerkt, daraus, daß trotz derselben die Produktionskraft der schweizerischen Industrie sich seit Anfang des Jahrhunderts, zu welcher Zeit Frankreich, in fortschreitender Abweichung von dem früher der verbündeten Schweiz gegenüber beobachteten System des

freien Handels, zuerst einen Schutz Zoll, dann ein Prohibitivsystem einföhrte, verzehnfacht hat, und daß die schweizerische Industrie noch bedeutend zugenommen hat, seitdem durch die Ausdehnung des deutschen Zollvereins bis auf die Gränze der Schweiz der Zollgurt, welcher die Schweiz umgibt, vollends eng zusammengezogen worden ist.

Der Umstand, daß dieselben Industrien, welche in der Schweiz leidend sind, auch in andern Staaten, welche in anderer Lage als die Schweiz sich befinden — wie England, Sachsen und Preußen — wo die Baumwollindustrie mit denselben, wenn nicht mit größern Drangsalen zu kämpfen hat, beweist deutlich genug, daß der Grund dieses Leidens nicht ein örtlicher, sondern ein allgemeiner ist. Durch eine örtliche Maßregel kann demselben daher denn auch nicht abgeholfen werden; vielmehr sind bessere Zeiten wohl hauptsächlich an die Ausfindung neuer Absatzquellen und an bessere Innehaltung des Verhältnisses zwischen Produktion und Konsumation geknüpft. Andererseits ist aber auch nicht zu läugnen, daß einige kleinere Industrien, welche ihren Absatz in der Nähe suchen müssen, sowie namentlich der Landbau dabei nur gewinnen können, wenn der Verkehr im Innern der Schweiz noch mehr erleichtert wird. Es ist daher vielleicht passend, den gegenwärtigen Augenblick, wo die öffentliche Meinung in der Schweiz für mehrere Erleichterung des innern Verkehrs sich ausspricht, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, um dieß anzustreben, und obschon der Unterzeichnete glaubt, daß daherige Vorschläge von der Zollexpertenkommission ausgehen sollten, so erlaubt er sich, nachdem von einer Minorität der Kommission einschlagende Anträge an die Tagsatzung gebracht werden sollen, auch seinerseits einen bezüglichen Antrag der h. Bundesbehörde zur Prüfung vorzulegen.

Nachdem das unterzeichnete Kommissionsmitglied dergestalt, um jeder Täuschung vorzubeugen, sowohl den Standpunkt

bezeichnet hat, von welchem aus die vorliegenden Anträge zu Revision der innern Zölle gestellt werden, als den Zweck, welcher dabei angestrebt wird, erlaubt sich dasselbe, mit einigen Worten die Verschiedenheit zu berühren, welche zwischen den nachfolgenden Anträgen und denjenigen der Minorität besteht; daraus wird sich am leichtesten erklären, warum der Unterzeichnete den Anträgen der Minorität seinerseits nicht beipflichten konnte.

Der Unterschied zwischen beiden Anträgen beruht hauptsächlich darin:

- a) daß der Unterzeichnete ausdrücklich aussprechen will, es dürfe diese Zollrevision nur auf dem Wege freiwilligen Einverständnisses aller Kantone, oder auf dem Wege des Konkordats zwischen mehreren eingeführt werden;
- b) dadurch, daß der Unterzeichnete der von ihm beantragten Zollrevision einen andern Umfang zu geben wünscht, indem diese Zollrevision nur die Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle, nicht aber Weg- und Brückengelder und Konsumzölle umfassen soll, welche letztere wohl gleichmäßig regulirt, aber nicht aufgehoben oder an die Gränze verlegt werden sollen *);
- c) dadurch, daß einfachere und niedrigere Zölle vorgeschlagen werden;
- d) dadurch, daß ein gerechterer Vertheilungsmodus und
- e) dadurch, daß andere Zollziehungsbestimmungen vorgeschlagen werden.

Ad a) Freiwilliges Einverständniß.

Hinsichtlich der Gründe, welche den Unterzeichneten bestimmen, darüber keinen Zweifel zu lassen, sondern offen auszu-

*) Auch im deutschen Zollverein sind die Konsumsteuern und die Schauffeegelber nicht zentralisirt und an die Gränze verlegt worden.

sprechen, daß die Verlegung der innern Zölle auf die Gränze nur auf dem Wege des freiwilligen Einverständnisses aller Kantone, oder auf demjenigen des Konkordats eingeführt werden dürfe, erlaubt sich derselbe, auf die im Majoritätsgutachten dießfalls enthaltenen Erörterungen hinzuweisen.

Ohne freiwilliges Einverständniß darf keinem Kanton ein Theil seiner Souverainetät genommen werden, die ihm durch den Bund gelassen worden ist. In Betreff des Zollwesens ist die Souverainetät der Kantone aber nur insoweit beschränkt, als dieselben auf das Recht verzichtet haben, ohne Bewilligung der Tagsatzung aus eigener Machtvollkommenheit neue Zölle zu erheben oder schon bestehende zu erhöhen. Die Kantone haben aber nicht auf das Recht verzichtet, bestehende Zölle zu ermäßigen oder aufzuheben.

Wirklich ist in neuerer Zeit von diesem letztern Recht vielfach Gebrauch gemacht worden. Durch Verlegung aller innern Zölle auf die Gränze würden die einzelnen Kantone dieses Rechts der Zollermäßigung oder Aufhebung aber offenbar beraubt; es könnte dannzumal nicht mehr einem Kanton, sondern nur allen zollvereinten Kantonen zustehen, solche Zollermäßigungen oder Aufhebungen eintreten zu lassen; mit andern Worten, es hätte der einzelne Kanton sein dießfälliges Souverainetätsrecht an die Gesamtheit abgetreten. Eine solche Abtretung kann aber nur auf dem Weg eines freiwilligen Einverständnisses und nicht auf demjenigen des Zwangs durch einen Mehrheitsbeschluß geschehen, da das Bundesstaatsrecht nicht gestattet, über Grundsätze, welche außer der Kompetenz des Bundes und in derjenigen der Souverainetät der Kantone liegen, mit Mehrheit der Stimmen maßgebend zu entscheiden.

Ebenso einleuchtend ist, daß zum Abschluß eines Konkordats in dieser Beziehung nicht nur die Zustimmung der betreffenden Kantone, sondern gemäß des Art. XI des Bundesvertrags auch ein rechtskräftiger Beschluß der Tagsatzung nothwendig ist.

Es muß daher ein Beschluß von wenigstens zwölf Stimmen den Abschluß eines solchen Konkordats auf die vorgelegte Basis bewilligen; denn es setzt ein derartiges Konkordat die Bewilligung der festgesetzten Zölle durch die Tagsatzung voraus. Jeder neue Anschluß eines Kantons an das Konkordat erfordert abermals die Zustimmung der Tagsatzung, indem dadurch eben dieselbe Zollbewilligung, welche den bereits zollvereinten Kantonen bewilligt worden ist, auch auf den neubeitretenden Kanton ausgedehnt werden soll. Hiefür ist nach Maßgabe des Art. XI aber eben die Bewilligung der Tagsatzung erforderlich.

Der Unterzeichnete wünscht aber gleichzeitig den Grundsatz festzustellen, daß jede Veränderung am Zolltariff und in der Zollordnung im Allgemeinen auf derselben Einmütigkeit, insofern alle Kantone dem Zollverein beitreten, oder auf der Einmütigkeit der Konkordatsstände und auf der Genehmigung der Tagsatzung, insofern dießfalls nur ein Konkordat zwischen mehreren Kantonen abgeschlossen werden sollte, beruhen muß. Auf die ausdrückliche Feststellung dieses Grundsatzes legt der Unterzeichnete das größte Gewicht, indem er darin allein die nöthige Gewähr finden kann gegen die Gefahr fortwährender Steigerung der Zölle. Im entgegengesetzten Fall dürften früher oder später finanzielle Gelüste bei den einen, mit Rücksichten für angeblichen Schutz der inländischen Industrie bei andern sich vereinigen und durch diese Verbindung ein Mehrheitsbeschluß für eine Erhöhung der Zölle zu Stande kommen, bei welcher die allgemeine Wohlfahrt nur leiden könnte.

Bekanntlich ist dieselbe Einmütigkeit aller an Macht und Umfang so außerordentlich verschiedenen Kontrahenten, welche den deutschen Zollverein bilden, rücksichtlich aller Veränderungen am Zolltariff und in der Zollordnung erforderlich, und nicht weniger bekannt ist es, daß ohne diese schützende Maßregel die deutsche Zollunion, welche anfänglich den Grundsatz mäßiger Zölle aufgestellt hat, durch die Begierlichkeit angeblich

Schutz verlangender, in Wahrheit aber Monopolien und Privilegien suchender Industrieller, wahrscheinlich bereits zu Steigerung dieser Zölle bis auf die Höhe der übrigen Prohibitivsysteme gezwungen worden wäre. Die schweizerischen Großen Rätthe sind beiläufig aus denselben Elementen zusammengesetzt wie die deutschen Kammern, und wie wir diese alljährlich höhere Zölle verlangen sehen, so dürften auch jene in gleichen Irrthum verfallen. Der Unterzeichnete wünscht daher, daß derselbe schützende Grundsatz in den schweizerischen Zollverein aufgenommen werde, welcher den deutschen Zollverein bisher theilweise vor Zollerhöhungen bewahrt hat.

Daß bloß konfordsweise vereinte Kantone, selbst wenn sie alle über Erhöhung der Zölle einverstanden seyn sollten, solche nicht eintreten lassen dürfen ohne daherige Bewilligung von Seite der Tagsatzung, ist unzweifelhaft, zumal der Art. XI des Bundesvertrags keinen Unterschied macht zwischen Zollbegehren, welche von konfordsweise vereinten Kantonen gestellt werden, und solchen, welche ein einzelner Kanton verlangt.

Das unterzeichnete Kommissionsmitglied ist daher der Ansicht, daß, wie beim Abschluß des schweizerischen Zollvereins entweder das freiwillige Einverständniß sämmtlicher Kantone oder die Bewilligung der Tagsatzung für Verlegung der bezüglichen Zölle an die Gränze der konfordsweise vereinten Kantone erforderlich seyn wird, so auch bei allfälligen Zollerhöhungen u. s. w. neben der Einstimmigkeit der sämmtlichen konfordirenden Stände auch die Genehmigung der Tagsatzung erforderlich ist. Es ist wohl überflüssig, beizufügen, daß wenn das Konkordat sich einmal über zwölf Stände ausdehnt, dannzumal diese Bewilligung der Tagsatzung nicht schwer zu erhalten seyn dürfte.

Ad b) U m f a n g.

Während die Minorität die Verlegung aller innern zwischen den Kantonen bestehenden Zölle, Weg- und Brücken-

gelder an die Gränze beabsichtigt, glaubt der Unterzeichnete darauf antragen zu sollen, daß nur die Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle an die Gränze verlegt, die durch die Tagsatzung bewilligten Konsumsteuern, Weg- und Brückengelder aber nicht in diese Zentralisirung aufgenommen werden mögen.

Die leitenden Gründe zu diesem Antrag sind folgende.

Es können füglicherweise nur gleichartige, in allen Kantonen gleichmäßig bestehende Abgaben zentralisirt werden; als solche erscheinen aber nur die Zölle im eigentlichen Sinn des Worts, nämlich Eingangs-, Ausgangs- oder Durchgangszölle. Solche besitzen in mehrerem oder minderem Maße alle Kantone, während die einen keine Konsumzölle, andere keine Weggelder besitzen.

Würden nun die Konsumzölle, da wo solche rechtsgültig bestehen, wie z. B. in den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freyburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Aargau und Tessin, an die allgemeine Gränze verlegt, so wäre die Folge davon, daß jene Zölle, welche bisher nur von den betreffenden Kantonsangehörigen bezahlt wurden, die jene Waaren wirklich konsumirten, in Zukunft auf alle Schweizer vertheilt würden und somit auch auf diejenigen, welche die betreffenden Waaren nicht konsumiren. Es entstünde daraus eine ungegründete doppelte Belastung der einen und eine ebenso unbegründete Erleichterung der andern.

Konsumzölle sind nämlich nichts anders als indirekte Steuern; — wie kann nun denjenigen Kantonen, welche in ihrem Innern das System der indirekten Steuern nicht kennen, sondern von ihrer Bevölkerung direkte Abgaben, z. B. Vermögenssteuern beziehen, zugemuthet werden, daß sie ihrer Bevölkerung zu Gunsten der Bevölkerung anderer Kantone indirekte Steuern auflegen? Und doch wäre dieß bei Einführung der Anträge der Minorität der Fall: der Zürcher-, der

St. Gallerbürger hätte in Zukunft neben der direkten Vermögenssteuer auch diejenigen indirekten Steuern mitzutragen, die bisher auf den Angehörigen einiger Kantone lasteten, welche die indirekte Besteuerung der direkten vorgezogen hatten. Jene indirekte Steuer würde nämlich nach den Anträgen der Minorität in Zukunft, statt auf denjenigen Waaren bezogen zu werden, welche in dem betreffenden Kanton konsumirt werden, auf allen in die Schweiz eingehenden Waaren erhoben, abgesehen davon, wo immer dieselben konsumirt werden.

In der Aufstellung eines solchen Grundsatzes erblickt der Unterzeichnete eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber denjenigen Kantonen, welche dem System der direkten Besteuerung huldigen, und könnte daher demselben unmöglich beipflichten, sondern müßte darauf antragen: daß die Konsumzölle als ein Theil des innern Besteuerungssystems, das jedem Kanton wie bisher inner den Schranken des Bundes überlassen bleiben mag, nicht zentralisirt werden.

Etwas anders gestaltet sich die Sache allerdings hinsichtlich der Weg- und Brückengelder. Diejenigen Kantone nämlich, welche keine oder doch nur sehr wenige Weg- und Brückengelder beziehen, wie z. B. die Kantone Bern und Waadt, erheben auf der Waaren-Ein-, Aus- und Durchfuhr um so höhere Zölle, so daß durch Zentralisirung der Weg- und Brückengelder, sammt den Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszöllen, vielleicht jenen Kantonen gegenüber keine große Ungerechtigkeit begangen würde.

Der Grund, warum der Unterzeichnete nicht glaubt auf die Verlegung der Weg- und Brückengelder an die schweizerische Gränze antragen zu sollen, ist ein anderer. Er glaubt nämlich annehmen zu sollen, daß das große Straßennetz, welches die Schweiz überzieht — ein Straßennetz, wie kein anderer europäischer Staat ein ähnliches aufzuweisen hat — hauptsächlich dem System der Weg- und Brückengelder zu danken ist,

und ohne dieselben niemals hätte ausgeführt werden können. Die Schweiz ist nicht reich genug, um kostbare Straßenanlagen zu machen und den nicht weniger kostbaren Straßenunterhalt zu bestreiten, ohne diese Straßen und die auf denselben Verkehrenden zu Deckung der Kosten und Mitleidenschaft zu ziehen.

Es ist dem Unterzeichneten nicht unbekannt, daß in Frankreich keine Weg- und Brückengelder bezogen werden; allein in welchem Zustand waren lange Zeit, nachdem die innern Barrièren durch die erste französische Revolution aufgehoben worden waren, selbst die routes royales, und in welchem Zustand sind noch die Nebenstraßen und Vizinalwege in diesem großen und von der Natur in jeder Beziehung so sehr begünstigten Land?

Der Unterzeichnete glaubt nicht widerlegt zu werden, wenn er die Behauptung aufstellt, daß der Verkehr im Innern der Schweiz, der Weg- und Brückengelder ungeachtet, freier und ungehinderter ist, als selbst in Frankreich, weil in der Schweiz gute und bequeme Straßen nicht nur zu jedem Dorf, sondern bald zu jedem Weiler oder einzelnen Hof bestehen, welche den Verkehr zu allen Jahreszeiten leicht machen, die Frachtkosten unendlich verringern, während ein Gleiches von Frankreich nicht gesagt werden kann, wo bei ungünstiger Jahreszeit die Vizinalwege in manchen Departementen beinahe nicht benutzt werden können.

Der Unterzeichnete hat es ebenfalls nicht übersehen, daß einige westliche Kantone schöne Straßen dem freien Verkehr öffnen, ohne auf denselben Weg- und Brückengelder zu beziehen. Die Mehrzahl dieser Straßen sind seiner Zeit durch den mit einer vortrefflichen innern Administration und großem Staatsvermögen beglückten Kanton Bern angelegt worden und werden dormalen durch Kantone unterhalten, die ebenfalls in jeder Beziehung zu den gesegnetsten der Schweiz gehören. Daß andere Kantone der Schweiz in dieser Beziehung mit den Kantonen Bern und Waadt nicht gleichen Schritt halten

fönnen; ergibt sich wohl am augenscheinlichsten durch Vergleichung der Jahresbudgets dieser letztern Kantone mit denjenigen einiger Kantone der östlichen Schweiz. Wenn aber zugegeben werden muß, daß die Mehrzahl der Kantone nicht reich genug ist, um ihre Straßen frei von allen Abgaben dem Publikum zur Benutzung zu übergeben, so ist nur noch die Frage zu entscheiden: ist es zweckmäßiger, daß diese Abgaben im Innern des Kantons als Weggelder oder auf der Gränze als Zölle erhoben werden?

Der Unterzeichnete spricht sich aus doppeltem Grund für Ersteres aus. Einmal nämlich ist viel mehr Gewähr dafür vorhanden, daß der Ertrag der Weggelder für Korrektion und Unterhalt derjenigen Straßen verwendet werde, welche dasselbe abwerfen, als daß die Quota der an der Gränze bezogenen Zölle, welche dem betreffenden Kanton zufiele, eine gleiche Verwendung erhielte. Jeder Schlagbaum ist gleichsam eine Mahnung an die Regierungen, die Straßen gut zu unterhalten.

Diese Behauptung scheint durch die Erfahrungen der neuesten Zeit unterstützt zu werden. Einige östliche Kantone, mit sehr geringem Staatsvermögen, haben, unter Anwendung des Systems der Weggelder, weit mehr für neue Straßenanlagen und somit weit mehr für den freien Verkehr im Innern gethan, als andere Kantone mit großem Staatsvermögen, in welchen noch große Hauptstraßen mit einer Steigung von 7 und 8 % bestehen, und dieß wohl hauptsächlich darum, weil letztere Kantone bei der Abneigung ihres Volkes für Weggelder kein Mittel kannten, um die Baukosten einigermaßen zu decken und doch Bedenken trugen, das Staatsvermögen zu sehr in Anspruch zu nehmen.

Den hauptsächlichsten Grund gegen die Verlegung der Weg- und Brückengelder an die Gränze schöpft der Unterzeichnete daher denn auch in der Besorgniß, daß dadurch alle neuen Straßenanlagen außerordentlich erschwert würden. Der-

malen, wenn ein Kanton das Bedürfnis einer neuen Straße fühlt, gelangt er an die Tagsatzung mit dem Begehren um ein Weggeld. Dieses Weggeld wird in der Regel, auf günstigen Expertenbefund, ohne Schwierigkeit ertheilt, weil die übrigen Kantone mit Recht annehmen, es werde dieses Weggeld hauptsächlich durch die Angehörigen des betreffenden Kantons bezahlt; wie würde sich aber in Zukunft die Sache bei Annahme der Minoritätsanträge gestalten? Wenn ein Kanton eine neue Straße bauen wollte, so müßte er verlangen, daß über seine bisherige Quota des allgemeinen Zollertrags ihm ein Zuschuß, welcher die Zinsen des Kapitals für die Anlegung und die Unterhaltskosten repräsentirt, verabsolgt werde.

Durch diesen Zuschuß für den einen Kanton würde demnach die Zolleinnahme aller andern Kantone verringert. Läßt es sich nun annehmen, daß z. B. der Kanton Genf bereit wäre, auf einen Theil seiner Zolleinnahme zu Gunsten des Kantons Thurgau zu verzichten, wenn dieser für angemessen findet, eine neue Straße zwischen Amriswil und Romanshorn zu errichten — oder umgekehrt? Und wie denn, wenn durch eine neue Straßenbaute vielleicht vollends Veränderungen im Transit zum Nachtheil eines andern Straßenzuges entstehen sollten? — Kann vermuthet werden, der Kanton Graubünden werde z. B. zu Gunsten der Kantone Tessin, Uri, Schwyz auf einen Theil seiner Zolleinnahme verzichten, wenn diese die sogenannte Alpenstraße bauen wollen, — während diese Alpenstraße offenbar den Transit über den Splügen verringern müßte und daher den Interessen des Kantons Graubünden geradezu widerstreitet?

Der Unterzeichnete muß daher besorgen, daß durch Centralisirung der Weg- und Brückengelder und deren Verlegung auf die Gränze, einerseits bestehende Straßen nicht so gut wie bisher unterhalten würden, und daß anderseits die Erbauung neuer Straßen dadurch beinahe unmöglich gemacht würde. Weit entfernt, die Freiheit des Verkehrs im Innern der

Schweiz zu befördern, würde durch eine solche Maßregel der Verkehr im Innern in Folge des wahrscheinlich schlechtern Zustandes der Straßen erschwert.

Diese Betrachtungen bestimmen den Unterzeichneten, von der Zentralisirung der Weggelder abzurathen. Ähnliche Gründe bestimmen ihn, die Brückengelder, Kaufhaus- und Susegebühren, insofern diese Einrichtungen wirklich benutzt werden, so wie die Flußzölle, nicht in den Bereich der Zollrevision hineinzuziehen.

Dagegen wünscht der Unterzeichnete, daß im Sinne der möglichsten Verkehrserleichterung ein gleichförmiges und billiges Weggeld für alle Hauptstraßen festgestellt werde. Für Bergstraßen müßte dasselbe begreiflich der größern Erbauungs- und Unterhaltskosten wegen erhöht werden.

Ein gleichförmiges, verhältnißmäßiges Weggeld sollte auch für die Nebenstraßen festgestellt und der Unterhalt derselben von den betreffenden Kantonen übernommen werden, damit Beschwerden über allfällig schlechten Unterhalt nicht dadurch entschuldigt werden können, es sey dieß Sache der betreffenden Gemeinden.

Diejenigen Kantone aber, welche keine Weggelder besitzen, mögen an den Kantonsgränzen als Aequivalent einen billigen Ausgleichungszoll beziehen.

Wenn der Unterzeichnete die Zollrevision dergestalt einerseits beschränken will, so wünschte er dieselbe auf einer andern Seite auszudehnen, dadurch nämlich, daß alle weder durch den Bund garantirten, noch durch die Tagsatzung genehmigten Zölle in dem Sinne mit in die Zollrevision hineingezogen würden, daß dieselben mit Eintritt in den zu gründenden Zollverein eingestellt würden. Der Unterzeichnete würde es nämlich höchst auffallend finden, wenn nur diejenigen Zölle in die Zollrevision einbegriffen würden, welche einen rechtlichen Bestand haben und zu keinen Klagen Anlaß gegeben, während

diejenigen, deren rechtlicher Bestand seit Jahren konstestirt worden ist und welche zu vielen Beschwerden Anlaß gegeben haben, wie z. B. die Ohmgelder mehrerer Kantone, ganz unberührt blieben, wie dieß die Minorität anfänglich beabsichtigt hat. Der spätere Antrag der Minorität auf Ermäßigung jener Konsumzölle scheint dem Unterzeichneten auch noch ungenügend und er erlaubt sich daher auf allseitige Verpflichtung zur Aufhebung derselben anzutragen. Dadurch bliebe den betreffenden Kantonen jedoch unbenommen, bei der Tagssatzung um dießfällige Zollbewilligungen einzukommen, insofern sie das Erzeugniß des eigenen Landes gleich besteuern wollen.

Die Ueberzeugung, daß in einem und demselben Zollstaat so viel möglich dieselben Grundsätze über Besteuerungen bestehen sollten, hat den Unterzeichneten veranlaßt, dießfalls einer Verständigung unter den zollvereinten Kantonen zu rufen, was namentlich hinsichtlich der Salzsteuer durchaus erforderlich ist, damit nicht bei großer Verschiedenheit der Salzpreise das Salz von dem einen Kanton in den andern geschmuggelt und dadurch das Regale des betreffenden Kantons beeinträchtigt werde. Eine solche Maßregel hat dem Unterzeichneten bei Aufhebung aller innern Zollgränzen doppelt nothwendig erschienen; ebenso hat derselbe geglaubt, es dürfte angemessen seyn, daß die zollvereinten Kantone sich über gleichmäßige Erleichterung der Gewerbsthätigkeit in ihrem Innern, über Polizei des Frachtfuhrwesens und über die Behandlung fremder Geschäftsreisender verständigen, — daher derselbe auch in dieser Beziehung die Aufstellung allgemeiner Grundsätze beantragt.

Ad c) Höhe der Zölle.

Während die Minorität Gränzzölle in einer Steigerung von 2 Bakzen für nothwendige Lebensmittel bis zu 5 Franken für gewisse Fabrikate und Handwerksartikel vorschlägt, empfiehlt der Unterzeichnete für den Eingangszoll fünf Sätze von 2 Bz.,

5 Bk., 1 Frkn., 1 Frkn. 5 Bk., 2 Frkn. und für den Ausgangszoll einen einzigen Zollsatz von 1 Baken per Zentner. Nothwendige Lebensmittel will derselbe überdies bei der Einfuhr von jedem Zoll, eine kleine Kontrollgebühr abgerechnet, ganz befreien. Diese einfache Zollerhebung mit niedrigen Zöllen hat den Vortheil, daß dieselbe die Kontrebande kaum erzeugen und daher auch keine strenge Gränzbewachung nothwendig machen wird, die Zollerhebungskosten würden sich daher wohl viel weniger hoch belaufen als bei der Annahme der Minoritätsanträge.

Eine Berechnung des muthmaßlichen Zollertrags nach diesem Maßstab hat einen Ertrag von beiläufig 1,460,000 Frkn. ergeben, was nach Abzug des durchschnittlichen Ertrags der eidgenössischen Gränzgebühren für die eidgenössische Kriegskasse mit Frkn. 260,000 auf die Gesamtbevölkerung der Schweiz von 2,190,258 Köpfen einem Zollertrag von beiläufig 5 1/2 Bk. per Kopf gleich käme.

Ad d) Vertheilungsmodus.

Was den Vertheilungsmodus betrifft, so weicht hier der Antrag des Unterzeichneten abermals wesentlich von demjenigen der Minorität ab; während nämlich diese den Maßstab der bisherigen Zollberechtigungen glaubt anlegen zu sollen, bezeichnet der Unterzeichnete den Grundsatz der Kopfzahl als den allein richtigen. Er erlaubt sich die Gründe zu entwickeln, welche nach seiner Ansicht dagegen streiten, daß der Maßstab der bisherigen Zollberechtigungen angewendet werden darf.

Offenbar beruhen die bisherigen Zollberechtigungen auf der Voraussetzung, daß in der Regel die Angehörigen des betreffenden Kantons die bewilligten Zölle bezahlen; daher dürfen solche Zollberechtigungen unmöglich zum Nachtheil Angehöriger anderer Kantone ausgedehnt werden. Wenn der Kanton Basel-Stadttheil z. B. dermalen Zölle erhebt,

deren Ertrag nach dem Maßstab der Bevölkerung berechnet mehr als 4 Franken beträgt *), und wenn die Zölle, welche dem Kanton Tessin bewilligt worden sind, zuverlässig mehr als 2 Franken per Kopf der Bevölkerung betragen, so mag dieß angehen, insofern eben die Angehörigen dieser beiden Kantone jene Zölle zunächst bezahlen.

Es ist dieß eine Art der Besteuerung; andere Kantone haben eine andere Art der Besteuerung vorgezogen und lassen die Waaren von Zöllen unbeschwert ihren Angehörigen zukommen, die sie vorziehen direkt zu besteuern. So wirft der Ertrag von Weggeldern im Kanton Zürich, wo gar keine Zölle bestehen, nur 9 Rappen per Kopf der Bevölkerung und im Kanton Glarus vollends nur 5 Rappen per Kopf der Bevölkerung ab. Wenn nun aber in Zukunft alle Waaren, mögen dieselben den Basler- und Tessiner- oder den Zürcher- und Glarnerangehörigen zukommen, mit den gleichen Zöllen belegt werden sollen, so erfordert doch wohl die Gerechtigkeit, daß auch der Zollertrag gleichmäßig auf alle vertheilt werde. Wenn aber der Basler 4 Franken und der Tessiner 2 Franken beziehen soll, wo der Zürcher 9 Rappen und der Glarner nur 5 Rappen beziehen darf, so hieße dieß nichts anders, als die indirekten Steuern, welche bisher die erstern allein bezahlten, auch auf die letztern wälzen; es hieße denjenigen Kantonen, welche bisher den freien Handel und Verkehr mit hohen Zöllen belegt, für alle Zukunft eine Prämie dafür zuerkennen und diese Prämie durch diejenigen Kantone bezahlen lassen, welche von jeher dem Grundsatz des freien Handels gehuldigt haben. Die Ungerechtigkeit einer solchen Zumuthung ist aber doch wohl zu schreiend, als daß dieselbe ernstlich gemacht werden könnte.

*) Ein Theil dieses Ertrags wird zwar allerdings durch den Transit-zoll abgeworfen, allein neben demselben bestehen wirkliche Konsumzölle.

Die durch den Minoritätsantrag empfohlene Entschädigung bis auf den Betrag von 40 Rpn. per Kopf für diejenigen Kantone, deren Zollertrag bisher nicht so viel abgeworfen hat, ist durchaus ungenügend und hilft jener Ungerechtigkeit nicht ab.

Dermalen beziehen die Bewohner des Kantons Zürich, um bei dem frühern Beispiel stehen zu bleiben, alle Waaren so zu sagen frei und nur mit den kleinen Weggeldern des eigenen Kantons und den geringen Durchgangszöllen anderer Kantone oder des Auslandes erschwert; in Folge dieser Maßregeln beträgt der Ertrag der zürcherischen Zölle, wie schon bemerkt, nur 9 Rappen per Kopf, was die Erhebung von direkten Vermögenssteuern nothwendig macht. Die Angehörigen von Basel-Stadttheil aber erhalten die Waaren mit Zöllen aller Art beschwert, deren Ertrag mehr als 4 Franken per Kopf gleich kommt.

In Zukunft sollen nun aber die Waaren den Bewohnern des Kantons Zürich mit den gleichen Zöllen beschwert zukommen, wie die für die Basler bestimmten Waaren. Vom Zollertrag soll aber dem Kanton Basel-Stadttheil nach wie vor 4 Franken per Kopf zukommen, während den Zürchern nur 4 Baken per Kopf zukommen soll. Wenn dagegen eingewendet werden wollte, die Bewohner des Kantons Zürich hätten keine Weggelder und Transitzölle mehr zu bezahlen für diejenigen Waaren, welche sie z. B. von Basel her beziehen, so ist dieß ganz irrig; sie haben diese Weggelder, nach wie vor, ganz gleich zu bezahlen; der einzige Unterschied ist derjenige, daß sie dieselben, in einen Zoll verwandelt, an der Gränze bezahlen, anstatt wie bisher im Innern der Kantone.

Allerdings hilft der Basler in Zukunft auch den Ertrag der zürcherischen Weggelder mitbezahlen; allein darin liegt keine Kompensation, eben weil jene Weggelder von viel kleinerem Belang sind, als die baslerischen Zölle. Völlends bedauerlich würde aber die Stellung derjenigen Gränzkantone, deren Ange-

hörige bisher kleine oder gar keine Zölle zu bezahlen hatten, wie z. B. die Neuenburger, welche gar keine Zölle bezahlen. Die Angehörigen dieses Standes hätten in Zukunft den bisherigen Ertrag der hohen Zölle und Weggelder der übrigen Kantone, welche hinter Neuenburg liegen, mitzutragen, indem diese alle an der neuenburgischen Gränze kumulirt würden; der neuenburgische Staat aber würde desungeachtet von dem gemeinsamen Zollertrag, an welchem seine Angehörigen verhältnißmäßig ebensoviel beigetragen, als die Angehörigen anderer Kantone, nur 4 Baken beziehen, während der Kanton Waadt z. B. mehr als 10 Baken per Kopf bezöge.

Die Aufstellung so unbilliger Grundsätze, bei welchen die bisherigen Beförderer von Freiheit des Handels und Verkehrs das Opfer derjenigen würden, die Handel und Verkehr nach Kräften gehemmt haben, scheint dem Unterzeichneten allzu ungerecht, als daß er besorgen könnte, es werde dieselbe jemals bei den Ständen Eingang finden. Der Unterzeichnete empfiehlt daher, daß in der Schweiz derselbe Grundsatz der gleichen Vertheilung des Zollertrags nach der Kopfzahl befolgt werden möge, welcher auch unter ganz ähnlichen Verhältnissen im deutschen Zollverein als der allein richtige anerkannt worden ist.

Einzig für diejenigen Kantone, welche keine oder nur eine sehr geringe Landbevölkerung besitzen, dürfte ausnahmsweise ein anderer Vertheilungsmodus angewendet werden, da Stadtbevölkerungen bei weitem mehr konsumiren, folglich auch zur Zolleinnahme mehr beitragen. Der Unterzeichnete wünscht daher, daß den Städten Genf und Basel eine ähnliche Begünstigung eingeräumt werden möge, wie eine solche im deutschen Zollverein unter ähnlichen Verhältnissen der Stadt Frankfurt eingeräumt worden ist.

Bei allen Zollrevisionen, welche bisher — wie dieß die Minorität in ihrem Bericht selbst anerkennt — in den Kantonen gemacht worden sind, ist überdieß nicht von dem Grund-

satz des bisherigen Ertrags der Zölle ausgegangen worden; Zürich z. B. hat alle seine Zölle dem freien Verkehr zum Opfer gebracht. Die allgemeine Zollrevision, welche die Eidgenossenschaft vornimmt, sollte daher, nach der Ansicht des Unterzeichneten, ebenfalls wie die von den Kantonen vorgenommenen Zollrevisionen, im Interesse des freien Verkehrs und nicht im Interesse des Fiskus stattfinden.

Der von der Minorität vorgeschlagene Vertheilungsmodus der Zolleinnahme widerstreitet aber diesem Prinzip nicht nur wegen der nachgewiesenen ihm anklebenden Ungerechtigkeit, sondern auch darum, weil derselbe eine Erhöhung der Zolleinnahmen im Vergleich zu den bisherigen nothwendig macht, indem nicht nur der Ertrag aller bisherigen Zölle gedeckt, sondern noch ein Zuschuß für einzelne Kantone durch die allgemeinen Zolleinnahmen verwirklicht werden soll. Während man denselben Erleichterung des Handels und zu diesem Ende Aufhebung der innern Zölle verlangt, fängt man damit an, die auf dem Handel und Verkehr lastenden Abgaben wesentlich zu erhöhen!! Der Unterzeichnete hofft, es werde auch um deswillen der von einer andern Seite vorgeschlagene Vertheilungsmodus nicht beliebt werden.

Ad e) Vollziehungsbestimmungen.

Die Vollziehungsbestimmungen sind in dem vorliegenden Antrag nur angedeutet und bedürfen noch näherer Erwägung und Ausführung, auf welche es dermalen kaum der Ort ist einzutreten, daher sich denn der Unterzeichnete für einmal aller näherer Begründung seines diesfälligen Antrags enthält und sein Gutachten mit dem Wunsch schließt: es möchten, falls Verlegung der innern Zölle an die Gränze bewerkstelligt werden will, mitfolgende Anträge dabei einige Berücksichtigung finden.

Luzern, den 1. Mai 1844.

Dr. A. Gonzenbach.

P r o j e k t

zu einer freiwilligen Uebereinkunft unter sämmtlichen eidgenössischen Ständen, oder zu einem Konkordat zwischen einer Anzahl Kantone, welches indessen nur insofern in's Leben treten darf, als durch einen rechtskräftigen Tagsatzungsbeschluß den betreffenden Kantonen die bezüglichen Zölle und Weggelder bewilligt würden.

1.

Die zollvereinten Kantone verpflichten sich, mit dem Eintritt in den schweizerischen Zollverein auf ihrem Gebiete den Bezug aller in der Sammlung der, durch die Tagsatzung anerkannten revidirten Uebersichten der Zollbezüge in den Kantonen, nicht verzeichneten Zölle und zollartigen Abgaben einzustellen, zumal sich ein solcher Bezug weder auf Bestand vor Abschluß des Bundesvertrages, noch auf seitherige Genehmigung der Tagsatzung gründet.

2.

An der Stelle der, sey es durch den Bund garantirten, sey es durch die Tagsatzung bewilligten Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle, welche bisher im Innern der zollvereinten Kantone bezogen worden sind, werden in Zukunft an der Gränze gegen das Ausland oder gegen die nicht zollvereinten Kantone die folgenden Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangszölle erhoben.

3.

A. Ganz frei von jeder Zollabgabe sind diejenigen ersten Lebensbedürfnisse, welche gemäß der Vollziehungsverordnung vom 2. Herbstmonat 1841 auch von der Entrichtung der eidgenössischen Gränzgebühren befreit sind. Dieselben haben einzig eine Kontrollgebühr von 2½ Rappen per Zentner zu entrichten.

B. I. Einfuhrzoll.

Alle übrigen Gegenstände bezahlen bei der Einfuhr die folgenden Einfuhrzölle, als:

- 1) Urstoffe, welche für unsere inländische Industrie zur Veredlung eingeführt werden, wie Baumwolle, Hanf, Manilla, Seide, Leder, Del, Roh- und Stabeisen und gröbere Eisenwaaren, Blei, Zinn, Kupfer, Schwefel, Braunkstein u. s. w., auch Halbfabrikate, wie Bleiweiß, Bleizucker, Pelzwerk, Hanf- und Glashsgarn, Haasenhaare u. s. w., dann einzelne Lebensmittel und Maschinen per Schweizerzentner brutto 2 Bk.
 Masseleisen ausnahmsweise per Ztr. brutto nur 1 „
- 2) Konsumtibilien ohne innere Konkurrenz, wie Kolonialwaaren, per Zentner brutto 5 „
- 3) Konsumtibilien mit innerer Konkurrenz, wie Wein, Bier und gebrannte Wasser, per Zentner brutto 10 „
- 4) Fabrikate, welche die Schweiz noch nicht in hinlänglicher Quantität selbst erzeugt, wie: Leinenwaaren, Lederfabrikate, vollendete Eisenwaaren, wie Sensen, Sicheln, Schlosserarbeit, Schrauben, Stifte, Nägel, Blechwaaren, Waffen, Messerschmiedwaaren, Messing und plakirte Waaren, Porzellanwaaren, Tabakfabrikate, Kartonage bezahlen per Zentner brutto 15 „
- 5) Fabrikate, welche die Schweiz in hinlänglicher Quantität für den innern Bedarf selbst fabrizirt oder leicht fabriziren könnte, wie: Seidenwaaren, Baumwollwaaren, Wollwaaren, Uhrenmacher- und Bijouteriewaaren, gemachte Kleider, Käse u. s. w. per Zentner brutto 20 „

- 6) Die Einfuhr von Pferden, Horn- und Schmalvieh auf der Gränze von Basel bis Rheineck ist frei *).

Auf den übrigen Gränzen der Schweiz bezahlen:
 Pferde, Esel, Maulthiere und Hornvieh per Stück 2 Bk.
 Saugkälber, Saugfüllen, Schafe, Ziegen, magere
 Schweine per Stück 1 „
 fette Schweine per Stück 2 „

II. Ausfuhrzoll.

Alle aus der Schweiz gehenden Waaren und Güter jeder Art zahlen bei ihrem Austritt einen fixen Ausgangszoll per Schweizerzentner brutto von 1 Bk.

Ausnahmsweise bezahlen:

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| | vom
Zugthier |
| 1) Rohes Eisen | 4 Bk. |
| 2) Eisenerz | 4 „ |
| 3) Hausrath | 1½ „ |
| 4) Gyps, Kalk, Steinkohlen, Bausteine, Backsteine,
Schiefer, Mühlsteine, Schleifsteine, grobe Töpfer-
und Korbwaare, gemeine Glaswaare, hölzernes
Geschirr und Lumpen (Papierhadern) | 1 „ |
| 5) Als Holzausfuhrzölle werden bezahlt: | |
| a) für Bedelen, Stöcke und kleines Brennholz | ½ „ |
| b) für Brennholz in Spälten oder Scheitern | 1 „ |
| c) Bau- oder Nutzholz jeder Art, Form und
Benennung | 4 „ |
| d) Holzkohlen | 6 „ |
| e) Baumrinde | 10 „ |

Der Ertrag dieses Holzausfuhrzolls soll besonders ver-
 rechnet und aus demselben ein Fond angelegt werden zur Auf-
 führung der Waldkultur in den zollvereinten Kantonen.

*) Da eine freie Vieheinfuhr in den deutschen Zollverein statt findet,
 so wäre es unpassend dieselbe schweizerischerseits zu erschweren.

Ein besonderes Reglement wird den Vertheilungsmodus bestimmen.

Wenn die per Zugthier tariffirten Gegenstände zu Wasser ein-, aus- oder durchgeführt werden, so ist je eine Last von zwölf Zentnern oder ein halbes Klafter Tannen- oder ein Drittelfaß Buchen- und Eichenholz oder 40 Kubikfuß Bau- und Nutzholz, Kohlen oder Rinde für eine Zugthierlast nach obigem Tariff zu berechnen.

III. Durchgangszoll.

Alle durch die zollvereinten Kantone blos transitirenden Waaren und Gegenstände, ohne Rücksicht auf Werth und Qualität, zahlen für jede zu beführende Stunde Wegs per Zentner $\frac{1}{2}$ Rappen.

Bieh ohne Unterschied der Distanzen, und zwar:

Pferde, Esel, Maulthiere, Hornvieh vom Stück 2 Sh.

Saugkälber, Saugfüllen, Schafe, ma-

gere Schweine und Ziegen 1 "

Fette Schweine 2 "

Es werden für alle Hauptstraßen, so wie für alle Nebenstraßen gleichförmige Bestimmungen über die Polizei des Frachtfuhrwesens aufgestellt.

Die als Transit erklärten Waaren und Gegenstände sollen inner einer festzusetzenden Frist bei dem im Acquit ausgesetzten Austrittsbureau unverändert wieder austreten, ansonst die Waaren den Eingangszoll zu bezahlen haben.

4.

Wo örtliche Verhältnisse es wünschbar machen, können sowohl Einfuhr- und Ausfuhr- als Durchgangszölle verändert, erniedrigt oder erhöht werden.

Eine solche Veränderung kann indessen nur in Folge Uebereinstimmung aller zollvereinten Kantone und nicht von einem

einzelnen derselben vorgenommen werden und darf dem Zweck des Zollvereins überhaupt keinen Abbruch thun.

5.

Von vorbemeldten Zöllen sind befreit:

- a) Gegenstände, welche zum bescheinigten innern Transport einen nicht zollvereinten Kanton durchschneiden, durch einen nicht in dem Zollverein liegenden Kantonstheil passieren müssen.
- b) Alle für Rechnung der Eidgenossenschaft oder eidgenössischer Stände, sowie für den Gebrauch der fremden Gesandtschaften eingeführten Gegenstände; ferner die Post- und Militärfuhren.
- c) Die auf den eigenen Liegenschaften erzielten, noch ganz rohen Landeserzeugnisse der Gränzbewohner inner- und außerhalb des Gebiets der zollvereinten Kantone, welche aus dem einen in das andere Gebiet nicht weiter als eine Stunde von der Gränze entweder nach Hause oder zur Bestellung der Güter geführt werden, insofern das Gegenrecht beobachtet wird.
- d) Auswanderer mit ihrer Habe; Küher und Arme, insofern deren Armuth bescheinigt ist, für den Hausrath, den sie mit sich führen; Vieh, welches zur Sommerung oder Winterung in die zollvereinten Kantone oder aus denselben und nachher wieder zurück über die Gränze geführt wird.
- e) Waaren und Vieh, die aus den zollvereinten Kantonen auf äußere Messen und Märkte gebracht und von dort wieder ganz oder zum Theil unverkauft vom gleichen Kaufmann zurückgeführt werden, zahlen für den Wiedereintritt keinen Zoll.

Ebenso wird für Waaren und Vieh, welche auf Messen oder Märkte im Innern der zollvereinten Kantone gebracht

und unverkauft durch den Einbringer wieder ausgeführt werden, der bezahlte Eintrittszoll erstattet, beides jedoch bloß insofern die Wiedereinbringung oder die Wiederausfuhr spätestens binnen sechs Wochen statt findet.

- f) Garne und Gewebe, Getreide, Sämereien und Hülsenfrüchte, mit Ausnahme von Kolonialwaaren, Häute und Felle, die zur Ausarbeitung und Vollendung auf innerhalb des Gebietes der zollvereinten Kantone befindliche Bleichen, Walken, Druckereien, Färbereien, Mühlen, Stampfen oder Gerbereien gebracht werden, sind von dem Eingangszoll insofern befreit, als die Waare Eigenthum des Aufgebers geblieben ist; sie entrichten aber bei ihrem Austritt den Ausgangszoll.

Die Bestimmungen d, e und f sind jedoch nur dann anwendbar, wenn die betreffenden Gegenstände und ihre vorbemerkten Bestimmungen bei der Ein- und Ausfuhr gehörig angegeben, überzeugend nachgewiesen und die Identitäten dargethan sind. Die Behörden der zollvereinten Kantone sind befugt, hierüber je nach den verschiedenen, sich erzeigenden Umständen und Lokalitäten die zur Vermeidung von Gefährde nöthigen speziellen Instruktionen und Vorschriften zu erlassen, welchen diejenigen, die obige Vorthelle ansprechen wollen, nachzuleben haben.

- g) Gartengewächse und Baumfrüchte, Heu, Stroh, Garben, Dünger und Asche, Erde, Thon und Grien.
 h) Die Effekten der Reisenden.
 i) Geld, Gold und Silber.
 k) Die Viehwaare und die als Düngungsmittel für den Landbau bestimmten ungebrannten, zerschlagenen Gypssteine sind vom Ausfuhrzoll in jedem Falle befreit; dieselben bezahlen indessen die Kontrollgebühr.

- 1) Das Salz, welches nach andern nicht zollvereinten Kantonen durch Zollvereinskantone geführt wird, wenn nämlich derjenige dem Zollverein nicht angehörende Kanton, für welchen das durchgeführte Salz bestimmt ist, ebenfalls keinen Zoll von dem über sein Gebiet für Zollvereinskantone durchgeführten Salze erhebt.

6.

Auf dem Gesamtertrag der laut obigen Bestimmungen auf der Gränze bezogenen Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangszölle wird zunächst der Durchschnittsertrag, welchen die eidgenössischen Gränzgebühren während den letzten drei Jahren an den Gränzen der zollvereinten Kantone abgeworfen haben, erhoben und der Verwaltung der eidgenössischen Kriegsfonds zugestellt *).

7.

Die Restanz des Gesamtzollertrags wird unter die sämtlichen zollvereinten Kantone nach dem Maßstab ihrer Bevölkerung vertheilt.

Im Falle die Kantone Basel-Stadttheil und Genf dieser Zollvereinigung beitreten sollten, sind dieselben berechtigt, jeden Kopf ihrer städtischen Bevölkerung doppelt in Anschlag zu bringen.

8.

Zum Behuf der Vertheilung sollen die von den betreffenden Regierungen als richtig zu attestirenden Uebersichten von der neuesten Bevölkerung von drei zu drei Jahren gegenseitig mitgetheilt und mit dieser Mittheilung unmittelbar nach Abschluß dieser freiwilligen Uebereinkunft der Anfang gemacht werden.

*) An den Gränzen derjenigen Kantone, welche dem schweizerischen Zollverein nicht sofort beitreten, bleibt der Gränzgebührenbezug nach Maßgabe der Vollziehungsverordnung vom 2. Herbstmonat 1841 in Kraft.

9.

Die an den Erhebungsstellen eingehenden gemeinschaftlichen Zollgefälle fließen bis zur Abrechnung und Vertheilung in die Kasse derjenigen Kantonsregierung, in deren Gebiet die Zollstationen liegen.

10.

Die sämmtlichen Erhebungs- und Verwaltungskosten fallen dem einzelnen betreffenden Kanton zur Last, auf dessen Gebiet die Zollerhebung statt findet.

11.

Die Wasserzölle auf Flüssen in den zum schweizerischen Zollverein gehörigen Landen werden auch ferner den privativen Anordnungen der betreffenden Regierungen oder den darüber bestehenden Verträgen gemäß erhoben, jedoch sollen weder neue Wasserzölle eingeführt, noch die bestehenden ohne allseitige Zustimmung erhöht, auch in Betreff der Erhebungsart und des Betrages dieser Zölle die Angehörigen der übrigen mitkontrahirenden Kantone den Angehörigen des eigenen Kantons überall gleich behandelt werden.

12.

Für alle Haupt- und Handelsstraßen der zollvereinten Kantone, die den dießfalls aufzustellenden Bestimmungen entsprechen und welche genau und vollständig angegeben werden sollen, soll ein allgemeines und gleichförmiges Weggeld festgesetzt und dasselbe unter Obergaußicht und zu Gunsten der betreffenden Kantonsregierungen bezogen werden, und zwar auf jede Stunde Weges:

- a) Von jedem Pferd und jedem andern Zug- oder Lastthier in der
 Bespannung Kreuzer 1 Rappen —

- b) Von jedem Pferd und jedem andern Zug- oder Lastthier außer der Bespannung, sowie von jedem Stück Hornvieh ohne Ausnahme Kreuzer — Rappen 1
 c) Von jedem Stück Schmalvieh „ — „ 1/2

Auch für die Nebenstraßen wird ein verhältnismäßiges Weggeld festgesetzt. Ein besonderes Reglement wird bestimmen, welche Erfordernisse an die Hauptstraßen, sowie an die Nebenstraßen hinsichtlich ihrer Anlage und ihres Unterhalts gemacht werden. Die Zollstellen, an welchen dieses Weggeld erhoben werden soll, sind genau zu bezeichnen und dürfen nur unter Verständigung mit dem Zollrevisor verändert werden.

13.

Für Bergstraßen wie der St. Gotthardt, Splügen, Bernhardin, Simplon, Hauenstein, darf ein Weggeld nach einem näher auszumittelnden erhöhten Maßstab bezogen werden.

14.

Die betreffenden Kantone übernehmen die Straßenunterhaltungspflicht für alle vorbenannten Haupt- und Nebenstraßen und finden sich dießfalls mit den bisherigen Unterhaltungspflichtigen und Weggeldsberechtigten ab.

15.

Künftige Weggeldsbewilligungen für neu zu erbauende Straßen sollen bei der Tagsatzung nur unter Innehaltung obigen Tariffs nachgesucht werden dürfen.

16.

Die auf den Gotthard-, Splügen- und Hauensteinstraßen dermal bewilligten Zölle und Weggelder, auf welche durch besondere Tagsatzungsbeschlüsse die vollständige oder theilweise Deckung der Erbauungskosten angewiesen ist, können bis zu erfolgter Deckung der dießfalls näher ausgemittelten Summe

in ihrem bisherigen Betrage fortbezogen werden. Nach erfolgter Deckung tritt auf diesen Straßen das erhöhte Weggeld für Bergstraßen ein.

17.

Die sämmtlichen Brückengelder bleiben in ihrem dermaligen durch den Bund sanktionirten oder durch die Tagsatzung ausdrücklich genehmigten Bestand, unter Vorbehalt der periodischen Erneuerung, wo eine solche nothwendig ist; ebenso die Kaufhaus-, Krahn- und Niederlagsgebühren, jedoch dürfen dieselben nur von Waaren bezogen werden, welche von diesen Einrichtungen wirklich Gebrauch machen.

18.

Diejenigen Kantone, welche das Institut der Weg- und Brückengelder nicht kennen, mögen statt derselben an ihren Grenzen einen billig berechneten Kompensationszoll auf der Waaren-Ein- und Ausfuhr beziehen, welcher, wie der Ertrag der Weg- und Brückengelder, direkt der betreffenden Kantonskasse zukömmt.

19.

Damit die gegenseitige Freiheit des Verkehrs nicht durch eine ungleiche Besteuerung der innern Erzeugnisse gestört werde, sollen in sämmtlichen zum schweizerischen Zollverein gehörigen Kantonen die Konsumabgaben, — wo dieß nicht bereits gesetzlich so bestehen sollte, — dergestalt geregelt werden, daß das Erzeugniß eines andern Kantons unter keinem Vorwand höher als das gleichartige inländische Erzeugniß belastet wird. Derselbe Grundsatz gilt auch für die Oktroi's dergestalt, daß auch hiebei das Erzeugniß eines andern Vereinskantons unter keinem Vorwand in irgend einem Theil eines andern Kantons höher belastet werden darf, als das Erzeugniß des eigenen Kantons.

Auch bei allfälligen künftigen an die Tagsatzung gerichteten Begehren um Bewilligung von Konsumzöllen soll dieser Grund-

salz von Seite aller zollvereinten Kantone jederzeit streng festgehalten werden.

20.

Ebenso soll ein Debitpreis für das Kochsalz festgesetzt werden, unter welchem in keinem der zum schweizerischen Zollverein gehörigen Kantone das Kochsalz an Privaten abgegeben werden darf.

21.

Die zollvereinten Kantone wollen dahin wirken, daß durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert und der Befugniß der Angehörigen des einen Kantons, in dem andern Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde. Zu diesem Ende sollen die Angehörigen des einen Kantons, welche im Gebiete eines andern Handel und Gewerbe treiben oder Arbeit suchen, daselbst keine Abgaben zu entrichten haben, welchen nicht gleichmäÙig die in demselben Gewerbsverhältniß stehenden eigenen Angehörigen unterworfen sind.

22.

Fremde Handelsreisende mit Mustern, und andere, welche Bestellungen aufnehmen, sollen in den zollvereinten Kantonen rücksichtlich der von denselben zu entrichtenden Patentzöllen genau so gehalten werden, wie schweizerische Handelsreisende in demjenigen Staat gehalten werden, in welchem dasjenige Handelshaus seinen Sitz hat, für das der Betreffende Geschäfte macht. Die zollvereinten Kantone werden sich ebenso über gemeinsame Maßregeln vereinigen, um dem Unwesen des Hausirens zu steuern.

23.

Zur Aufrechthaltung ihres Handels- und Zollsystems und zu Unterdrückung des allfälligen Schleichhandels wollen die Zollvereinskantone sich gegenseitig schützen und zu diesem Ende gemeinschaftliche Polizei- und Strafbestimmungen aufstellen.

24.

Zum Zweck der gleichförmigen Zollerhebung wird von sämmtlichen Vereinsregierungen eine gemeinschaftliche Kontrolle angeordnet und diese dem Vereinszollrevisor übertragen, welchem zugleich die Vorbereitung der jährlichen Zollertragsvertheilung obliegen soll.

Die Besoldungen des Vereinszollrevisors und dessen Unterbeamten werden auf dem allgemeinen Zollertrag erhoben.

25.

Alljährlich sollen Gesandte sämmtlicher Vereinsregierungen in derjenigen Stadt, in welcher der Vereinszollrevisor seinen Sitz hat, zusammenkommen, um über die Angelegenheiten des Vereins sich zu berathen und die Abrechnung zwischen den verschiedenen Kantonen festzustellen. Insofern für Vollziehung der Beschlüsse dieses jährlichen Zollkongresses die Mitwirkung der eidgenössischen Behörden nöthig ist, wird derselbe die dießfalls geeigneten Eingaben an die Tagsatzung oder den Vorort machen.

26.

Den Vorsitz bei diesem jährlichen Zollkongress führt ein aus dessen Mitte gewählter Gesandter.

27.

Die Kosten der Gesandten werden von einer jeden Regierung für den ihrigen getragen.

28.

Veränderungen in der Zollgesetzgebung, Veränderungen des Zolltariffs und der Zollordnung, sowie Zusätze und Ausnahmen können nur auf demselben Wege und mit gleicher Uebereinstimmung aller Kontrahenten, sowie nur mit Zustimmung der Tagsatzung, insofern solche nach dem Bundesstaatsrecht in Zoll- und Handelsangelegenheiten nothwendig ist, bewirkt werden, gleichwie die Einführung der betreffenden Gesetze

erfolgt ist. Dieß gilt auch von allen Anordnungen, welche in Beziehung auf die Zollverwaltung allgemein abändernde Normen aufstellen.

Das vorstehende Gutachten eines Mitgliedes der Majorität und die bezüglichlichen Anträge sind bearbeitet worden, nachdem die Minorität ihre ersten Anträge der Kommission am 24. April schriftlich eingegeben hatte. Diese Anträge haben, insoweit sie die Gegenanträge beschlagen, gelautet wie folgt:

Erste Anträge der Minorität.

Spätere Anträge der Minorität.

1) Aufhebung der innern zwischen den Kantonen bestehenden Zölle, Weg- und Brückengelder und Verlegung derselben an die Gränzen der Schweiz.

2) Gleichförmige Bestimmung über den Transit und Erleichterung desselben mittelst Ermäßigung oder, insoweit es thunlich ist, mittelst Aufhebung der bestehenden Transitzölle, Weg- und Brückengelder.

1) Die Aufhebung der innern zwischen den Kantonen bestehenden Zölle und Verlegung derselben an die Gränze der Schweiz.

2) Gleichförmige Bestimmung über den Transit und Erleichterung desselben mittelst Ermäßigung oder, insoweit es thunlich ist, mittelst Aufhebung der Weg- und Brückengelder und Verlegung derselben in obgedachtem Sinne.

3) Verringerung der Konsumgebühren auf schweizerischen Produkten und Einrichtung ihrer Bezugsweise in der Art, daß sie die Natur von Zöllen verlieren.

Hinsichtlich der Weg- und Brückengelder war darauf angetragen worden:

Erste Anträge.

Spätere Anträge.

E. Die Weg- und Brückengelder fallen unter dieser Benennung in der Regel als örtlicher Bezug im Innern der Schweiz weg und werden an der Gränze als Transitgebühr in Rechnung gebracht. Nur ausnahmsweise wegen eigenthümlichen Verhältnissen mögen einzelne beibehalten und füröhin bewilliget werden.

E. Die Weg- und Brückengelder fallen unter dieser Benennung in der Regel als örtlicher Bezug im Innern der Schweiz weg und werden an der Gränze als Transitgebühr in Rechnung gebracht. Einzelne können zwar ausnahmsweise wegen eigenthümlichen Verhältnissen beibehalten und füröhin bewilliget werden.

Hinsichtlich des Vertheilungsmodus der Zolleinnahmen war ursprünglich von der ersten Minorität Folgendes angetragen worden:

F. Jeder Kanton ist auf die Basis seiner bisherigen Einnahmen an Zöllen, Weg- und Brückengeldern nach dem Durchschnitt des Reinertrags der letzten 5 Jahre zu entschädigen, und denjenigen Kantonen, deren Nettoeinnahme den Betrag von 40 Rappen per Kopf ihrer Bevölkerung nach der eidgenössischen Scala nicht erreicht haben, ist die Vergütung auf diesem Fuß gewährleistet. Ein allfälliger Minderertrag der

F. Die eidgenössische Kassa, so wie jeder Kanton, sind auf die Basis der bisherigen Einnahmen an Zöllen, Weg- und Brückengeldern nach dem Durchschnitt des Reinertrags der letzten fünf Jahre zu entschädigen und denjenigen Kantonen, deren Nettoeinnahmen den Betrag von 40 Rappen per Kopf ihrer Bevölkerung nach der eidgenössischen Scala nicht erreicht haben, ist die Vergütung auf diesem Fuß gewährlei-

Einnahme wird nach der Bevölkerungsscala den Kantonen berechnet. Ueber eine allfällige Mehreinnahme verfügt die Tagessatzung im Interesse der weiteren Entwicklung des freien innern Verkehrs.

stet. Eine allfällige Minder-einnahme wird im Verhältniß dieser Berechtigungsansprachen getragen. Ueber eine allfällige Mehreinnahme verfügt die Tagessatzung im Interesse der weiteren Entwicklung des freien innern Verkehrs.

Der Vertheilungsmaßstab, zunächst an das Bestehende anschließend, gilt nur für die nächsten zehn Jahre als Uebergangsperiode, dann soll ein billigeres, der Kopfszahl annäherndes Vertheilungsverhältniß eintreten; jedoch immer mit besonderer Berücksichtigung kostspieliger Bergstraßen und der Gränzverhältnisse.

In der Zwischenzeit hat die Minorität ihre Anträge, in Folge der im Schooße der Kommission dagegen erhobenen Bedenken, sowohl hinsichtlich des Umfangs der Centralisirung der Bölle, als hinsichtlich des Vertheilungsmodus wesentlich modifiziert und sich den dießfälligen Anträgen des Unterzeichneten genähert; gleichzeitig hat die Minorität sich bestimmt dahin ausgesprochen, daß auch sie ihre Anträge nur auf dem Wege des Konkordats und nicht auf demjenigen des Beschlusses in's Leben treten zu sehen wünsche.

Die neuen Anträge der Minorität sind zur bessern Veranschaulichung ihrer Abweichung von den ursprünglichen oben nebeneinandergestellt.

Da der Unterzeichnete hauptsächlich hinsichtlich der Bestimmungen:

- a) über den Weg, auf welchem der schweizerische Zollverein in's Leben eingeführt werden solle,
- b) in Betreff des Umfangs der Centralisirung der Zölle und
- c) in Betreff der Vertheilung des Zollertrags

abweichende Anträge zu stellen sich erlaubt hatte, rücksichtlich dieser drei Punkte aber offenbar eine Annäherung an seine Anträge von Seite der Minorität stattgefunden hat, so mußte sich der Unterzeichnete die Frage aufwerfen: ob nunmehr nicht eine Vereinigung der beiden Anträge stattfinden könne, oder ob er auf seinen besondern Anträgen desungeachtet beharren solle.

Nach reiflicher Erwägung hat der Unterzeichnete indessen den letztern Weg eingeschlagen. Die Gründe, welche ihn dazu bewogen haben, sind folgende.

Was a) den Wunsch anbetrifft, welchen die Minorität ausspricht, daß ihre Anträge nur auf dem Wege des Konkordats in's Leben treten mögen, so ist derselbe zwar sehr anerkennenswerth, aber keineswegs genügend; der Unterzeichnete ist der Ansicht, daß nicht nur ein Wunsch über faktische Gestaltung der zukünftigen Zollverhältnisse der Kantone ausgesprochen, sondern daß die rechtliche Begründung dieser neuen Schöpfung deutlich und bestimmt festgestellt werden sollte.

Die Minorität wünscht diese rechtliche Begründung unentschieden zu lassen und führt sogar zu Begründung der Ansicht, dieß Recht im vorliegenden Falle auf dem Wege des Beschlusses zu entscheiden, eine Schrift an, welche der Unterzeichnete im Jahr 1840 verfaßt hat. Abgesehen davon, daß jene Schrift keinerlei amtlichen Charakter besitzt, so scheint übersehen worden zu seyn, daß seit der Veröffentlichung jener Schrift die Tagsatzung die dort erörterte Frage in den Jahren 1840, 1841, 1842 und 1843 in einem entgegengesetzten Sinne entschieden hat, indem sie den Fortbezug der eidgenössischen Gränzgebühren nicht auf dem Wege des Beschlusses

defretiren, sondern nur auf demjenigen des freien Einverständnisses erzielen zu können glaubte.

Dieser letztere Entscheid der Tagsatzung ist in der vorliegenden Angelegenheit, wo es sich ebenfalls um Verlegung von Zöllen an die Gränze handelt, gewiß maßgebend, und der Unterzeichnete wünscht daher, daß dieser Grundsatz des freiwilligen Einverständnisses nicht nur in Form eines Wunsches in den begleitenden Bericht, sondern in Form einer ausdrücklichen Bestimmung in die Anträge selbst aufgenommen werde.

Der Unterzeichnete wünscht überdies, daß derselbe Grundsatz des freiwilligen Einverständnisses — mit andern Worten also derjenige der Einstimmigkeit — für alle Veränderungen des Tariffs und der Zollordnung festgestellt werde. Ohne diesen schützenden Grundsatz könnten einzelnen Kantonen gegen ihren Willen und im Widerspruch mit ihren Interessen durch einen Mehrheitsbeschluß hohe Zölle überbunden werden. Es genügt daher dem Unterzeichneten die von der Minorität dießfalls gegebene Erklärung nicht, und er beharrt demnach auf denjenigen Bestimmungen, welche er am Eingang und am Schluß seiner besondern Anträge glaubte feststellen zu sollen.

Ad b) Befriedigender erscheint auf den ersten Anblick diejenige Modifikation der Minoritätsanträge zu seyn, welche den Umfang der Zentralisirung der Zölle betrifft. Daraus, daß im ersten Antrag die Worte „Weg- und Brückengelder“ gestrichen worden sind, sollte man schließen, es sey die Minorität nun mit dem Unterzeichneten darüber einverstanden, daß nur die innern zwischen den Kantonen bestehenden Zölle, nicht aber die Weg- und Brückengelder an die Gränzen der Schweiz verlegt werden sollen. Bei genauerer Würdigung aber zeigt es sich, daß diese Uebereinstimmung nur scheinbar ist und daß der Grundsatz der Verlegung der Weg- und Brückengelder an die Gränze, der anfänglich im ersten Artikel figurirte, nunmehr in den zweiten Artikel aufgenommen worden ist,

indem daselbst nun die Erleichterung des Transits, „durch Ermäßigung oder insoweit es thunlich ist mittelst Aufhebung der Weg- und Brückengelder und Verlegung derselben in obgedachtem Sinne“ (d. h. an die Gränzen der Schweiz) empfohlen wird. Der erste Antrag ist demnach nur formell, nicht aber seinem Wesen nach verändert worden.

Ebenso unzureichend ist wohl die Veränderung in Litt. E, wo früher gesagt wurde: „nur ausnahmsweise wegen eigenthümlichen Verhältnissen mögen einzelne (Weg- und Brückengelder) beibehalten und fñrohin bewilliget werden“, — während die spätern Anträge sich ausdrñcken: „Einzelne können zwar ausnahmsweise wegen eigenthümlichen Verhältnissen beibehalten und fñrohin bewilliget werden.“ Alle Bedenken, welche der Unterzeichnete gegen die Verlegung der Weg- und Brückengelder an die Gränze ausgesprochen hat, indem seiner Ansicht nach dadurch die Anlegung neuer Straßen erschwert und die Gewähr für guten Unterhalt der bestehenden vermindert würde, bestehen somit noch. Sollte die Minorität die Modifikation ihres ersten Antrags aber in der Absicht gemacht haben, um dadurch das Fortbestehen einzelner Weg- und Brückengelder bei eigenthümlichen Verhältnissen, oder die Bewilligung von solchen für neue Bauten zu erleichtern, so läge hierin, in Verbindung mit dem bei Litt. F aufgestellten neuen Vertheilungsmodus für den Zollertrag, nur eine neue Gefahr.

Wenn nämlich in Aussicht gestellt wird, daß man in Zukunft nicht so abgeneigt seyn werde, bei neuen Bauten Weg- und Brückengelder zu bewilligen, während man die bestehenden gemäß dem Antrag Nr. 2 „soweit es thunlich ist aufhebt oder an die Gränze der Schweiz verlegt“, so läuft man dadurch Gefahr, entweder eine neue Ungerechtigkeit gegen diejenigen Kantone zu begehen, welche durch Herstellung von guten Straßen am meisten für die Freiheit des innern Ver-

fehls gethan haben, oder aber die Herstellung neuer Straßen zu hemmen.

Die Sache wird sich nämlich praktisch so gestalten: Alle Kantone, und zwar solche, welche sich guter Straßen erfreuen, wie diejenigen, welche schlechte Straßen besitzen, sollen während den ersten zehn Jahren das Aequivalent ihres dormaligen Zollertrages beziehen. Im Fall der Erbauung neuer Straßen und Brücken sollen aber auch neue Weg- und Brückengelder bewilligt werden dürfen. Hierin liegt zwar eine Inkonsequenz mit dem aufgestellten System der Verlegung der Zölle an die Gränze, — eine Ungerechtigkeit liegt aber hierin noch nicht. Wie aber gestaltet sich die Sache in zehn Jahren?

Dannzumal soll die Kopffzahl als Maßstab der Vertheilung des Zollertrags angenommen werden. Diejenigen Kantone, welche mit durchgängig guten Straßen in den Zollverein treten, erhalten nur ihre Quota nach der Kopffzahl und sind verpflichtet, ihre Straßen aus eigenen Mitteln in gutem Zustand zu erhalten. Diejenigen aber, welche erst seit dem Eintritt in den Zollverein Straßen bauen, werden für dieselben Weg- und Brückengeldsbewilligungen erhalten, und dürfen daher neben der, sie nach der Kopffzahl treffenden Quota überdieß noch in ihrem Innern Weg- und Brückengelder erheben, und demnach alle diejenigen, welche jene Straßen benutzen, für den Unterhalt der bezüglichen Straßen in Mitleidenschaft ziehen. Sie erhielten demnach abermals einen Vortheil dafür, daß sie ihre Straßen lange in schlechtem Zustand gelassen, während diejenigen Kantone, welche seit Langem den freien Verkehr durch gute Straßenanlagen gefördert haben, eben dafür jenen gegenüber in eine nachtheilige Stellung versetzt würden. Wollte aber mit solchen Weggeldsbewilligungen sparsam umgegangen werden, so stört man dadurch, wie schon bemerkt, die Anlage von neuen Straßen und tritt somit dem freien Verkehr noch weit hemmender entgegen.

Es lassen sich demnach beide Systeme in einem Bundesstaat von verschiedenen Souverainetäten sicherlich nicht vereinigen. Entweder müssen alle Weg- und Brückengelder centralisirt und keine neuen bewilligt werden, oder es müssen diese Weg- und Brückengelder, nach einem billigen und gleichmäßigen Tariff geregelt, den Kantonen überlassen werden. Dieser letztere Weg ist in der deutschen Zollunion eingeschlagen worden, wo der preussische Chausseegeldstariff auf allen Chausseen eingeführt worden ist. Neben der Centralisirung der jetzt bestehenden Weg- und Brückengelder die Errichtung neuer Weg- und Brückengelder zuzugeben, ist, wie schon bemerkt, nicht nur inkonsequent, sondern führt zur Ungerechtigkeit.

Der Unterzeichnete glaubt daher auch in dieser Beziehung bei seinem frühern Antrag beharren zu sollen; er erkennt keineswegs, daß mit dem Anhalten an so vielen Schlagbäumen im Innern der Schweiz manches Unbequeme und namentlich Zeitverlust verbunden ist; er zieht aber diese Unbequemlichkeiten den Gefahren vor, welche er im Gefolge der Centralisirung der Weggelder wahrnimmt, sowie der Ungerechtigkeit, zu welcher die letztangetragene Vermischung beider Systeme führt. Die Unbequemlichkeit dieser Weggeldsentrachtungen wird die Kantone am sichersten dazu führen, sobald ihre finanziellen Kräfte es ihnen erlauben, jene Weggeldsbezüge freiwillig einzustellen und dadurch den Verkehr noch mehr zu erleichtern.

Ob schon die Minorität auch in ihren spätern Anträgen die Konsumzölle nicht ausdrücklich von den andern Zöllen ausgeschieden hat, so scheint sie sich auch in dieser Beziehung den Ansichten des Unterzeichneten genähert zu haben und die Verlegung der Konsumzölle an die Gränze als schwierig anzusehen. Der Unterzeichnete muß dieß daraus schließen, daß die Minorität, von der irrigen Ansicht ausgehend, der Kanton Tessin allein sey zu Konsumzöllen berechtigt, darauf anträgt:

„den Ertrag derselben aus der Summe zu entfernen, die zum Maßstab der Vertheilung zu dienen habe.“

Die Minorität irrt sich aber auffallend, wenn sie annehmen scheint, es bestehen rechtsgültige Konsumzölle nur im Kanton Tessin, und neben diesen kommen nur die durch die Tagsatzung nicht ausdrücklich bewilligten Ohmgelder in den Kantonen Bern und Luzern, sowie die ebenfalls nicht ausdrücklich genehmigten Konsumzölle im Kanton Graubünden vor. Der Unterzeichnete hat die vielfach kontestirten Ohmgelder der Kantone Bern und Luzern und die Konsumzölle von Graubünden gar nicht im Auge gehabt, wenn er auf die Unbilligkeit hingewiesen hat, welche durch die Centralisation der Konsumzölle entsünde; vielmehr hat derselbe jene Bemerkung namentlich im Hinblick auf die bereits weiter oben citirten Konsumzölle gemacht, mit welchen unter andern die Kantone Schwyz, Freyburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Aargau u. s. w. in den Bund getreten sind.

Der Unterzeichnete glaubt hinlänglich nachgewiesen zu haben, daß Konsumzölle, welche nichts als indirekte Steuern sind, kaum centralisirt werden können, wenn nicht in allen Kantonen dieselben indirekten Steuern bestehen, indem im entgegengesetzten Fall eben die Bevölkerungen, welche direkt besteuert werden, den übrigen eine Last tragen helfen, ohne irgend welche Kompensation dafür zu erhalten.

Gegenüber der von seinen verehrten Kollegen der Majorität der Kommission gemachten Bemerkung, daß durch die Anträge des Unterzeichneten wenig gewonnen würde, hat derselbe nur zu erwiedern, daß er selbst bekennt, es werde auf den schweizerischen Handel im Allgemeinen die Verlegung der Zölle an die schweizerische Gränze einen kleinen Einfluß üben.

Das System, welches der Unterzeichnete vorschlägt, ist ganz genau dasjenige, welches die deutsche Zollunion aufgestellt hat; wenn dort durch die Anwendung dieses Systems die

innere Freiheit des Verkehrs erst erzielt worden ist, während in der Schweiz die Anwendung desselben Systems kaum merkliche Folgen haben wird, so rührt dieß nur daher, daß zwischen den deutschen Zollvereinsstaaten vormals sehr große Hemmungen bestanden haben, während in der Schweiz von Kanton zu Kanton solche eigentlich nicht bestehen, da unsere Bölle doch im Grund sehr unbedeutend sind.

Ad c) Die Modifikation endlich, welche die Minorität hinsichtlich des Vertheilungsmodus des Zollertrags in ihren Anträgen hat eintreten lassen, ist von allen die unbefriedigendste. Entweder ist nämlich die Entschädigung nach der bisherigen Berechtigung gerecht, oder es ist die Entschädigung nach dem Maßstab der Kopfzahl gerecht: unmöglich aber kann während den ersten zehn Jahren jener — nach dem Ablauf derselben dieser Grundsatz gerecht seyn. Ist der Grundsatz der bisherigen Berechtigungen der gerechte, so soll er auch nach zehn Jahren fortbestehen; ist aber derjenige der Vertheilung des Ertrags nach der Kopfzahl der gerechte, so soll er sofort und nicht erst nach zehn Jahren in's Leben treten.

Die Minorität erwähnt zu Begründung ihres Antrags einer zehnjährigen Uebergangsperiode; eine solche ist aber gar nicht vorhanden und könnte sich höchstens beim Bezug der Bölle, wenn diese z. B. erst nach und nach an die Gränze verlegt werden wollten, unmöglich aber bei der Vertheilung des Zollertrags geltend machen. Der Uebergang liegt eben darin, daß die dermalen an den Gränzen oder im Innern der einzelnen Kantone bezogenen Bölle in Zukunft an die Gränze der Schweiz verlegt werden; er liegt darin, daß diese Bölle, welche bisher stärker auf den Angehörigen des einen Kantons als auf denjenigen des andern lasteten, in Zukunft durch die Angehörigen aller zollvereinten Kantone gleichmäßig getragen werden sollen.

Der Unterzeichnete führt diese Umstände an, um dadurch die Flüchtigkeit, von welcher seine Arbeit nur zu deutliche Spuren tragen dürfte, bei den h. Ständen einigermaßen zu entschuldigen.

Luzern, den 28. Mai 1844.

Dr. A. Gonzenbach.

Bericht

von

fünf Mitgliedern der Majorität der Kommission

über den

von dem Majoritätsgutachten abweichenden Bericht des
Herrn von Gonzenbach.

Weil ein Mitglied der Mehrheit unserer Kommission, der eidgenössische Staatschreiber, Herr von Gonzenbach, geglaubt hat, in zweiter Linie ein Projekt vorlegen zu sollen, welches zwar dasjenige der Minorität namhaft verändert, aber noch weiter von den Anträgen der Mehrheit abweicht, so erklären die Unterzeichneten einfach, bei ihren vorerwähnten Schlüssen zu beharren.

Sie erkennen mit Vergnügen, daß ihr verehrlicher Kollege keineswegs in seinen nachträglichen Vorschlägen von der Rechtsgrundlage abgeht, die er mit ihnen angenommen hat. Da er im Gegentheil ausdrücklich nicht nur die Wünschbarkeit, sondern die rechtliche Nothwendigkeit der freien Zustimmung aller Stände aufstellt, so ist die gesetzliche Stellung der letztern nicht gefährdet; mithin haben die Unterzeichneten bloß ihre Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Vorschlags in Bezug auf den schweizerischen Handel auszusprechen.

Hinsichtlich aller Punkte, in denen der Antrag mit den Vorschlägen der Minorität zusammenfällt, berufen wir uns einfach auf den Mehrheitsbericht.

Der Verfasser gibt selbst zu, daß sein Vorschlag, so wenig als das System der Minderheit, dem schweizerischen Handel und der Industrie keine großen Vortheile gewährt, indem jene durch die innern Zölle nur auf untergeordnete Weise beschlagen werden. Die Unterzeichneten glauben beifügen zu sollen, daß, je mehr er die Centralisation beschränkt, destomehr er zugleich die Vortheile vermindert, die man darin suchen könnte, so daß man die Frage aufwerfen darf: ob deren genug übrig bleiben, um, abgesehen von jeder Würdigung des Systems an sich selbst, die nothwendig mit der Ausführung verbundenen Schwierigkeiten zu überwiegen. Während der Vorschlag der Minderheit folgendes centralisirt: 1) alle Zölle und mit ihnen ohne Zweifel auch einen großen Theil der Verbrauchszölle und andere untergeordnete Gebühren; 2) alle Weg- und Brückengelder, und zwar, was diese zweite Klasse von Bezügen betrifft, mit den durch besondere Lokumstände gerechtfertigten Ausnahmen, — so läßt hingegen der Vorschlag des Herrn von Gonzenbach Folgendes bestehen:

- 1) Alle von der Tagsatzung genehmigten Verbrauchszölle;
- 2) alle Weg- und Brückengelder; bloß wird für Weggelder ein allgemeiner Ansatz, nach den verschiedenen Klassen der Straßen abgestuft, aufgestellt;
- 3) die Kaufhausgebühren und Krahngelder;
- 4) die Wasserzölle.

Also würden alle diese Lasten auf dem innern Verkehr fortbestehen. In Beziehung auf das Ausland erfolgt aber, daß, je niedriger die vorgeschlagenen Zölle im Vergleich zu denen der Minderheit sind, destoweniger sie geeignet wären,

entweder die inländischen Gewerbe zu schützen oder das Ausland zu Konzessionen zu bewegen.

Wir stimmen vollkommen den Beweggründen unseres verehrlichen Kollegen bei, wo er aus dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit die Centralisation der Verbrauchssteuern bekämpft, und nachweist, daß durch eine solche Maßnahme die, welche nicht konsumiren, mit Steuern belegt würden, welche nur diejenigen tragen sollten, welche verbrauchen; ferner, daß sie den direkten Abgaben, welche die Bevölkerung eines Kantons bereits beschlagen, noch einen Theil der indirekten Steuern anderer Kantone beifügt.

Aus ganz gleichen Betrachtungen und mit gleichem Grund bekämpfen wir aber als ungerecht auch die Centralisation der Zölle, welche den Gränzkantonen einen Theil der innern Zölle überbinden möchte; denn Zölle sind auch indirekte Abgaben, und ohne Rechtsgrund würden sie andern auferlegt als denjenigen, welche sie heute zu bezahlen haben.

Was den Grundsatz der Vertheilung anbetrifft, welchen Herr von Gonzenbach angenommen hat, so können wir nur bestätigen, was der Mehrheitsbericht bereits ausdrückt: daß die Volkszahl allein unmöglich die Grundlage einer billigen Vertheilung bilden könne. Wir fügen noch bei, daß, wenn dieser Vertheilungsmodus auch einige Vorzüge vor der provisorischen Vertheilungsweise der Minderheit darbietet, insofern die Kantone, deren Zollertrag unter dem Durchschnitt der Gesamtzölle ist, eine Erhöhung ihrer Einnahmen erhielten, so vermöchte doch diese Vermehrung des Staatseinkommens den Privaten nur eine sehr indirekte Entschädigung darzubieten, weil dieselben zwar die Zölle bezahlen, von deren Ertrag aber nichts in ihre Hände zurückfließt. Andererseits aber blieben die Kantone, welche zu höhern Bezügen als jener Durchschnitt berechtigt sind, ohne alle Kompensation.

Ohne uns in Berechnungen einzulassen, welche zu voreilig wären, endigen wir hier unsere kurzen Betrachtungen, und erklären neuerdings, bei den Schlusßanträgen der Mehrheit unserer Kommission verbleiben zu wollen.

Wir haben die Ehre mit vollkommener Hochachtung zc. zc.
Luzern, am 6. Mai 1844.

Die Mitglieder der eidgenössischen Handels-
expertenkommission:

Von der Mühll-Burckhardt,
Berichterstatter.

Calame.

A. Noblet.

St. Franzcini.

C. Crivelli.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Gemeinschaftlicher Bericht über die Handelsverhältnisse der Schweiz zum Auslande, vom 7. Mai 1844.	
Einleitung	3
A. Viehzucht, Ackerbau und damit in Verbindung stehende Gewerbsthätigkeiten:	
Viehzucht	7
Pferdezucht	9
Schafzucht	9
Schweinszucht	10
Käse und Butter	10
Gerbereien. Handel mit Häuten und Fellen	12
Wollenhandel. Wollenmanufakturen	17
Seifensiedereien. Talgkerzenfabriken	22
Forstkultur	23
Bienenwachs	26
Getreidebau	26
Kartoffelbau	30
Obstbau	30
Weinkultur	31
Tabakskultur	34
Maulbeerbaumkultur	35
Branntweinbrennerei	35
Bierbrauerei	38
Fabrikation von Strohgeflechten	40
Tabaksfabrikation	43
Konsum von Kolonialwaaren	45

B. Industrien:	Seite
Seidenindustrie	47
Leinenindustrie	52
Baumwollindustrie	55
Bleichereien	61
Appreturen	61
Färbereien	61
Fabrikation von Spitzen	67
Uhrmacherei	69
Uhrenbestandtheile und Uhrmacherwerkzeuge	73
Bijouterie	73
C. Bergbau, Minen- und Hüttenwerke:	
Bergbau im Besondern, Eisenbergwerke	74
Werstätten für Erbauung mechanischer Maschinen	80
Salzproduktion	82
Schiefer, Gyps, Asphalt u.	83
D. Einige andere Handels- und Industriezweige:	
Fabrikation von Glas und Glaswaaren	84
Töpferwaaren	85
Chemische Produkte	87
Papierfabriken	87
Tapetenfabrikation	89
Buchhandel	89
E. Zwischenhandel und Transit	90
Schlußbetrachtungen	95
Bericht der Mehrheit der Kommission, über allfällig zu ergreifende gemeinsame Maßregeln, vom 4. Mai 1844	111
Anträge der Mehrheit der Kommission	152
Bericht einer Minderheit der Kommission, über allfällig zu ergreifende gemeinsame Maßregeln, vom 5. Mai 1844	155
Anträge der Minderheit der Kommission	176

Besonderes Gutachten eines Mitgliedes der Majorität der Kommission, über allfällig zu ergreifende ge- meinsame Mafregeln, vom 1. Mai 1844	181
Projekt zu einer freiwilligen Uebereinkunft unter sämtlichen eidge- nössischen Ständen, oder zu einem Konkordat zwischen einer Anzahl Kantone, betreffend die Zölle, Weg- und Brücken- gelber	200
Zweites, vom 7. Mai datirtes, Gutachten des Herrn von Gonzenbach ,	212
Bericht von fünf Mitgliedern der Majorität der Kom- mission über den von dem Majoritätsgutachten abweichenden Bericht des Herrn von Gonzenbach, vom 6. Mai 1844	225

181

181

180

179

178



